



Stenografischer Bericht

54. Sitzung

Freitag, 31. August 2018,

Magdeburg, Landtagsgebäude

Inhalt:

Eröffnung..... 5

Tagesordnungspunkt 7

Aktuelle Debatte

Das Ende des Billiglohnlands: qualifizierte Arbeit stärken und gut bezahlen, Einkommensgefälle abbauen

Antrag Fraktion SPD - **Drs. 7/3280**

Holger Hövelmann (SPD).....	5
Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration)	8
Alexander Raue (AfD)	10
Olaf Meister (GRÜNE).....	12
Hannes Loth (AfD).....	13
Olaf Meister (GRÜNE).....	14
Andreas Höppner (DIE LINKE)	14
Tobias Krull (CDU)	16

Tagesordnungspunkt 8

Aktuelle Debatte

Ernteauffälle und Hilfsprogramm für Landwirte

Antrag Fraktion CDU - **Drs. 7/3281**

Erste Beratung

Situation der von Dürre betroffenen Landwirte ernst nehmen - kurzfristig helfen und längerfristig unterstützen

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/3270**

Änderungsantrag Fraktion AfD - **Drs. 7/3313**

Guido Heuer (CDU)	18
Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie).....	20
Kerstin Eisenreich (DIE LINKE)	24
Jürgen Barth (SPD)	26
Hannes Loth (AfD)	28

Cornelia Lüddemann (GRÜNE)	29
Dorothea Frederking (GRÜNE)	30
Guido Heuer (CDU)	31
Hannes Loth (AfD)	33
Guido Heuer (CDU)	33
Cornelia Lüddemann (GRÜNE)	33
Guido Heuer (CDU)	34
Abstimmung	34

Tagesordnungspunkt 9

Aktuelle Debatte

Enercon-Beschäftigte im Arbeitskampf nicht alleine lassen

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/3282**

Andreas Höppner (DIE LINKE)	35
Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung)	37
Lars-Jörn Zimmer (CDU)	39
Daniel Rausch (AfD)	40
Dorothea Frederking (GRÜNE)	42
Siegfried Borgwardt (CDU)	44
Dorothea Frederking (GRÜNE)	44
Andreas Steppuhn (SPD)	44
Robert Farle (AfD)	47
Andreas Steppuhn (SPD)	47
Andreas Höppner (DIE LINKE)	47
Andreas Steppuhn (SPD)	47

Tagesordnungspunkt 10

Beratung

Fördermittelvergabe an den Verein „Miteinander e. V.“ und angeschlossene Projekte im Rahmen der sogenannten „Demokratieförderung“ des Landes Sachsen-Anhalt

Große Anfrage Fraktion AfD - **Drs. 7/2247**

Antwort Landesregierung - **Drs. 7/2791**

Ulrich Siegmund (AfD)	48
Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration)	51

Daniel Szarata (CDU)	57
Henriette Quade (DIE LINKE)	62
André Poggenburg (AfD)	64
Siegfried Borgwardt (CDU)	64
Robert Farle (AfD)	64
Cornelia Lüddemann (GRÜNE)	65
Oliver Kirchner (AfD)	66
Cornelia Lüddemann (GRÜNE)	66
Dr. Katja Pähle (SPD)	67
André Poggenburg (AfD)	68
Robert Farle (AfD)	69
Dr. Katja Pähle (SPD)	69
André Poggenburg (AfD)	71
Siegfried Borgwardt (CDU)	71

Tagesordnungspunkt 11

a) Beratung

Bibliotheken in Sachsen-Anhalt

Große Anfrage Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/2446**

Antwort Landesregierung - **Drs. 7/3064 neu**

b) Erste Beratung

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bibliotheksgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt

Gesetzentwurf Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/3271**

Stefan Gebhardt (DIE LINKE)	73
Rainer Robra (Staatsminister und Minister für Kultur)	76
Stefan Gebhardt (DIE LINKE)	78
Rainer Robra (Staatsminister und Minister für Kultur)	78
Kristin Heiß (DIE LINKE)	79
Rainer Robra (Staatsminister und Minister für Kultur)	79
Prof. Dr. Angela Kolb-Janssen (SPD)	79
Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD)	80
Wolfgang Aldag (GRÜNE)	82
Andreas Schumann (CDU)	82
Abstimmung	84

Tagesordnungspunkt 12

Beratung

a) Situation der Feuerwehren in Sachsen-AnhaltGroße Anfrage Fraktion DIE LINKE
- **Drs. 7/2793**Antwort Landesregierung - **Drs. 7/3111****b) Leistungsfähigkeit der Feuerwehren in Sachsen-Anhalt dauerhaft sichern**Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/3272**Alternativantrag Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/3309****c) Feuerwehren ehren und mit messbaren Taten unterstützen**Antrag Fraktion AfD - **Drs. 7/3276**Alternativantrag Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/3310**

Katja Bahlmann (DIE LINKE)	84
Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport)	88
Rüdiger Erben (SPD)	92
Daniel Roi (AfD)	94
Olaf Meister (GRÜNE)	96
Carsten Borchert (CDU)	97
Katja Bahlmann (DIE LINKE)	99
Abstimmung	99

Tagesordnungspunkt 25

Beratung

Sofort ist sofort - Auslobung einer WeidetierprämieAntrag Fraktion AfD - **Drs. 7/3254**Alternativantrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/3308**Alternativantrag Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/3312**

Hannes Loth (AfD)	101
Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie)	103
Guido Heuer (CDU)	104
Kerstin Eisenreich (DIE LINKE)	104
Jürgen Barth (SPD)	105
Dorothea Frederking (GRÜNE)	106
Hannes Loth (AfD)	106

Abstimmung

Tagesordnungspunkt 26

Erste Beratung

Förderung der Wasserstofftechnologie - Ausrichtung der Mobilitätspolitik zum Vorteil der deutschen WirtschaftAntrag Fraktion AfD - **Drs. 7/3256**

Robert Farle (AfD)	108
Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung)	110
Ulrich Thomas (CDU)	111
Guido Henke (DIE LINKE)	112
Dorothea Frederking (GRÜNE)	114
Robert Farle (AfD)	115
Dorothea Frederking (GRÜNE)	116
Dr. Falko Grube (SPD)	116
Matthias Büttner (AfD)	117
Abstimmung	117

Tagesordnungspunkt 27

Beratung

Datenschutz für Wähler - Mehr Sicherheit für Kandidaten zu kommunalen VertretungenAntrag Fraktion AfD - **Drs. 7/3275**Alternativantrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/3317**

Hagen Kohl (AfD)	118
Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport)	120
Silke Schindler (SPD)	120
Christina Buchheim (DIE LINKE)	122
Olaf Meister (GRÜNE)	122
Tobias Krull (CDU)	123

Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport)	124
Mario Lehmann (AfD)	125
Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport)	126
Abstimmung	125

Tagesordnungspunkt 28

Zweite Beratung

Begabtenförderung stärken - Korrespondenzzirkel erhalten

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/2694**

Beschlussempfehlung Ausschuss für Bildung und Kultur - **Drs. 7/3267**

(Erste Beratung in der 47. Sitzung des Landtages am 20.04.2018)

Abstimmung

126

Schlussbemerkungen..... 126

Beginn: 9:04 Uhr.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen. Ich bitte auch die Regierungsmitglieder, Ihre Plätze einzunehmen.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Ich hatte schon die Hoffnung, dass wir heute tatsächlich ohne Klingelton beginnen können. Aber ich gebe nicht auf. Vielleicht klappt es beim nächsten Mal; denn wir alle sind, denke ich, doch lernfähig.

Eröffnung

Sehr geehrte Damen und Herren! Hiermit eröffne ich die 54. Sitzung des Landtages von Sachsen-Anhalt der siebenten Wahlperiode und begrüße Sie auf das Herzlichste.

Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hohen Hauses fest.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir setzen nunmehr die 25. Sitzungsperiode fort. Wir beginnen die heutige Beratung mit einer Aktuellen Debatte und kommen zum

Tagesordnungspunkt 7

Aktuelle Debatte

Das Ende des Billiglohnlands: qualifizierte Arbeit stärken und gut bezahlen, Einkommensgefälle abbauen

Antrag Fraktion SPD - **Drs. 7/3280**

Die Redezeit je Fraktion beträgt zehn Minuten. Die Landesregierung hat ebenfalls eine Redezeit von zehn Minuten.

Es wurde die folgende Reihenfolge vereinbart - -

(Unruhe)

- Ich weiß, dass Sie an dem Morgen nach dem ersten Tag der Landtagssitzung immer viel zu berichten und zu erzählen haben. Ich würde Sie trotzdem bitten, Ihre Unterhaltungen etwas gedämpfter zu führen.

Folgende Reihenfolge ist vereinbart worden: SPD, AfD, GRÜNE, DIE LINKE und CDU.

Zunächst hat die Antragstellerin, die Fraktion der SPD, das Wort. Herr Abg. Hövelmann wird dies übernehmen. Sie haben das Wort.

Holger Hövelmann (SPD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir als SPD-Fraktion unsere Beratungen nicht hier im Landtag

durchführen, sondern anderswo in unserem Land, dann gehören zu den Begegnungen, die wir vor Ort organisieren, immer auch Unternehmensbesuche und Gespräche mit Wirtschaftsvertretern.

Im Februar dieses Jahres waren wir in Staßfurt, in einer traditionsreichen Bergbau- und Industrieregion in unserem Land. Dass wir dort die Sorgen von Unternehmen über den Fachkräftemangel vorgetragen bekommen haben, hat nicht wirklich überrascht. Diese Klage hören wir ja derzeit überall.

Etwas, das mich aber wirklich überrascht hat, war, dass die Betriebe berichteten, dass ihnen die besten Leute abgeworben werden - nicht von den Mitbewerbern am Ort, sondern von Volkswagen in Wolfsburg. Das sind, von Staßfurt aus gerechnet, immerhin knapp 120 km. Je nach Verkehrslage benötigt man eineinhalb Stunden für eine Strecke. Für das tägliche Pendeln ist das schon ein ordentliches Pensum. Dieses Pensum nehmen die Menschen nicht auf sich, weil sie Arbeitslosigkeit fürchten, sondern ganz einfach deshalb, weil sie als Facharbeiter im Raum Staßfurt deutlich weniger verdienen.

Eine vernünftige Erklärung für dieses Lohngefälle gibt es nicht. Im Gegenteil: Sachsen-Anhalt hat genauso gut ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wie die anderen Bundesländer, die ihr Geld wahrlich wert sind - nicht nur, aber ganz besonders im produzierenden Gewerbe und in der Industrie. Unsere Betriebe sind längst viel mehr als die berüchtigten verlängerten Werkbänke. Sie sind modern, sie sind innovativ und viele von ihnen sind in Europa und auf dem Weltmarkt erfolgreich unterwegs.

Das heißt: Sachsen-Anhalt und Ostdeutschland als Ganzes tragen mit dazu bei, dass die deutsche Wirtschaft im Moment so gut dasteht. Die Unternehmen machen dementsprechende Umsätze und Gewinne. Aber bei unseren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern kommt davon nicht genug an.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach 28 Jahren deutscher Einheit ist es nicht zu erklären, weshalb ein Industriemechaniker in Wernigerode weniger Lohn bekommt als in Goslar, ein Dachdecker in Salzwedel weniger als in Uelzen, ein Elektriker in Halle weniger als in Göttingen oder eine Arzthelferin in Magdeburg weniger als in der Partnerstadt Braunschweig.

Ich möchte nur eine Zahl nennen: Selbst im sogenannten ärmsten westdeutschen Bundesland Schleswig-Holstein liegt der sogenannte Median-Bruttolohn um 500 € höher als bei uns in Sachsen-Anhalt. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist nicht akzeptabel.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der CDU)

Wir brauchen Einkommens- und Berufsperspektiven für junge Familien, gute Löhne, gute Arbeitsbedingungen für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Nur so - das müssen wir uns immer wieder klarmachen - lohnt es sich, hier zu bleiben, hier eine Familie zu gründen, sich hier eine Zukunft aufzubauen.

Das große Lohngefälle, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird aber der Wirtschaft in unserem Land über kurz oder lang tatsächlich auf die Füße fallen. Denn der Fachkräftemangel ist ja kein Phantom; er ist für viele Unternehmen schon jetzt ein ernst zu nehmendes Problem.

Dem Fachkräftemangel kann man aber nicht nur mit attraktiver beruflicher Bildung begegnen; den Fachkräftemangel kann man nicht nur mit qualifizierter Zuwanderung in den Griff bekommen - die brauchen wir außerdem -, sondern unsere Unternehmen müssen auch darin investieren, dass gut ausgebildete Fachkräfte im Land bleiben können und nicht dahin wandern, wo noch immer die besseren Löhne winken. Es gibt also ein deutliches Eigeninteresse der Unternehmen daran, ihre Beschäftigten anständig zu bezahlen.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten geht es dabei aber zugleich um eine grundsätzliche Frage der gesellschaftlichen Entwicklung und, ja, auch um eine Frage des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Nicht zuletzt ist es auch eine Frage der Gerechtigkeit.

Der in Deutschland eigentliche Normalfall, als Arbeitnehmer unbefristet und im Geltungsbereich eines Branchentarifvertrages beschäftigt zu sein, ist bei uns leider die Ausnahme.

Eine positive wirtschaftliche Entwicklung führt nur dann auch zum gesellschaftlichen Fortschritt, wenn Produktivitätsgewinne allen zugutekommen können, wenn Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht abgehängt werden vom Zugewinn an gesellschaftlichem Reichtum.

Und das, meine sehr verehrten Damen und Herren, geht nur, wenn die lange eingeübten Instrumente auch von beiden Seiten, von Unternehmern und Arbeitnehmern, von Kapital und Arbeit genutzt werden können. Was meine ich damit? - Flächentarifverträge, die nicht nur gute Löhne und Gehälter bieten, sondern auch den Zugang zur Weiterbildung für alle. Dazu gehören Frauenförderpläne, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf möglich machen, Benachteiligungen abbauen und dafür sorgen, dass es endlich gleiches Geld für gleiche Arbeit gibt.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU - Zustimmung von Ministerin Petra Grimm-Benne)

Dazu gehören Betriebsräte, Personalräte und Mitarbeitervertretungen, die eine starke Stimme der Beschäftigten im Betrieb sind und echte Mitbe-

stimmungsrechte haben, sowie - das will ich im Vorgriff auf die spätere Debatte zu Enercon schon einmal sagen - freier Zugang für Gewerkschaften zu den Unternehmen, um Interessensvertretung auch tatsächlich organisieren zu können.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Regeln, die in unserem Land leider keine Selbstverständlichkeit sind, sind kein sozialistisches Teufelszeug, sondern grundlegende Elemente einer funktionierenden sozialen Marktwirtschaft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist nun nicht so, dass es keine positiven Entwicklungen in unserem Land gibt. Auch bei den Einkommen im Durchschnitt der ostdeutschen Flächenländer werden, wenn man der Statistik folgt, in Sachsen-Anhalt sogar die höchsten Löhne gezahlt, wobei die Unterschiede sehr marginal sind. Der Anstieg ist in den zurückliegenden Jahren tatsächlich höher als in Westdeutschland, aber - auch das gehört zur Wahrheit dazu - eben auf sehr niedrigem Niveau.

Wesentlichen Anteil daran - das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen - haben nicht Tarifentwicklungen, sondern wesentlichen Anteil daran hat der gesetzliche Mindestlohn, den der Deutsche Bundestag in der vergangenen Wahlperiode durchgesetzt hat.

Ich begrüße insbesondere, dass unsere Koalition von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen-Anhalt Wert darauf gelegt hat, dass dort, wo wir öffentliche Fördermittel einsetzen, auch anständige Löhne gezahlt werden.

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Das gilt in ganz besonderer Weise für den Bereich der frühkindlichen Bildung, wo seit 2016 alle Tarifsteigerungen in den Landeszuschüssen abgebildet worden sind, künftige Steigerungen im neuen KiFöG abgesichert werden und der Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes zur Leitlinie gemacht wird, sodass auch das Gefälle zwischen kommunalen und privaten Trägern abgebaut werden kann.

Das gilt ebenso für den Bereich der öffentlich geförderten Verbände und Vereine, die wir so in die Lage versetzen wollen, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter adäquat zu bezahlen.

Diesen Weg, meine sehr verehrten Damen und Herren, müssen wir konsequent weitergehen. Wir müssen Vorbild sein. In der Haushaltspolitik des Landes muss sichtbar sein: Die Zeiten des Billiglohnländers Sachsen-Anhalt sind vorbei.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist es Zeit, unser Ziel aus dem Koalitionsver-

trag mit einer Neufassung des Vergabegesetzes umzusetzen. Ich zitiere:

„Wir werden [...] bei öffentlichen Auftragsvergaben die Einhaltung sozialer und tariflicher Standards nach dem Landesvergabegesetz stärker kontrollieren, um Wettbewerbsnachteile für tarifgebundene Unternehmen zu verhindern.“

Wir müssen auch für den öffentlich geförderten Bereich weiter daraufhin prüfen, ob uns überall an angemessenen Standards Orientierung auch gelingt. Erst gestern, meine sehr verehrten Damen und Herren, machten die Harzer Schmalspurbahnen auf erneute Personalsorgen aufmerksam, deren Ursache nicht zuletzt das Lohngefälle zu den Mitbewerbern ist.

Ich möchte auch auf ein Thema zu sprechen kommen, das schon gestern in der Debatte zur beruflichen Bildung eine Rolle gespielt hat und das damit zu tun hat, wie wir junge Leute im Land halten können. Im Koalitionsvertrag des Bundes ist die Einführung einer Mindestausbildungsvergütung vereinbart worden. Ich hoffe, sie kommt schnell. Ich hoffe, sie kommt in einer deutlich spürbaren Höhe für die jungen Menschen.

Ich habe in den letzten Tagen als Gegenargument tatsächlich wieder gehört: Das brauchen wir nicht; das regelt der Markt. - Ja, das tut er; das tut er nämlich immer. Aber der Markt kommt dann im Zweifelsfall zu dem Ergebnis, dass Branchen in einer ganzen Region keinen Nachwuchs mehr finden. Es ist doch tatsächlich noch immer die Auffassung verbreitet, dass die Abbrecherquote in der Berufsausbildung rein gar nichts mit den Ausbildungsvergütungen zu tun hat. So kann man sich zwar der Realität verweigern, aber durch Ignoranz sind Probleme noch nie gelöst worden.

Das können wir nicht wollen. Deshalb ist genau der gleiche Weg nötig, wie wir ihn beim Mindestlohn gegangen sind. Und er hat - das wissen wir alle mittlerweile - nicht zum Sterben in der Wirtschaft geführt.

(Zustimmung bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sachsen-Anhalt darf kein Billiglohnland sein. Unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verdienen eine gerechte Entlohnung; gutes Geld für gute Arbeit.

Wir, also die öffentliche Hand, Land und Kommunen, müssen mit gutem Beispiel vorangehen. Gefragt sind aber zu allererst die privaten Arbeitgeber, vom Industrieunternehmen bis zum Handwerksbetrieb, vom Gewerbebetrieb bis zum Dienstleister.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sehr geehrter Herr Kollege, Sie haben Ihre Redezeit bereits überschritten.

Holger Hövelmann (SPD):

Vielen Dank für den Hinweis, Frau Präsidentin. Ein letzter Satz, wenn er mir gestattet ist. - Es ist nicht nur im ureigenen Interesse der Unternehmerinnen und Unternehmer, es ist wichtig für den Zusammenhalt und die Entwicklung unserer Gesellschaft, damit sie zusammenhält. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der SPD und von Ministerin Petra Grimm-Benne)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank für die Einbringung, Herr Abgeordneter.

(Ulrich Siegmund, AfD, meldet sich zu Wort)

- Eine Nachfrage? - Ja. Bitte, Herr Siegmund, Sie haben das Wort.

Ulrich Siegmund (AfD):

Vielen Dank. - Lieber Kollege Hövelmann, mich würde einmal interessieren, warum viele Gewerkschaften, die ja noch immer sehr SPD-nah sind, fast 29 Jahre nach der Wende bei Tarifverträgen noch immer in Ost und West unterscheiden, und welche Maßnahmen Sie ergreifen wollen, um das zu endlich zu vereinheitlichen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Hövelmann, bitte.

Holger Hövelmann (SPD):

Die Tarifsituation in Deutschland ist eines unserer Probleme, das ich auch angesprochen habe. Zum einen haben wir eine ausgesprochen unterdurchschnittliche Tarifbindung in Ostdeutschland. Zum anderen - Sie haben völlig zu Recht darauf hingewiesen - gibt es noch immer Branchen, in denen auch tarifliche Unterschiede zwischen Ost und West gemacht werden. Diese sind jedenfalls nach meinem Dafürhalten nicht mehr zu rechtfertigen.

Es gibt allerdings tarifliche Unterschiede auch zwischen Nord und Süd sowie zwischen bestimmten Regionen; das werden wir auch in Zukunft erleben. Aber die Grenze an der Stelle zu ziehen, wo bis zum Jahr 1989 eine Grenze war, das lässt sich jedenfalls sachlich nicht mehr rechtfertigen.

Deshalb muss es unser gemeinsames Ziel sein, dafür Sorge zu tragen, dass Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände diesen Unsinn beenden; das sage ich ganz offen. Und es muss auch unser Interesse sein, verstärkt Arbeitgeber, Unternehmen dafür zu gewinnen, erstens Mitglied in Unternehmensverbänden zu werden und zweitens dafür zu sorgen, dass es bei Tarifverhandlungen nicht darauf ankommt, ob man im Osten oder im Westen seinen Betrieb hat. Vielmehr sollte es

darauf ankommen, dass die Menschen, die in den Unternehmen beschäftigt sind, anständig bezahlt werden. Dazu gehört natürlich auch, dass wir dafür werben, dass sich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer organisieren und einer Gewerkschaft angehören.

Sie haben gefragt, was wir als SPD konkret dafür tun. Zum einen haben wir eine klare politische Position dazu. Zum anderen - das will ich ganz persönlich sagen - bin ich Mitglied einer Gewerkschaft; ich bin Mitglied bei ver.di. Ich weiß, dass meine Gewerkschaft Tarifverträge hat, bei denen es keine Rolle spielt, ob man im Osten oder im Westen beschäftigt ist. Ich weiß aber auch, dass meine Gewerkschaft Tarifverträge hat, bei denen es sehr wohl eine Rolle spielt, ob man im Osten oder im Westen beschäftigt ist. Ich nutze jede Gelegenheit, meine Gewerkschaft darauf hinzuweisen, dass dieser Unsinn endlich beendet werden muss.

(Zustimmung bei der SPD, von Siegfried Borgwardt, CDU, und von Ministerin Petra Grimm-Benne)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Hövelmann. Ich sehe keine weiteren Fragen. - Für die Landesregierung spricht jetzt Ministerin Frau Grimm-Benne. Sie haben das Wort.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. - Meine Damen und Herren Abgeordneten! Der Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt entwickelt sich äußerst positiv. Doch das Einkommensgefälle gerade zu den westdeutschen Ländern nimmt nur langsam ab, trotz zunehmenden Fachkräftemangels.

Sachsen-Anhalts Beschäftigte sind gut qualifiziert und schlecht bezahlt. Dass diese so einfache wie bittere Formel die Realität in Sachsen-Anhalt trotz positiver Entwicklungen weiterhin ziemlich treffend beschreibt, legen die Statistiken nahe.

Der Anteil der qualifizierten Beschäftigung hat weiter zugenommen. Laut IAB-Betriebspanel gibt es in zwei Dritteln der Betriebe ausschließlich Arbeitsplätze mit einer beruflichen oder akademischen Ausbildung. Für fünf von sechs Arbeitsplätzen in Sachsen-Anhalt ist eine formale berufliche Qualifikation erforderlich. Das ist im Bundesvergleich ein überdurchschnittlich hoher Anteil.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind zwar kein Land der Einfach- und Billigarbeitsplätze - im Gegenteil: die Anforderungen sind hoch -, aber wird diese anspruchsvolle Arbeit auch gut genug bezahlt? - Ich meine, nein.

Natürlich ist es positiv, dass die Durchschnittslöhne in Sachsen-Anhalt seit dem Jahr 2014 um fast

10 % gestiegen sind. Ich kann mit Freude darauf verweisen, dass bei uns heute im Vergleich der ostdeutschen Flächenländer im Schnitt die höchsten Löhne gezahlt werden, wenn auch die Abstände sehr gering sind. Der relative Lohnzuwachs war deutlich stärker als in Westdeutschland; er betrug knapp 6 % seit dem Jahr 2014, auch dank der Einführung des Mindestlohns.

Was für mich besonders problematisch ist: In Sachsen-Anhalt sind sehr niedrige Löhne sehr häufig. Laut dem IAB-Betriebspanel wird in mehr als der Hälfte der Betriebe in Sachsen-Anhalt ein Monatsverdienst von durchschnittlich weniger als 2 000 € brutto für eine Vollzeitstelle gezahlt. Das entspricht etwa einem Stundenlohn von 11,60 €. Der gesetzliche Mindestlohn liegt derzeit bei 8,84 €.

Diese Lohnstruktur wird der hochqualifizierten Arbeit, die geleistet wird, nicht gerecht. Das ist, meine Damen und Herren, auch ein riesiges Problem für die Fachkräftesicherung; denn dort, wo schlecht bezahlt wird, ist es schwer, qualifizierte Fachkräfte zu binden.

Wir brauchen eine bessere Lohnentwicklung. Wir brauchen angemessene Tariflöhne, die durch die Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften ausgehandelt werden. Und wir brauchen vor allem mehr tarifgebundene Unternehmen. Nach wie vor sind in Sachsen-Anhalt weniger als ein Viertel der Unternehmen tarifgebunden und weniger als die Hälfte der Beschäftigten erhalten tarifvertraglich vereinbarte Entgelte.

Sich stärker in Arbeitgeberverbänden zu organisieren und durch die Anwendung tariflicher Standards faire Wettbewerbsbedingungen zu schaffen, liegt auch im Eigeninteresse von Unternehmen, die im Kampf um Fachkräfte langfristig wettbewerbsfähig bleiben wollen. Leider stelle ich hierbei bei den Arbeitgebern noch immer eine eher abwartende Haltung fest. Doch das Fachkräfteproblem wird sich nicht von selbst auflösen.

Daher haben wir uns auch im Fachkräftesicherungspakt darauf verständigt, uns mit dem Thema attraktive Arbeitsbedingungen bzw. Arbeitgeberattraktivität intensiv auseinanderzusetzen, und haben dazu eine Arbeitsgruppe unter der Federführung der Sozialpartner eingerichtet.

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit auch kurz auf die aktuelle Studie der Hans-Böckler-Stiftung mit dem Titel „Mangel an Fachkräften oder Zahlungsbereitschaft?“ eingehen. In dieser Studie stellt das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut - kurz: WSI - die These auf, dass der Fachkräftemangel im Niedriglohnbereich, insbesondere in der Leiharbeit, im Gastgewerbe, Güterverkehr und Sicherheitsgewerbe, von einschlägigen Studien der Wirtschaft systematisch überschätzt werde. Dass Stellen in diesen Bereichen

oft nur schwer besetzt werden könnten, liege nicht am Mangel von Fachkräften, sondern an wenig attraktiven Arbeits- und Entlohnungsbedingungen.

Das Institut macht des Weiteren nachdrücklich klar, dass der herbeigeredete Fachkräftemangel in diesen Niedriglohnbereichen nicht dazu führen dürfe, Dumping-Konkurrenz, zum Beispiel durch niedrig qualifizierte Zuwanderer, zuzulassen. Dazu möchte ich klar sagen: Ich teile die Auffassung, dass solche Dumping-Konkurrenz verhindert werden muss. Gerade deshalb treten wir für mehr Tarifbindung und bessere Lohnbedingungen ein.

Dafür habe ich in der letzten Woche zusammen mit dem DGB-Bundesvorsitzenden Reiner Hoffmann ein Projekt auf die Schiene gesetzt, das den Auftrag hat, Arbeitsausbeutung und Dumping-Konkurrenz von migrantischen Arbeitskräften in Sachsen-Anhalt aufzudecken und zu verhindern.

Ich sage aber auch klar, dass wir in manchen Bereichen, unter anderem im Gesundheitswesen, sehr wohl einen wachsenden Fachkräftemangel zu verzeichnen haben. Das wird übrigens auch von der Studie nicht infrage gestellt. Diesen Bedarf werden wir wahrscheinlich trotz aller Anstrengungen nicht allein aus dem hier vorhandenen Arbeitskräfteangebot decken können.

Ich denke daher, dass wir in diesen Bereichen auch geordnete Zuwanderung von qualifizierten ausländischen Fachkräften brauchen, um unsere Probleme zu lösen. Kurz gesagt: Es geht hierbei nicht um Abschottung, sondern um die Sicherstellung fairer Arbeitsbedingungen für alle Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt.

(Zustimmung bei der SPD und von Siegfried Borgwardt, CDU)

Meine Damen und Herren Abgeordneten, ich möchte Sie an dieser Stelle daran erinnern, dass das die Punkte sind, die die Menschen in unserem Land umtreiben, nämlich das, was sie in ihrer Lohntüte haben.

(Unruhe)

Ich finde es schade - - Ich weiß, dass ich die Präsidentin bitten müsste, Sie zu ermahnen, den Geräuschpegel ein bisschen zu senken. Ich finde es wichtig, dass wir hier auch über Arbeitsplätze und gut bezahlte Arbeitskräfte reden können und dass wir das mit aller Ernsthaftigkeit tun.

Ich möchte einen Punkt ansprechen, auf den auch Herr Hövelmann schon eingegangen ist: Was können wir als Land, als öffentlicher Auftrag- und Fördermittelgeber tun, um gute Arbeit zu ermöglichen? Wie gestalten wir Arbeitsbedingungen und Entlohnungsbedingungen als Kunde und als Fördermittelgeber?

Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge darf es nicht mehr passieren, dass Anbieter nur deshalb keinen

Zuschlag bekommen, weil sie tarifgerecht bezahlen und daher etwas höhere Preise kalkulieren müssen. Das geltende Vergaberecht ist in dieser Hinsicht leider nicht immer einfach zu handhaben. Deshalb wäre ich sehr dankbar, Herr Hövelmann, wenn wir über das Vergaberecht hier im Parlament beraten würden.

In meinem eigenen Hause habe ich schon die klare Anweisung gegeben, dass bei der Vergabe, zum Beispiel von Reinigungsleistungen, tarifliche Standards eingehalten werden.

(Zustimmung)

Wir wollen gute Arbeit und angemessene Entlohnung auch durch die Gestaltung unserer Förderbedingungen ermöglichen. Wir sind im Sozialministerium schon weit vorangekommen. Ein Beispiel hat Herr Hövelmann genannt: Bei dem Kinderförderungsgesetz haben wir auf eine tarifgerechte Entlohnung von Erzieherinnen und Erziehern geachtet.

Auch in dem großen Bereich der Eingliederungshilfe haben wir es geschafft, die Verträge mit den Einrichtungen so zu gestalten, dass eine tarifliche Bezahlung der Beschäftigten möglich ist. Ich finde das richtig und wichtig, auch weil die Aufgaben des Staates anwachsen.

Meine Damen und Herren Abgeordneten! Die Debatte über gute Arbeit ist keine Debatte nur um den Lohn. Wenn wir qualifizierte Arbeit stärken wollen, müssen wir in die weichen Faktoren guter Arbeit investieren. Dazu gehören Maßnahmen der gesundheitlichen Prävention und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf genauso wie Weiterbildung und eine kluge Dienstplanung, die zum Beispiel die Arbeit im Pflegebereich attraktiver machen kann.

Für Unternehmen, die sich hier entwickeln wollen, bieten wir im Rahmen der Landesinitiative „Fachkraft im Fokus“ und der ESF-Förderrichtlinie „Weiterbildung Betrieb“ Unterstützung an. Wir wollen noch stärker die Branchen ansprechen, die besonders große Probleme bei der Fachkräftesicherung haben. Zwei große Informationsveranstaltungen für die Pflegebranche sind in Vorbereitung.

Auch das gehört zu dem Bündel, das helfen soll, qualifizierte, fair entlohnte Arbeit zu stärken und damit gute Arbeit in Sachsen-Anhalt voranzubringen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der SPD und von Siegfried Borgwardt, CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Ministerin. Ich sehe keine Wortmeldungen. - Damit fahren wir in der Aktuellen Debatte fort; jetzt kommen die Fraktionen zu Wort.

Doch bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, darf ich Schülerinnen und Schüler der Gorki-Sekundarschule in Schönebeck recht herzlich im Hohen Hause begrüßen. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Der nächste Redner ist der Abg. Herr Raue von der AfD-Fraktion. Sie haben das Wort, Herr Raue.

Alexander Raue (AfD):

Einen schönen guten Morgen, meine Damen und Herren! Einen schönen guten Morgen, Frau Präsidentin!

Herr Hövelmann, Sie sind ein Träumer, genau wie die SPD. Ungehemmte Globalisierung und flächendeckend gute Löhne - das ist ein Widerspruch. Der Größere setzt sich immer gegen den Kleineren durch. Das ist bei Unternehmen wie auch bei Staaten so. - Das nur als Vorwort.

(Zuruf von der SPD: Dafür gibt es den Staat!)

In Sachsen-Anhalt stehen die Menschen seit Jahren nicht nur früher auf, sie müssen auch viel länger arbeiten als ihre Kollegen im sonnigen Westen. 2017 arbeiteten die Sachsen-Anhalter ca. 100 Stunden länger als ihre Landsleute im Saarland. Und wie die aktuellen Vergleichszahlen des Statistischen Landesamtes zeigen, müssen sie das auch, um ihre geringeren Stundenlöhne auszugleichen. Auffallend ist, dass sich die Lohnschere zwischen Ost und West nicht schließt und gleiche Tätigkeiten hier mit teils bis zu 30 % Lohnabschlag hingenommen werden müssen.

Meine Damen und Herren! Das ist das Ergebnis Ihrer Politik. Sie haben Unternehmen gefördert, die die Lohnflucht über die Elbe trieb. Nun wundern Sie sich, warum die Stundenlöhne niedriger sind als im Westen der Republik. Was als kurzfristiger Standortvorteil gedacht war, hat sich strukturell verfestigt. Sie sind die Parteien der Globalisierung. Internetkonzerne wie Google und Apple zahlen bei uns keine Steuern. Diese Einnahmen fehlen in der Steuerkasse und im gesamtdeutschen Finanzausgleich,

(Zuruf von Prof. Dr. Angela Kolb-Janssen, SPD)

in Sachsen-Anhalt genauso. Das ist Ihre Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Kleine und mittlere Unternehmen, meist Zulieferbetriebe, argumentieren zu Recht, das niedrige Lohnniveau im Osten sei auch notwendig, um konkurrenzfähig zu bleiben. Um die Aufträge der Großkonzerne bemühen sich Wettbewerber aus Tschechien, Polen und Asien. Die meisten Be-

schäftigten sind aber auch nicht in der Lage, Lohnverhandlungen zu führen. Sie sind auch nicht alle gewerkschaftlich organisiert.

Gleichzeitig gelten in Ost und West auch noch unterschiedliche Tarifverträge. Im Reinigungs-gewerbe ist die Ost-West-Angleichung erst 2020 vorgesehen. Selbst der Branchenmindestlohn im Pflegebereich, im Malergewerbe und in der Leiharbeit ist bisher nicht vereinheitlicht.

Folgt man also den Erhebungen des Gehaltsatlas 2018, dann können sich Berufseinsteiger in Hessen über eine 50 % höhere Bezahlung freuen als hierzulande. Grundsätzlich heißt dort die Formel für Gehaltszufriedenheit: beste Qualifikation plus großes Unternehmen plus richtige Region plus attraktive Branche.

Genau hierin bestehen aber auch die regionalen Unterschiede in Deutschland und die besonderen Nachteile Sachsens-Anhalts im Vergleich zur westdeutschen Wirtschaft.

Große DAX-Konzerne und bedeutende hochproduktive, innovative Mittelständler befinden sich mit ihren Hauptverwaltungen und Forschungszentren vor allen Dingen in den alten Bundesländern. Sie sind in der Lage, zulasten kleinerer Zulieferbetriebe Vergabe- und Verhandlungsgewinne zu erzielen und die an ihre eigenen Mitarbeiter in Form von Lohnzuschlägen zu verteilen. Die eigenen Mitarbeiter der großen Unternehmen, wie Volkswagen, sind in der Lage, ihre Arbeitnehmer am hohen Betriebsgewinn zu beteiligen.

Als stark kapitalisierte global agierende Großkonzerne üben diese Großunternehmen starken Druck auf ihre international gebundenen Zulieferbetriebe aus. Bauteile, Komponenten und Service werden weltweit ausgeschrieben. Zum Zuge kommt dann meist der billigste Marktteilnehmer. Globalisierung führt eben zu Abwanderung und Kostendruck. Somit stehen auch kleine Zulieferbetriebe wie auch der Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt selbst im internationalen Wettbewerb.

Die Unternehmensstruktur in Sachsen-Anhalt ist aber kleinteilig geblieben. Innovative Großbetriebe gibt es vor allem in der Chemieindustrie, einige im Maschinen- und Anlagenbau. Aber es sind zu wenig, um das Lohngefüge zu verbessern.

Mit Q-Cells in Bitterfeld hätte ein Unternehmen von internationalem Ansehen in der Region wachsen können. Aber Billigimporte von Solarzellen aus China - finanziell gefördert vom deutschen Steuerzahler - haben die Firma zerstört.

(Beifall bei der AfD)

Geblieben sind leere Hallen und ein zerstörter Traum. 90 % unserer Unternehmen haben weniger als zehn Mitarbeiter. Sie sind vor allem von der Kaufkraft ihrer regionalen Kunden abhängig,

und diese geringe Kaufkraft ist fast 30 Jahre nach der Einheit immer noch maßgeblich von einem unterschiedlichen Rentenniveau in Ost und West geprägt. Diese Rentenangleichung hätten Sie längst umsetzen müssen. Aber Sie haben diese bewusst bis 2025 verschleppt.

Auch die Zahl der Bundesbehörden ist bescheiden geblieben. Die Landesregierung hätte sich verstärkt für eine Verlagerung aus dem Rheinland nach Sachsen-Anhalt einsetzen müssen. Die Niederlassung Ost der Infrastrukturgesellschaft ist ein kleiner Anfang.

Von dieser Kaufkraftserhöhung hätten vor allem die regionale Wirtschaft und damit die Arbeiter und Angestellten im Land profitiert. Als Kleinunternehmer, wie lokale Bäcker oder Handwerker, sind sie in Marktsegmenten vertreten, die branchenbedingt kaum Produktunterschiede aufweisen, aber einem starken Wettbewerbsdruck unterliegen. Große Unternehmensgewinne kommen dabei nicht zustande, vor allem dann nicht, wenn diese Unternehmer noch durch hohe Strompreise belastet werden.

Ein wichtiger Anstoß war daher tatsächlich die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns. Dieser führte für mehr als 200 000 Sachsen-Anhalter zu höheren Stundenlöhnen, auch bei höher bezahlten Jobs. Es war ein wichtiger Schritt, auch im Bereich nicht tarifgebundener Unternehmen eine verbindliche Lohnuntergrenze einzuziehen.

Gleichzeitig sorgen Sie als Regierungsparteien aber auch dafür, dass die Kosten für die Bürger immer weiter steigen und sich die Lebensperspektive verschlechtert. Sie investieren zu wenig in Familien, Bildung, Wissenschaft und Infrastruktur. Es fragt sich, was Sie seit 2015 erreicht haben, als Sie das Thema im Landtag unter dem Titel „Gute Arbeit“ diskutiert haben. Wie heute haben Sie damals nur geredet und Aktivität vorge täuscht. Aber die Menschen vertrauen Ihnen nicht mehr. Die Rahmenbedingungen haben Sie nicht verbessert. Stattdessen haben Sie den Deutschen Zukunftslasten auferlegt.

Die Digitalisierung haben Sie verschlafen, den Standort Deutschland geschwächt. Milliarden werfen Sie Ausländern nach, aber bei unseren Kindern fällt der Unterricht aus. So entwickeln sich keine neuen Facharbeiter und Ingenieure. So reduzieren wir die Zukunftschancen unserer Jugend und bleiben das Billiglohnland, das Sie heute thematisieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Sie erzeugen einen Generationenschaden am Bildungserfolg unserer Kinder. 300 Millionen Afrikaner und Araber wollen nach Deutschland. Wenn diese einen Fluchtgrund brauchen, dann fällt ihnen auch einer ein, den Sie akzeptieren.

(Zustimmung von André Poggenburg, AfD)

Wollen Sie die alle aufnehmen? Sie verpflichten unsere Heimat, Millionen Ausländer auf Kosten der Sicherheit in Deutschland dauerhaft zu alimentieren. Dieses Geld fehlt bei uns bei Weiterbildung, Qualifizierung, Forschung und Familienförderung.

(Zustimmung von Lydia Funke, AfD)

Es ist die Grundlage für gute Löhne.

Ihre Politik hat die demografische Katastrophe ausgelöst. Innovative Unternehmen und Schlüsseltechnologien lassen Sie von chinesischen Einkaufsstrategen und angloamerikanischen Heuschrecken übernehmen. Ein Schutz wissenschaftlich-technischer und industrieller Kernkompetenzen, wie Frankreich, Großbritannien und die USA ihn betreiben, muss auch in Deutschland durchgesetzt werden. Deshalb ist es wichtig, das in Deutschland erwirtschaftete Geld vor allen Dingen bei uns in der Heimat zu investieren, um das Land zukunftsfähig zu machen.

(Beifall bei der AfD - Zuruf von der AfD: Ja-wohl!)

Eine umfassende fordernde und fördernde Bildung mit Leistungsanspruch und kleineren Schulklassen schafft kreative Technologen von morgen. Naturwissenschaftlichen Unterricht interessant zu gestalten - das kostet Geld, schafft aber auch Begeisterung in den MINT-Fächern.

(Zustimmung bei der AfD)

Nur wenn Ingenieure und Techniker ausgebildet werden, entstehen neue und innovative Produkte, die weltweit konkurrenzfähig sind und nachgefragt werden. Dann entstehen auch bei uns in Sachsen-Anhalt die hochwertigen Arbeitsplätze mit hohem Einkommen, die das gesamte Lohnniveau nach oben ziehen, auch im angrenzenden Service- und Zuliefererbereich.

Griechenland und die Türkei wollen Sie retten, aber bei uns fehlt das Geld. Das ist Ihre Debatte, liebe Kollegen von der SPD. Es stellt sich aber einmal mehr heraus: Sie wollen nur reden, aber täuschen das Volk. Das zeigt sich auch in der Diskussion um Tausende Arbeitsplätze in der Braunkohleindustrie. Dort werden seit Jahren überdurchschnittlich hohe Gehälter gezahlt; aber Sie wollen jetzt aus der Braunkohle aussteigen. Sie zerstören dort hochbezahlte Arbeitsplätze mit Stundenlöhnen von mehr als 26 € und freuen sich über einfache Jobs in der Logistikbranche, in der werden aber nur 13 € pro Stunde gezahlt. Erkennen Sie den Widerspruch?

(Zustimmung bei der AfD)

Woher sollen die Billigjobs aber auch sonst kommen, wenn alle Araber und Afrikaner untergebracht werden müssen, die Sie ins Land lassen?

(Zuruf von Andreas Steppuhn, SPD)

Das ist nicht unser Weg, meine Damen und Herren. Wir wollen, dass unsere Landsleute gut qualifiziert sind

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sehr geehrter Herr Raue, Ihre Redezeit ist bereits überschritten.

Alexander Raue (AfD):

Darf ich den Satz zu Ende bringen?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Beenden Sie bitte den Satz!

Alexander Raue (AfD):

und zukunftsorientierte Produkte hier vor Ort herstellen. Wir wollen gute Arbeit, gute Löhne, und wir wollen, dass Familien bei uns im Land gestärkt werden. Die AfD-Fraktion möchte, dass in unserem Land in Zukunft für alle Deutschen ein sicheres Leben möglich ist, meine Damen und Herren. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Das waren allerdings zwei Sätze, Herr Raue.

(Zuruf: Fünf sogar!)

- Nein, das waren keine fünf Sätze. Er hat Bandwurmsätze daraus gemacht. Aber es war länger. Ich sehe keine Fragen. - Somit kommen wir zum nächsten Redner. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht der Abg. Herr Meister.

Bevor ich Herrn Meister das Wort gebe, darf ich Damen und Herren der „EMS & Medi-Z-gemeinnützigen GmbH“, der Elke-Meister-Schule, aus Magdeburg recht herzlich im Hohen Hause begrüßen. Herzlich willkommen! - Herr Abg. Meister, Sie haben jetzt das Wort.

Olaf Meister (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Mehr als ein Vierteljahrhundert nach dem Fall der Mauer brauchen wir uns nur die grafische Darstellung der Lohnstruktur in Deutschland anzuschauen, um die alte Ost-West-Teilung Deutschlands wieder vor Augen geführt zu bekommen. Die Mauer ist gefallen. Die erste Generation, die die Teilung Deutschlands nur noch aus den Geschichtsbüchern kennt, bekommt selbst schon Kinder. Dennoch scheint dieser eigentlich rein geografische Unterschied weiterhin wirkmächtig zu sein.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass es auch zwischen anderen Regionen Unterschiede gibt.

Es gibt auch ein Nord-Süd-Gefälle, und unsere Gesellschaft kennt auch andere Lohnunterschiede, zum Beispiel zwischen Männern und Frauen.

Die Zahlen für unser Land sind eindeutig. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verdienen im Osten durchschnittlich signifikant deutlich weniger. Und quasi im Widerspruch dazu arbeiten sie auch noch länger. Vollzeitbeschäftigte im Osten verdienen durchschnittlich 2 600 €. Im Westen verdienen Sie 3 339 €. Der Unterschied bei der Arbeitszeit liegt im Schnitt bei 74 Stunden im Jahr.

Laut Hans-Böckler-Stiftung haben im Westen etwa 8 % der Tarifbeschäftigten eine Wochenarbeitszeit von 40 Stunden, im Osten sind es aber 40 %. Selbst dann, wenn man die geringeren Lebenshaltungskosten berücksichtigt, ergibt sich laut Joachim Ragnitz vom „ifo Institut“ in Dresden ein klarer Unterschied von 10 % zwischen den Einkommen im Osten und im Westen. Die Unternehmensstruktur spielt dabei eine große Rolle. Branchen wie der Fahrzeugbau und die Chemieindustrie zahlen besser. Sie sitzen auch in unserem Land, sind aber in Westdeutschland viel häufiger vertreten als bei uns im Osten.

In Westdeutschland gibt es mehr Großunternehmen. Diese bezahlen höhere Löhne als kleinere Unternehmen, welche wir bei uns im Land überwiegend haben. Dass wir im Osten und gerade auch in Sachsen-Anhalt nur sehr wenige große und finanzstarke Unternehmen mit gut bezahlten Stellen haben - gerade im Managementbereich - ist bekannt.

In Regionen mit höherer Arbeitslosigkeit sind die Löhne niedriger. Auch dort gibt es eine Ost-West-Differenz. Vor allem aber kann man die Lohnentwicklung hier anhand des Entwicklungspfads zur Zahl der Arbeitssuchenden verfolgen.

Die Tarifbindung ist im Osten wesentlich geringer. Nur knapp die Hälfte, nämlich 47 %, der Beschäftigten im Osten hat einen Tarifvertrag. Im Westen sind es 58 %.

Die Struktur mit vielen kleinen und Kleinstunternehmen begründet auch die geringe Anzahl von Betriebsräten und die niedrige Tarifbindung im Vergleich zum Westen. Fehlende Tarifbindung und fehlender Organisationsgrad wirken sich natürlich aus. Wenn, wie gestern geschehen, eine Fraktion Gewerkschaftsfunktionäre und Rindviecher in einem Satz nennt, dann kann man sehen, dass die Wertschätzung für die Arbeitnehmervertretung durchaus unterschiedlich verteilt ist.

Die geschichtlich bedingte Grundstruktur ist nur schwer zu ändern, auch wenn wir wirtschaftspolitisch vor allem mit unserer guten Gründungsförderung bemüht sind, diese Struktur auf lange Sicht zu ändern. Tatsächlich ist unsere ungewöhnlich

gute Gründungsförderung, insbesondere von Start-ups, auf lange Sicht eine Möglichkeit, diese Wirtschaftsstruktur zu verändern. Das erfordert aber lange Zeit und einen langen Atem.

Trotz einer weiterhin bestehenden Lohnspreizung können wir eine insgesamt erfreuliche Lohnentwicklung feststellen. Aktuellen Statistiken ist zu entnehmen, dass der durchschnittliche Bruttostundenverdienst in Sachsen-Anhalt zwischen 2007 und 2017 um 30 % und damit stärker gestiegen ist als der Bundeswert mit einem Anstieg um 23,5 %. Der erfreulich starke Anstieg erklärt sich auch aus dem Referenzwert von 2007. Damals lagen die Einkommen hier erst bei etwa 74 % des Bundesdurchschnitts.

Man muss auch sagen, dass gerade unsere Bevölkerung von der Einführung des Mindestlohns profitiert hat. Weil gerade der Redner der AfD den Mindestlohn so hoch hielt, möchte ich darauf hinweisen, dass in Ihrem Europawahlprogramm immer noch steht, dass Sie den Mindestlohn ablehnen.

(Alexander Raue, AfD: Nein!)

- Ich habe es gerade eben gegoogelt, weil Sie den Mindestlohn erwähnten. Schauen Sie mal nach! Ihr Europawahlprogramm ist insoweit, meine ich, recht deutlich.

Der Aufholprozess ist im Gange, wird aber noch weitere Zeit in Anspruch nehmen. Es gibt jedoch Bereiche, in denen sich eine Lohnangleichung leichter realisieren lässt. Das beste und aktuelle Beispiel sind die Physiotherapeuten. Mit dem Schiedsspruch von Beginn der Woche wird nun die Vergütungslücke zwischen Ost und West eingeebnet. Das ist nur recht und billig, da die Gelder, die die Kassen aus dem Gesundheitsfonds erhalten, schließlich auch nicht nach Ost- und Westdeutschland differenziert sind. Beiträge sind Beiträge. Daher sollten auch die Vergütungen gleich sein.

(Zustimmung von Cornelia Lüddemann, GRÜNE)

Eklatant bleibt diese Lücke aber für den Bereich der Altenpflege. Dabei sind wir Schlusslicht. Im Schnitt verdienen Pflegekräfte in Sachsen-Anhalt 600 € weniger als im Bundesdurchschnitt. Sowohl die Verabredung in unserem Koalitionsvertrag zu einem allgemein verbindlichen Tarifvertrag als auch eine entsprechende Verabredung im Koalitionsvertrag auf Bundesebene zeigen zumindest den tarifrechtlichen Lösungsansatz.

Ein gänzlich anderer Bereich hat sich Anfang dieser Woche medial zu Wort gemeldet. Die IG Metall fordert die Angleichung der Löhne und der Arbeitszeit in Ost- und Westdeutschland und verweist dabei auch auf die Instrumente der Wirtschaftsförderung und der Vergabe, um tarifgebun-

dene Unternehmen zu stärken. Das wird von den Bündnisgrünen unterstützt.

Wir haben auch als Koalition - mein Vorredner Herr Hövelmann ist darauf eingegangen - Änderungen der Förderbedingungen in diese Richtung vorgenommen. Gerade für unser Land darf es nicht heißen: Geiz ist geil. Vielmehr sollten wir die Realisierung sozialer Standards und auch ökologischer Aspekte bei der Auftragsvergabe berücksichtigen. Wir wissen aber auch, dass das ein ziemlich heißes Eisen ist, weil wir das Vergabegesetz anpassen müssen. Die Meinungen dazu gehen innerhalb der Koalition durchaus auseinander. Da müssen wir sehen, wie wir das schaffen.

Abseits der Lohnfrage halte ich gerade die Ungleichheit hinsichtlich der Arbeitszeit für wirklich misslich, suggeriert sie doch, dass wir im Osten unproduktiver arbeiten und dass wir weniger effizient wirtschaften. Auch diesbezüglich tut eine Gleichstellung wirklich not. Das ist aber eine Aufgabe der Tarifpartner.

Wenn man sich die langfristige Entwicklung anschaut, ist grundsätzlich festzustellen, dass die Lücke kleiner wird. Im Jahr 2000 betrug die Differenz bei der Arbeitszeit noch mehr als 160 Stunden. Vielleicht müssen wir an dieser Stelle akzeptieren, dass der Fortschritt eine Schnecke ist.

Aber bevor ich falsch verstanden werde, es ist natürlich absolut geboten, dass die Politik am Ball bleibt und die aufgezeigten Handlungsmöglichkeiten nutzt. Denn je früher der Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland auch aus den statistischen Daten verschwindet, desto besser. - Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Meister. Es gibt zwei Fragen. - Ich sehe, Sie sind bereit, diese zu beantworten. Zunächst spricht Herr Loth und dann Herr Raue. - Sie haben das Wort, Herr Loth.

Hannes Loth (AfD):

Sehr geehrter Herr Meister, es ist keine Frage, sondern eine Intervention. Ich möchte Ihnen mitteilen, dass die neoliberale Clique um Bernd Lucke und Hans-Olaf Henkel die Partei verlassen hatte und danach, vom 30. April bis zum 1. Mai 2016, das Grundsatzprogramm der AfD verabschiedet wurde. Darin steht unter Punkt 5.3 auf der Seite 36: Mindestlohn beibehalten. Den Rest können Sie dort nachlesen. - Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Darauf müssen Sie nicht reagieren.

Olaf Meister (GRÜNE):

Doch, darauf muss ich reagieren. Es ist richtig, zu sagen: Das AfD-Wahlprogramm zur Europawahl sah genau das vor. Sie werfen anderen ununterbrochen vor, dass es zu Meinungsänderungen kommt und es ganz schrecklich ist, was die Altparteien machen.

Ich weise nur darauf hin, dass Sie mit Aussagen in den Wahlkampf gezogen sind, von denen Sie jetzt nichts mehr wissen wollen und dieses angreifen und sagen, es sei ganz schrecklich, dass der Mindestlohn nicht sofort umgesetzt worden sei. Und dann machen Sie es selbst so.

(Zuruf von Daniel Roi, AfD - Heiterkeit)

Man sollte darauf achten, dass man so etwas in vernünftiger Weise darlegt. - Ich habe Sie eben akustisch nicht verstanden.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Raue, Sie haben jetzt das Wort.

Alexander Raue (AfD):

Ich verzichte; denn ich wollte das Gleiche wie Herr Loth sagen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sie ziehen zurück. Okay. Ich sehe keine weiteren Fragen. - Somit kommen wir zum nächsten Redner. Für die Fraktion DIE LINKE spricht der Abg. Herr Höppner. Sie haben das Wort.

Andreas Höppner (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Medianentgelt im Wolfsburger Raum beträgt laut Statistik zum sozialversicherungspflichtigen Bruttoarbeitsentgelt der Bundesagentur für Arbeit 4 622 €. Im Raum Elster (Elbe) ist es noch nicht einmal die Hälfte, nämlich 2 215 €.

Herr Hövelmann, ich gebe Ihnen recht: Jeder Beschäftigte schaut sich dann natürlich um und geht lieber dorthin und nimmt die 4 500 € anstelle der 2 200 €. Das führt zur Abwanderung von Fachkräften und mit diesen Problemen haben wir in Sachsen-Anhalt leider zu kämpfen.

Wir haben zwar auch vernehmen können, dass die Jahresbruttolöhne je Arbeitnehmer in Sachsen-Anhalt im Jahr 2017 bei 28 607 € lagen; aber zur Belohnung dürfen Beschäftigte in Sachsen-Anhalt im Durchschnitt 67 Stunden länger arbeiten als Beschäftigte im Westen.

Die Zahl der atypisch Beschäftigten in Sachsen-Anhalt ist hoch und jeder dritte Beschäftigte arbeitet für einen Niedriglohn von weniger als 10 € in der Stunde.

Immer mehr Arbeitsverträge sind nur befristet. Jeder zweite neue Arbeitnehmer bekam im letzten

Jahr nur einen befristeten Job. Die Tarifbindung in Sachsen-Anhalt - das haben wir schon gehört - liegt bei lediglich 26 % der Betriebe. Den Experten des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zufolge verdient in Sachsen-Anhalt ein Arbeitnehmer mit Tariflohn im Schnitt 2 660 € pro Monat, ein Arbeitnehmer ohne Tariflohn hingegen nur 2 150 €, also 510 € weniger.

Man kann also feststellen: Von gleichwertigen Verhältnissen kann man diesbezüglich nicht annähernd sprechen. Ich finde es äußerst beschämend,

(Beifall bei der LINKEN)

dass Ostdeutschland flächendeckend von niedrigen Löhnen gekennzeichnet ist. Ich empfinde dies auch als Missachtung ostdeutscher Leistungen; denn ein ostdeutscher Arbeitnehmer arbeitet nicht schlechter und ist genauso fleißig wie ein westdeutscher Arbeitnehmer. Das muss man klar und deutlich sagen.

Sachsen-Anhalt, aber auch den anderen ostdeutschen Bundesländern fallen die politischen Fehler auf die Füße, die sowohl die Kahlschlagpolitik der Treuhand als auch später die Niedriglohnpolitik vergangener Regierungen verursacht haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Viele Jahre hat man zum Beispiel bei der Wirtschaftsförderung in Sachsen-Anhalt mit Niedriglöhnen und wenig Tarifbindung geworben. Dies geschah sogar in ganzen Broschüren. Insofern, denke ich, ist es eines der schwierigsten Probleme für Sachsen-Anhalt, dass wir eine Wirtschaft haben entstehen lassen, in der jeder vierte Beschäftigte vom Mindestlohn leben muss.

(Beifall bei der LINKEN)

An der Stelle verweise ich immer gern auch darauf, dass Niedriglöhnen natürlich auch Niedrigrenten folgen.

Es ist feststellbar, dass Löhne und Einkommen in den letzten zehn Jahren insgesamt durchaus gestiegen sind. Das liegt daran, dass gerade die Einführung des Mindestlohns in Sachsen-Anhalt zu einem deutlichen Lohnsprung geführt hat und im öffentlichen Dienst gute Tarife verhandelt und umgesetzt wurden.

Die negative Seite, die dabei offen zutage trat, zeigt aber auch, wie gering die Löhne in Sachsen-Anhalt vor der Einführung des Mindestlohns von damals 8,50 € waren. Es wurden zum Beispiel in der Lebensmittelverarbeitung, im Hotel- und Dienstleistungsgewerbe und Ähnliches Billiglöhne zwischen 4 und 7 € pro Stunde gezahlt. Mit der Einführung des Mindestlohns gab es dann für viele Beschäftigte einen richtig großen Lohnsprung, der sich in der Statistik stark bemerkbar macht.

Zudem macht und machte sich dieses Lohnplus auch in der Binnennachfrage positiv bemerkbar. Deshalb sind wir der Ansicht - Herr Hövelmann hat es gesagt -, dass es nach der erfolgreichen Einführung und Etablierung des Mindestlohns nun auch eine unterste Grenze in der Ausbildung geben muss, also eine Mindestausbildungsvergütung. Diese müssten wir langsam auch einmal einführen.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren! 29 Jahre nach der Wende erhalten Beschäftigte in Ostdeutschland noch immer weniger Lohn als ihre Kolleginnen und Kollegen im Westen. Wie krass diese Unterschiede sind, zeigt zum Beispiel der Entgeltatlas der Bundesagentur für Arbeit. Bei Verkäuferinnen beträgt diese Differenz im Mittel ca. 500 € pro Monat. Bei Automechanikern liegt der Unterschied bei mehr als 800 €, bei Maschinenbaumechnikern sogar bei mehr als 900 € im Monat.

Die Ungleichheit von Einkommen und auch Vermögen ist übrigens nicht das Ergebnis fehlender individueller Anstrengung, sondern - so beschreibt es eine Studie der Bertelsmann Stiftung - ist von Faktoren abhängig, die die Einzelnen nicht beeinflussen können.

Die wichtigsten Faktoren sind die Herkunft aus der DDR oder Alt-BRD, der Beruf der Eltern und das Bildungsniveau der Eltern. Wer aus einem westdeutschen Akademikerhaushalt kommt, der hat statistisch ein eher höheres Einkommen als andersherum. Wer aus einem Arbeiterhaushalt in der DDR kommt, der verdient tendenziell weniger. Mit Chancengleichheit, meine Damen und Herren, hat das wenig bis gar nichts zu tun.

(Beifall bei der LINKEN)

Neben der Einkommensschere kritisiert die Bertelsmann Stiftung aber auch die Armutsrisikoquote, die trotz sinkender Arbeitslosigkeit steigt. Zudem verlängert sich auch die Dauer, in der Haushalte in Armut leben.

Gefragt ist an der Stelle auch eine aktive Steuerpolitik. Exorbitante Managergehälter sind ebenfalls nicht vermittelbar. Sie sind von der Leistung der Betroffenen völlig abgekoppelt. An dieser Stelle können und könnten ein erhöhter Spitzensteuersatz und eine Vermögensteuer den notwendigen Ausgleich bewirken.

Ein Thema hat in dieser Debatte so gut wie gar keine Rolle gespielt: Wir brauchen unbedingt mehr Zukunftsinvestitionen in Ostdeutschland. Das Wirtschaftswachstum Sachsens-Anhalts wuchs langsamer als das im Bundesdurchschnitt. Mit einem Plus von nur 0,8 % Wachstum ist Sachsen-Anhalt das Schlusslicht Deutschlands. Schon im vergangenen Jahr war das Wachstum

in Sachsen-Anhalt nicht über eine Marke von 1 % hinausgekommen.

Unbestritten ist, dass die Leistungskraft Ostdeutschlands gegenüber den früheren 90er-Jahren deutlich gestiegen ist, jedoch stagniert sie bei 67 % der Wirtschaftskraft in der alten Bundesrepublik.

Der niedrigen Wirtschaftskraft des Ostens entspricht eine deutlich höhere Arbeitslosigkeit, was sich an einer höheren Quote von Beziehern von Hartz IV zeigt. Ähnliche Ungleichheiten finden wir auch bei Sozialleistungen und Renten. Aber auch bei der Vermögensverteilung besitzen Ostdeutsche im Durchschnitt weniger als Westdeutsche.

Anhand dieser ökonomischen Eckdaten wird deutlich, dass Ostdeutschland und insbesondere Sachsen-Anhalt leider abgehängt worden sind.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Gerade in Bezug auf die Ungleichheit von Löhnen und Gehältern sowie Renten und Sozialleistungen wird häufig argumentiert, dass das doch irgendwie so in Ordnung sei; denn schließlich seien die Lebenshaltungskosten im Osten niedriger. Dieses Argument ist schon deshalb völlig verkehrt, weil sich die Lebenshaltungskosten nicht nur entlang der einstigen Staatsgrenze, sondern auch innerhalb der alten Bundesrepublik und innerhalb Ostdeutschlands zum Teil gravierend unterscheiden. Letztlich wird damit nur ausgedrückt, dass die Arbeit und Lebensleistung der Sachsen-Anhalter weniger wert sind als die anderer.

Der gesetzliche Mindestlohn - so kritikwürdig er in seiner Höhe und hinsichtlich der Ausnahmen auch ist - durchbricht diese Logik der Ungleichheit. Er ist in Ost und West gleich; das muss endlich auch bei allen Branchenmindestlöhnen umgesetzt werden. Diesbezüglich gibt es noch immer eine Unterscheidung in Ost und West. Deshalb bleiben wir bei unserer Forderung, die Unterschiede zwischen Ost und West bei Löhnen und Gehältern, Renten und Sozialleistungen endlich abzuschaffen.

(Beifall bei der LINKEN)

Dazu gehört auch, dass der Mindestlohn auf 12 € pro Stunde angehoben und die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen erleichtert wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Es darf keine sachgrundlosen Befristungen und kein Lohndumping über Leiharbeit oder Werkverträge mehr geben. Anstelle von Hartz IV muss es wieder eine anständige Arbeitslosenversicherung geben, die bei Jobverlust auch langfristig trägt.

(Beifall bei der LINKEN)

Landesspezifisch geht es ebenfalls darum, Akzente zu setzen. Es braucht eine viel stärkere Aus-

richtung des Förderprogramms GRW auf Lohnzuwachs und Tarifbindung. Die jetzigen Regeln reichen bei Weitem nicht aus; Änderungen hieran haben wir oft genug beantragt.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch die Einführung eines vergabespezifischen Mindestlohns im Vergabegesetz ist mehr als sinnvoll, wenn an dieser Stelle keine Tarifverträge greifen.

Für äußerst wichtig halten wir die Unterstützung und Förderung von Mitbestimmung und Tarifbindung. Hilfreich wäre auch eine strikte Ostquote für Bundesprogramme. Zudem müssen strukturschwache Regionen in Ost wie in West besser unterstützt werden.

Wichtig ist aber auch, dass wir Sachsen-Anhalt insgesamt als Standort für die Menschen attraktiver machen, das heißt zum Beispiel bessere Bildung, eine bessere Infrastruktur und vor allem der Ausbau der digitalen Infrastruktur. Es muss jetzt investiert werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Höppner. Es gibt keine Fragen. - Wir kommen nunmehr zum letzten Redner. Für die CDU-Fraktion spricht der Abg. Herr Krull. Sie haben das Wort. Bitte.

Tobias Krull (CDU):

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Meine sehr geehrten Mitglieder des Hohen Hauses! Vermutlich nicht zuletzt aufgrund der aktuellen Berichterstattung in den vergangenen Tagen beschäftigen wir uns heute im Hohen Hause mit der Einkommenssituation der Beschäftigten in unserem Land. Natürlich ist es richtig, dass es mit Blick auf die Einkommenssituation der Bevölkerung noch erhebliche Differenzen zwischen den verschiedenen Bundesländern der Bundesrepublik gibt. Aber wir sollten nicht der Versuchung unterliegen, unser eigenes Land schlechtzureden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wirtschaft hat viel mit Psychologie zu tun. In diesem Sinne ist der durch den Einbringer gewählte Titel für diese Aktuelle Debatte doch als kontraproduktiv einzuschätzen. Auch für die Wahrnehmung der Arbeit des Landtages und der Landesregierung für eine Verbesserung der Einkommenssituation unserer Bürger ist dies weniger hilfreich. Bei manch einem Beitrag, der heute vorgetragen worden ist, muss man sich wirklich fragen, wie wir Menschen überzeugen wollen, in dieses Land zu kommen, wenn wir selbst so über unser Land reden.

Ich denke, meine Vorrednerinnen und Vorredner sind bereits umfänglich auf die statistischen Zahlen bezüglich der Entwicklung der Einkommen

und der vorhandenen Unterschiede eingegangen, auch was die Arbeitszeit angeht. Deshalb gestatte ich mir einen Blick auf die aktuellen Arbeitsmarktzahlen in Sachsen-Anhalt.

Im August 2018 waren in Sachsen-Anhalt 162 345 Menschen als arbeitssuchend registriert. Das entspricht einem Rückgang um 8,7 % bzw. um 15 548 Personen gegenüber dem Vorjahresmonat.

Im gleichen Zeitraum sank die Unterbeschäftigungsquote von 11,5 % auf 10,7 %. Die Zahlen machen deutlich, dass die Entwicklung auf unserem Arbeitsmarkt positiv verläuft. Die Zahl der Erwerbstätigen nimmt zu, und das vor allem im sozialversicherungspflichtigen Bereich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei allen Diskussionen, die wir heute führen, sollten wir immer diese positive Entwicklung im Hinterkopf behalten.

Jetzt möchte ich mich dem Thema zuwenden, worauf die Unterschiede bei den Einkommen der Beschäftigten zurückzuführen sind; denn auch hier ist eine differenzierte Betrachtung notwendig. Zuerst ein Hinweis darauf, dass man bei der Auswertung von Statistiken und daraus resultierenden Schlussfolgerungen zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen kann.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Bitte gestatten Sie mir folgendes Zitat aus der Pressemitteilung des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt vom 14. Juni dieses Jahres. Unter der Überschrift „3 264 € Bruttomonatsverdienst im Schnitt 2017 in Sachsen-Anhalt“ findet sich unter anderem folgende Aussage:

„Im Jahr 2017 betrug der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst der Sachsen-Anhalterinnen und Sachsen-Anhalter 3 264 €.“

Im Rahmen einer Pressekonferenz zu dem Thema „Wie viel verdient Sachsen-Anhalt?“ teilte der Präsident des Statistischen Landesamtes Herr Michael Reichelt außerdem mit:

„Seit 2007 ist der Bruttostundenverdienst mit einem Plus von 30 % im Vergleich zum Bundeswert überdurchschnittlich gewachsen.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unternehmen in Sachsen-Anhalt liegen bei der Produktivität laut einer aktuellen Studie knapp 20 % unter denen in den westdeutschen Bundesländern. Mit anderen Worten: Um auf dem Markt wettbewerbsfähig zu sein, müssen die Lohnstückkosten durch verschiedene Mittel wie höhere Arbeitszeitvolumen und/oder geringere Einkommen marktgerecht gestaltet werden. Natürlich gilt dieser Ansatz nicht für alle Beschäftigten und alle Branchen in unserem Bundesland, aber zu vernachlässigen ist dieser Einflussfaktor nun einmal auch nicht.

Ein weiterer Faktor ist die überdurchschnittlich hohe Erwerbstätigenquote von Frauen in unserem Bundesland. Zu Recht wurde hier im Hause bereits mehrfach über den Einkommenunterschied zwischen Frauen und Männern kritisch diskutiert. Ich möchte nicht auf die dort vorgebrachten Argumente und Hinweise eingehen, die in den hierzu geführten Debatten vorgebracht worden sind. Es bleibt aber die Tatsache, dass Frauen durchschnittlich weniger verdienen als Männer. Also hat die höhere Erwerbstätigenquote von Frauen in unserem Bundesland auch einen entsprechenden statistischen Effekt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor Kurzem hat uns das Thema Tarifbindung in Sachsen-Anhalt beschäftigt. Bereits damals haben wir festgestellt, dass in Sachsen-Anhalt die Tarifbindung im Vergleich zu den anderen ostdeutschen Bundesländern mit am höchsten ist, aber im Bundesvergleich wieder niedriger. In tarifgebundenen Unternehmen verdienen die Beschäftigten spürbar mehr als in Firmen, die nicht tarifgebunden sind. Dass in Sachsen-Anhalt weniger Unternehmen tarifgebunden sind, hängt aber vor allem mit unserer Wirtschaftsstruktur in unserem Bundesland zusammen.

Selbstverständlich steht die CDU als Partei der sozialen Marktwirtschaft zur Tarifautonomie. Wir können und müssen hier also sowohl an die Arbeitgeber als auch an die Arbeitnehmer appellieren, die Chancen der Tarifautonomie zum gegenseitigen Vorteil zu nutzen und die daraus erwachsende Verantwortung auch wahrzunehmen.

Die Betriebsgröße spielt bei der Entlohnung der Beschäftigten ebenfalls eine erhebliche Rolle. Man könnte kurz zusammenfassen: Große Unternehmen sind auch in der Lage, ihren Beschäftigten mehr zu zahlen; mittleren und kleinen Unternehmen gelingt das selten bzw. es fällt ihnen schwerer.

Jede und jeder in diesem Saal weiß, dass in unserem Bundesland überwiegend kleine und mittlere Unternehmen aktiv sind. Das ist ein weiterer Grund für die Einkommensunterschiede.

Weiter geht es mit den Sektoren, in denen die Beschäftigten ihr Geld verdienen; denn auch bei gleicher Qualifikation kann die Branche, in der der Arbeitnehmer beschäftigt ist, erheblichen Einfluss auf die Einkommenshöhe haben. Im verarbeitenden Gewerbe oder in der Energiewirtschaft werden im Regelfall höhere Löhne gezahlt als zum Beispiel im Dienstleistungsbereich, wie im Gastgewerbe oder im Bereich Gesundheit und Pflege. Auch das kam hier in der Diskussion schon zum Tragen.

Ein weiterer Punkt ist die Tatsache, dass im ländlichen Raum in ganz Deutschland durchschnittlich geringere Einkommen erzielt werden als in den großen Städten bzw. in den Ballungsräumen. Bis

auf die kreisfreien Städte ist ganz Sachsen-Anhalt ländlicher Raum. Das ist ein weiterer Grund für die Einkommensdifferenzen.

Natürlich spielt es auch eine große Rolle, wie viele Beschäftigte in Vollzeit oder in Teilzeit beschäftigt sind, da Teilzeitbeschäftigte ein entsprechend geringeres Erwerbseinkommen haben. Auch die Qualifikation der Arbeitskräfte spielt eine Rolle. Je höher die Qualifikation, umso höher ist natürlich auch das Erwerbseinkommen. Deshalb ist richtig, dass das Land entsprechende Qualifizierungsmaßnahmen unterstützt.

Um meine Aufzählung an dieser Stelle zu beenden, möchte ich noch den Aspekt des lokalen Preisniveaus aufgreifen. Unbestritten ergibt sich aufgrund geringerer Aufwendungen, zum Beispiel für die Mieten, trotz eines geringeren Einkommens eine vergleichbare Kaufkraft mit dem erzielten Erwerbseinkommen. Dies bleibt bei der Einkommensgestaltung natürlich nicht unberücksichtigt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das waren jetzt in recht komprimierter Form einige der Punkte, die den Unterschied auch beim Einkommen ausmachen.

Können wir uns als Landespolitik deshalb zurücklehnen und sagen: „Es wird schon werden“? - Selbstverständlich nicht. Aber wir dürfen das Erfolgsmodell der sozialen Marktwirtschaft durch staatliche Überregulierung auch nicht außer Kraft setzen. Für uns als CDU-Landtagsfraktion gehört eine gute wirtschaftliche Entwicklung inklusive der Verbesserung der Bedingungen für die Arbeitnehmer auch beim Einkommen zu den obersten politischen Zielen.

Wir brauchen noch mehr gut entlohnte und mit einer guten Zukunftsperspektive ausgestattete Arbeitsplätze in unserem Bundesland. Hier gilt es, die richtigen Rahmenbedingungen für die Ansiedlung neuer Unternehmen sowie für die Fort- und Weiterbildung bestehender Unternehmen zu bieten. Dazu gehört auch der Bürokratieabbau. Der Wirtschaftsminister hat ja den entsprechenden Arbeitsauftrag mitgenommen und wird sicherlich bald seine Vorschläge dazu präsentieren.

(Zustimmung von Ulrich Thomas, CDU, von Markus Kurze, CDU, und von Lars-Jörn Zimmer, CDU)

Vordringlich ist natürlich auch der Bereich der Wirtschaftsförderung. Dies gilt ebenso für andere Gebiete, wie die Versorgung mit leistungsfähigen und bedarfsorientierten Breitbandanschlüssen, eine passende Verkehrsinfrastruktur bis hin zu sozialen Angeboten, wie Kinderbetreuung oder ärztliche Versorgung.

Ein Verbot der Leiharbeit oder einen vom Gesetzgeber festgelegten Mindestlohn lehnt die CDU allerdings klar ab.

(Zustimmung von Ulrich Thomas, CDU)

Wir plädieren für die Fortführung des bisherigen Verfahrens, bei der eine mit Fachleuten besetzte Kommission entsprechende Vorschläge zur Höhe des Mindestlohnes für den Gesetzgeber erarbeitet. In eigener Verantwortung sind wir gefordert, das Prinzip „Gute Arbeit - gutes Geld“ in der Landespolitik mit Leben zu erfüllen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist meine feste persönliche Überzeugung, dass der zunehmende Fachkräftemangel zu einem Wettstreit zwischen Unternehmen und Beschäftigten führen wird, der sich positiv aus der Sicht der Beschäftigten auf die Einkommen auswirken wird.

Zum Schluss meiner Rede möchte ich noch einmal ganz deutlich machen: Lassen wir unser Land nicht schlechreden, sondern machen wir auch in diesem Landtag deutlich, welche Chancen Unternehmen und Beschäftigte in unserem Land haben! - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Krull. Es gibt keine Fragen. Nur ein kleiner Hinweis von mir. Sie brauchen mich nicht um Erlaubnis zu bitten, wenn Sie zitieren wollen. Das ist Ihre eigene Entscheidung.

Tobias Krull (CDU):

Ich bitte Sie gern um Erlaubnis, Frau Präsidentin.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir sind damit am Ende. Beschlüsse zur Sache werden gemäß § 46 Abs. 6 der Geschäftsordnung des Landtages nicht gefasst. Damit ist der Tagesordnungspunkt 7 erledigt.

Wir kommen nunmehr zu

Tagesordnungspunkt 8

Aktuelle Debatte

Ernteauffälle und Hilfsprogramm für Landwirte

Antrag Fraktion CDU - **Drs. 7/3281**

Erste Beratung

Situation der von Dürre betroffenen Landwirte ernst nehmen - kurzfristig helfen und längerfristig unterstützen

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/3270**

Änderungsantrag Fraktion AfD - **Drs. 7/3313**

Die Redezeit je Fraktion beträgt zehn Minuten. Die Landesregierung hat ebenfalls eine Redezeit

von zehn Minuten. Es wurde folgende Reihenfolge vereinbart: CDU, DIE LINKE, SPD, AfD und GRÜNE. Zunächst wird für die Antragstellerin, die CDU, Herr Abg. Heuer sprechen. - Sie haben das Wort.

Guido Heuer (CDU):

Danke, Frau Präsidentin. - Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In diesem Jahr erleben wir in Sachsen-Anhalt die schlimmste Dürre seit 55 Jahren. Sowohl bei Getreide als auch bei Mais, Zuckerrüben sowie den Sonderkulturen sind Ernteauffälle von bis zu 60 % festzustellen. Seit April herrscht in weiten Teilen des Landes eine andauernde Trockenheit. Ich persönlich kann mich noch an das Jahr 1976 erinnern. Damals klagten meine in der Landwirtschaft tätigen Großeltern über eine ähnliche Trockenheit.

Insbesondere auf leichten Böden sind teilweise Totalausfälle zu beklagen, was vor allem Futterbaubetriebe hart trifft. Teilweise wird schon heute auf das für den Winter vorgesehene Futter zurückgegriffen. Insgesamt bleibt festzustellen, dass alle Zweige der Landwirtschaft - ob Öko oder konventionell - betroffen sind.

Die CDU-Fraktion begrüßt ausdrücklich, dass die Landesregierung die aktuelle Trockenheit mit einer Naturkatastrophe gleichgesetzt und somit den Weg für Nothilfen freigemacht hat.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt geht es um eine schnelle Umsetzung der Nothilfen entsprechend der Nationalen Rahmenrichtlinie zur Gewährung staatlicher Zuwendungen unter Berücksichtigung der regionalen Unterschiede. Es sind dabei immer alle Geschäftsfelder eines Betriebes zu betrachten, um vorrangig in der Existenz bedrohten Betrieben schnell helfen zu können, da der Erhalt einer Vielfalt von landwirtschaftlichen Betrieben für den ländlichen Raum und seine Wertschöpfung von entscheidender Bedeutung ist. Der hierbei entstehende Verwaltungsaufwand wird unumgänglich sein; er sollte aber minimiert werden.

Gesamtgesellschaftlich ist die Versorgung der Menschen mit hochwertigen Nahrungsmitteln und Rohstoffen ein hohes Gut. Daher bedarf es eines Maßnahmenpaketes. Auch andere Maßnahmen, wie die vorzeitige Auszahlung der Direktzahlungen der Europäischen Union, die Rücknahme von Flächen zur Liquiditätssicherung der Unternehmen durch die Landgesellschaft ohne Erhebung der Grunderwerbssteuer, eine zeitlich begrenzte Pachtminderung oder Stundungen von Pachten und Zinsen sowie die Futternutzung der Zwischenfrüchte im Rahmen des Greenings, sind zu prüfen.

Mittelfristig bedarf es weiterer Maßnahmen, wie einer praxisnahen Ausgestaltung der Düngever-

ordnung; denn Landwirte dürfen nicht für Wetterrisiken mit einer perspektivischen Ertragsminderung und die damit einhergehende Schwächung der wirtschaftlichen Ertragskraft bestraft werden. Eine Stärkung der Forschungs- und Versuchsstandorte ist zwingend erforderlich, um angepasste Strategien bei der Saatzucht und Düngung zu entwickeln.

Auch eine Verschiebung der Landesverordnung Natura 2000, natürlich in Abstimmung mit der EU und dem Bund, um keine Strafzahlungen zu generieren, sollte kein Tabu sein, da diese besonders tierhaltende Betriebe zusätzlich belastet.

(Zustimmung von Ulrich Thomas, CDU)

Für tierhaltende Betriebe müssen auch Transportzuschüsse geprüft und gezielt eingesetzt werden. Bei aller Brisanz in der Landwirtschaft sind die Folgen in der Forstwirtschaft noch viel gravierender.

(Ulrich Thomas, CDU: Leider ja!)

Der Präsident der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldeigentümer AGDW Philipp zu Guttenberg sagte in der „top agrar“ am 29. August - ich zitiere -:

„Unsere Wälder sind ebenso wie die Acker- und Grünlandflächen massiv von den Dürreschäden betroffen. Nach den Stürmen und Orkanen der letzten Jahre haben die Hitze und Trockenheit besonders die Laubhölzer schwer in Mitleidenschaft gezogen. Viele Aufforstungen müssen im nächsten Jahr wiederholt werden.“

Weiter sagt er:

„Es müsse von einer Jahrhundertkatastrophe im deutschen Wald gesprochen werden.“

Diese Aussage macht die dramatische Lage im deutschen Wald deutlich, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

Unser Wald wurde in den letzten zwölf Monaten durch die Stürme Xavier und Herbert im Oktober 2017 sowie Friederike im Januar 2018 und durch die jetzige Dürre so stark getroffen, dass der Wald in Sachsen-Anhalt auf Jahre geschädigt wurde. Die Sturmschadensbilanz beläuft sich auf 3,5 Millionen Festmeter. Die Kosten für drastisch eingebrochene Holzpreise, Aufarbeitungskosten und Ernteverluste belaufen sich laut Waldbesitzerverband auf mindestens 140 Millionen €.

Erste Schätzungen gehen zusätzlich von 5,5 Millionen total geschädigten Jungbäumen aus, wobei Schäden in natürlich nachgewachsenen Jungbeständen noch gar nicht berücksichtigt werden konnten. Dazu kommen noch die Schäden durch den Borkenkäfer, durch das Kiefertriebsterben,

das sogenannte Diplodia pinea, und durch weitere Schädlinge. Allein durch das Kiefertriebsterben werden 840 000 Festmeter Schadholz erwartet.

In der Forstwirtschaft beträgt die Gesamtschadenssumme in diesem Jahr ca. 182 Millionen € und die langfristigen Belastungen belaufen sich zusätzlich auf ca. 171 Millionen €. Hier besteht, wie es auch die Ministerin gestern auf eine Anfrage meines Kollegen Daldrup bestätigte, dringender Handlungsbedarf. Die bereits vorliegende Katastrophenrichtlinie muss schnellstens in Kraft treten.

Zusätzliche Nasslager werden benötigt. Auch ein Einschlagverbot für Frischholz im Jahr 2019 wäre sinnvoll.

Wir beantragen die Überweisung des Antrags der LINKEN und des Alternativantrags der AfD in die Ausschüsse, da wir über eine schnellstmögliche Hilfe ohne Vermischung mit der Agrarwende sprechen müssen. Es muss gehandelt werden.

(Zustimmung bei der CDU)

Sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN, selbst Ihr Kollege Norwich Rüsse, ein ökologisch wirtschaftender Nebenerwerbslandwirt aus dem Landtag in NRW, erklärt in der „top agrar“ am 23. August - ich zitiere -:

„Die aktuelle Dürre mit einer, wie auch immer gearteten, Agrarwende zu vermischen, mag zwar auf den ersten Blick attraktiv sein, ist aber mehr als gewagt. Diese Dürre hat wenig mit der Größe oder der Ausrichtung von Betrieben zu tun und trifft gleichermaßen Großbetriebe und Nebenerwerbsbauern sowie ökologisch und konventionell wirtschaftende Betriebe. Wo kein Wasser, da kein Wachstum. Punkt.“

(Zustimmung bei der CDU - Cornelia Lüdemann, GRÜNE: Habe ich gelesen!)

Weiterhin erklärt er - ich zitiere -:

„Es sei ein andauernder Fehler der GRÜNEN, jede Krise immer politisch [...] nutzen zu wollen. Deshalb sollten die jetzt diskutierten Nothilfen eindeutig von einem Umbau der Landwirtschaft getrennt werden [...]“

Wie gesagt, liebe Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN, das sagt der agrarpolitische Sprecher der Fraktion der GRÜNEN im Landtag von NRW.

(Ulrich Thomas, CDU: Hört, hört!)

Über die Vorsorge für künftige Jahre diskutieren wir im Ausschuss. Die CDU-Fraktion schlägt einen Fonds zur Bewältigung von Folgen von Naturereignissen unter finanzieller Beteiligung des Landes Sachsen-Anhalt und aller Bevorteilten vor.

Wir beantragen die Überweisung des Antrags zur federführenden Beratung in den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie zur Mitberatung in den Ausschuss für Finanzen. - Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Heuer. Es gibt keine Fragen. - Somit kommen wir zum Beitrag der Landesregierung. Für die Landesregierung spricht Ministerin Frau Prof. Dalbert. Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie):

Danke, Frau Präsidentin. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat: Die Situation ist dramatisch. Wir als Landesregierung lassen unsere Bäuerinnen und Bauern nicht allein. April, Mai, Juni, Juli, voraussichtlich auch der August - das sind die heißesten Monate seit Beginn der Wetteraufzeichnungen im Jahr 1881. In Bernburg - Sie haben es vielleicht der Zeitung entnommen - verzeichneten wir mit 39,5 °C einen Hitzerekord.

Als ob das noch nicht genug wäre, fehlt der Niederschlag. Seit Jahresbeginn sind in Sachsen-Anhalt weniger als 300 l/m² Niederschlag gefallen. Das Übliche sind mehr als 450 l/m². Also, es ist warm und es kommt kein Wasser herunter. Wenn es kommt, dann kommt es als Starkniederschläge oder als Gewitter - lokal sehr unterschiedlich - oder wie es der Deutsche Wetterdienst sagt: Es fehlen großflächige, langanhaltende Regenfälle, also das, was wir gemeinhin als Landregen bezeichnen und im Frühsommer und im Sommer erwarten.

Dies hat dazu geführt, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir auf 63 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Sachsen-Anhalt Ertragsausfälle von mehr als 30 % zu verzeichnen haben.

Ich will Ihnen einmal einige Zahlen nennen, um dies zu charakterisieren. Wenn wir uns den Ackerbau anschauen, dann ist, relativ gesehen, beim Winterweizen quasi noch eines der besseren Ergebnisse festzustellen, wo die Ertragseinbußen „nur“ 25,6 % betragen - also immerhin auch ein Viertel -, und das auf 55,3 % der Landesfläche. Beim Winterroggen hingegen liegen die Ertragseinbußen bei knapp 40 %, und das auf 86 % der entsprechenden Flächen.

Kollege Heuer sprach bereits an, dass es besonders unsere tierhaltenden Betriebe getroffen hat. Wenn wir uns den Futterbau inklusive Grünland anschauen, so stellen wir fest, dass wir dort überall plus/minus 50 % Ertragseinbußen zu verzeichnen haben, und das auf 100 % der Fläche.

(Zustimmung von Guido Heuer, CDU)

Sie gestatten mir, auch die Sonderkulturen zu nennen. Dies ist natürlich wenig Fläche, aber es ist sehr spezifisch für unser Land. Hierbei müssen wir - ich meine Majoran und Thymian, Sonderkulturen, Kümmel, Arzneifenchel, Zwiebeln - 50 % Ertragseinbußen verzeichnen, und das auf der Hälfte der entsprechenden Flächen.

Die Situation ist also dramatisch. Wir haben es schon sehr früh im Jahr erwartet; denn im Mai/Juni begannen bereits die Debatten darüber, dass wir dies befürchtet haben. Aufgrund dieser Zahlen hat die Landesregierung am 28. August entschieden, dass die strengen Kriterien erfüllt sind und diese Dürre mit einer Naturkatastrophe gleichzusetzen ist.

(Zustimmung von Guido Heuer, CDU, und von Bernhard Daldrup, CDU)

Das ist die Voraussetzung, um den existenzgefährdeten Betrieben auch finanziell zu helfen.

Warum ist das wichtig? - Erinnern Sie sich einmal an die Milchkrise im Jahr 2015 zurück. Welches Ergebnis hatten wir dort? - Vom April 2015 bis zum Juni dieses Jahres haben wir 105 Betriebe verloren, und es sind die kleinen Betriebe, die wir verloren haben. Das heißt, 23 % unserer landwirtschaftlichen Betriebe haben in diesem Zeitraum geschlossen. Wenn wir jetzt unsere kleinen Betriebe mit ihrer Existenzgefährdung alleinlassen, dann, meine Damen und Herren, brauchen wir über Agrarstruktur in diesem Land irgendwann nicht mehr zu diskutieren. Deshalb müssen wir unseren Landwirtinnen und Landwirten helfen.

Aber natürlich umfasst unser Hilfsschirm mehr als die Finanzhilfen, über die ich gleich noch sprechen werde. Wir sind sehr früh tätig geworden und haben vieles als Erste getan: Wir haben die Landwirtschaftliche Rentenbank angeschrieben und sie hat auf meine Bitte hin das Liquiditätshilfeprogramm für die von Dürre betroffenen Landwirtinnen und Landwirte geöffnet. Was die Liquidität betrifft, so haben wir mit der Landgesellschaft eine gute Möglichkeit, Boden sozusagen vorübergehend mit einer gesicherten Rückkaufoption zu verkaufen. Wir haben die Bürgschaftsregelung Land und Forst, die hier greift.

(Zustimmung von Guido Heuer, CDU)

Der Finanzminister hat auf meine Bitte hin auch schon weit vor der Sommerpause Kontakt mit den Finanzämtern aufgenommen, um darauf aufmerksam zu machen, dass man Steuervorauszahlungen sowie die Stundung von Steuerschuld prüfen möge.

Wir haben den großen Landverpächter Landgesellschaft, BVVG, die Evangelische Kirche angeschrieben, um um eine Pachtstundung zu bitten. Alle haben darauf positiv reagiert, und ich gehe davon aus, dass die Landgesellschaft, die sozu-

sagen in unserem Besitz ist, diese Stundung zinsfrei vornehmen darf.

Dies alles haben wir getan und wir haben noch mehr getan: Bei den tierhaltenden Betrieben - dabei geht es um Futter - muss man fragen: Woher kann das Futter kommen? - Es gibt Maßnahmen, die man ergreifen kann und die manchmal nur ein Tropfen auf den heißen Stein sind. Aber ich finde, auch mit Maßnahmen, die 40 oder 60 Betrieben helfen, müssen wir in einer solchen Krise ergreifen.

Deshalb haben wir sofort die Möglichkeit ergriffen, zum 1. Juli die Nutzung der ökologischen Vorrangflächen, also der Brachen, zu Futterzwecken zu erlauben - ganz unbürokratisch: Man musste nur im ALFF anrufen und dann war es sozusagen genehmigt. Im Ministerialblatt ist es am 23. Juli erschienen und man musste überhaupt keinen Antrag mehr stellen.

Auf Bundesebene ist man jetzt mit einer Eilverordnung unterwegs, um die Zwischenfrüchte auf den ökologischen Vorrangflächen für Futterzwecke freizugeben. Das muss noch durch den Bundesrat. Ich gehe davon aus, dass es dort positiv beschieden wird.

(Zustimmung von Bernhard Daldrup, CDU)

Wir haben das Antragsverfahren bereits eröffnet und können die Anträge erst bescheiden, wenn es durch den Bundesrat beschlossen worden ist. Dann müssen die Zwischenfrüchte auch nicht drei Monate, wie es in Deutschland vorgeschrieben ist, auf den ökologischen Vorrangflächen verbleiben, sondern nur die acht Wochen, die als Mindestzeitraum von der EU vorgeschrieben sind. All das haben wir auf den Weg gebracht.

Lassen Sie mich noch zu den finanziellen Hilfen kommen. Hierbei geht es um nicht rückzahlbare Zuschüsse. Die Landesregierung hat bereits am 24. Juli, also vor der Sommerpause, gesagt: Wenn diese Kriterien - Dürre ist eine Naturkatastrophe - erfüllt sind, werden wir finanziell helfen.

Zuvor hat auf Initiative Sachsen-Anhalts die Sonderamtschefkonferenz der Agrarministerkonferenz am 3. Juli den Bund gebeten, auf Bundes- und EU-Ebene zu prüfen, ob Hilfen möglich seien.

Sie wissen, der Bund hat am 22. August entschieden, dass die Dürre ein nationales Ausmaß angenommen hat, und sich bereit erklärt, 50 % der finanziellen Hilfen zu schultern, sodass wir - der Bund und die Länder - uns die Lasten teilen.

Der Bund hat auch entschieden, dass die Höchstquote 50 % des Ertragsverlustes beträgt, also wir können bis 50 % davon finanziell kompensieren.

Dann stellt sich die Frage: Was befindet sich in diesem Nottopf? - Wir sind dazu mit dem Bund in Verhandlungen. Im Augenblick geht man von

einem Maximalausmaß von 120 Millionen € für Sachsen-Anhalt aus. Das wären 60 Millionen €; denn wenn alle 50 % bekämen, wären 60 Millionen zu erstatten, das heißt, 30 Millionen für das Land. Ich vermute, ehrlich gesagt, eher, dass wir bei den Summen landen werden, die wir im Jahr 2003 zu verzeichnen hatten. Aber wir werden Vorsorge dafür treffen; denn wir werden es am Ende alles sehen.

An dieser Stelle ist sehr wichtig: Es geht immer um Hilfen für Einzelunternehmen. Diese werden angeschaut, und das Einzelunternehmen muss nachweisen, dass es eine Einbuße hat, die höher als 30 % ist - mit allen Sparten, die zu diesem Einzelunternehmen gehören, auch der Biogasanlage, sage ich immer.

Viele Details sind noch nicht klar. Wir sind also ständig in Berlin und verhandeln über die Details. Es ist auch offen, ob alle 50 % bekommen. Ich persönlich meine, dass eine Abstufung sinnvoll wäre und jener, der 31 % Verlust hat, anders behandelt wird als jener, der 75 % Verlust hat. Aber das ist alles noch in der Verhandlung.

Wichtig ist mir, dass wir als Bundesländer einheitlich handeln; denn ich würde es für fatal halten, dass das eine Bundesland etwas ganz anderes macht als das andere. Dabei sollten wir gemeinsam voranschreiten. Das scheint auch der Fall zu sein. So ist auch die Stimmung.

Lassen Sie mich, bevor ich auf einen anderen Punkt eingehe, zum Ende dieses finanziellen Teils noch etwas Allgemeines sagen. Ich finde, wir sind auf einem guten Weg, unseren existenzgefährdeten Betrieben unter die Arme zu greifen. Aber ich möchte auch alle warnen, die sagen: Genug ist nicht genug; es muss noch mehr sein. Wir haben auch andere Wirtschaftsunternehmen, die mit Wetterkapriolen umzugehen haben. Auch der Tourismus hat Probleme. Wenn der Sommer verregnet ist, kommen nicht mehr so viele Leute in den Harz.

(Ulrich Thomas, CDU: Wenn sie die Seilbahn haben, kommen ganz viele!)

- Na, das weiß ich nicht.

(Heiterkeit bei der CDU)

- Gut. Aber ich will nur sagen: Wir haben viele Unternehmen. Auch die Baubranche muss sich umstellen.

(Hendrik Lange, DIE LINKE: Da reicht Thale aber auch!)

- Bitte?

(Hendrik Lange, DIE LINKE: Ich sagte: Da reicht Thale aber auch!)

- Genau. - Aber wir wollen jetzt nicht über die Seilbahn diskutieren, sondern ich möchte darauf auf-

merksam machen, dass auch andere Branchen - ob es die Baubranche ist, der Tourismus usw. - Ertragseinbußen haben, wenn bestimmte Wetterumstände eintreten.

Insofern müssen wir, denke ich, sehr ausgewogen damit umgehen. Daher finde ich die Rufe, es müsse noch mehr sein, oder das, was der Präsident des Bauernverbandes an Zahlen in die Welt setzt, schwierig. Wir müssen dabei einen guten Weg gehen und gut begründen, warum wir unserer Landwirtschaft helfen und anderen Branchen nicht. Ich finde, wir haben gute Gründe; sonst würden wir es nicht machen.

Der erste Grund ist: Ein Landwirt kann sich gegen Dürreschäden nicht versichern. Er hat keine Möglichkeit, Vorsorge zu betreiben.

Der zweite Grund ist: Unsere Landwirtinnen und Landwirte sind - um einmal das schöne Wort zu gebrauchen - systemrelevant für die ländlichen Räume. Sie sind diejenigen, die dort Arbeitsplätze anbieten und in den Dörfern Verantwortung übernehmen. Insofern sind sie sehr wichtige Akteure. Wir alle haben ein Interesse an einer vielfältigen Agrarstruktur. Auch das ist ein Grund, warum wir unseren existenzgefährdeten Betrieben helfen müssen. Aber wir sollten es immer mit Augenmaß tun.

Klar ist aber auch: Die Landwirtschaft muss sich umstellen. Sachsen-Anhalt liegt im mitteldeutschen Trockengebiet. Extremwetterereignisse werden sich häufen. Das ist der Starkregen, den wir im letzten und im vorletzten Jahr zu hatten, und das ist die Dürre, die wir in diesem Jahr hatten.

Zu den Klimaanpassungsstrategien in der Landwirtschaft gehört natürlich die Frage: Was ist zukunftsfähiger Anbau, also welche Arten, Sorten, Fruchtfolgen und welche klimaangepassten, wassersparenden Anbaumethoden bringen meinen Betrieb nach vorn, sodass ich mit dem Klimawandel gut zurechtkomme?

Eine Frage ist natürlich auch der Umgang mit Wasser überhaupt - wir haben die Wasserrahmenrichtlinie auf der einen Seite, wir haben die Dürre auf der anderen Seite -, also die Frage von Wasserrückhalt, die Frage von Bewässerung. Dazu haben wir zum Beispiel schon jetzt einen Workshop in Auftrag gegeben, in dem man sich das einmal ansieht und Ideen dafür entwickelt, wie das Thema Wasserrückhalt oder Melioration vor dem Hintergrund von Wasserrahmenrichtlinie und Klimawandel aussehen kann.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sehr geehrte Frau Ministerin, ich weiß, ich darf es eigentlich nicht, aber ich möchte doch darauf hinweisen, dass auch Sie für die Landesregierung

eine Redezeit von zehn Minuten zur Verfügung haben.

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie):

Ja, ich weiß. - Das Zweite ist: Die Landwirtschaft muss sich Gedanken machen über eine Risikostreuung. Man steht auf mehreren Beinen besser als auf einem Bein.

Zu all dem werden wir unsere Informationsangebote verstärken. Wir haben einen guten Ort, wo wir das tun können, das ist unsere LLG, unsere Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau. Denn eines ist auch klar: Unsere Landwirte und Landwirtinnen sind selbstständig arbeitende Unternehmer. Sie brauchen keine Besserwisser, die am Rand stehen, sondern sie brauchen gute Informationen, um für ihre Landwirtschaft die richtigen Entscheidungen treffen zu können.

(Zustimmung von Dorothea Frederking, GRÜNE)

Und - das ist der letzte Punkt - die Landwirtschaft braucht Risikoversorge. Sie wissen, hierzu gibt es unterschiedliche Vorschläge, von einer Versicherung bis zu einer steuerfreien Rücklage. Ich will darauf aufmerksam machen, dass wir als Agrarminister schon im April dieses Jahres, als die Dürre also noch gar kein Thema war, den Bund aufgefordert haben, auf der Herbst-Agrarministerkonferenz im September eine Expertise zu Risikoversorgeinstrumenten vorzulegen. Dann haben wir eine gute Grundlage, uns zu entscheiden, was wir als geeignetes Instrument ansehen. Wir müssen dann auch die Frage stellen, ob eine finanzielle Unterstützung über europäische Fördermittel erfolgen kann.

Sie sehen, wir sind, denke ich, gut auf dem Weg, unsere Landwirte beim Umgang mit der Dürre und bei der Umstellung ihrer Landwirtschaft im Rahmen der Klimakrise zu unterstützen. Wir tun alles, um eine vielfältige Agrarstruktur zu unterhalten. Landwirte sind wichtig für die ländlichen Räume, weil sie unsere Kulturlandschaft erhalten, weil sie dort gute Jobs bieten und weil sie Verantwortung für ihre Dörfer übernehmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Ministerin. Es gibt eine Frage. - Herr Abg. Daldrup, bitte.

Bernhard Daldrup (CDU):

Frau Ministerin, Sie haben jetzt noch einmal beschrieben, dass es Anpassungsstrategien für die Landwirtschaft geben muss. Darin sind wir uns sicherlich einig. Die Frage ist aber: Inwieweit können wir uns auf der einen Seite anpassen und wie

weit können wir auf der anderen Seite dann auch die technischen Möglichkeiten nutzen?

Es kann, wie ich finde, nicht sein, dass vor einigen Wochen, als das Urteil des Europäischen Gerichtshofes zur Genschere kam, Fraktionen im Landtag das sehr begrüßt haben. Das wäre eine Maßnahme, um Sorten und Züchtungen voranzubringen, insbesondere auch im Interesse unserer mittelständischen Saatzuchtunternehmen.

(Zustimmung von Guido Heuer, CDU)

Sind Sie mit mir darin einig, dass wir diese Fragen des technischen Fortschritts anders bewerten müssen vor dem Hintergrund des Klimawandels?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Ministerin, bitte.

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie):

Herr Daldrup, herzlichen Dank für Ihre Frage. Ich möchte Ihnen gern zwei Antworten geben. Natürlich müssen wir den technischen Fortschritt nutzen, dort, wo er Sinn macht. Wir haben natürlich mit dem technischen Fortschritt ganz andere Möglichkeiten, zum Beispiel wasserschonende Anbaumethoden zu verwirklichen. Oder auch bei der Frage der Bewässerung hat man heute ganz andere Möglichkeiten als noch vor 20 oder 30 Jahren.

Was die Gentechnik betrifft, stimme ich Ihnen nicht zu. Das sind die alten Versprechungen der Gentechnik, die wir auch schon vor 20 Jahren gehört haben.

(Guido Heuer, CDU: Das ist keine Gentechnik!)

Bis jetzt ist die Gentechnik den Beweis schuldig geblieben, dass sie sozusagen zu besseren Erträgen unter schlechteren Bedingungen führt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. Es gibt noch eine weitere Frage. - Der Abg. Herr Lange hat eine Frage. Bitte, Herr Abgeordneter.

Hendrik Lange (DIE LINKE):

Das hat mich jetzt tatsächlich noch einmal dazu gebracht, eine Nachfrage zu stellen. Die alten Methoden der Gentechnik beruhen darauf, dass man artfremdes Material in eine Pflanze einbringt, in diese Gene exprimiert, die in dieser Art ursprünglich nicht vorkommen.

Die neuen Methoden arbeiten so, dass sie im Prinzip im eigenen Genmaterial selbst Veränderungen hervorrufen

(Bernhard Daldrup, CDU: Das stimmt!)

und somit im Prinzip schneller Eigenschaften hervorrufen, als man das durch konventionelle Züchtung erreichen würde.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Das meinen wir ausdrücklich!)

Stimmen Sie mir darin zu, dass man diese beiden Formen der Gentechnik durchaus unterschiedlich bewerten muss?

(Siegfried Borgwardt, CDU: Natürlich! - Zustimmung von Guido Heuer, CDU - Siegfried Borgwardt, CDU: Keine Frage! Das ist Ideologie!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Ministerin, bitte.

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie):

Der Europäische Gerichtshof hat entschieden, dass auch CRISPR/Cas wie die herkömmliche Gentechnik zu bewerten ist.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Das wissen wir auch!)

Das ist erst einmal zu konstatieren. Und mit derselben Vorsicht zu bewerten ist: Sie dürfen sowohl in dem einen wie in dem anderen Bereich in Deutschland forschen. Es geht um die Freisetzung in die freie Landschaft, weil das etwas ist - das wissen Sie, Herr Lange, genauso gut wie ich -, das Sie nicht mehr zurücknehmen können. Insofern finde ich es richtig, dass man hierbei mit großer Vorsicht vorgeht.

Sie sind Biologe. Das bin ich nicht, aber ich lese natürlich auch zu den neuen gentechnischen Methoden. Dort wird zum Teil das Bild einer groben Heckenschere benutzt, also dass das noch eine sehr grobe Methode sei. Insofern nehme ich den wissenschaftlichen Diskurs über die Präzision erst einmal zur Kenntnis.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. - Sie haben eine kurze Nachfrage? - Bitte, Herr Lange.

Hendrik Lange (DIE LINKE):

Nur eine kurze Anmerkung. - Ich würde mich wirklich sehr über eine fundierte Diskussion, vielleicht auch im Ausschuss, freuen, zu der wir vielleicht auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler einladen können.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Ministerin. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. - Somit kommen wir zur

ersten Debattenrednerin. Für die Fraktion DIE LINKE spricht die Abg. Frau Eisenreich.

Doch bevor Frau Eisenreich von mir das Wort bekommt, habe ich die ehrenvolle Aufgabe, Schülerinnen und Schüler des Fallstein-Gymnasiums in Osterwieck im Hohen Hause recht herzlich zu begrüßen. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Ein kleiner Hinweis für die erste Reihe: Bitte achten Sie darauf, dass kein Material herunterfällt.

Frau Eisenreich, Sie haben jetzt das Wort.

Kerstin Eisenreich (DIE LINKE):

Danke, Frau Präsidentin. - Meine Damen und Herren! Stürme, Hochwasser, Hagel, Dürre - Land- und Forstwirtschaft sind vom Wetter abhängig und haben mit dessen extremen Ausprägungen und den wirtschaftlichen Folgen durch Ernteinbußen zu kämpfen. Das ist keine neue Erkenntnis. Allerdings nehmen diese Ereignisse zu. Und die Ernteauffälle infolge der langanhaltenden Dürre und Hitze in diesem Jahr spitzen die Situation der Landwirtschaftsbetriebe derart zu, dass viele in ihrer Existenz bedroht sind. Denn sie haben kaum Einnahmen. Sie haben keine Pufferkapazität und müssen zugleich hohe finanzielle Forderungen bedienen.

Seit Jahren steigen Pachten und Kaufpreise und belasten die Landwirtschaftsbetriebe. Hinzu kommen die aktuellen Vorbereitungen zur Aussaat für das kommende Jahr, damit der Betrieb gesichert wird, und Greening-Maßnahmen. Dafür sind Investitionen in Saatgut notwendig und die Landwirte müssen in Vorleistung gehen.

Tierhalterinnen und -halter können ihre Tiere nicht mit eigenem Futter versorgen und müssen zukaufen. Wie der Markt diese Situation regelt, ist klar: Die Preise schießen in die Höhe. Eine der Folgen: Tiere werden verkauft oder notgeschlachtet.

Daher ist eine schnelle und unbürokratische Soforthilfe zwingend erforderlich. Aber sie ist - dessen sind wir uns bewusst - kein Allheilmittel.

(Zustimmung von Dorothea Frederking, GRÜNE)

Mit der Anerkennung der diesjährigen Situation als Witterungsereignis von nationalem Ausmaß durch die Bundeslandwirtschaftsministerin ist ein erster Schritt getan worden. Jetzt geht es um eine rasche Umsetzung. Wir sehen hierbei auch die Landesregierung in der Pflicht, kurzfristig Maßnahmen zur Sicherung der Liquidität von Landwirtschaftsbetrieben zu ergreifen. Deshalb fordern wir sie auf, zügige Abschlagszahlungen der Direktzahlungen aus der ersten Säule der gemeinsamen Agrarpolitik der EU vorzunehmen,

(Zustimmung bei der LINKEN)

das heißt jener Gelder, die unter anderem der Einkommenssicherung und Einkommensstabilisierung der Landwirtinnen und Landwirte dienen sollen. Gegebenenfalls sind vorhandene Hemmnisse dafür sofort zu beseitigen.

Auch der vom Finanzminister angekündigte Nothilfefonds von 15 Millionen € muss schnell eingesetzt werden. Vor allem sind die Modalitäten für den Anspruch auf Zahlung aus diesem Fonds ganz klar zu formulieren. Wir sehen hierbei einen Schwerpunkt bei den tierhaltenden Betrieben. Diese Auffassung wird übrigens auch von den Interessenverbänden der Landwirte geteilt.

Schwer lasten indes hohe Pachtzahlungen und Bodenpreise auf den landwirtschaftlichen Betrieben. Die von der Landesregierung und der Landgesellschaft angekündigte Stundung von Pachtzahlungen verlängert allerdings das Problem und verlagert es auf einen späteren Zeitpunkt; sie löst es nicht. Deshalb fordern wir, dass die Landgesellschaft die Pachtzahlungen für die betroffenen Betriebe für ein Jahr aussetzt.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Diese Forderung ist auch auf die Bundesebene für die BVVG zu tragen. Durch die enorm gestiegenen Kaufpreise ist seit Langem kaum ein Landwirt in der Lage, Flächen zu erwerben. Boden ist zum Renditeobjekt für landwirtschaftsfremde Investoren geworden.

(Tobias Rausch, AfD: Was für ein Käse!)

Mit der gegenwärtigen Situation wird sich das noch verschärfen. Die Folgen dürften weiter steigende Pachtpreise sein. Das ist für keinen Landwirt mehr zu stemmen. Um landwirtschaftlichen Betrieben überhaupt eine Chance auf Bodenerwerb zu wahren, sollten Ausschreibungen für den Verkauf von Landes- und Bundesflächen in diesem und im nächsten Jahr ausgesetzt werden. Für eine künftige Entspannung bei den Pachten fordern wir zudem die Möglichkeit, Verträge mit Pachtanpassungsklauseln zu versehen.

Darüber hinaus wäre da noch die ohnehin schwierige Kreditwürdigkeit von Landwirtschaftsbetrieben. Richtig ist, dass Landwirte bei der Rentenbank Darlehen in Anspruch nehmen können. Das Problem dabei ist: Die Abwicklung erfolgt über die Hausbanken und für diese gelten deren Kriterien zur Beurteilung der Kreditwürdigkeit. Hier muss gehandelt werden, zum Beispiel muss der Zugang zu Landesbürgschaften für Landwirte unbedingt erleichtert werden.

Meine Damen und Herren! Die aktuelle Situation in der Landwirtschaft muss dazu führen, auch andere bisher als unumstößlich geltende Regeln auf den Prüfstand zu stellen. Da wären zum Beispiel Überlegungen zur Ermöglichung von Kurzarbeit im Winter, die Aussetzung des Wassercents,

wenn aufgrund der Witterung eine Beregnung von Kulturen und das Tränken von Tieren notwendig werden, oder auch die Möglichkeit der steuerfreien Rücklagenbildung, damit sich Landwirte für den Fall von Ernteausfällen selbst absichern können. Aber auch Anbauvorgaben und Umweltschutzmaßnahmen sollten überprüft und insbesondere den Standort- und Wachstumsbedingungen angepasst werden.

Ein paar Beispiele: Zwar ist die Freigabe ökologischer Vorrangflächen zur Gewinnung von Futter für Tiere eine gut gemeinte Maßnahme, allerdings greift sie in vielen Fällen nicht, weil auch auf diesen Flächen nichts gewachsen ist.

Die Möglichkeit des Anbaus von Zwischenfrüchten hilft Landwirten in sogenannten Trockengebieten, wie zum Beispiel im westlichen Saalekreis, gar nicht, weil das mehr Schaden als Vorteil für die Böden bringt.

Auch bei Maßnahmen wie dem Greening ist in Extremsituationen wie der diesjährigen zu prüfen, ob ein Aussetzen nicht nur aus finanziellen Gründen sinnvoller wäre; denn die Böden müssen ihren Bodenvorrat für spätere Kulturen auch wieder auffüllen können.

Wir kommen aber auch längerfristig nicht umhin, in Sachsen-Anhalt eine Klimaanpassungsstrategie unter Berücksichtigung der Umweltbelange für die Land- und Forstwirtschaft zu erstellen. Dazu bedarf es einer engen und vorbehaltlosen Zusammenarbeit sowie der Kompromissbereitschaft aller Akteure von der Forschung über die Verwaltung bis zu den Praktikern.

Wenn gewollt ist, dass gerade auch Maßnahmen zum Umweltschutz und der Artenvielfalt in der Land- und Forstwirtschaft akzeptiert und umgesetzt werden, müssen Vorschläge aus der Praxis mit Regelungsvorgaben abgeglichen und nicht von vornherein vom Tisch gewischt werden.

Für die Landwirtschaftsbetriebe im Land ist die Situation katastrophal und wird wohl dazu führen, dass Betriebe aufgeben müssen. Arbeitsplätze sind in Gefahr, gerade im ländlichen Raum, in dem Arbeitsplätze ohnehin rar sind.

Für uns Verbraucherinnen und Verbraucher werden die Ernteausfälle, sicherlich anders als für frühere Generationen, nicht zu einer Hungersnot führen. Nationale und internationale Warenströme werden unsere Supermarktregale füllen. Sicherlich wird der eine oder andere Preis steigen.

Doch hieran wird auch ein Grundproblem deutlich, mit dem die Landwirtschaftsbetriebe eigentlich seit Langem kämpfen: Für ihre Produkte erhalten sie Preise, die weit unter den Kosten für ihre Erzeugung liegen. Solange keine Erzeugerpreise bezahlt werden, werden Extremwetterereignisse so-

fort existenzbedrohend, wird eine Milchkrise die nächste Jagen usw. An dieser Stelle muss endlich ein Umdenken einsetzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren! Formal wurde mit der Einordnung der Dürre als ein mit einer Naturkatastrophe gleichgestelltes widriges Witterungsverhältnis der Weg für Hilfen des Landes geebnet. Nun müssen schnellstmöglich Taten folgen. Die Landwirtinnen und Landwirte brauchen kurzfristige und unbürokratische Hilfe, insbesondere zum Erhalt ihrer Liquidität. Aber wir müssen insgesamt über mittel- und langfristige Maßnahmen und Konzepte zur Änderung und Anpassung der Land- und Forstwirtschaft reden.

Es geht dabei auch um Anbaumethoden und Kulturen für einen schonenden Umgang mit dem Boden und um einen stärkeren Fokus auf praxistaugliche und akzeptierte Vorgaben zu Umweltschutz und Artenvielfalt. Und wir brauchen eine Rückbesinnung in der Gesellschaft auf das, was Landwirtschaft tatsächlich ist: Sie produziert unsere Nahrungsmittel.

Ich zitiere aus der Begründung zu dem Antrag auf Durchführung der Aktuellen Debatte:

„Das Land Sachsen-Anhalt hat die gesamtgesellschaftliche Pflicht, diesen Landwirten finanzielle Hilfen zukommen zu lassen. Des Weiteren muss über künftige Maßnahmen zur Vorbeugung diskutiert werden.“

Unser Antrag ist eine gute Grundlage für diese Diskussion. Wir freuen uns auf die Diskussion in den Ausschüssen, wie vorgeschlagen. Ich hoffe, Frau Ministerin Dalbert, dass Sie unserem Antrag, den Sie in Ihrer Rede sehr stark unterstützt haben, dann auch diese Unterstützung zukommen lassen. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Abg. Eisenreich. Es gibt eine Frage. - Herr Abg. Rausch, bitte. Sie haben das Wort.

Tobias Rausch (AfD):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrte Kollegin Eisenreich, Sie sagten in Ihrer Rede, dass Sie sich dafür einsetzen wollten, dass die Landwirte von ihren Pachten befreit werden. Habe ich das richtig verstanden?

Kerstin Eisenreich (DIE LINKE):

Die Pachtzahlungen für Landes- und Bundesflächen sollen für ein Jahr ausgesetzt werden bei den betroffenen Betrieben.

Tobias Rausch (AfD):

Okay. Wissen Sie, wie viel Pacht ein Landwirt im Schnitt pro Hektar Fläche bezahlt?

Kerstin Eisenreich (DIE LINKE):

Ja, ich habe Beispiele: 500 € bis 700 €.

Tobias Rausch (AfD):

Genau.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Rausch, stellen Sie bitte Ihre Frage, aber kein Frage-Antwort-Spiel hier. Und Frau Eisenreich wartet bitte auch.

Kerstin Eisenreich (DIE LINKE):

Ja.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Bitte, Herr Rausch.

Tobias Rausch (AfD):

Ich will eigentlich dazu kommen, dass hier über Flächen und über den Verkauf gesprochen wird und darüber, dass es für Landwirte immer schwerer wird zu kaufen. Ich will auf Folgendes aufmerksam machen: Wenn man landwirtschaftliche Flächen verkauft und es zum Notarvertrag kommt, dann ist der Werdegang so, dass dann, wenn das Privatpersonen oder Investoren kaufen wollen, die mit einem landwirtschaftlichen Betrieb nichts zu tun haben, erst einmal ein Landwirt in der Nähe angeschrieben wird. Es gibt Größen, wie viel man für die private Nutzung kaufen darf. Die Landwirte werden dann angeschrieben und darüber informiert, dass man die Fläche kaufen kann.

(Unruhe bei der LINKEN)

Sie sagten, dass es nicht möglich wäre, dass es den Landwirten quasi erschwert würde, die Flächen zu kaufen, und deswegen müssten sie jetzt alle besonders behandelt werden. Ich frage mich, ob Sie überhaupt wissen, wie hoch der Kaufpreis je Hektar landwirtschaftlicher Fläche ist, ob Sie überhaupt eine Ahnung davon haben.

Kerstin Eisenreich (DIE LINKE):

Ja, habe ich.

Tobias Rausch (AfD):

Dann sagen Sie es.

Kerstin Eisenreich (DIE LINKE):

Genau das ist das Problem, dass die Landwirte es nicht bezahlen können.

Tobias Rausch (AfD):

Ja, super. Dann haben Sie gar keine Ahnung davon.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ich denke, so sollten wir hier nicht schlussfolgern. Wenn Sie eine Fragestellung haben, dann müssten Sie die Antwort erst einmal so akzeptieren. Ob Sie damit zufrieden sind, ist natürlich eine andere Frage. Ich denke aber, so sollten wir das hier nicht praktizieren.

Wir kommen zum nächsten Redner. Das ist für die SPD-Fraktion der Abg. Herr Barth. Sie haben das Wort, Herr Abgeordneter.

Jürgen Barth (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Dürre, die wir zwischen April und August erleben mussten, ist die trockenste Periode seit Beginn der Wetteraufzeichnung im Jahr 1881 - die Angaben sind je nach Redner, der hier vorher gesprochen hat, unterschiedlich. Ich denke aber, wir sind uns darin einig,

(Hannes Loth, AfD: Es war heiß!)

dass es einen langen Zeitraum betrifft. Sie führt uns vor Augen, wie empfindlich unser Ökosystem ist. Ich denke, das sieht auch jeder, wenn er mit offenen Augen durch die Gegend fährt.

Bei der Landwirtschaft schlägt sich die Trockenheit umgehend auf die Erträge nieder. Die Ertragsausfälle lassen sich zeitnah und genau bestimmen, was wir derzeit auch machen.

Welche Schäden die Dürre in unseren Wäldern und Parks hinterlässt, wird in vollem Umfang erst im kommenden Jahr sichtbar werden. Deshalb begrüße ich es ausdrücklich, dass Herr Heuer als Vorredner die Probleme in unseren Wäldern angesprochen hat; denn diese sind auch ein wichtiger Aspekt, wenn wir über die Dürrehilfen reden. Sie kommen manchmal auch ein bisschen zu kurz, weil, sage ich einmal, die Lobby vielleicht nicht ganz so lautstark ist, obwohl wir dort eine exponierte Person haben, die sehr lautstark ist.

(Zustimmung von Rüdiger Erben, SPD, und von Guido Heuer, CDU)

Ich finde es gut, dass wir auch über dieses Thema reden.

Eines sollten wir bei unseren Bemühungen für die Landwirtschaft auch nicht aus dem Auge verlieren: Wir tun sicherlich gut daran, in den Haushaltsberatungen, auch in den Haushaltsberatungen im kommenden Jahr, Vorkehrungen zu treffen. Ich stelle dies voran, weil es uns wichtig ist und wir die Auffassung vertreten, dass wir einen

langfristig angelegten Fonds zur Bewältigung von Extremwetterereignissen brauchen.

Frau Ministerin ist darauf in ihrer Rede eingegangen. Es gibt die verschiedensten Möglichkeiten, auf die ich hier nicht im Einzelnen eingehen will. Ich denke, es ist ein guter Ansatz. Ich freue mich auf die Ergebnisse im Herbst, auf die Vorschläge, die dann kommen werden. Sie haben die Dinge angeführt, die machbar wären. Darauf möchte ich im Einzelnen gar nicht eingehen.

Meine Damen und Herren! In den letzten Wochen sind in den Medien viele Berichterstattungen zu der extremen Trockenheit in Deutschland erfolgt. Sicherlich haben Sie diese auch verfolgt. Ich möchte mir im Hinblick auf die Ausführungen von Frau Ministerin und von Herrn Heuer Einzelheiten und Wiederholungen ersparen.

Eines möchte ich Ihnen allerdings nahebringen: Wir müssen mehr für den Klimaschutz tun, um die von Klimaforschern postulierten Klimaveränderungen, die insbesondere eine Zunahme von Dürreereignissen beinhalten, möglichst zu begrenzen.

(Zustimmung von Silke Schindler, SPD, und von Dorothea Frederking, GRÜNE)

Ich denke, wir sollten die Gelegenheit nutzen und in der Öffentlichkeit darauf aufmerksam machen, dass jeder durch sein eigenes Verhalten dazu beitragen kann und muss, die Emission klimaschädlicher Gase zu reduzieren. Mitunter sind es ganz einfache Dinge wie die Nutzung von Energiesparlampen oder die Reduzierung der Fahrgeschwindigkeit auf Autobahnen - nicht wegen eines Schildes, sondern freiwillig -

(Zustimmung von Silke Schindler, SPD, und von Dorothea Frederking, GRÜNE)

die in Summe aber einen durchaus nennenswerten Beitrag zur Erfüllung der Klimaziele leisten können.

Es ist uns wichtig, dies noch einmal klarzustellen; denn unabhängig davon, wie hoch der Einfluss des Klimawandels auf die extreme Dürre dieses Jahres ist - wir müssen etwas tun.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im aktuellen UFZ-Newsletter vom August 2018 werden unter der Überschrift „Durstiges Europa“ die Ergebnisse der Klimamodelle bei einer unterschiedlich hohen Erderwärmung von 1,5 °C, 2 °C und 3 °C vorgestellt. Die Ergebnisse sind ernüchternd und prognostizieren bei einer Erwärmung von 3 °C eine relative Zunahme der Dürrezeiten in Sachsen-Anhalt um mehr als 50 %. Im Vergleich dazu sind es bei 1,5 °C und 2 °C nur 10 % bis 20 %.

Meine Damen und Herren! Die diesjährige Missernte aufgrund der Dürre ist einer Naturkatastrophe gleichzusetzen. Das ist hier heute schon

mehrfach festgestellt worden. Wir sind dankbar dafür, dass die Bundes- und die Landesregierung dies bestätigt haben.

Es muss nun darum gehen, die Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern so schnell wie möglich auf den Weg zu bringen, um den betroffenen Betrieben zeitnah helfen zu können. Dass dies sicherlich mit einem gehörigen Verwaltungsaufwand verbunden ist, haben wir in den vergangenen Jahren gesehen, und das werden wir sicherlich auch in diesem Jahr sehen. Wir bitten darum, den Betrieben wirklich zeitnah zu helfen, damit sie dadurch noch eine wirtschaftliche Hilfe haben.

Ob die Mittel in Höhe von 30 Millionen € ausreichen, stelle ich hier infrage; das werden wir sehen. Gegebenenfalls müssen wir nachsteuern. Selbstverständlich begrüßen wir auch die begleitenden Maßnahmen der Futtergewinnung, die zinsgünstigen Darlehen der Rentenbank, die Stundung von Steuern usw. usf.

Meine Damen und Herren! Im Zusammenhang mit den dürrebedingten Ertragsausfällen wird häufig ins Feld geführt, dass unsere Landwirtschaft umweltfreundlicher werden muss. Unbestritten gibt es Defizite, an denen wir arbeiten müssen. Eine breitere Fruchtfolge, der Anbau von gegenüber der Trockenheit stabileren Sorten und eine die Bodenfeuchte schonende Bewirtschaftung können sicherlich dazu beitragen, die Ertragsstabilität und gleichzeitig die Umweltverträglichkeit insgesamt zu erhöhen. Bei einer so extremen Dürre wie in diesem Jahr ist es natürlich fraglich, ob diese Maßnahmen dann greifen, aber wir müssen, wie gesagt, damit anfangen.

Noch ein Wort zur Dürreversicherung. Sicherlich ist es von Vorteil, wenn sich Landwirte gegen Ertragsrisiken versichern. Das ist bei Hagel gang und gäbe. Allerdings sind die Risiken aufgrund des nur lokal auftretenden Risikos für die Versicherungen überschaubar und die Kosten halten sich in Grenzen. Bei der Dürre ist das anders. Wie sich in diesem Jahr zeigt, sind davon mehrere Bundesländer massiv betroffen. Eine Dürreversicherung würde daher erhebliche Kosten verursachen. Auch bringt eine Dürreversicherung kein Futter in den Stall.

Wenn wir vonseiten des Bundes und des Landes Geld in die Hand nehmen, um unsere Landwirte langfristig gegen Dürren zu unterstützen, dann sollten wir wohl besser in Bewässerungsanlagen und in die dafür notwendige Wasserrückhaltung investieren.

(Zustimmung bei der SPD und von Dorothea Frederking, GRÜNE)

Es ist hier schon angesprochen worden: Ein Thema im Rahmen der Bewässerung ist, denke ich,

das Wasserentnahmeentgelt. Kurzfristig stellt sich die Frage, wie wir aus Anlass der aktuellen extremen Dürre damit umgehen.

Landwirte, die zumindest in Teilen ihre Flächen beregnet haben, dürften geringere Ertragsausfälle haben, je nach Anteil der beregneten Fläche weniger als 30 %. Der dafür erforderliche Wasserverbrauch wird aber deutlich höher gewesen sein als in den vergangenen Jahren. Diesen Landwirten nun die Rechnung dafür zu präsentieren, wäre unserer Meinung nach ein Unding. Deshalb plädieren wir dafür, dass mit der Anerkennung der Dürre als Naturkatastrophe das Wasserentnahmeentgelt für Bewässerungsmaßnahmen in diesem Jahr ausgesetzt wird.

Mittel- bis langfristig müssen wir ohnehin überlegen, ob der Wassercent für Beregnungsmaßnahmen in der Land- und Forstwirtschaft überhaupt Sinn macht; denn die Erhebung steht Investitionen klar entgegen.

Meine Damen und Herren! Zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE möchte ich sagen, dass dieser in weiten Teilen auch unserer Intention entspricht. Deshalb plädieren wir für eine Überweisung des Antrags.

Ich möchte noch einen Punkt ansprechen; dieser betrifft die Möglichkeit des Verkaufs landwirtschaftlicher Flächen an die Landgesellschaft mit der Option, diese nach maximal zwölf Jahren wieder zurückzukaufen. Das ist schon angesprochen worden. Ich denke, das ist ein guter Ansatz, um die Betriebe in Krisenzeiten mit Liquidität zu versorgen.

Eine Frage ist natürlich noch nicht geklärt: inwieweit bei der Inanspruchnahme dieser Regelung die Grunderwerbsteuer fällig wird. Darüber müssen wir uns noch verständigen, damit sie nicht doppelt gezahlt wird.

Zum Schluss noch ein kleiner Denkanstoß. Sie werden sicherlich die Vorschläge von Herrn Prof. Hirschauer von der Uni Halle und von Prof. Mußhoff aus Göttingen gelesen haben: eine Risikoausgleichszulage, welche aus Teilen der Direktzahlungen erfolgen soll. Ich denke, man sollte diesen Vorschlag nicht von vornherein abtun, sondern darüber diskutieren. Das wäre im Ausschuss durchaus möglich.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon gesagt worden, wir plädieren dafür, beide Anträge an die Ausschüsse zu überweisen. Ich freue mich auf die Diskussion in den Ausschüssen. - Vielen Dank, für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Barth. Ich sehe keine Fragen. - Wir kommen zum nächsten Redner.

Das ist für die AfD-Fraktion der Abg. Herr Loth. Sie haben das Wort.

Hannes Loth (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Ob Sonne brennt, ob Regen fällt - der Bauer schreit nach Steuergeld. Dieser freche Reim ist der neue Sommerhit in diesem Jahr, dem als Ouvertüre im Medientheater die Forderung des Bauernverbandes nach Hilfgeldern in Höhe von 1 Milliarde € vorausgegangen war.

Wie kommt der Bauernverband denn auf eine derartig hohe Summe? - Das kann ich Ihnen sagen: Es hat ein halbes Jahr lang nicht geregnet; der Ertrag bei den Feldfrüchten ist in Sachsen-Anhalt im Durchschnitt ein Drittel geringer; Futterpflanzen und Sonderkulturen weisen Ernteaufälle von mehr als 50 % auf.

Wie sich der Futtermittelmangel entwickeln wird, steht noch in den Sternen, aber bereits jetzt kostet der 300-kg-Heuballen 90 €, normal wären 40 €. Es ist noch nicht einmal Frühjahr. Es wird also wohl oder übel ein weiterer Abbau der Tierbestände erfolgen, in welchem Ausmaß bleibt abzuwarten. Es wird aber dramatisch werden.

Daher gewährt die Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner - man spricht von ihrer ersten großen Bewährungsprobe - großzügig Gesamthilfen in Höhe von 340 Millionen € - Gesamthilfen! -, das heißt also 170 Millionen € aus dem Bundeshaushalt und weitere 170 Millionen € aus den Ländern. In Sachsen-Anhalt sollen so Hilfen von insgesamt 30 Millionen € bereitgestellt werden. Bei einem geschätzten Gesamtschaden von 270 Millionen € ist dies ein Tropfen auf den immer noch trockenen Boden - jedenfalls für die Landwirte, die es wirklich extrem getroffen hat.

Ich halte die versprochenen Hilfen für richtig, wichtig und nötig. Noch wichtiger aber war die vom Ministerium getroffene Entscheidung, dass diese Dürre eine Naturkatastrophe sei; denn viele Landwirte strecken bereits ihre Risiken. Sie schließen schon längerfristige Kontrakte ab, versichern sich eines Abnahmepreises an der Börse oder gehen andere Exportverpflichtungen ein. All das kann bei Nichteinhaltung der Lieferbedingungen im Hinblick auf Qualität und Quantität aber auch zu Strafzahlungen führen. Die betroffenen Landwirte können sich nun aber auf die Naturkatastrophe berufen, die ihre Ernte ruiniert hat, also höhere Gewalt, und so vielleicht den Strafzahlungen entgehen.

Der Landwirt ist aber nicht nur einer, der mit dem Trecker über das Feld fährt, der Pflanzen pflegt, seine Ernte einholt und uns dabei noch mit seinen Erntemaschinen auf dem Arbeitsweg die Straße blockiert. Er hat vor uns noch andere gesellschaft-

liche Aufgabe übernommen. Sie werden es nicht glauben, er macht auch noch viele Sachen einfach so nebenbei, wofür in Kommunen kein Geld und keine Leute mehr da sind.

Der Landwirt soll nämlich die Umwelt schützen. Er soll die Landschaft pflegen, er soll das Volk ernähren und auch noch den Volkswohlstand mehren. Er soll die Straßen sauber halten, die Hecken stutzen, die Dorfweiese mähen und im Winter auch einmal Schnee schieben. Er soll Vereine sponsern und sich an gemeinnützigen Initiativen beteiligen. Er soll Arbeitsplätze schaffen und die Arbeitskräfte auch noch gut entlohnen. Er soll auch einmal den einen oder anderen Raser aus dem Graben ziehen.

All das und noch viel mehr wird von unseren Landwirten erwartet. Und ganz nebenbei muss er auch noch ordnerweise Bürokratie aus Brüssel, Berlin und Magdeburg bedienen.

(Zustimmung bei der AfD)

Für all diese Leistungen, neben dem einfachen Anbau auf dem Feld und der Arbeit im Stall, muss man unseren Landwirten auch einmal Danke sagen.

(Zustimmung bei der AfD)

Ein Landwirt ist aber auch Unternehmer, der Risiken eingeht, der kalkuliert, der am Markt agiert und die Widrigkeiten des Wetters auf sich nimmt. Dazu lautet ein weiteres Sprichwort, dass der Bauer eine Ernte auf dem Feld, eine in der Scheune und eine auf der Bank hat. Diese Weisheit ist leider überkommen; denn in Zeiten der Globalisierung und der Abhängigkeit der Landwirte vom sogenannten Weltmarkt, haben Spekulanten einen weitaus größeren Einfluss auf die Preise von Agrarrohstoffen als eine lokale Dürre in Sachsen-Anhalt.

Darum ist auch das weltfremde Gezeter in den Zeitungen nicht zu ertragen, die den Bauern vorwerfen, sie würden einen warmen Euro-Geldregen empfangen. Wir Landwirte versuchen wirklich vieles, um ordentlich zu produzieren. Viele von uns halten sich sklavisch an alle Regeln, Vorschriften und Beschränkungen. Viele erfüllen ihre gesamtgesellschaftlichen Aufgaben immer wieder Tag für Tag mit Freude, obwohl viele aus der Bevölkerung die Landwirte eher kritisch betrachten und dann die Sonderangebotsmilch aus dem Regal fischen, anstatt die regionale Weidemilch zu kaufen.

Wollen wir ehrliche Preise, müssen alle Subventionen weg, alle Handelsbeschränkungen und alle Qualitäten müssten gleich sein. Dann könnte der Verbraucher wirklich frei entscheiden, was er kauft: Rindersteaks aus Brasilien mit 10 000 km Anreise von Extensivfleischrindern, die auf ehemaligen Regenwaldstandorten grasen und ohne

Tierschutzstandards transportiert und geschlachtet werden, oder doch lieber ein Steak vom roten Höhenvieh aus der Herde des Brockenbauern?

Aber solange die Bedingungen nicht fair sind, so lange muss der Landwirt geschützt werden. Einige kommentieren die Meldungen zur Dürrehilfe mit: Wir brauchen auch Hilfe für Dachdecker, wir brauchen Hilfe für Sonnenbankbetreiber und auch für Biergartenbesitzer brauchen wir Hilfe, wenn es einmal regnet. - Von mir aus, sollen sie diese Hilfe beantragen. Aber ich möchte sagen, dass der Dachdecker ohne ein gutes Frühstück, das der Landwirt herstellt, nicht auf das Dach kommt, dass sich die Sonnenbankanbeterin ohne ihr Morgenmüli nicht zur Sonnenbank schleppen kann und dass der Biergartenbesitzer weder Bier noch Brezeln verkaufen kann ohne die Arbeit des Landwirtes. Wie traurig!

(Beifall bei der AfD)

Dennoch dürfen solche Hilfen nicht zur Regel werden. Der Landwirt muss sich anpassen. Dafür muss Politik die Richtung und den Rahmen vorgeben. Das werden wir auch tun.

(Zustimmung bei der AfD und von Guido Heuer, CDU)

Dem Antrag der LINKEN auf Überweisung in den Ausschuss werden wir zustimmen. Wir werden uns gut darum kümmern, dass wir in Sachsen-Anhalt vielleicht noch einmal Vorreiter sein können, um die Landwirtschaft zukunftsfähig zu gestalten.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Loth. Es gibt auch keine Fragen. - Wir kommen zu den nächsten Rednerinnen. Es ist angekündigt worden, dass der Beitrag der GRÜNEN geteilt werden soll. Erste Rednerin für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist die Abg. Frau Lüddemann. Sie haben das Wort.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Werte Kolleginnen und Kollegen! Aus eigener Anschauung kann ich sagen: Die Lage ist katastrophal, erschreckend wegen der Ernteauffälle, erschreckend wegen des Zustands des Bodens, erschreckend wegen der absehbaren Missernten bei Mais und Hackfrüchten und erschreckend, weil wir es hätten besser wissen können, besser wissen müssen.

Die Dürre ist ja nicht das einzige Problem, welches wir uns als Menschheit wegen zu wenig Klimaschutz in den letzten Jahren selbst eingebrockt haben. Die Durchschnittstemperatur in Deutschland liegt aktuell bei 1,4 °C über dem vor-

industriellen Niveau. Starkregen und Überschwemmungen, Wald- und Feldbrände, Ernteauffälle, die statistisch nachweisbare Häufung von Extremereignissen beweist: Das ist kein Wetter mehr. Das ist Klima, das ist Klimakrise, das ist Klimawandel.

Die staatlichen Hilfen für unsere Landwirtschaft zeigen ganz plastisch, was mit volkswirtschaftlichen Kosten von fossilen Energien gemeint ist. Es ist unverantwortlich und Frevel an den kommenden Generationen, dass die Bundesregierung selbst einschätzt, dass sie das selbst gesteckte Klimaziel 2020 reißen wird.

Sehr geehrte Damen und Herren! Das ist ein Armutzeugnis. Dabei dürfen wir nicht mitmachen.

(Zustimmung von Dorothea Frederking, GRÜNE)

Der größte Treiber der Erderwärmung ist der CO₂-Ausstoß. Dessen drastischer Anstieg lässt sich nur durch die massive Verbrennung fossiler Energieträger erklären. Das ist nicht mehr nur der natürliche Treibhauseffekt, das ist ein von Menschen gemachter Klimawandel. Deshalb klar und ohne Wenn und Aber: Kohleausstieg. Ohne Kohleausstieg kein Klimaschutz.

Wir sind es den Menschen im Süden Sachsen-Anhalts und überhaupt schuldig, als Politik klare Leitlinien zu zeichnen und mit ihnen den Menschen vor Ort und der Wirtschaft gemeinsam den Transformationsprozess zu gestalten. Nur so schaffen wir ein zukunftsfestes Sachsen-Anhalt.

(Zustimmung von Dorothea Frederking, GRÜNE)

Selbstverständlich brauchen wir kurzfristige Hilfen für existenzbedrohte Bäuerinnen und Bauern. Was aber viel wichtiger ist: Wir müssen Lehren ziehen. Notmaßnahmen können und dürfen nicht die Regel sein.

Auf Europa-Ebene steht die neue Verhandlung der GAP an. Wir müssen in Europa und in Sachsen-Anhalt verantwortungsbewusstem und klimagünstigem Handeln überall Vorschub leisten, auch in der Landwirtschaft.

Das Gesamtgefüge, das in diesem Sommer in Form von Dürre über uns zusammengebrochen ist, aber auch in anderen Bereichen, braucht auch andere Stützen. So werden Klimaschutz und damit bessere Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft nicht ohne Dekarbonisierung im Verkehr funktionieren.

Zur Abmilderung der Folgen der Erderwärmung bedarf es zudem einer ehrlicheren CO₂-Bepreisung. Für Kohle- und Gaskraftwerke etwa, bei dem der Emissionshandel greift, müssen wir einen Mindestpreis für CO₂ festlegen, der eine steuerähnliche Wirkung entfaltet. Wir müssen

auch die bisher nicht erfassten Sektoren im Verkehr und in der Wärme einbeziehen.

Da der Prozess nur verlangsamt werden kann, benötigen wir dringend Anpassungsstrategien an Klimafolgen. Es wird nicht alles mit Geld zu regeln sein, auch nicht mit Versicherungen. Die Münchner Rück und die Allianz, die wahrlich nicht als Freunde der GRÜNEN bekannt sind, warnen sehr eindringlich davor, dass die Folgen des Klimawandels nicht mehr bezahlbar sind.

Daher wollen wir GRÜNE Klimaschutz als Staatsziel festschreiben, um ein klares Zeichen zu setzen, dass uns die Lebensgrundlagen wichtig sind.

(Zustimmung von Dorothea Frederking, GRÜNE)

Wir brauchen Kohleausstieg, Dekarbonisierung im Verkehr inklusive Kerosinsteuer, zukunftsorientierte, klimaangepasste Landwirtschaft sowie Wärmewände im Gebäudebereich, zudem Entsiegelung unserer Städte und Gemeinden, mehr ÖPNV, Hitzepläne zur Gesundheitsvorsorge.

Um den Bauern und den Menschen im Land tatsächlich zu helfen, brauchen wir eine Gesamtstrategie, um die Erderwärmung zu begrenzen und mit den Klimafolgen zu leben. Wir brauchen genau das, was die aktuelle Bundesregierung nicht hat.

(Zustimmung von Dorothea Frederking, GRÜNE)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Abg. Lüddemann. - Jetzt kommt der nächste Beitrag, und zwar ist jetzt Frau Frederking an der Reihe. Sie haben das Wort, Frau Frederking.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Der Klimawandel schlägt nun gnadenlos zu und die Leidtragenden in diesem Jahr sind Land- und Forstwirtschaft. Namens meiner Fraktion kann ich sagen: Wir sehen die Verzweiflung und wir können das nachempfinden. Wir sind tief betroffen und erschüttert über die Schäden.

Nach den Stürmen in der vergangenen Zeit nun auch die lang anhaltende Dürre. Neuanpflanzungen in den Wäldern sind verdorrt, die Pflanzarbeit von mehreren Jahren ist verloren, die für 100 Jahre angelegt war. Es ist nicht ausgemacht, dass dort jemals wieder Bäume wachsen können.

Die Natur, so wie wir sie kennen, wird sich nicht an jeder Stelle erholen können. Unsere Welt verändert sich in einem atemberaubenden Tempo und das fordert auch von uns ein rasches Umdenken und unverzügliches Umsteuern. Wir haben keine Zeit mehr. Und der über Monate aus-

bleibende Regen hat zu einer bisher nie dagewesenen Dürre geführt.

Die Landwirtschaft darf mit den Schäden durch massive Ernteeinbußen nicht allein gelassen werden. Wir entwickeln gemeinsam mit den Landwirtinnen und Landwirten Lösungen, um in der akuten Situation zu helfen, aber auch um die Landwirtschaft dauerhaft krisenfest zu machen.

Wir haben hohen Respekt vor der Arbeit der Landwirtschaft. Wir sind ihr dankbar für die Versorgung mit hochwertigen Lebensmitteln. Wir wollen, dass ihr in der jetzigen Notsituation umgehend und ohne Bedingungen geholfen wird. Die Hilfsgelder von Bund und Land sind richtig.

Es ist richtig, Maßnahmen zu ergreifen - die Ministerin hat es ausgeführt -, die Liquidität der Betriebe zu verbessern. Die Landgesellschaft stundet Pachten. Wir gehen davon aus, dass diese Hilfe zinslos geschieht. Jede Maßnahme, die wirklich hilft, ist willkommen. So ist es gut, dass der Aufwuchs von ökologischen Vorrangflächen sowie die noch auszusäenden Zwischenfrüchte zu Futterzwecken genutzt werden können.

Noch immer verschließen einige die Augen vor der Ursache der Dürre. Doch der Klimawandel findet trotzdem statt. Die sich immer weiter zuspitzende Klimakrise trifft besonders die Landwirtschaft, weil sie wie kein anderer Bereich so unmittelbar von den natürlichen Bedingungen und den Ökosystemen abhängig ist.

Wir werden auf Dauer nicht gegen die Schäden ansubventionieren können. Und damit der Notstand nicht zum Dauerzustand wird, ist eine klimangepasste Landwirtschaft notwendig. Landwirtschaft wird dann zukünftig weniger von Extremwettern geschädigt.

Ich möchte einige Stichworte nennen, wie Humusaufbau, Verbesserung der Wasserspeicherung, Einsatz von robusten Pflanzen. Die LLG arbeitet bereits an bodenschonenden und Wasser sparenden Bodenbearbeitungs- und Anbaustrategien. Diese Ergebnisse müssen verstärkt kommuniziert werden.

Landwirtschaft muss selber zum Klimaschutz beitragen und klimafreundlicher werden. Weniger chemisch-synthetischer Stickstoffdünger verringert die extrem klimaschädlichen Lachgas-Emissionen. Wir müssen Moorböden schützen und erhalten, Wiesen und Weiden erhalten, regionale Vermarktung ausbauen.

Klimaschutz ist elementar. Die Klimakatastrophe darf eben nicht noch schlimmer werden. Und die Landwirtschaft ist gefordert, Ökosysteme wieder in Balance zu bringen. Aber ich möchte betonen: Alle sind in der Pflicht, die eigenen Lebens- und

Arbeitsbedingungen zu überdenken und selber etwas für den Klimaschutz zu tun.

Wir brauchen natürlich betriebswirtschaftliche Vorsorge. Hilfszahlungen werden nicht jedes Jahr leistbar sein. Das wäre ein Fass ohne Boden. Ob die EU-Gelder langfristig fließen werden, steht auch in den Sternen. Daher ist Landwirtschaft gut beraten, unabhängiger von öffentlichen Geldern zu werden.

Die Marktpreise von landwirtschaftlichen Produkten müssen eine größere Rolle spielen. Lebensmittel sind Mittel zum Leben und dürfen nicht verramscht werden.

(Zustimmung von Cornelia Lüddemann, GRÜNE)

Wir brauchen faire Preise an der Ladentheke. Und das Geld muss auch bei den Landwirtinnen und Landwirten ankommen. Wenn der Aufwand auskömmlich bezahlt wird, dann kann Landwirtschaft diesen auch für höhere gesellschaftliche Leistungen erbringen, wie mehr Tierwohl und Artenvielfalt, für die Anpassung an den Klimawandel, für Klimaschutzmaßnahmen und nicht zuletzt auch für den Ausgleich bei Ernteverlusten. Denn die Klimakrise wird sich verstetigen. Das heißt, sie wird nicht weniger werden.

Damit das alles gelingt, bedarf es einer politischen Flankierung. Die Wertschätzung von Lebensmitteln muss vorangetrieben werden. Deshalb ist eine Kampagne zum Wert von Lebensmitteln jetzt sinnvoll. In diesem Sinne unterstütze ich auch die Forderungen der ABL nach einem Agrargipfel mit Beteiligung von Handel und den Verarbeitern.

Alle Maßnahmen zusammengefasst bedeuten für uns, Landwirtschaft bei der aktuellen Naturkatastrophe zu unterstützen und langfristig klima- und krisenfest zu machen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD - Zustimmung bei der SPD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Frederking. Ich sehe keine Fragen.

Nach § 46 Abs. 5 der Geschäftsordnung hat die Antragstellerin oder der Antragsteller das Recht, noch einmal, auch nach der Landesregierung, zu reden. Dieser Antrag wurde gestellt. Sehr geehrter Abg. Herr Heuer, Sie haben deshalb noch einmal höchstens drei Minuten Redezeit. Bitte schön.

Guido Heuer (CDU):

Danke, Frau Präsidentin. - Ein paar Dinge muss ich hier noch loswerden. Erst einmal fühlen wir uns darin bestätigt, dass wir darauf gedrungen ha-

ben, die Debatten zu den Themen Dürre und Klimawandel zu trennen.

Die Kollegen der GRÜNEN haben zu einem Anteil von drei Viertel ihrer Redezeit über den Klimawandel gesprochen. Ich muss ganz klar sagen: Darum geht es hier nicht.

(Zustimmung bei der CDU - Beifall bei der AfD)

Wir haben hier Wirtschaftsbetriebe, land- und forstwirtschaftliche Betriebe, die in Not sind und denen geholfen werden muss. Dabei nützt uns eine Klimadebatte nichts, die wir unbestreitbar auch führen müssen. Aber das ist jetzt nicht das Thema.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Das hat doch unsere Ministerin alles ausgeführt!)

- Nein. Sie haben es trotzdem nicht auf den Punkt gebracht. Wir sind sicherlich in vielen Punkten einer Meinung, aber nicht in allen Punkten. In den Ausschüssen fordern Sie zum Beispiel, wir sollten Züchtungen bevorteilen und wir sollten das alles stärken. Aber gegen die Genschere CRISPR/Cas wehren Sie sich. Das sind natürliche Mutationen; darüber muss man doch reden dürfen. Das verstehe ich einfach nicht. Die GRÜNEN fordern die Anpassung an den Klimawandel, lehnen diese Methode aber ab.

Zweitens zu Ihrer Aussage, dass sich die Naturereignisse häuften. Es gibt eine berühmte Suchmaschine; bei der können Sie gern einmal nachforschen. Jetzt unterhalten wir uns einmal über Dürren. In den 50er-Jahren und danach gab es zum Beispiel folgende Dürreperioden: 1952 bis zu 39,6 °C, 1957 bis zu 39,0 °C. 1959 gab es einen Jahrhundertsommer, 1963 eine Hitzewelle. Die kam, wie ich es vorhin sagte, nach genau 55 Jahren. 1962, also im Jahr davor, gab es den zu damaliger Zeit kältesten Sommer seit 111 Jahren. 1976 gab es bis zu 38 °C. Jeder kennt sicher noch den Sommer von 2003.

Wann hatten wir eine solche Dürre, wie wir sie jetzt haben? Von 2003 bis jetzt sind es 15 Jahre. Wenn ich den Zeitraum von 1952 bis 1963 zugrunde lege, dann reden wir über nur elf Jahre. In dieser Zeit gab es vier solche Ereignisse.

Angesichts dessen ist diese Diskussion scheinheilig. Deswegen war es richtig, dass wir gesagt haben, das muss in die Ausschüsse. Das möchte ich noch einmal ganz deutlich betonen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der AfD - Zuruf von Olaf Meister, GRÜNE)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sehr geehrter Herr Heuer, es gibt zwei Fragen, zunächst eine von der Abg. Frau Frederking

und dann noch eine vom Abg. Herrn Loth. - Bitte, Frau Frederking.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Herr Heuer, wenn ich richtig zugehört habe, haben Sie in dem ersten Redebeitrag gesagt, dass die Dürre, wie wir sie jetzt erleben, ein Ereignis ist, das wir in 50 Jahren nicht erlebt haben. Seit 50 Jahren ist es die stärkste Dürre. Jetzt redeten Sie aber von 15 Jahren. Das müssen Sie noch einmal genauer ausführen.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Nein, nein, nein!)

Die erste Frage ist also, wie dieser Widerspruch zu betrachten ist. Warum fangen Sie jetzt an, diese extreme Dürre, die wir in dieser Form noch nie in Deutschland hatten,

(Zuruf von der AfD)

auf einmal zu relativieren?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit streuen Sie den Menschen Sand in die Augen; das ist schädlich nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch für die Bevölkerung.

Zweitens. Wann wollten Sie mit mir über neue Gentechnikmethoden reden? Ich kann mich nicht daran erinnern. Sie haben ja eben behauptet, ich hätte mich einer Diskussion verweigert.

Drittens. Geben Sie mir darin recht, dass die extremen Wetterereignisse statistisch gesehen gehäuft auftreten und dass die Einschläge immer häufiger kommen? Wenn das so ist, sind wir dann nicht gut beraten, Vorsorge zu treffen?

(Guido Heuer, CDU: Ich habe es verstanden!)

Diese muss natürlich auch mit einer betriebswirtschaftlichen Vorsorge einhergehen, wie es Herr Barth ausgeführt hat, und mit einer steuerfreien Risikorücklage, wie es Frau Dalbert ausgeführt hat, sowie mit verschiedenen Maßnahmen. Aber wir müssen doch auch die Methoden ändern. Wir müssen doch Vorsorge treffen; das hat Herr Barth zutreffend gesagt. Geld macht uns nicht satt. Wir müssen Vorsorge treffen, damit eine Landwirtschaft möglich ist, damit auch Ackerbau möglich ist, damit die Tiere gefüttert werden können. Welche Maßnahmen sehen Sie in diesem Zusammenhang als geeignet an?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Heuer, bitte.

Guido Heuer (CDU):

Danke, Frau Präsidentin. - Ich fange mit dem letzten Thema an. Sehr geehrte Kollegin Freder-

king, wir leugnen nicht den Klimawandel. Das zu behaupten ist völliger Schwachsinn. Das muss ich so deutlich sagen. Wenn Sie mir das unterstellen, dann weise ich das ganz entschieden zurück. Das machen wir nicht.

(Dorothea Frederking, GRÜNE: Ich habe Ihnen lediglich Fragen gestellt!)

Mit meinen Ausführungen in Bezug auf die 50er-Jahre wollte ich nur klarmachen, dass uns Panikmache überhaupt nichts bringt; denn das hier ist Panikmache.

(Olaf Meister, GRÜNE: Nein!)

Wir hatten von 1952 bis 1963 vier Hitzesommer. Jetzt haben wir zwei Hitzesommer in 15 Jahren.

(Eva von Angern, DIE LINKE: Hitzesommer und Dürren sind ein Unterschied!)

- Lassen Sie mich einfach ausreden! - Ich will doch gar nichts bestreiten; darum geht es gar nicht. Ich gebe dem Kollegen Barth darin recht, dass wir darüber reden müssen. Aber das sind zwei völlig verschiedene Themen. Hier reden wir über wirtschaftliche Not von Betrieben. Dass wir langfristig darüber reden müssen, ist doch völlig unstrittig; das will ich doch gar nicht bestreiten. Dass die Zahl der Schadenswetterereignisse in den letzten Jahren angestiegen sind, dass eine Abschmelzung der Pole stattfindet usw., das bestreitet kein Mensch. Das hat aber mit dem aktuellen Problem nichts zu tun. Wenn wir darauf warten, dass wir das Problem lösen, dann warten unsere Landwirte ewig.

Was die Maßnahmen betrifft, Doro, ist doch eines klar: Ich habe die Maßnahmen benannt, die wir vorschlagen. Ich habe vorhin gesagt, die CDU-Fraktion schlägt einen Risikofonds vor. Das habe ich gesagt. Ich weiß nicht, warum die Frage jetzt noch einmal aufkommt. Das habe ich vorhin eindeutig gesagt. Ich wollte nur darauf hinweisen, dass es uns nichts nützt, an diesem Punkt jetzt eine Klimadebatte zu führen. Diese Debatte können wir unabhängig davon führen.

Was die Gentechnik betrifft, gebe ausdrücklich dem Kollegen Lange recht: Das sind zwei völlig verschiedene Paar Schuhe. Bei der Genschere CRISPR/Cas handelt es sich um natürlich gewachsene Mutationen. Diese Methode wollen wir, um die Züchtungen zu beschleunigen, die Sie im Zusammenhang mit der Anpassung an den Klimawandel ja auch fordern. Wir brauchen neue Sorten, neue Arten. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. - Abg. Herr Loth, bitte. Danach liegt noch eine Wortmeldung von Frau Lüddemann vor. - Bitte, Herr Loth.

Hannes Loth (AfD):

Kollege Heuer, ich freue mich, dass Sie festgestellt haben, dass uns die Klimahysterie der GRÜNEN, die hier immer an den Tag gespült wird, in diesem Fall nicht weiterbringt. Ich danke Ihnen für diese Auskunft.

(Zustimmung bei der AfD - Eva von Angern, DIE LINKE: Klar!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Das war keine Frage.

Guido Heuer (CDU):

Warten Sie einmal! - Sehr geehrter Kollege Loth, dass Sie das jetzt nutzen, um eine bestehende Diskrepanz aufzuzeigen, kann ich verstehen. Das würde ich an Ihrer Stelle auch nicht anders machen.

Wir sind uns aber in vielen Punkten darüber einig. Ich meine nur - das wollte ich in meinem Statement zum Ausdruck bringen -, dass uns Panikmache nichts bringt, dass es jetzt um akute Dürrehilfen geht und um nichts anderes. Das andere machen wir danach.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Richtig!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Lüddemann.

(Dorothea Frederking, GRÜNE: Ich habe noch eine Nachfrage! - Siegfried Borgwardt, CDU: Nein! - Ulrich Thomas, CDU: Zwei Fragen pro Fraktion!)

Jetzt ist erst einmal Frau Lüddemann an der Reihe, Frau Frederking.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Danke, Frau Präsidentin. - Ich will noch einmal sehr ruhig und sehr klar herausstellen, was alle unsere drei Rednerinnen gesagt haben - es wäre auch unredlich, wenn ich hier etwas anderes darstellen würde, als ich bei meinen vielen Besuchen, die ich gemeinsam mit meiner Landesvorsitzenden in landwirtschaftlichen Betrieben, übrigens überwiegend in konventionelle Betrieben, gemacht und erlebt habe -, nämlich dass es völlig unstrittig ist, dass wir einen Notstand haben. Es ist auch völlig unstrittig, dass wir Sofortmaßnahmen brauchen.

(Zustimmung von Dorothea Frederking, GRÜNE)

Ich hoffe, dass wir es mit dem Finanzminister hinkommen, dass wir noch in diesem Jahr aus Haushaltsausgaberesten etwas tun können.

(Minister André Schröder: Was?)

Alles andere - das wissen Sie als Landwirtschaftspolitiker sehr viel besser als ich - braucht etwas länger.

Als unsere Ministerin vorhin dargestellt hat, welche Maßnahmen geplant sind, von denen wir in einigen Bereichen bundesweit sogar die Ersten waren, waren Sie einer von zwei Menschen in diesem Raum, die sehr laut geklatscht haben. Das will ich nur einmal in Erinnerung bringen. Also kann das, was wir als GRÜNE an der Stelle tun, nicht völlig falsch sein.

Wir alle in der Koalition haben festgestellt, dass Notmaßnahmen nicht die Regel sein dürfen. Darin sind wir uns einig. - Ich sehe, Sie nicken. Das haben wir im Übrigen auch bei anderen Katastrophen getan. Ich nenne als Stichworte nur Schlamm und Hochwasser. Dazu haben wir immer gesagt, in der Not muss man helfen, aber dann muss man umsteuern.

Wir GRÜNE sind bekannt dafür, dass wir den Gesamtzusammenhang sehen.

(Zurufe von der AfD)

Aus grüner Sicht kann man nur dann umsteuern, wenn man auch die Ursachen bekämpft. Ich weiß, dass dies bei einigen Menschen offensichtlich eine schwierige Diskussion ist; denn große Zeiträume in den Blick zu nehmen, ist eben nicht jedermanns Sache.

(Zustimmung von Kerstin Eisenreich, DIE LINKE)

Aber Klimaveränderung ist etwas anderes als Wetter. Dabei geht es nicht um die letzten 15 Jahre; dabei geht es auch nicht um die letzten 30 Jahre. Ich habe explizit auf den Beginn der Klimaveränderungen in der vorindustriellen Zeit abgestellt. Das ist ein deutlich größerer Zeitraum als der, den Sie in den Blick genommen haben.

Eines will ich auch noch sagen: Die Debatte über CRISPR/Cas hat direkt nichts damit zu tun. Aber Sie haben möglicherweise übersehen, dass unsere Landesvorsitzende neulich in Gatersleben war und dort einen, wie ich finde, sehr interessanten Dialog begonnen hat, sodass wir uns also sehr wohl dieser Debatte stellen, dass wir uns sehr wohl fragen, wie wir erreichen können, dass Pflanzen angebaut werden, die resistenter sind, wie wir Landwirte unterstützen können, damit diese wissenschaftlich gestützt und basiert Fruchtfolgen auf den Acker bringen, um so auch mit diesen extremen Bedingungen umzugehen. Es geht also um die Frage, wie wir mit der Klimaanpassung - denn wir werden die Entwicklung nicht grundsätzlich umdrehen können; das sagt ja auch die von Ihnen gestellte Bundesregierung - besser umgehen können.

Es ist gelogen, wenn hier behauptet wird, dass wir uns als GRÜNE diesem Dialog nicht stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Heuer, ich möchte Sie bitten, sich kürzer zu fassen, damit wir weiterkommen.

Guido Heuer (CDU):

Ja, ich fasse mich kurz, Frau Präsidentin.

(Zuruf von Siegfried Borgwardt, CDU)

Zunächst zum letzten Punkt. Ich habe Ihnen nicht unterstellt, sehr geehrte Kollegin Lüddemann, dass Sie lügen. Aber wenn Sie mit Blick auf die Gentechnik bzw. die Genschere - dies hat nichts mit der konventionellen Gentechnik zu tun - sagen, dass Sie mit uns darüber diskutieren wollen, dann nehme ich das gern auf. Allerdings hat Ihre Ministerin dies vorhin rigoros abgelehnt. Das muss man erst einmal festhalten.

In Bezug auf den Klimawandel bin ich durchaus in der Lage, große Zeiträume zu überblicken. Das können Sie mir glauben. Ich wollte damit nur zum Ausdruck bringen, dass uns Panikmache überhaupt nicht weiter bringt. Das möchte ich noch einmal betonen.

Die Abstände zwischen den Schadensereignissen, beispielsweise mit Blick auf die Dürre, über die wir uns jetzt unterhalten, sind im Moment nicht so kurz wie in den 50er-Jahren. Also haben wir auch einen Moment Zeit, um diese Debatte in Ruhe zu führen. Um mehr geht es mir nicht.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf von Cornelia Lüddemann, GRÜNE)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Heuer. - Wir haben damit die Aktuelle Debatte beendet. Zur Sache werden gemäß § 46 Abs. 6 der Geschäftsordnung des Landtages keine Beschlüsse gefasst. Wir stimmen aber über die Anträge ab.

Ich habe vernommen, dass beide Anträge zur federführenden Beratung an den Landwirtschaftsausschuss und zur Mitberatung an den Finanzausschuss überwiesen werden sollen. - Dem Nicken zufolge ist das so korrekt.

Ich lasse darüber abstimmen. Wer dem Antrag auf Überweisung zustimmt, den bitte ich um sein Kartenzeichen. - Das sind alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist auch nicht der Fall. Damit sind die Anträge in die genannten Ausschüsse überwiesen worden und der Tagesordnungspunkt 8 ist erledigt.

Wir steigen in den nächsten Tagesordnungspunkt ein.

Wir kommen zum

Tagesordnungspunkt 9

Aktuelle Debatte

Enercon-Beschäftigte im Arbeitskampf nicht alleine lassen

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/3282**

Die Redezeit beträgt je Fraktion zehn Minuten. Die Landesregierung hat ebenfalls - darauf möchte ich nochmals verweisen - eine Redezeit von zehn Minuten. Es wurde folgende Redereihenfolge vereinbart: DIE LINKE, CDU, AfD, GRÜNE und SPD.

Bevor ich aber der Antragstellerin, der Fraktion DIE LINKE, das Wort erteile, habe ich die ehrenvolle Aufgabe, die zweite Gruppe der Schülerinnen und Schüler der Sekundarschule Maxim Gorki aus Schönebeck recht herzlich bei uns im Hohen Hause zu begrüßen. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Weiterhin begrüßen wir Mitarbeiter der Enercon GmbH und der IG Metall auf der anderen Tribüne. Herzlich willkommen bei uns im Hohen Hause!

(Beifall im ganzen Hause)

Ich erteile hiermit dem Abg. Herrn Höppner das Wort, um für die Antragstellerin, die Fraktion DIE LINKE, zu sprechen. Sie haben das Wort. Bitte.

Andreas Höppner (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Enercon war bereits mehrfach Thema im Landtag von Sachsen-Anhalt, und das leider immer wieder aufgrund negativer Umstände bzw. negativer Vorkommnisse. Ich erinnere an der Stelle an die Debatte über die gezielte Bekämpfung bzw. Verhinderung von betrieblicher Mitbestimmung bzw. Entlassung von engagierten Betriebsräten bzw. Gewerkschaftern.

Insbesondere erinnere ich an den versuchten Rausschmiss des Betriebsrates Herrn B., der nur mithilfe des Arbeitsgerichts und viel Solidarität seinen Arbeitsplatz verteidigen konnte.

Im August 2017 geriet Enercon auch wegen Sozialversicherungsbetrugs ins Visier der Magdeburger Staatsanwaltschaft. Jetzt steht Enercon wieder in den Negativschlagzeilen.

Das im Jahr 1984 gegründete Unternehmen, das heute mit weltweit ca. 14 000 Mitarbeitern international zu den fünf größten Produzenten von Windkraftanlagen zählt, will in Deutschland mehr als 830 Arbeitsplätze abbauen. Dies betrifft die Belegschaften der exklusiv für Enercon produzierenden Zuliefer- bzw. Tochterfirmen. Der Großteil der

Jobs soll in Niedersachsen wegfallen. Nachdem bei der Enercon-eigenen Rotorblattfertigung Magdeburg 140 Beschäftigte im Jahr 2017 entlassen wurden, sollen jetzt auch beim Magdeburger Zulieferer WEC Turmbau GmbH 132 Beschäftigte entlassen werden. Man geht aber davon aus, dass dies wohl nicht das Ende der Fahnenstange ist.

Die IG Metall befürchtet sogar, dass es um bis zu 2 000 Arbeitsplätze in Deutschland geht, die direkt oder auch indirekt gefährdet sind. Enercon will sich nach eigener Auskunft stärker auf internationale Märkte ausrichten. Nachdem also der deutsche Markt scheinbar weitestgehend abgegrast war und die Subventionen hier abgegriffen wurden, will man sich ins Ausland verdrücken.

Bisher hat sich Enercon Gesprächen mit Beschäftigten, Gewerkschaften, Betriebsräten und Ähnlichen sowie der Politik komplett verweigert. Aber als man vor Kurzem erst wieder Fördermittel abgreifen konnte, war man natürlich zur Stelle und zeigte sich gern mit dem Staatssekretär des Bundesverkehrsministeriums Enak Ferlemann in Aurich, dies aber auch nur, weil er wieder einen Fördermittelbescheid in Höhe von rund 430 000 € überreichte.

Enercon verweigert sich bis jetzt, selbst über den Stellenabbau zu verhandeln bzw. überhaupt erst einmal darüber zu reden. Laut Aussagen in den Medien fühle sich Enercon weder für die Kündigung noch für die Abfindung oder einen Sozialplan zuständig.

Ich finde, mit dieser Einstellung verhöhnt Enercon alle Beschäftigten, die letztlich das Unternehmen mit aufgebaut und getragen haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Das ist eine Riesenschweinerei, meine Damen und Herren, und so etwas ärgert mich immer wieder maßlos. Es sind keine Einzelfälle. Das ärgert mich einfach. Mit Trickserei und Verantwortungslosigkeit will man sich hier aus der Affäre ziehen, und das geht einfach nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Kolleginnen und Kollegen setzen trotz alledem, trotz des Drucks, weiter auf Dialog. Sie wollen und sie müssen letztlich auch über Alternativen reden, über eine Neuausrichtung der Standorte, ja, selbst über Kurzarbeit würde man reden, Weiterqualifizierung oder auch die Versetzung der betroffenen Mitarbeiter zum Beispiel an andere Standorte.

Der Windkraftanlagenbauer hat eine weitverbreitete Struktur von Tochterfirmen und Zuliefer-

ern aufgebaut, mit der die Belegschaften letztlich aber ausgetrickst werden. In der Sendung „Panorama 3“ kritisierte der Arbeitsrechtler Hajo K., dass dies eine gezielte Strategie ist. Die Firmenstruktur Sorge etwa dafür, dass bei Entlassungen der finanzschwache und meist finanziell von Enercon voll abhängige Zulieferer zuständig sei und nicht der wirtschaftlich stärkere Konzern Enercon. Die Folge ist, dass eventuelle Abfindungen mangels geringerer Masse deutlich niedriger ausfallen und somit zum Beispiel Interessensausgleichs- bzw. Sozialplanverhandlungen weitestgehend ins Leere laufen würden.

Ich sage es an der Stelle noch einmal ganz deutlich: Mit sozialer Marktwirtschaft hat so etwas überhaupt nichts bis gar nichts zu tun, meine Damen und Herren, überhaupt nichts.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung von Dr. Katja Pähle, SPD)

Denn wäre es so, würde man die volle Verantwortung für seine Beschäftigten übernehmen und sie nicht so schamlos abservieren wollen, meine Damen und Herren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von Enercon, aus eigener Erfahrung weiß ich, wie groß gerade der Druck auf euch ist. Meine Fraktion und ich stehen deshalb geschlossen hinter allen Beschäftigten von Enercon an allen Standorten und in allen Betrieben.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Fraktion hat das Thema auf die Tagesordnung gesetzt, weil es einerseits hochaktuell ist und andererseits seitens der Landesregierung bis jetzt leider nichts zu der Thematik zu hören war. Irgendwie hat man hierbei den Eindruck, man duckt sich gezielt weg und lässt die Beschäftigten sozusagen im Regen oder - wie wir es zuvor thematisiert haben - in der Dürre stehen. Das geht einfach nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich sage es hier ganz deutlich in Richtung Landesregierung: Kommen Sie endlich hinter Ihren schicken, schönen Schreibtischen hervor! Gehen Sie hinaus, schauen Sie sich die Arbeitswelt an und vor allem lassen Sie die Beschäftigten von Enercon nicht im Regen oder in der Dürre stehen! Helfen Sie ihnen! Tun Sie etwas!

(Beifall bei der LINKEN)

Aber natürlich habe ich schon wohlwollend vernommen, Herr Willingmann, dass Sie sich nachher mit den Beschäftigten, den Betriebsräten und den Gewerkschaften treffen wollen. Insofern wirkt diese Debatte schon. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren! Die Arbeit der Zukunft und die Energiewende können wir nur gemeinsam gestalten. Das gilt insbesondere für eine neu ausgerichtete Energiepolitik. Es geht dabei um den Abschied von endlichen und naturschädlichen fossilen Brennstoffen.

(Zustimmung von Dorothea Frederking, GRÜNE)

Wirtschaftliche Entwicklungen dieser Größenordnungen können wir einfach nicht den unberechenbaren Marktentwicklungen überlassen. Um den Klimawandel zu bekämpfen und die Unternehmen ökologisch umzurüsten, bedarf es einer Politik, die im Interesse der Öffentlichkeit die Zukunft gestaltet. Gerade die erneuerbaren Energien sind für unsere Region aus beschäftigungs- und industriepolitischer Sicht eine große Chance.

Wir haben bereits mehrfach - zum Beispiel beim EEG - deutlich gemacht, wie wichtig langfristige verlässliche Rahmenbedingungen für die Unternehmen und die Beschäftigten in der Windenergiebranche sind. Nur dann wird investiert, nur dann wird diese Industrie zum Jobmotor bzw. schafft und erhält sie viele Arbeitsplätze. DIE LINKE setzt sich für eine leistungsstarke Erneuerbare-Energien-Industrie ein, in der faire Arbeitsbedingungen und gute Arbeit herrschen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Energiewende kann nur mit den und nicht gegen die Beschäftigten umgesetzt werden. Unternehmen haben nicht nur ökologische, sondern auch soziale Verantwortung. Dazu gehört die Beteiligung und Mitbestimmung der Beschäftigten.

(Beifall bei der LINKEN)

Gute Arbeit und betriebliche Mitbestimmung der Beschäftigten müssen selbstverständliche Voraussetzungen in der Windindustrie werden. Enercon profitierte und profitiert noch immer von der Energiewende, die einen großen Markt für Windenergie geschaffen hat. Dieser Markt wird auch durch die Stromumlage und damit durch die Steuern der Bürgerinnen und Bürger finanziert. Auch deshalb, meine Damen und Herren, darf man von Enercon eine besondere Verantwortung für das Gemeinwohl einfordern.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Anerkennung verdienen vor allen Dingen die Enercon-Beschäftigten, die diese Erfolge mit erarbeitet und erwirtschaftet haben. Technische und ökologische Innovationen sowie wirtschaftlicher Erfolg, verbunden mit sozialer Verantwortung - das sind Grundpfeiler für ein zukünftiges erfolgreiches Unternehmensmodell. Enercon muss dies in der Neuausrichtung des Unternehmens stärker in den Fokus setzen.

Deshalb fordern wir: keine Entlassungen, sondern Investitionen in die Neuausrichtung des Unternehmens, auch aus dem Vermögen der Eigentümer, meine Damen und Herren. Eigentum verpflichtet und soll dem Wohle der Allgemeinheit dienen.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Mitbestimmung der Beschäftigten ist ebenfalls ein Grundpfeiler für wirtschaftlichen Erfolg und bei der Neuausrichtung des Unternehmens ein wichtiger Grundpfeiler. Sie ist der Grundpfeiler für die Beteiligung der Menschen für nachhaltige Innovation und für die Stabilität in unserer Gesellschaft.

Nun könnte und sollte die Geschäftsleitung zeigen, was Führung heißt, wenn es darum geht, wirtschaftlichen Erfolg mit sozialer Verantwortung und Innovation zu verbinden. Gleichzeitig fordere ich Enercon auf, in den Dialog einzutreten, anstatt auf Abgrenzung und Verantwortungslosigkeit zu setzen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Höppner. Ich sehe keine Fragen. - Somit können wir fortfahren. Für die Landesregierung spricht Minister Herr Prof. Armin Willingmann. Sie haben das Wort, Herr Minister.

Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Der Windkraftanlagenproduzent Enercon mit Sitz in Aurich, Ostfriesland, beabsichtigt aufgrund rückläufiger Auftragslage seine Zulieferverträge in Deutschland zu reduzieren. In der Folge drohen rund 800 Arbeitsplätze bei den betroffenen Zulieferern wegzufallen. Der Abg. Höppner hat es beschrieben.

Was weit weg erscheint - in Ostfriesland -, geht auch uns etwas an; denn in Sachsen-Anhalt geht es um 132 Stellen bei der WEC Turmbau GmbH Magdeburg, die zum Jahresende abgebaut werden sollen.

Ich möchte zunächst den betroffenen Beschäftigten, jenen, die hier sind, aber auch jenen, die im Unternehmen sind, und ihren Familien sagen: Selbstverständlich lässt Sie die Politik nicht allein, auch die Landesregierung nicht. Selbstverständlich nehmen wir die Sorgen und Nöte von Menschen ernst, die im Moment einer enormen Belastung ausgesetzt sind - auch das wurde bereits erwähnt -; denn der drohende Verlust des Arbeitsplatzes ist eine besondere Belastung.

Zugleich, lieber Herr Höppner, sollte Politik allerdings auch sagen, was sie leisten kann und was sie in diesem Zusammenhang tatsächlich bewirkt. Ich halte nicht so ganz viel davon, dass wir nur für

die Galerie etwas anbieten. Deshalb habe ich selbstverständlich Kontakt aufgenommen sowohl mit der Konzernleitung als auch mit der Unternehmensleitung. Deshalb findet heute auch ein Gespräch statt und deshalb muss man da selbstverständlich am Ball bleiben.

Ich will auch gleich vorweg sagen, welche Erwartungshaltungen auch ich gegenüber dem Konzern habe, dass er sich nämlich in wirtschaftlich schwierigen Zeiten seiner gesellschaftlichen Verantwortung stellt

(Beifall bei der CDU, bei der SPD, bei den GRÜNEN und von der Regierungsbank)

und mit dafür Sorge trägt, dass bei Umstrukturierungsmaßnahmen in Zulieferfirmen sozialverträgliche Lösungen angestrebt werden.

Ich erwarte darüber hinaus, dass diese Lösungen für die betroffenen Mitarbeiter auch Weiterbeschäftigungsangebote im weitverzweigten Geflecht der Enercon-Unternehmen beinhalten. Wohl verstanden, wir reden hierbei nicht über eine rechtliche Verpflichtung von Enercon. Aber es gibt eben auch eine Moral in der Wirtschaft und eine Ethik, der man sich zu unterwerfen hat.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ein Konzern mit seinem Firmengeflecht über Jahre hinweg glänzende Geschäfte macht und darüber hinaus auch noch direkt und indirekt von erheblichen staatlichen Förderungen profitiert, erwächst daraus fraglos eine moralische Verpflichtung.

Wie andere Zulieferer hat WEC Turmbau aus Magdeburg ausschließlich für Enercon produziert, war sogenannter Exklusivlieferant. Zudem hat das Land für Investitionen des Zulieferers von rund 40 Millionen € zwischen 2009 und 2012 in Magdeburg etwa 7 Millionen € Fördermittel zur Verfügung gestellt, die vollständig ausgezahlt wurden. Die Zweckbindung für diese Fördermittel lief erst im April dieses Jahres ab. Es wäre beschämend gegenüber Belegschaft und Land, wenn sich Enercon nun wort- und tatenlos zurückziehen würde.

(Beifall bei der SPD)

Wie eingangs erwähnt, begründet Enercon den Abbau von Zulieferverträgen mit rückläufiger Auftragslage. Die Gründe dafür sind hinlänglich bekannt. Aber sie waren auch absehbar. Man hat den Eindruck, dass mancher Windkraftanlagenbauer in Deutschland offenkundig versäumt hat, sich auf wandelnde Rahmenbedingungen einzustellen. Man war sehr fixiert auf Fördermittel, die zur Verfügung gestellt wurden, und deren Ende scheint nun Probleme auszulösen.

Vor dem Hintergrund, dass das Enercon-Management diese missliche Lage zumindest mitverschul-

det hat, müssen wir auch als Politik nun ein Mindestmaß an Kooperationsbereitschaft erwarten, wenn es in den nächsten Wochen und Monaten darum geht, möglichst viele Arbeitsplätze zu retten und soziale Folgen des Arbeitsplatzabbaus abzumildern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Trotz aller akuten Schwierigkeiten bin ich aber optimistisch, dass die Windkraftbranche in Sachsen-Anhalt weiterhin eine Zukunft hat und mit mehr als 12 000 Beschäftigten ein wichtiger Arbeitgeber sein wird.

Natürlich gibt es eine weitere Botschaft. Sie ist im Moment kein Trost, aber man darf sie wenigstens in diesem Zusammenhang erwähnen. In der Tat kann man im Moment davon ausgehen - wir erleben es durch Nachfragen bei uns im Ministerium -, dass man sich um die qualitativ hochwertigen Arbeitskräfte, um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von WEC Turmbau offenbar schon reißt. Das ist eine Folge der im Moment recht günstigen Arbeitsmarktlage. Das erlaubt mir, wenigstens den Beschäftigten zuzurufen: Verliert nicht den Mut! Ich darf zugleich hinzufügen: Auch die Politik und die Landesregierung sind an Ihrer Seite. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD, bei den GRÜNEN und von der Regierungsbank)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Minister Willingmann. Es gibt zwei Fragen. - Herr Abg. Gallert, Sie haben als Erster das Wort.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Herr Willingmann, Sie sagten im Wesentlichen, Enercon hätte eine moralische Pflicht, sich um die Belange der Belegschaft und derjenigen zu kümmern, die den Reichtum für diesen Konzern erwirtschaftet haben. Eine Pflicht haben sie nicht. Sind Sie mit mir einer Meinung, dass genau das das Problem des politischen Versagens beschreibt, dass wir als Politiker Gesetze zugelassen haben, die es einem solchen Konzern ermöglichen, sich seiner Pflicht zu entziehen? Alle Erfahrungen, die wir unter anderem mit Enercon bisher gesammelt haben, waren, dass moralischer Druck auf diesen Konzern völlig ergebnislos ist.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Minister Willingmann.

Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung):

Frau Präsidentin, schönen Dank. - Herr Abgeordneter, ich halte es nach wie vor für eine moralische Pflicht; denn was Sie gerade beschrieben

haben, ist nur, dass Sie sagen, uns fehlt die rechtliche Handhabe, jetzt weiteren Nachdruck auf das Ganze zu bringen. Moralisch bleibt es eine Verpflichtung. Ich hatte gehofft, das verständlich zu machen.

Ob das ein Versagen der Politik ist, wenn man rechtliche Gestaltungsmöglichkeiten schafft - da bin ich etwas differenzierterer Ansicht. Ich stelle nur fest, dass auch rechtliche Gestaltungsmöglichkeiten einen nicht von Verantwortung in der Wirtschaftsethik entbinden.

(Zustimmung bei der SPD und bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. - Herr Abg. Höppner, stellen Sie jetzt bitte Ihre Frage.

Andreas Höppner (DIE LINKE):

Ja, vielleicht dazu noch einmal. Ich muss schon sagen, Herr Willingmann, natürlich hätte man das rechtlich oder gesetzlich regeln können. Wir haben es ja auch getan, zum Beispiel bei der Scheinselbstständigkeit. Wenn es nur einen Auftraggeber gibt, dann ist derjenige dafür im sozialen Maßstab voll verantwortlich. Das könnte man auch bei GmbHs und Ähnlichem machen; das ist möglich. Also, es gibt nur einen Auftraggeber oder es gibt nur einen Gesellschafter. Das ist schon möglich. Aber das ist nicht meine Frage.

Sie erwähnten, dass hier wieder Fördermittelbindungsfristen ausgelaufen sind und jetzt trennt man sich von dem Unternehmen oder will sich trennen, will es aufgeben oder zumindest verkleinern.

Sind Sie der Ansicht - das ist kein Einzelfall; wir haben in der Vergangenheit regelmäßig darüber debattiert; ich erinnere an Fricopan, an Lieken und ähnliche Fälle, wo auch Bindungsfristen ausgelaufen sind und man sagte, ich mache den Betrieb jetzt zu, gehe woanders hin und ähnliche Dinge -, dass das in Sachsen-Anhalt mittlerweile irgendeine Methodik hat?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Minister, bitte.

Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung):

Schönen Dank, Frau Präsidentin. - Da das Problem allerorten, nicht nur in Sachsen-Anhalt, auftritt, vermag ich dahinter nicht unbedingt eine Methodik zu sehen. Aber ich sehe in jedem Fall den Auftrag der Politik dahinter zu fragen: Können wir das möglicherweise verhindern? Wobei wir um eine Sache nicht herumkommen: Natürlich muss es begrenzte Bindungsfristen geben. Irgendwann

laufen sie aus. Es wird keine ewige Bindung eines Unternehmens an Fördermittel geben.

Auf der anderen Seite bin ich ganz Ihrer Ansicht. Wir haben hier in ganz verschiedenen Situationen darüber schon gesprochen - unter anderem bei der Umgestaltung unserer GRW-Richtlinie -, dass wir idealerweise eine Fördermittelsystematik schaffen, die Umgehungstatbestände ausschließt.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Minister. Ich sehe keine weiteren Fragen. - Wir kommen zum nächsten Redner. Für die CDU-Fraktion spricht der Abg. Herr Zimmer. Sie haben das Wort, Herr Abgeordneter.

Lars-Jörn Zimmer (CDU):

Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Schwermaschinenbau gehört zu Magdeburg, genauso wie der Dom zur Stadt gehört. Die Wurzeln des Maschinenbaus reichen in Magdeburg bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts zurück; denn schon im Jahr 1855 gründete der Ingenieur und Erfinder Hermann Gruson die Maschinenfabrik, Eisengießerei und Schiffswerft in Buckau-Magdeburg.

Zwei Jahre später übernimmt Krupp das Produktionsprogramm von Gruson und erweitert es um Aufbereitungstechnik, Walzwerktechnik, Stahlwasserbau, Hebezeuge, Zementanlagen, Speiseölgewinnungsanlagen.

Dass sich der Maschinenbau in Magdeburg soasant entwickelt, hatte zudem andere Gründe. Zum einen war dies die Lage der Stadt, zum anderen das industrielle und landwirtschaftliche Umfeld, das der Stadt zu einer beispiellosen Blüte in der Vorkriegszeit verhalf.

In der DDR wurde Magdeburg zu dem zentralen Schwermaschinenbaustandort entwickelt. Jeder hier kennt FAM oder Sket, Kombinate, die ihre Produkte bereits in der RGW-Zeit weltweit verkauft haben.

Nach der Wende kam der heimische Schwermaschinenbau in schwieriges Fahrwasser. Ganze Märkte im Osten brachen weg. Die Treuhand war dabei, die alte Tradition im wahrsten Sinne des Wortes abzuwickeln.

Warum erzähle ich Ihnen das? - Wir führen heute wieder eine Debatte über die Firma Enercon. Enercon war und ist für Magdeburg die Fortsetzung einer langen und erfolgreichen Maschinenbautradition, ein Hoffnungsträger für die gesamte Region.

In den letzten Wochen und Monaten erreichten uns über die Medien zunehmend Widersprüchliches und auch Negatives. Das Management schweigt sich bisher leider aus. Daher ist es ver-

ständig, dass sich die Stadt Magdeburg, deren Umgebung und viele Beschäftigte bei Enercon und all seinen Zulieferern Sorgen um die Zukunft machen; denn aus dem Stammsitz der Firma im ostfriesischen Aurich kommen wenig erbauliche Signale.

Allein in diesem Jahr sollen 837 Arbeitsplätze deutschlandweit abgebaut werden. Wir haben es gehört: In Sachsen-Anhalt betrifft es 130 Mitarbeiter. Zum Ende des vergangenen Jahres verloren 140 Beschäftigte ihren Job bei einem Enercon-Zulieferer.

Keine Frage, meine Damen und Herren, die deutsche Windbranche steht vor einer schweren Krise, vor einer Entwicklung, vor der meine Fraktion stets gewarnt hat. Wenn man eine ganze Branche allein nach Subventionen ausrichtet, dann darf es wenig verwundern, dass, wenn diese Subventionen weniger werden, auch die Arbeitsplätze in Gefahr sind.

Wir haben dies in der Solarbranche in meiner Heimatregion, im Solar Valley, schmerzhaft erlebt. Ich befürchte, meine Damen und Herren, Ähnliches für die Windenergie.

Enercon gehört zu den größten Windanlagen-Herstellern weltweit. Die Technologie ist Benchmark in der Branche. Trotzdem läuft der internationale Absatz schleppend. Inzwischen können die Auslandsgeschäfte den wegbrechenden heimischen Markt kaum kompensieren, auch wenn das Management jetzt verstärkt in diesen Markt gehen will. In den anderen Märkten wird Windenergie nicht gefördert. Demzufolge hält sich das Interesse an derartigen Technologien im Ausland in entsprechenden Grenzen.

Als ziemlich schwerwiegend empfinde ich es, meine Damen und Herren, dass Enercon selbst, aber auch große Teile der Windenergielobby die Politik dafür verantwortlich machen, dafür kritisieren, dass wir zu Recht die regenerativen Energiearten in die Systemverantwortung überführt haben. Das kam nicht überraschend. Vielmehr wurde es auch höchste Zeit; denn die EEG-Förderung hatte bekanntermaßen nicht nur positive Effekte.

Inzwischen gibt es überall Widerstände gegen den weiteren Ausbau der Windenergie. Verbraucher und Wirtschaft haben deutliche Preissteigerungen zu verkraften. Der Ausbau der Stromnetze kommt nicht voran. Auch bei der Speichertechnologie treten wir auf der Stelle.

All diese Erkenntnisse - das ist mir sehr bewusst - helfen im Rückblick den Beschäftigten bei Enercon herzlich wenig. Stattdessen gilt es nun, nach vorn zu schauen, um den Schwermaschinenbaustandort Magdeburg und die Technologie zu erhalten.

Aus diesem Grunde erwarte ich sowohl von den Gesellschaftern als auch von der Geschäftsführung endlich eine klare Aussage zur Zukunft der Arbeitsplätze in und um Magdeburg.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich finde es sehr befremdlich, dass ein Unternehmen sowohl den Dialog mit den Betriebsräten als auch den Dialog mit der Politik bisher verwehrt hat. Fördermittel hat man stets gern in Empfang genommen. Schlussendlich hat die staatlich garantierte EEG-Förderung den Aufstieg des Unternehmens erst möglich gemacht.

Enercon hatte 20 Jahre Zeit, alternative und zukunftsfähige Produkte zu entwickeln. Stattdessen hat die Firmenleitung ihre Zeit damit verbracht, ein Geflecht von Zulieferfirmen mit dem klaren Ziel zu schaffen, sich bei der ersten Gelegenheit aus der sozialen Verantwortung zu stehlen.

Ich bin dem IG-Metall-Sprecher Thomas Weber sehr dankbar für seine Ursachenanalyse. Nicht die Politik ist an der aktuellen Enercon-Situation schuld, sondern eine Unternehmensspitze, die es versäumt hat, den Windanlagenbauer zukunftsfähig aufzustellen.

Meine Damen und Herren! Meine deutlichen Worte werden Sie sicherlich überraschen. Die CDU hat viele politische Gefechte im Sinne der Arbeitgeber ausgetragen; wir werden das auch weiter tun.

Immer wenn es um fairen Wettbewerb, wenn es um die Interessen von Mittelstand und Handwerk oder um den Stellenwert der Unternehmen in unserer Gesellschaft geht, stehen wir auf der Seite unserer fleißigen Unternehmerinnen und Unternehmer im Land.

Aber das Erfolgsmodell der sozialen Marktwirtschaft, so wie es Walter Eucken, Ludwig Erhard und die CDU immer vertreten haben, funktioniert nur, wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht vergessen werden.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Wir Deutschen sind zu Recht stolz auf unsere soziale Marktwirtschaft, die jahrzehntelang die Grundlage unseres Gesellschaftsvertrages und entscheidend für das Wirtschaftswunder nach dem Zweiten Weltkrieg war.

Ihr Erfolg gründete darauf, dass sie einen starken Sozialstaat, ein hohes Maß an Eigenverantwortung und funktionierende Märkte nicht als Widerspruch sah, sondern als einander bedingende Voraussetzungen für Wohlstand und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dieser Zusammenhalt, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist das Wesen einer starken Sozialpartnerschaft.

Enercon - ich habe es schon erwähnt - konnte nur wachsen und reichlich Gewinne einfahren, weil

die Politik die erneuerbaren Energien förderte und weil unser Bundesland ideale Rahmenbedingungen geschaffen hat.

Aber im Endeffekt waren es die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus unserer Region, die hoch qualifiziert und hoch engagiert viel mehr für das Unternehmen geleistet haben als an anderen Standorten von Enercon. Dafür auch an der Stelle herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Wer Gewinne und Subventionen einstreicht, von der eigenen Belegschaft Flexibilität und Höchstleistung erwartet, sich aber gleichzeitig aus der Verantwortung stiehlt, der, meine Damen und Herren, handelt unsozial. Genau dieser Eindruck entsteht bei Enercon.

Meine Fraktion hat der Belegschaft solidarische Unterstützung zugesagt. Dem schließe ich mich persönlich ausdrücklich an.

(Beifall bei der CDU)

Enercon muss jetzt seiner Verantwortung gerecht werden. Ein gutes Management ist dann gefordert, wenn es Probleme gibt. Wir erwarten von der Firmenleitung klare Signale für eine positive Zukunft des Enercon-Standortes Magdeburg. Ich erwarte einen Dialog auf Augenhöhe und gemeinsame Lösungen im Interesse, im Sinne der Beschäftigten.

Gesellschafter und Geschäftsführung stehen in der Verantwortung für die Menschen einer ganzen Region. Dieser Verantwortung müssen sie nun gerecht werden, auch indem sie endlich ihre Sprachlosigkeit aufgeben. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Zimmer. Ich sehe keine Fragen. - Wir kommen zum nächsten Redner. Für die AfD-Fraktion wird der Abg. Herr Daniel Rausch sprechen.

Bevor ich Herrn Rausch das Wort übergebe, freue ich mich ganz besonders, dass mein ehemaliger Kollege, unser ehemaliger Landtagspräsident auf der Zuschauertribüne anwesend ist. Herzlich willkommen, lieber Dieter Steinecke! Schön, dass du uns beisitzt.

(Beifall im ganzen Hause)

Herr Abg. Rausch, Sie haben das Wort. Bitte.

Daniel Rausch (AfD):

Werte Frau Präsidentin! Werte Abgeordnete! Wir beschäftigen uns heute mit dem geplanten Stellenabbau bei Enercon, konkret der Tochterfirma WEC Turmbau Magdeburg. Enercon will deutschlandweit ca. 830 Stellen, davon 132 Stellen in

Magdeburg abbauen; das haben wir heute mehrfach gehört.

Die Frage, die sich allen Beteiligten stellt, ist: Sind die Mitarbeiter der WEC Turmbau GmbH Mitarbeiter von Enercon? - Die Mitarbeiter sind sich sicher, sie sind Mitarbeiter von Enercon. Sie tragen teilweise Arbeitsbekleidung mit dem Logo von Enercon, sie haben Mail-Adressen von Enercon, und sie bekommen offizielle Schreiben der Firma Enercon, in denen es beispielsweise um die Weihnachtsgartifikation und Ähnliches geht. Enercon hat maßgeblich bestimmt, ob Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld oder Lohnerhöhungen gewährt wurden.

Die Frage, ob die Mitarbeiter zu Enercon gehören, ist entscheidend dafür, mit wem die Betriebsräte, die Gewerkschaften und die Politik verhandeln müssen. Ich befürchte, Enercon hat sich für solche Fälle gut aufgestellt.

Die Firma Enercon wird von der UEE Holding GmbH gehalten, dessen ehemaliger Geschäftsführer der Milliardär Aloys Wobben war. Die Holding thront über mehrere GmbHs, die sich wiederum in Dutzende weitere Gesellschaften aufteilen.

Im Jahr 2012 wurde die Aloys-Wobben-Stiftung gegründet. Diese soll angeblich der alleinige Gesellschafter der Enercon-Gruppe sein. Der Enercon-Geschäftsführer Herr Hans-Dieter Kettwig ist gleichzeitig der Vorstandsvorsitzende dieser Stiftung.

Meine Damen und Herren! Wie mir von betroffenen Mitarbeitern unter vorgehaltener Hand berichtet wurde, ist ein Gesellschafteraustausch in den Tochter-GmbHs bereits in vollem Gange. Angeblich soll Herr Hans-Dieter Kettwig als Gesellschafter aus Positionen herausgelöst werden, um eine Verbindung zu Enercon zu verschleiern. Wie gesagt, das sind Gerüchte, die interessierte Kreise überprüfen sollten.

Ich habe mir die Mühe gemacht und habe mir bei North Data die Firmenbekanntmachungen angeschaut. Tatsächlich wurde unter anderem am 13. August 2018 bei der Magdeburger Komponentenfertigung, bei der WEC Turmbau Emden und einen Tag später, am 14. August 2018, bei der WEC Turmbau Magdeburg der Gesellschafter Hans-Dieter Kettwig ausgetauscht. Da ist einiges in Bewegung. Die Geschäftsleitungen sind sehr umtriebig; das kann man in Magdeburg sehen.

Nach einem Anruf bin ich dort vorbeigefahren. Tatsächlich sind seit Montag einige Leute dabei, die Enercon-Logos - das Logo mit der roten Welle; einige werden es kennen - verschwinden zu lassen.

Ich glaube, hier wird viel unternommen, um dies zu verschleiern und deutlich zu machen, dass diese GmbHs nicht zu Enercon gehören, sondern

nur Zulieferer sind. Hier wurden bewusst Strukturen geschaffen, um sich im Fall der Fälle aus der Verantwortung ziehen zu können.

(Zustimmung bei der AfD)

Denn eines ist klar: Ein Konzern wie Enercon mit einem Jahresumsatz von ca. 5,1 Milliarden € im Jahr 2016 muss natürlich eine höhere Abfindung zahlen als ein Zulieferer.

Ich fordere die Geschäftsleitung der Firma Enercon auf, sich ihrer Verantwortung zu stellen und mit den betroffenen Kollegen über mögliche sozial- und betriebspolitische Maßnahmen, wie zum Beispiel Weiterbeschäftigung an anderen Standorten, Qualifizierung, Kurzarbeit oder Abfindung, zu sprechen.

Es kann nicht sein, dass eine Firma wie Enercon, die mit großzügigen Subventionen groß geworden ist, die jahrelang Gewinne in Millionenhöhe abgeworfen hat, die Steuersparmodelle betrieben hat, sich nun aus der Verantwortung ziehen will.

(Beifall bei der AfD)

Den Verantwortlichen bei Enercon muss doch klar gewesen sein, dass ihr Geschäftsmodell nicht mehr lange gut gehen kann. Die Probleme waren abzusehen. Enercon ist der weltweit fünftgrößte Hersteller von Windkraftanlagen - das haben wir schon gehört -, jedoch die Hälfte der Anlagen steht in Deutschland. Der Markt ist also endlich.

Die Akzeptanz von Windenergieanlagen schwindet. Anders wäre es, wenn man sagen könnte: Der Strom wird ständig billiger. Nein, das Gegenteil ist der Fall. Vielleicht wird er an der Strombörse um ein paar Cent billiger.

Aber wir wollen jetzt nicht über die verkorkste Energiewende reden. Wir wollen darüber reden, dass es Enercon nicht gelungen ist, sich abseits der EEG-Umlagen marktwirtschaftlich zu etablieren. Es ist doch ein Zeichen dafür, dass die Windenergiebranche nicht gesund ist, dass massiv Stellen abgebaut werden müssen, wenn die Förderungen gekürzt werden. Es wurde versäumt, neue Märkte zu erschließen, neue Produkte und Dienstleistungen in das Portfolio aufzunehmen.

Übrigens: Über die 140 Mitarbeiter, die bei der Rotorblattfertigung Magdeburg zum Jahresende 2017 entlassen wurden, spricht kein Mensch mehr. Über die vielen Hundert Leiharbeiter, die bei Enercon beschäftigt waren und denen jahrelang eine Festanstellung versprochen wurde, spricht auch niemand mehr. Das ist eben Kapitalismus, werden einige denken. Ja, das ist Kapitalismus der sozialen Verantwortungslosigkeit. Und das brauchen wir nicht, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der AfD)

Wir brauchen keine Unternehmen, die sich hinter Firmengeflechten verstecken, um den Arbeitern ihre Mitbestimmungsrechte vorzuenthalten. Wir brauchen in Deutschland Unternehmen mit sozialer Verantwortung. Das heißt, wir müssen endlich wieder zur sozialen Marktwirtschaft zurückkommen.

(Beifall bei der AfD)

Herr Minister Willingmann, Ihre Betroffenheitsrhetorik hilft den Mitarbeitern von Enercon überhaupt nicht. Sie sind in der Regierungsverantwortung und werden an Ihren Taten gemessen.

Aber wir sollten nicht denken, dass die Politik keinen Einfluss hat. Schauen Sie nach Sachsen, schauen Sie nach Görlitz. Dort ist es der Politik gelungen, die Schließung des Siemens-Turbinenwerkes zu verhindern. Warum? - Aus Angst, ja, aus Angst, die AfD könnte bei der nächsten Wahl die stärkste Kraft im Land werden.

(Lachen bei der CDU)

Zum Schluss noch einmal ganz klar: Enercon hat jahrelang von aus Steuergeldern finanzierten Subventionen profitiert und ist nun in der Pflicht, eine sozialverträgliche Lösung herbeizuführen. Die AfD-Fraktion steht selbstverständlich auf der Seite der Mitarbeiter und wird diese in ihrem Kampf um die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze unterstützen. - Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Rausch. Es gibt keine Fragen. - Somit kommen wir zur nächsten Rednerin. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht die Abg. Frau Frederking. Sie haben das Wort.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Abgeordnete! Anders als es eben postuliert wurde, möchte ich an die Ende 2017 entlassenen 140 Beschäftigten der Rotorblattfirma Roma erinnern. Es war ein exklusiver Zulieferer von Enercon. Nun sollen ein weiteres Mal 130 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einer Enercon-Tochterfirma, nämlich der WEC Turmbau GmbH, entlassen werden. Ein schwerer Schlag für die Menschen.

Die Windenergiebranche, die von uns GRÜNEN immer als zukunftsfähiger Jobmotor gesehen wurde, ist aktuell aufgrund der politischen Rahmenbedingungen und der damit verbundenen drastischen Auftragsrückgänge im Inland erheblich bedroht. Doch diese Erkenntnis kann kein Grund zum Aufgeben sein - im Gegenteil. Den aktuell von der Kündigung betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern möchten wir GRÜNEN unsere

Solidarität aussprechen. Wir meinen, dass alles getan werden muss, um ihnen weiterhin Arbeitsplatzmöglichkeiten zu geben.

Jetzt brauchen wir nicht zu beschönigen, dass Enercon sicherlich kein Vorzeigeunternehmen für Gewerkschaften ist. Die Diskussion um die Kündigung des damaligen Betriebsratsvorsitzenden war bereits Inhalt einer Aktuellen Debatte hier im Hohen Haus.

Wir fordern ein tatkräftiges Agieren unseres Wirtschaftsministers gegenüber Enercon.

Natürlich ist es zu kritisieren, wenn ein Unternehmen, das in nicht unerheblichem Maße Landesförderung bekommen hat, bei Anzeichen einer Marktschwäche zur Ultima Ratio greift und Kündigungen ausspricht. Wir appellieren an die unternehmerische Verantwortung von Enercon und erwarten zumindest Gespräche mit den Betroffenen, den Gewerkschaften und der Landesregierung. Entsprechend den Medienberichten fanden diese bisher nicht statt.

Die Enercon GmbH darf sich nicht aus der Affäre ziehen. Das Signal dieser Debatte und das Handeln der Landesregierung müssen klar darauf zielen, Enercon an den Verhandlungstisch zu bringen, um Lösungen jenseits von Massenentlassungen zu entwickeln.

Kurzarbeit, Übernahme bei anderen Tochterunternehmen oder bei Enercon selbst - all das muss überlegt werden; denn noch ist die Windenergiebranche in Sachsen-Anhalt stark. Ebenso wäre die Einrichtung einer Transfergesellschaft als Notlösung zu erwägen, falls sich die Kündigungen nicht abwenden lassen sollten.

Ideen, dass Windanlagenhersteller auch in erforderliche Speichertechnik einsteigen, hören sich gut an. Wir sind zwar keine Unternehmensberatung, aber die breitere Aufstellung im Rahmen der Energiewende könnte durchaus ein Weg für positive Arbeitsplatzentwicklungen sein.

Auch wenn Enercon in der Verantwortung steht, sozialverträglich zu agieren und nicht nur einseitig Unternehmensinteressen durchzusetzen, so agiert das Unternehmen doch unter den Bedingungen, die andere setzen, zuvorderst die Bundesregierung.

Die Bundesregierungen haben nach dem Ende der grünen Regierungsbeteiligung zunächst die heimische Solarbranche plattgemacht. Wären die Vorschläge von uns GRÜNEN umgesetzt worden, hätte Bitterfeld eine echte Chance gehabt, heute ein Industrieschwerpunkt grüner Technologien zu sein. Denn global steigt die Nachfrage nach erneuerbaren Energien massiv. Da nahezu alle Länder der Erde den Pariser Klimavertrag unterschrieben haben, ist diese Entwicklung folgerichtig.

Was aber macht der Klimasünder Bundesregierung? - Jetzt geht es der nächsten Erfolgsbranche an den Kragen.

(André Poggenburg, AfD, und Mario Lehmann, AfD, lachen)

Der Wechsel zu den Ausschreibungen und die handwerklich schlecht gemachte Förderung von Bürgerenergiegesellschaften haben zu einem Einbruch vor allem im Onshore-Bereich geführt. Nun haben wir viele Projekte mit Zuschlag ohne BImSchG-Genehmigung, von denen wir nicht wissen, ob sie überhaupt realisiert werden, während fertige Projekte ohne Zuschlag in der Schublade versauern.

Die Geschichte, dass bestimmte Organisationen eine solche BImSchG-Genehmigung nicht brauchen, ist zwar inzwischen korrigiert worden, aber das löst das Problem nicht; denn von der Förderung der Bürgerenergie kann nun nicht mehr die Rede sein. Übrig ist nur noch das bürgerfeindliche Ausschreibungsmodell, welches durch seinen viel zu eng bemessenen Ausbaudeckel die Branche unter Druck setzt.

Die Zahlen der AG Erneuerbare-Energien-Statistik sind besorgniserregend; sie zeigen einen Einbruch beim Windenergieausbau. Im ersten Halbjahr 2018 wurden nur 1 633 MW netto neu installierter Leistung gemeldet. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 2017 mit 2 243 MW netto entspricht das einer Senkung um 30 %. Es ist nicht wirklich überraschend, dass dieser Rückgang auch auf die Arbeitsplätze durchschlägt.

Um es deutlich zu sagen: Die Bundesregierung zerstört Arbeitsplätze in Sachsen-Anhalt.

(Beifall bei den GRÜNEN - Oh! bei der CDU)

Die Beschäftigten sind leider die Leidtragenden einer verantwortungslosen Energiepolitik der Bundesregierung.

Herr Borgwardt, ich habe jetzt gleich die Lösung oder zumindest einen Lösungsvorschlag zum Nachsteuern parat.

(Zurufe von Siegfried Borgwardt, CDU, und von Lars-Jörn Zimmer, CDU)

Der Vorschlag ist, dass zunächst unser Wirtschaftsminister und auch unser Ministerpräsident sich in Berlin für eine starke Windenergiebranche einsetzen müssen. Unsere Energieministerin Frau Dalbert hat das bei der letzten EEG-Novelle im Jahr 2006 getan. Das Allermindeste wäre, jetzt die Sonderausschreibungen mit 4 GW für Solar- und Windenergie durchzusetzen, wie es im Koalitionsvertrag auf der Bundesebene beschlossen worden ist.

(Zustimmung von Ministerin Prof. Dr. Claudia Dalbert)

Das ist das Erste. Bisher gibt es leider nur vage Ankündigungen, dass das im Herbst gemacht werden soll. Dieser Zeitplan ist aber ein Witz. Es muss jetzt schnell etwas passieren.

Nächster Vorschlag: Der Ausbaudeckel von derzeit 2 800 MW pro Jahr für Deutschland muss massiv angehoben oder gänzlich aufgehoben werden. Das Beste für Sachsen-Anhalt wäre, vom bremsenden Ausschreibungsmodell zur Einspeisevergütung ohne Ausbaudeckel zurückzukehren. Das würde dem Windmarkt wieder mehr Dynamik geben. Denn mit dieser Programmatik würden in Sachsen-Anhalt mehr Arbeitsplätze entstehen, anstatt abgebaut zu werden.

In Sachsen-Anhalt brauchen wir zudem Klarheit für einen konfliktarmen Windenergieausbau im Spannungsfeld zum Naturschutz. Die regionalen Entwicklungspläne müssen ausreichend Fläche zur Windenergienutzung ausweisen, damit sie in Kraft gesetzt werden können und nicht mehr beklagt werden. Der Leitfaden Windenergie sollte Kompass für diese Ausweisungen sein.

Mit allen diesen politischen Instrumenten wäre die Windenergie zukunftsfähig zu gestalten und wären grüne Jobs zu erhalten und auszubauen. Wenn sich die Bundespolitik zu diesem Nachsteuern bekennen würde, dann würden Massentlassungen sicherlich weitaus leichter aus dem Weg geräumt werden können.

Ich möchte mit einem Appell an den Landtag und die Landesregierung enden: Wir sollten geschlossen für den Windenergiestandort Sachsen-Anhalt streiten - gegenüber dem Bund und gegenüber dem Unternehmen. Schließlich hat Sachsen-Anhalt, bezogen auf die Einwohnerzahl, die meisten Jobs in den erneuerbaren Energien. Im Jahr 2017 waren es 23 000 Arbeitsplätze, davon 13 000 in der Windenergiebranche. Es ist also eine energie- und wirtschaftspolitische Aufgabe, diese Branche im Land zu halten und den von der Entlassung bedrohten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine echte Perspektive zu geben. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Frederking. Es gibt eine Frage.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Ja!)

Möchten Sie diese beantworten?

(Siegfried Borgwardt, CDU: Danke, Frau Präsidentin!)

- Herr Borgwardt, ich habe Ihnen noch gar nicht das Wort erteilt. Aber jetzt haben Sie das Wort.

(Heiterkeit bei der CDU)

Siegfried Borgwardt (CDU):

Danke. - Bei all den Punkten, die das Unternehmen und die Mitarbeiter betreffen, haben wir überhaupt keinen Dissens. Der Dissens entsteht, wenn Sie Ideologie ins Spiel bringen, Frau Frederking.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage Ihnen hier eines: Die Landesregierung, auch Ihre Ministerin, hat das mit großer Verantwortung gemacht, keine Frage, auch in den Jahren davor. Denn ansonsten wären die Fördermittel, die nämlich über das Land gelaufen sind, gar nicht ausgereicht worden. Das ist gar nicht das Thema.

Das Thema ist, dass Sie jetzt verlangen, weitere Mittel zu geben, die aber das Grundübel dieser Firma nicht bekämpfen. Die Mittel haben nur Mitnahmeeffekte gehabt, aber sie haben nicht den Strukturwandel gestaltet.

Das ist keine Lösung, das ist ein Sterben auf Raten. Das ist ein riesiges Problem, was Sie den Leuten dort oben erzählen. Dahin kann es nicht gehen. Es muss ein Strukturwandel vorgenommen werden.

Ich frage Sie gar nicht - das wäre möglicherweise ironisch -, ob Sie dieselben Mittel auch für die Kohle wollten. Denn dort - das will ich nur einmal sagen - haben wir noch mehr Arbeitsplätze als jetzt bei Enercon. Aber diese Frage stelle ich nicht.

Ich möchte einfach auf den Gedanken hinweisen: Wir helfen den Menschen, indem wir solidarisch sind - deswegen haben wir auch einen Brief an den Betriebsrat der Kollegen unterstützt -, aber wir können ihnen nicht erzählen: Die Politik in Berlin ist schuld; die müsste nur mehr Geld in das System pumpen, dann bleibt alles, wie es ist. Das ist falsch.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Borgwardt. - Frau Frederking, Sie haben noch einmal das Wort.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Herr Borgwardt, ich habe nicht von „nur mehr Geld“ gesprochen.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Das war Ihr Lösungsantrag!)

Ich habe vorgetragen, dass energiepolitisch und wirtschaftspolitisch auch auf der Bundesebene nachgesteuert werden muss. Denn dieses Ausschreibungsmodell mit dem festen Ausbaudeckel, der eine Begrenzung vorsieht - in Deutschland

können nicht mehr als 2 800 MW pro Jahr zugebaut werden -, bremst den Ausbau. Das bremst natürlich auch die Nachfrage und dann können die Auftragsbücher im Inland nicht mehr gefüllt sein. Deshalb muss an dieser Stelle auf der Bundesebene nachgesteuert werden.

Darüber hinaus habe ich klargemacht, dass man für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der WEC Turmbau GmbH jetzt Lösungen finden muss, und zwar schnell.

(Ulrich Thomas, CDU: Welche denn?)

- Ich habe sie ja aufgezählt, zum Beispiel Transforgesellschaften, zum Beispiel Arbeit in Tochterunternehmen. Enercon ist die Muttergesellschaft und die WEC Turmbau GmbH ist ja eine Tochtergesellschaft. Wir sehen die Muttergesellschaft, die Enercon GmbH, in der Verantwortung, sich um die Fortführung der Arbeitsverhältnisse für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu kümmern. Wir wollen, dass Enercon an den Verhandlungstisch kommt.

(Ulrich Thomas, CDU: Das wollen wir auch! Das wollen alle! - Siegfried Borgwardt, CDU: Das wollen wir auch! Darum geht es doch!)

- Sehen Sie, diese Lösung habe ich aufgezeigt.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Frederking. Es gibt keine weiteren Fragen. - Wir kommen nunmehr zu dem letzten Redner. Das ist der Abg. Herr Steppuhn von der SPD-Fraktion. Sie haben das Wort. Bitte.

Andreas Steppuhn (SPD):

Danke schön. - Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin immer gegen Legendenbildung. Herr Rausch, lassen Sie mich deshalb in Richtung der AfD sagen: Wenn bei dem genannten Unternehmen in Sachsen Arbeitsplätze gerettet worden sind, dann ist das von den Beschäftigten, von der IG Metall und von den Betriebsräten dort erkämpft worden, und nicht durch Ängste vor der AfD.

(Zustimmung bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Ich bekomme Angst vor der AfD, wenn ich von den unsäglichen Vorkommnissen in Chemnitz höre.

(Oh! bei der AfD - André Poggenburg, AfD: Er meint den Mord! - Weitere Zurufe von der AfD)

Wenn Menschen ihre Arbeitsplätze verlieren sollen, geht es immer auch um Existenzen. Oft bedroht die zu erwartende Arbeitslosigkeit auch ganze Familien und berechtigte Zukunftssorgen

machen sich breit. In einer solchen Situation erhofft man sich Hilfe und Unterstützung. Dies gilt - das ist gesagt worden - auch für die 132 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der WEC Turmbau GmbH, eines Magdeburger Zulieferers für den Windradhersteller Enercon, aber auch für die konzernweit 835 von Entlassung bedrohten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern insgesamt.

Deshalb ist es mir wichtig, hier zunächst die Solidarität meiner Fraktion mit all den Kolleginnen und Kollegen zum Ausdruck zu bringen, die um ihre Arbeitsplätze bangen. Eine Delegation ist heute im Landtag zu Gast.

Die IG Metall steht ihnen zur Seite und mahnt zu Recht die soziale Verantwortung des Mutterkonzerns Enercon an, wie wir wissen und schon mehrfach gehört haben, bis heute ohne jegliche Resonanz. Selbst die Einladung des Wirtschaftsministers unseres Nachbarlandes Niedersachsen zum Dialog blieb unbeantwortet. Das ist nicht nur unhöflich, dazu kann man nur sagen: Soziale Verantwortung sieht anders aus. Dies wird von uns als Politik auch nicht toleriert.

(Zustimmung bei der SPD)

Deshalb ist es umso verständlicher, dass die Betriebsräte gemeinsam mit ihrer Gewerkschaft diese soziale Verantwortung mit dem notwendigen Nachdruck anmahnen. Der Wirtschaftsminister hat es auch noch einmal deutlich gemacht - das ist, glaube ich, auch das Signal, dass viele heute hier ausgesendet haben -: Das ist nicht das, was wir unter sozialer Verantwortung verstehen. Wir erwarten, dass man in einer Sozialpartnerschaft, in einer sozialen Marktwirtschaft miteinander redet.

Seitens der Politik und auch der Landesregierung kann man Unterstützung leisten. Dazu muss man aber auch wissen, an welcher Stelle man den Hebel ansetzen muss. Das kann zum Beispiel auch bei der Suche nach Ersatzarbeitsplätzen sein.

Mir drängt sich der Verdacht auf, dass Enercon die Firma WEC Turmbau GmbH nur als haus-eigenes Subunternehmen betrachtet. Wie anders lässt es sich sonst erklären, dass man die soziale Verantwortung für die dort Beschäftigten so rigoros ablehnt und darauf verweist, es sei ja nur ein kleiner Zulieferer.

Dass die Mutter quasi der Tochter die Preise diktiert hat, erklärt, warum Enercon satte Gewinne eingefahren hat und bei der Tochter aber kaum Geld für einen Sozialplan und einen Interessensausgleich vorhanden ist. Ob man solche Geschäftsmodelle mit Fördermitteln unterstützen sollte, sollte man mit Blick auf die Zukunft sicherlich hinterfragen. Es muss auch der Auftrag an die Landesregierung sein, diesbezüglich Lösungen zu finden.

(Zustimmung von Dr. Katja Pähle, SPD, von Rüdiger Erben, SPD, und von Dorothea Frederking, GRÜNE)

Und, meine Damen und Herren, niemand weiß, ob es bei dem Abbau von rund der Hälfte der Arbeitsplätze bleibt oder ob es nicht noch viel mehr werden. Deshalb ist es gut, dass die IG Metall sich an die Politik gewandt hat, um gemeinsam zu überlegen, was gegebenenfalls getan werden kann, um den Beschäftigten zu helfen.

Daher freue ich mich auch darüber, dass es gleich im Anschluss an die Debatte noch ein gemeinsames Gespräch unserer SPD-Fraktion mit dem Wirtschaftsminister, der IG Metall und den Betriebsräten geben wird. Ich sage aber auch sehr deutlich, dass derartige Gespräche oder auch Debatten, wie wir sie heute führen, nicht die soziale Verantwortung eines Unternehmens wie Enercon ersetzen können.

Es muss die Frage erlaubt sein, ob ein Unternehmen wie Enercon, das sich in der Öffentlichkeit immer wieder damit rühmt, Vorreiter bei der ökologischen Wende und für eine nachhaltige Klimapolitik zu sein, es nötig hat, die soziale Verantwortung vollständig auszublenden und Menschen rücksichtslos auf die Straße zu setzen. Nachhaltigkeit gilt auch für den Umgang mit Menschen. Das sollten sich auch die Verantwortlichen bei Enercon hinter die Ohren schreiben.

Wer sich der sozialen Marktwirtschaft und damit auch der Verantwortung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verschließt, dem muss man das auch deutlich ins Gesicht sagen - das tun wir heute - und der muss das auch zu spüren bekommen.

(Zustimmung von Dr. Katja Pähle, SPD, und von Rüdiger Erben, SPD)

Meine Damen und Herren! Ich habe auch sehr aufmerksam die Rede von Herrn Zimmer von der CDU-Fraktion verfolgt. Natürlich haben die Absatzschwierigkeiten bei Enercon auch etwas mit der ins Stocken geratenen Energiewende zu tun. Das hat auch etwas damit zu tun, dass die im Koalitionsvertrag auf der Bundesebene vereinbarten Maßnahmen zum Ausbau der erneuerbaren Energien noch nicht umgesetzt worden sind. So blockieren zum Beispiel auch die CDU und die CSU die Möglichkeit von Sonderabschreibungen. Auch hapert es noch beim Abbau von Hemmnissen bei den Genehmigungsverfahren. Die Ausschreibungsmodalitäten sind offensichtlich ebenfalls ein Problem.

Es wäre sicherlich hilfreich, wenn die Nutzung der erneuerbaren Energien auch im Wärme- und Mobilitätsbereich stärker in den Blick genommen würde. Deshalb möchte ich die Gelegenheit nutzen, hier etwas Druck aufzubauen. Ich denke, wenn man - über den Klimawandel ist heute

schon gesprochen worden - die erneuerbaren Energien voranbringen will, dann muss man auch die Voraussetzungen dafür schaffen.

(Zustimmung von Cornelia Lüddemann, GRÜNE)

Im Übrigen sind andere europäische Länder beim Ausbau der erneuerbaren Energien schon etwas weiter. Daher hat das, was wir bei Enercon erleben, auch etwas mit der Umweltpolitik in Deutschland zu tun.

Meine Damen und Herren! Soziale und ökologische Belange mit wirtschaftlichen Interessen in Einklang zu bringen, macht eine gute Politik der Nachhaltigkeit und eine funktionierende soziale Marktwirtschaft aus. Wenn Enercon und einige andere dies auch so sehen würden, wären wir in Deutschland in der Tat schon ein wenig weiter.

Noch ein Satz an die Kolleginnen und Kollegen oben auf der Tribüne: Ich sage euch, kämpfen lohnt sich. Glück auf! Viel Erfolg im Kampf um eure Arbeitsplätze! - Danke schön.

(Zustimmung bei der SPD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Steppuhn. Ich habe zwei Fragen gesehen. - Als Erster der Abg. Herr Gallert, danach der Abg. Herr Höppner.

Doch bevor ich Herrn Gallert das Wort erteile, habe ich die ehrenvolle Aufgabe, Damen und Herren der Akademie Überlingen in Wernigerode bei uns im Hohen Hause recht herzlich zu begrüßen. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Herr Gallert, Sie haben jetzt das Wort.

Wulf Gallert (DIE LINKE):

Herr Steppuhn, wir unterhalten uns hier aus Arbeitnehmersicht nicht zum ersten Mal über den Enercon-Konzern. Wir haben uns zum letzten Mal darüber unterhalten - das ist einige Zeit her -, als es einen dicken Fördermittelscheck für Enercon, überbracht durch den Ministerpräsidenten, für eine neu gegründete GmbH gab, die etwas übernommen hat, das eine geschlossene oder fast zu schließende GmbH gerade abgewickelt hat, und zwar um genau diese Fördermittel zu bekommen.

Wir wissen beide, dass das gesamte Firmengeflecht von Enercon in Sachsen-Anhalt von vornherein darauf ausgerichtet gewesen ist, solche sozialen Verantwortungen zu umgehen. Dabei sind von vornherein Gesetzeslücken ausgenutzt worden. Damals war es die Servicegesellschaft, die jeden Abend auf null gestellt worden ist, während die Gewinne nach Belgien verschifft worden sind. Was haben wir als Politik falsch gemacht, das es

ermöglicht, dass skrupellose Konzerne sich in dieser Art und Weise aus ihrer sozialen Verantwortung stehlen können, Herr Steppuhn?

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sie haben das Wort, Herr Steppuhn.

Andreas Steppuhn (SPD):

Herr Kollege Gallert, ich habe am Anfang gesagt, natürlich sind die Möglichkeiten der Politik manchmal begrenzt, gerade wenn wir solche Debatten führen. Aber ich glaube, wir müssen schon dazu kommen, dass wir ernsthaft weiter darüber nachdenken, wie wir die Fördermittelpolitik verbessern können. Wir haben oft genug über die GRW-Richtlinie geredet. Aber wir haben ein Problem mit Unternehmen wie Enercon, die das an vielen Stellen schamlos ausnutzen. Dann kann die Konsequenz am Ende nur sein, dass man irgendwann sagt: Für solche Unternehmenskonstruktionen gibt es gar keine Fördermittel mehr.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Höppner, Sie haben das Wort.

Andreas Höppner (DIE LINKE):

Danke, Frau Präsidentin. - Lieber Kollege Steppuhn, die Debatte zum Thema Enercon, die wir hier führen, ist auch schon im niedersächsischen Landtag geführt worden. Alle dort vertretenen Parteien haben sich mit den Enercon-Beschäftigten solidarisiert und haben ein klares Votum abgegeben - außer die AfD. Der Abgeordnete der AfD hat ganz klar Stellung bezogen gegen Windenergie und gegen die Windindustrie

(Zustimmung von André Poggenburg, AfD)

und hat damit den Beschäftigten letztlich die Solidarität entzogen.

(Robert Farle, AfD: Das ist doch gelogen! Die sind doch selbst hier!)

Wissen Sie das und was sagen Sie dazu? Hier haben wir heute etwas anderes gehört.

(Zuruf von der AfD: Mal zuhören!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Steppuhn, bitte.

Andreas Steppuhn (SPD):

Gut, dass Sie daran erinnern, Herr Kollege Höppner. Der Kollege Rausch hat das Thema gar nicht angesprochen. Aber es ist natürlich schon bewundernswert, dass hier für die Arbeitsplätze gekämpft wird, während uns Herr Farle und auch

andere bei anderer Gelegenheit immer wieder sagen, dass die Klimapolitik in Deutschland auf einem völlig falschen Weg ist. Da passt irgendetwas nicht zusammen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Steppuhn. Es gibt keine - Herr Farle hat sich gemeldet, Entschuldigung.

(Oliver Kirchner, AfD: Hat er! - Zuruf)

- Nein, auf den Zwischenruf darf er nicht reagieren. Er darf sich jetzt nur auf Herrn Steppuhn beziehen. - Bitte, Herr Farle.

Robert Farle (AfD):

Das ist eine Intervention. Herr Steppuhn hat sich auf die Aussage bezogen und hat dabei speziell auch mich angesprochen. Darum sage ich Ihnen noch einmal klipp und klar: Wir kämpfen an der Seite aller arbeitenden Menschen, die ihre Arbeitsplätze verteidigen. Aber wir verschweigen diesen Menschen nicht die Fakten, wenn sie in einem Produktionsbetrieb tätig sind, der verschiedene andere Firmennamen benutzt und damit dem Konzern ermöglicht, die Profite abzuziehen und die Leute dann abzuhängen. Darüber hat mein Kollege gesprochen. Wir haben unsere Solidarität mit den Beschäftigten bei Enercon klar geäußert. Hier ist einfach nur gelogen worden. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Steppuhn (SPD):

Darf ich etwas erwidern?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Steppuhn, Sie dürfen natürlich darauf reagieren.

Andreas Steppuhn (SPD):

Herr Farle, wir haben nur an das erinnert, was die AfD in der Vergangenheit in diesem Hohen Haus für Reden gehalten hat.

(Zuruf von Mario Lehmann, AfD)

In diesen Reden haben Sie sich klar gegen erneuerbare Energien und gegen eine Energiewende ausgesprochen und damit auch gegen die Arbeitsplätze. Das wird man doch wohl sagen dürfen. Daran hat Herr Kollege Höppner zu Recht erinnert.

(Zustimmung bei der SPD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Steppuhn, es gibt noch eine Frage. - Herr Abg. Höppner, bitte.

Andreas Höppner (DIE LINKE):

Dieses Mal mache ich eine Intervention, weil aus der Richtung dort die Behauptung kam, das sei eine Lüge.

(Jens Kolze, CDU: Was wird denn jetzt hier gemacht, Frau Präsidentin?)

Sie können sich das alles anschauen, was hier im Landtag gesagt und gesehen worden ist. Es gibt Fernsehberichte, es gibt Zeitungsberichte. Schauen Sie sich das an!

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Höppner, auch Sie dürfen sich nicht auf die Aussagen, sondern nur auf den Redner hier vorn beziehen.

Andreas Steppuhn (SPD):

Wenn ich darauf auch noch reagieren darf. Ich bin ja angesprochen worden, wenn es sich auf den Redner beziehen sollte.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Ja, Sie dürfen gern darauf reagieren.

Andreas Steppuhn (SPD):

Das, was er jetzt gesagt hat, ist völlig richtig. Ich kann den Kolleginnen und Kollegen von WEC Turmbau und der IG Metall auch nur empfehlen, sich einmal die Protokolle über die Debatten des Landtages anzuschauen, in denen wir über Klimapolitik diskutiert haben.

(André Poggenburg, AfD: Das wäre gut!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Abg. Steppuhn, das hat natürlich gleich noch einen Fragesteller dazu bewogen, sich zu einer Frage zu melden. - Herr Abg. Loth hat sich gemeldet. Auch für Sie gilt, sich bitte nur auf den Redner hier vorn zu beziehen. Bitte.

Hannes Loth (AfD):

Herr Steppuhn sprach von den Problemen, die die Branche in Sachsen-Anhalt dabei hat, weitere Anlagen abzusetzen - und dies aufgrund einer Regelung, nämlich der Deckelung des Ausbaus. Ich frage Sie: Wer hat denn die Deckelung beschlossen? War das die AfD oder waren das SPD und CDU?

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Steppuhn.

Andreas Steppuhn (SPD):

Ich glaube, das ist an dieser Stelle nicht die Debatte.

(Lachen bei der AfD - Zurufe von Hannes Loth, AfD, und Lydia Funke, AfD)

Die Debatte, die Sie in der Vergangenheit hier geführt haben, hätte zur Folge gehabt, dass die Kolleginnen und Kollegen dort oben auf der Tribüne ihren Arbeitsplatz in der Branche nie gehabt hätten.

(Lydia Funke, AfD: So ein Quatsch! - Zuruf von der AfD: Sechs! Setzen!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich sehe keine Wortmeldungen mehr. Damit ist die Aktuelle Debatte ebenfalls beendet. Beschlüsse zur Sache werden gemäß § 36 Abs. 6 GO.LT nicht gefasst. Der Tagesordnungspunkt 9 ist erledigt.

Hier vorn wird jetzt ein kleiner Wechsel vollzogen.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir fahren in unserer Tagesordnung fort. Auf dieser steht der

Tagesordnungspunkt 10

Beratung

Fördermittelvergabe an den Verein „Miteinander e. V.“ und angeschlossene Projekte im Rahmen der sogenannten „Demokratieförderung“ des Landes Sachsen-Anhalt

Große Anfrage Fraktion AfD - **Drs. 7/2247**

Antwort Landesregierung - **Drs. 7/2791**

Lassen Sie mich zu Beginn der Debatte kurz einige wenige Worte sagen. Als bekannt wurde, dass ich die Leitung für diesen Tagesordnungspunkt übernehmen werde, haben mir mehrere Menschen aus unserem Plenum heute mit etwas verkniffenem Gesichtsausdruck viel Glück gewünscht.

Ich möchte dies zum Anlass nehmen, Sie darum zu bitten, dass wir uns bei einer solch hoch emotionalen Debatte, die möglicherweise noch dadurch ein bisschen erschwert wird, dass eine Reihe unserer Mitglieder des Parlaments jetzt zusätzlich auch noch Hunger hat, unserer Verantwortung bewusst sind. Sich der Verantwortung bewusst zu sein heißt, vorsichtig mit Begriffen und Stimmungen umzugehen.

(Zustimmung von Guido Heuer, CDU)

Ob Chemnitz, Wismar oder Mattstedt - jeden Tag erleben wir, wie dünn die Decke der Zivilisation in unserer Gesellschaft inzwischen geworden ist. Lassen Sie uns gemeinsam dazu beitragen, hier ein Zeichen von zivilisierter politischer Auseinan-

dersetzung zu setzen. Das ist meine Bitte. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN, bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Für die Aussprache über die Große Anfrage wurde die Debattenstruktur D, also eine 45-Minuten-Debatte vereinbart. Die Reihenfolge der Fraktionen und ihre Redezeiten sind wie folgt: CDU zwölf Minuten, DIE LINKE sechs Minuten, GRÜNE zwei Minuten, SPD vier Minuten und AfD zehn Minuten.

Gemäß § 43 Abs. 6 GO.LT erteile ich zuerst der Fraktion der AfD das Wort. Für die AfD-Fraktion spricht der Abg. Herr Siegmund. Herr Siegmund, Sie haben das Wort.

(Zustimmung bei der AfD)

Ulrich Siegmund (AfD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Liebe Kollegen! Liebe Bürger, ja, ich weiß, viele von Ihnen gehen jeden Tag hart arbeiten und bezahlen dafür auch noch einen beträchtlichen Anteil an Steuern. Heute zeige ich Ihnen wieder einmal ein fürchterliches Beispiel dafür, wie dieses hart erarbeitete Steuergeld von verantwortungslosen rot-rot-grünen Politikern eingesetzt wird, um linksextreme Strukturen zu unterstützen, politischen Mitbewerbern fürstliche Stundenlöhne zu ermöglichen und einen rot-grünen Klüngel auskömmlich zu finanzieren.

Liebe Bürger, all diese Informationen sind im Prinzip nur möglich geworden, weil es seit Jahrzehnten zum ersten Mal in diesem Parlament wieder eine Opposition gibt, die Zahlen und Prozesse hinterfragt. Alle anderen haben dies über Jahrzehnte hinweg schweigend hingenommen.

(Lebhafter Beifall bei der AfD)

Im Jahr 1999 wurde in Sachsen-Anhalt der Verein „Miteinander e. V.“ gegründet - offiziell um sich gegen Rechtsextremismus zu engagieren. Dass innerhalb dieses Vereins nicht alles rundläuft, war eine Vermutung unsererseits. Wir haben eine Große Anfrage zu diesem Thema vorgelegt. Es war eine der größten parlamentarischen Initiativen in diesem Haus mit 236 Einzelanfragen. Unsere Vermutung hat sich entsprechend bestätigt.

Leider - das muss ich in diesem Zusammenhang sagen - wurde bei der Beantwortung viel geeiert. In einem Fall wurde sogar nachweislich nicht die Wahrheit gesagt.

Heute möchte ich Ihnen die pikantesten Erkenntnisse dieser Großen Anfrage und auch weitergehender Recherchen präsentieren. Liebe Konservative, liebe Mitbürger, liebe Steuerzahler, halten Sie sich dabei bitte fest.

Der Verein „Miteinander e. V.“ wird zu knapp 95 % aus Steuermitteln finanziert. Die Frage, die sich unserer Meinung nach dazu stellt, ist diese: Kann man bei so einem Verein überhaupt noch von einem Verein der Zivilgesellschaft sprechen oder ist es bereits ein staatlicher Verein?

(Beifall bei der AfD)

Neben Geld vom Bund, vom Land und von den Kommunen erwirtschaftet der Verein auch einen Bruchteil seiner Einnahmen durch Mitgliedsbeiträge. In diesem Zusammenhang ist aber zu erwähnen, dass unter den Förderern beispielsweise auch das US-Generalkonsulat Leipzig auftaucht.

Liebe Bürger, fragen Sie sich doch einmal, welches Interesse ein US-Konsulat haben sollte, einen solchen Verein zu fördern.

80 % der Gelder, das heißt 4 € von 5 €, des Vereins fließen in den Posten Personalausgaben. Bei diesem Punkt wird es, wenn man ein bisschen tiefer einsteigt - das machen wir jetzt einmal zusammen -, richtig gruselig.

Exemplarisch möchte ich für Sie einmal eine Stelle herausgreifen. Der Verein „Miteinander e. V.“ teilt sich in verschiedene Fachbereiche oder thematische Bereiche auf. Einer davon ist der Bereich „Eltern und Rechtsextremismus“. Das ist ein Zusammenhang, den man bei deren Denkweise logisch schlussfolgern muss. Eltern und Rechtsextremismus - das passt zusammen. Dafür ist eine Halbtagsstelle verplant. Ein Mitarbeiter arbeitet darauf mit 25 Wochenstunden und kassiert dafür laut den Informationen zu den Personalausgaben in der Antwort auf die Große Anfrage ein fürstliches Salär von 46 000 €. Das sind knapp 37 € Stundenlohn.

(Lachen bei der AfD)

Kann man mal mitnehmen.

„Eltern und Rechtsextremismus“ ist übrigens ein Partnerprojekt mit der AWO. Hierzu habe ich eine Frage an alle Bürger da draußen, die Bekannte oder Verwandte in der Pflege haben, seien es zu Pflegenden oder Mitarbeiter in der Pflege. Wo setzt sich denn ein Träger wie die AWO, der wirklich sehr viele Einrichtungen trägt, für solche Stundenlöhne in der Belegschaft ein? Das möchte gern einmal wissen.

(Beifall bei der AfD)

Im Bereich „Eltern und Rechtsextremismus“ ist das kein Problem. Dort wird das durchgewunken. Wirklich ganz, ganz gruselig!

Noch spannender wird es allerdings, wenn man sich den Bereich „Eltern und Rechtsextremismus“ noch genauer ansieht. Für den Bereich ist nämlich nach unseren Recherchen ein Mitarbeiter zugeordnet, der anscheinend mit 25 Stunden auf die-

ser Stelle arbeitet. Dabei handelt es sich - liebe CDU, jetzt hören Sie bitte einmal zu - um Herrn Mirko W. Herr Mirko W. war für die GRÜNEN auf dem Listenplatz 2 Direktkandidat in der Altmark und er arbeitet in der Außenstelle von Miteinander e. V. in Salzwedel. Dort arbeiten einige wenige Mitarbeiter des Vereines. Zufällig arbeiten dort auch Frau Cathleen H., die Mitglied im Landesvorstand der GRÜNEN ist, und Herr Jakob B., der Ortsgruppenvorsitzender der SPD im Ortsverband Stendal ist.

Wenn wir nur einmal mit Blick auf diese drei Stellen die Wahrscheinlichkeit betrachten, ob man in der Altmark überhaupt noch jemanden findet, der ein Parteibuch hat, dann stellen wir uns die Frage, welches der Grund für die Einstellung in diesen Verein ist. Ist es die fachliche Kompetenz oder ist es das Parteibuch oder der Parteiklüngel? - Das haben wir hiermit herausgefunden.

(Beifall bei der AfD - Daniel Roi, AfD: Zufall!)

Meine Frage an Sie, liebe CDU, ist, wie lange Sie noch einen Verein füttern möchten, der Ihre politischen Wettbewerber durchschleift. Das muss man hierbei einmal ganz klar selbstkritisch hinterfragen.

Ein weiterer Grund - als ob das noch nicht genug wäre -, die Förderung dieses Vereines unverzüglich einzustellen, ist die völlige Abkehr vom eigentlichen Gründungsgrund, dem Kampf gegen Rechtsextremismus. Das möchte ich noch einmal betonen. Dieser Kampf wurde mittlerweile erweitert zu einem Kampf gegen alles Konservative und auch gegen zwei in diesem Parlament demokratisch vertretene Fraktionen.

Es werden Personen in ihrem privaten Umfeld kontrolliert und überwacht. Es werden Daten gesammelt und aufbereitet. Sie, liebe CDU, lassen sich von Mitgliedern dieses Vereines öffentlich in einer Reihe mit Neonazis und Klerikalfaschisten nennen. Mein Kollege Herr Schmidt hat das recherchiert. Nachdem wir das zufällig hier benannt haben, verschwindet das natürlich wieder aus dem Netz. Hinterfragen Sie einmal, wen Sie eigentlich füttern.

(Matthias Büttner, AfD: Stasi-Methoden!)

- Richtig! Stasi-Methoden.

Ich habe dann noch einen richtigen Kracher gefunden - das war dermaßen gruselig -, als ich recherchiert habe, was da eigentlich los war. Mir persönlich sagte das nämlich gar nichts. Vor einigen Jahren beispielsweise führte der Verein eine dem Bildungsministerium zugeordnete Schulung zum Thema „Critical Whiteness“ durch. Was ist „Critical Whiteness“, habe ich mich gefragt. - Nachdem ich recherchiert hatte, stellte ich fest, dass „Critical Whiteness“ aus den USA kommt

und eine „kritische Weißseinsforschung“ ist, welche lehrt, dass man hellhäutigen Menschen beibringen muss, dass sie sich von Natur aus kritisch mit ihrer eigenen Hautfarbe auseinanderzusetzen haben.

(André Poggenburg, AfD: Rassismus!)

- Das ist Rassismus und das ist Förderanspruch dieses Vereins. Hinterfragen Sie das!

(Lebhafter Beifall bei der AfD - Zuruf von der AfD: Pfui!)

Die interessanteste Erkenntnis aus dieser Großen Anfrage ist für uns die Tatsache, dass die Förderung bzw. Anerkennung der Gemeinnützigkeit abzuerkennen ist, wenn eine begründete Unterstützung von oder eine Kooperation mit linksextremen Gruppen vorliegt.

(Olaf Meister, GRÜNE: Grüne! - Zuruf von der Regierungsbank)

Liebe Ministerien, das ist aus Ihrer Beantwortung der Großen Anfrage, Frage 21. Recherchieren Sie es!

Ich möchte Ihnen hier und jetzt drei konkrete Beispiele nennen, mit denen wir belegen können, dass es eine Kooperation zwischen diesem Verein und linksextremen Gruppen gibt. Damit ist übrigens - gemäß der Antwort auf Frage 21 - die Voraussetzung für die Aberkennung erfüllt. Die einzig logische Schlussfolgerung wäre, diesem Verein unverzüglich den Hahn abzudrehen.

(Lebhafter Beifall bei der AfD - Zuruf von der AfD: Jawohl!)

Beispiel 1 ist der Newsletter 51. Jeder kann es nachlesen. In diesem wird die Antifa Burg für ihre Arbeit gelobt und ihr wird für ihre gute Arbeit fürstlich gedankt. In einer Antwort auf eine unserer Kleinen Anfragen wird die Antifa Burg vom Verfassungsschutz allerdings offiziell als linksextrem eingestuft. Das heißt mit den Geldern des Vereins wird eine verbesserte Reputation und Reichweite dieser Antifa-Organisation erreicht.

Beispiel 2. Auf der Internetseite des Innenministeriums, lieber Herr Stahlknecht, steht - ich zitiere -: Die Antifa zielt auf die Abschaffung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ab. Auf der Homepage des Vereins „Miteinander e. V.“ steht - ich zitiere -: Anstatt Antifa-Gruppen und andere zu diffamieren und zu kriminalisieren, müssen sie Anerkennung, Unterstützung und Ermutigung erfahren. - Was für ein konträres Beispiel!

(Heiterkeit bei der AfD - Oh! bei der AfD - Zuruf von der AfD: Pfui!)

Beispiel 3 - und das ist das beste -: „Kim Hubert“ in Salzwedel. Zufällig ist es in demselben Ort wie die Außenstelle des Vereins „Miteinander e. V.“. Das passt natürlich, so hat man kurze Wege. „Kim

Hubert“ - wer es noch nicht kennt - ist ein Autonomes Zentrum. Auf dieses Autonome Zentrum gab es vor einigen Monaten vermeintlich einen Anschlag von Neonazis. Zu diesem vermeintlichen Anschlag ist unserer Kenntnis nach bis heute keine Anzeige seitens „Kim Hubert“ bei der Polizei eingetroffen.

Wir hinterfragen hier ganz klar: Gab es diesen Angriff wirklich oder war das nur eine Vortäuschung, um genau das zu erreichen, was jetzt folgt? Die mobile Opferberatung, ein Teilbereich des Vereins „Miteinander e. V.“, ruft nämlich auf seiner Homepage zu Spenden für „Kim Hubert“ auf und hat dafür sogar noch einen Opferfonds eingerichtet. Das heißt, über diesen Opferfonds werden Spenden steuerlich subventioniert. Es wird dazu aufgerufen, diesem Autonomen Zentrum „Kim Hubert“ solidarisch zur Seite zu stehen. Es gibt also auch hier wieder eine mit Steuermitteln finanzierte Reichweite.

Ich möchte aber - damit diese Sachen nicht nur im Raum stehen - noch beweisen, warum „Kim Hubert“ linksextremistisch ist. Wer es nachlesen möchte, der kann dies in meiner Kleinen Anfrage 7/1398 zu „Kim Hubert“ tun. „Kim Hubert“ wird als Kontaktzentrum von Rote Hilfe e. V. eingestuft.

(Oh! bei der CDU - Tobias Rausch, AfD: Das kann doch nicht wahr sein!)

Rote Hilfe e. V. wird übrigens von Herrn Stahlknecht als linksextrem eingestuft. „Kim Hubert“ ist laut Verfassungsschutz Anlauf- und Kontaktstelle für Linksextreme. Die linksextremen Aktionen auf dem G-20-Gipfel wurden nachweislich dort mit vorbereitet. Im „Kim Hubert“ finden regelmäßig Veranstaltungen von sogenannten Antifa-Cafés statt. „Kim Hubert“ selbst wird durch den Verfassungsschutz überwacht, womit schwarz auf weiß der Beweis für eine Kooperation mit und eine Unterstützung von linksextremen Strukturen vorliegt. Ihre Anfrage ist hiermit beantwortet.

(Beifall bei der AfD)

Liebe CDU - Herr Schröder hat es gesagt und darüber wurde umfassend in der Presse berichtet -, Sie setzen sich für die Abschaffung des Vereins ein. Das ist löblich. Bitte lassen Sie Ihren Worten jetzt auch Taten folgen. Ich hoffe, dass ich Ihnen heute genug Beweise liefern konnte.

Sie werden jetzt alle über die Fraktionen hinweg eine vorbereitete Rede zu diesem Thema haben. Diese höre ich mir gern an, aber ich bitte Sie herzlich darum, auch auf meine Beispiele einzugehen. Das war jetzt schwarz auf weiß genau der Beweis, den es hier zu liefern galt. Das haben wir gemacht.

Abschließend möchte ich sagen, dass sich jeder selbst ein Bild machen soll von den Zahlen, von den Löhnen, von der Unterstützung linksextremer

Strukturen. Fakt ist eines: Wer hier noch klar denken kann, der kommt an der Schlussfolgerung nicht vorbei, dass man dieser linksextremen Struktur finanziell den Stecker ziehen muss. - Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Es gibt eine Frage von Frau Lüddemann. - Frau Lüddemann, Sie haben das Wort.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Ich weiß nicht, ob es eine Frage ist. Ich würde nur gern feststellen - das habe ich aus Ihrer Rede herausgehört -, dass Sie sich gegen die Organisationsfreiheit von Parteien und die freie Berufswahl von Personen ausgesprochen haben. Das würde ich hier gern offiziell festhalten, dann kann jeder seine eigenen Schlüsse daraus ziehen.

(Tobias Rausch, AfD: Darauf musst du nichts geben! Super Statement!)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Wenn Sie wollen, dann können Sie darauf reagieren.

Ulrich Siegmund (AfD):

Wenn das alles war, was Sie dazu zu sagen haben, dann hat sich alles bestätigt.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Dann können wir in der Debatte fortfahren. Für die Landesregierung hat die Ministerin Frau Grimm-Benne das Wort.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Nervöse Zeiten verlangen Besonnenheit. Alle Punkte, die von dem Einbringer des Antrages der AfD vorgebracht worden sind, sind bereits auf ihrer Pressekonferenz dargestellt worden. Und weil nervöse Zeiten Besonnenheit verlangen, waren auch wir bei dieser Pressekonferenz zugegen. Das wissen Sie.

Es würde jetzt zu weit führen, auf alles einzugehen. Aber alle anderen politisch Aktiven haben sich, insbesondere bei den Behauptungen der AfD-Landtagsfraktion, immer darauf zurückgezogen, dass man sich einem sogenannten Faktencheck unterzieht. Ich kann an dieser Stelle sagen - das kann ich auch schriftlich nachreichen -, dass unser Faktencheck ergeben hat, dass Ihre sogenannte Beweisführung ins Nirwana gehen würde.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Was Sie hier für einen Popanz aufgeführt haben, entspricht in keiner Form dem, was wir in unserer Antwort gemacht haben. Aber ich selbst habe mir auferlegt, hier jetzt besonnen zu sprechen.

Die Lektüre der Antworten auf 236 Fragen zu der Fördermittelvergabe erfordert Zeit. Ich würde allen Kolleginnen und Kollegen empfehlen, sich diese Antworten anzuschauen, und zwar im Bewusstsein über unsere Verantwortung als Demokratinnen und Demokraten. Denn aus den Antworten sprechen viele Gründe, warum wir die Verantwortung für eine demokratische Debattenkultur und ein solidarisches Zusammenleben ernst nehmen müssen.

Der Verein „Miteinander - Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e. V.“ hat sich im Jahr 1999 als Reaktion auf den Einzug der DVU in den Landtag gegründet.

Ich möchte insbesondere die Magdeburger Kolleginnen und Kollegen daran erinnern, was wir hier für Schlachten geführt haben: Demonstrationen Linksautonomer und Rechter und dazwischen die aufrechten Bürgerinnen und Bürger der Stadt, die versucht haben, aus unserem Magdeburg nicht etwas zu machen, was bundesweit und weltweit ausstrahlt, sondern die zeigen wollten, dass wir ein friedvolles, tolerantes und friedliches Magdeburg sind. Daran waren Sie alle beteiligt.

(Zustimmung bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Das war die Atmosphäre und das war der Impuls zur Gründung des Vereins im Jahre 1998. Dies ging von Engagierten aus Initiativen, Gewerkschaften und Kirchen aus. Als landesweit anerkannter Träger der Jugendhilfe und als Träger von Bildungs- und Beratungsprojekten unterstützt er das Engagement für eine offene, plurale und demokratische Gesellschaft und gerade auch gegen Rassismus, Antisemitismus und alle Formen von Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Zuruf von Mario Lehmann, AfD)

Meine Damen und Herren Abgeordneten! Lassen Sie mich gleich zu Anfang sagen: Dieses demokratische Engagement verdient Anerkennung.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Nicht ohne Grund haben wir im Koalitionsvertrag verankert, dass - ich zitiere verkürzt -

„populistische Parteien und Gruppierungen [...] durch antidemokratische Systemkritik, einfache Scheinlösungen und Hetze das Vertrauen in die parlamentarische Demokratie untergraben [und] das friedliche Zusammenleben in unserer Gesellschaft [gefährden]. Solchen Parteien und Gruppen, die das Klima in unserem Land vergiften und Menschen gegeneinander ausspielen, gilt [...] unser Widerstand.“

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Dies ist ein Zitat aus dem Koalitionsvertrag von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Und ich zitiere weiter:

„Die Aufklärung über das Wesen dieser Gruppierungen und die Auseinandersetzung mit den von ihnen ausgehenden Gefahren erweitern das Aufgabenfeld für politische Bildung und für das Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Welttoffenheit.“

Meine Damen und Herren Abgeordneten! Diese Zeilen bringen den Konsens, der die regierungstragenden Fraktionen zu einer Koalition der Anständigen zusammenschweißt, auf den Punkt. Äußerungen, die diesen gemeinsam getroffenen Konsens infrage stellen, spielen mit der uns angetragenen Verantwortung und zeigen die Notwendigkeit, sich noch einmal die Antworten der Landesregierung auf die Große Anfrage zu dem Verein „Miteinander e. V.“ ins Gedächtnis zu rufen.

Dieser Konsens trägt. Es ist aber auch zu konstatieren, dass sich Einzelne persönlich diskreditiert fühlen, weil sie sich mit ihrem Engagement in einer Veranstaltungsankündigung eines externen Referenten, wie auf der Miteinander-Homepage zu lesen war, in die Nähe des nationalistischen Spektrums gerückt sahen.

Dies hat zu verständlichen Verletzungen geführt. Miteinander e. V. hat sich bereits schriftlich entschuldigt und das Engagement christlicher Demokraten für ein weltoffenes und vielfältiges Sachsen-Anhalt ausdrücklich gewürdigt. Einige haben es noch nicht gehört, aber ich weiß, dass der Verein Miteinander seine Entschuldigung erneuert hat.

(Daniel Roi, AfD: Sie wollten ihre Arbeitsplätze nicht gefährden!)

Ich finde es gut, dass die CDU mit ihrem Vorstand und dem Vorstand des Vereins Miteinander in den nächsten Tagen in einen Dialog eintreten wird.

(Zustimmung bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren Abgeordneten! Auf 108 Seiten hat die Landesregierung die gemeinsamen

Antworten auf die 236 Fragen ausgeführt. Für ihre Unterstützung und ihre Zuarbeiten danke ich an dieser Stelle den Kolleginnen und Kollegen der Ressorts, allen voran dem Innen-, dem Justiz- und dem Bildungsministerium.

Aus den Antworten geht hervor: Ja, Miteinander e. V. ist mit seinen Bildungs- und Beratungsprojekten der größte Träger im Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus, der durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und durch Landesmittel gefördert wird.

Im Einklang mit dem Koalitionsvertrag unterstützen wir mit dem Beratungsnetzwerk unter anderem Kirchen, Schulen, Bündnisse, Initiativen und Kommunen im Umgang mit rassistischen und rechtsextremistischen Mobilisierungen. Beispielfähig darf an dieser Stelle auf die erfolgreiche Bündnis- und Beratungsarbeit im 400-Seelen-Dorf Nienhagen verwiesen werden, wo einst mehr als 1 000 neonazistische Konzertbesucher einfielen. Diesem Spuk konnte dort ein Ende gesetzt werden.

Auch in der Folge des Brandanschlags auf ein geplantes Asylbewerberheim in Tröglitz war Miteinander e. V. mit vor Ort, um dem Landkreis und Landrat Götz Ulrich beratend zur Seite zu stehen.

Zudem finden Betroffene von rechter Gewalt im Beratungsnetzwerk Hilfestellung bei der Bewältigung der Folgen von Gewalttaten. Diese professionellen, effektiven und auch vom Bund positiv evaluierten Beratungsstrukturen werden im Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschusses als unverzichtbar beschrieben.

Neben diesen Strukturprojekten setzt Miteinander e. V. innovative Modellprojekte um. Diese zeitlich begrenzten Modellprojekte liefern wichtige Beiträge für die Weiterentwicklung der pädagogischen Praxis auf dem Feld der Radikalisierungsprävention, beispielsweise in Haftanstalten, in denen Miteinander e. V. gemeinsam mit dem Landesverband für Kriminalprävention und Resozialisierung Sachsen-Anhalt e. V. aktiv ist.

Meine Damen und Herren Abgeordneten! Sichten wir mit der gebotenen Besonnenheit die gemeinsame Antwort der Landesregierung, können wir drei zentrale Punkte besonders hervorheben:

Erstens. Als Landesregierung stehen wir zu den qualitativ hochwertigen Projekten im Bereich der politischen Bildung und der wichtigen Beratungsarbeit für ein demokratisches und diskriminierungsfreies Zusammenleben, gerade in diesen Zeiten, in denen Hass und Hetze auf der Straße sind.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Zweitens. Seit Beginn der Tätigkeit im Jahr 1998 hat sich der Verein mit einer landesweit anerkannten

ten Fachexpertise im Feld der Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus profiliert. Dies ist kein Ausdruck von mangelnder Neutralität, sondern entspricht den Förderrichtlinien von Bund und Land.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Regelmäßige Prüfungen zum sinnvollen und korrekten Mitteleinsatz ergaben im Übrigen keinerlei Beanstandungen. Diese Schwerpunktsetzung stellt nicht den Blick auf die Notwendigkeit, sich mit religiös begründetem Extremismus und links-extremistischer Gewalt auseinanderzusetzen.

Dafür möchte ich an dieser Stelle auf das Projekt „Salam Sachsen-Anhalt“ - nämlich gegen religiös begründeten Extremismus - sowie auf die Fördermöglichkeiten des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit unter anderem gegen Linksextremismus verweisen.

Dem Verein nun vorzuwerfen, dass er die durch die Leitlinien definierten Tätigkeitsfelder nicht überschreitet und sich nicht um linke Militanz kümmert, verkennt unsere Bedarfslage, die Fördergrundlagen und die spezifische Fachexpertise.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Eine Suchtberatungsstelle berät doch ab morgen auch nicht in Steuerfragen.

(Heiterkeit bei der LINKEN - Zustimmung bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Drittens. Sowohl aus der Vorbemerkung als auch aus der Beantwortung der Großen Anfrage geht klar hervor: Die Landesregierung sieht keine Anhaltspunkte, die den Verein in die Nähe von extremistischen Erscheinungsformen und Personengruppen rücken.

(Daniel Roi, AfD: Das überrascht uns nicht!)

An dieser Einschätzung hat sich nichts geändert.

(Zustimmung bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Zuruf von André Poggenburg, AfD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Große Anfrage der AfD stellt Fragen zu Miteinander e. V. Das Kernanliegen der AfD ist daraus für mich jedenfalls klar erkennbar: Sie will das demokratische Wertesystem nach rechts außen rücken.

(Lydia Funke, AfD, lacht)

Wenn Kritiker, die die Vernetzung mit der Identitären Bewegung analysieren, schlussfolgern, sie sollten eingeschüchtert und in ihrem Engagement gebremst werden, kann ich das verstehen, zumal die AfD nicht nur auf Miteinander e. V. zielt, sondern bereits angekündigt hat, auch die Arbeit weiterer Vereine und Verbände sowie die Ge-

werkschaften vergleichbar in den Fokus zu nehmen.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren Abgeordneten! Lassen Sie uns den im Koalitionsvertrag eingeschlagenen Kurs im Blick behalten und den Einsatz für eine stabile Demokratie und für ein solidarisches Zusammenleben in unserem Land mit geeinter Kraft fortführen! - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Frau Ministerin, es gibt eine Reihe von Fragen. Dazu gehört auch die von Herrn Siegmund. Aber er ist nicht der Erste gewesen. Zuerst stellt Frau Quade eine Nachfrage.

Henriette Quade (DIE LINKE):

Frau Ministerin, ich will Ihnen im Namen meiner Fraktion sehr herzlich für Ihre Rede danken.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich will Ihnen, weil Sie sich in Ihrer Rede mit der Frage der Fördermittelvergabe und der Förderrichtlinien und auch damit beschäftigt haben, wie diese eigentlich zustande kommen und worauf sie beruhen, die folgende Fragen stellen, um das noch einmal ganz klar zu haben: Wäre es ein Verstoß gegen Förderrichtlinien, wenn ein Empfänger von Fördermitteln, die er für einen bestimmten Zweck erhält, diese für einen anderen Zweck einsetzen würde? Und wäre dies der Fall, um es konkret zu machen, wenn ein Verein, der per Satzung und Förderbescheid mit der Arbeit gegen Rechtsextremismus beauftragt ist und dafür Förderungen erhält, sich entscheiden würde, Projekte gegen Linksextremismus durchzuführen?

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Ja, natürlich. Es wäre ein Verstoß gegen die Zuwendungsrichtlinien. Er würde dann auch nicht mehr aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ gefördert werden.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Jetzt ist Herr Siegmund an der Reihe.

Ulrich Siegmund (AfD):

Vielen Dank.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Warten Sie einmal kurz, Herr Siegmund. Ich würde folgendes Verfahren vorschlagen: Wir

haben hierzu eine 45-Minuten-Debatte vereinbart. In Anlehnung an das Prozedere bei einer Aktuellen Debatte lasse ich drei Nachfragen pro Fraktion zu. Selbst dann verlängert sich die Debattendauer ziemlich stark.

Ich sage einmal, wen ich jetzt schon als Fragesteller vorgemerkt habe: Das sind Herr Siegmund, Herr Gebhardt, Herr Meister, Herr Kirchner und Herr Raue. Sie wissen jetzt, dass Sie registriert worden sind. Alle anderen, die noch sprechen wollen, müssten sich zusätzlich melden. Aber ich sage, drei Fragesteller pro Fraktion reichen. - Gut. Dann sind Sie jetzt an der Reihe, Herr Siegmund.

Ulrich Siegmund (AfD):

Vielen Dank. - Frau Ministerin, im Prinzip ist das, was Sie jetzt gesagt haben, genau das, was ich befürchtet oder vermutet hatte: dieses Weltoffenheitsgedöns, das hier immer rauf und runter gespült wird und Ihre Partei auf die 10 % gebracht hat, wo sie jetzt ist.

Daher wollte ich jetzt einmal nachfragen. Sie haben gesagt, Sie möchten unsere Aussagen einem Faktencheck unterziehen. Sie haben meine Fakten, die ich geliefert habe,

(Zuruf)

- lassen Sie mich bitte ausreden! -, die ich übrigens mit Drucksachennummern untermauert habe, als ins Nirwana laufend bezeichnet.

Jetzt frage ich Sie: Wenn ich hier Fakten benenne, die ich zu 100 % aus Drucksachen von Kleinen Anfragen aus den Ministerien beziehe - das heißt, ich habe sie mir nicht ausgedacht, sondern ich beziehe mich zu 100 % auf Aussagen der Landesregierung -, wo ist das dann eine Argumentation, die ins Nirwana führt? Es ist dann also meine Schlussfolgerung, dass ich Ihren Informationen nicht mehr glauben darf - oder was? -; denn etwas anderes kann ich daraus nicht mehr schlussfolgern.

(Zustimmung bei der AfD - Zurufe von der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Frau Ministerin, Sie können antworten.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Zu jeder der einzeln aufgeworfenen Fragen haben wir Ihnen eine Antwort gegeben, und Sie haben einige Antworten, die wir als Landesregierung gegeben haben, einfach ganz falsch dargestellt,

(Zuruf von der AfD: Ach! - Weitere Zurufe von der AfD)

zum Beispiel zu einem der Vorwürfe, es gibt eine Kooperation zwischen der Antifa Burg und der mobilen Opferberatung. Das Zitat aus dem Newsletter 51, das auch Sie wiedergegeben haben, lautet: Seit Ende April 2016 treffen sich zahlreiche von Rassismus Betroffene, um sich gegenseitig zu unterstützen und mit Aktionen nach außen zu treten. Auch mehrere Kirchengemeinden, der Runde Tisch gegen Rechts und die Burger Antifa wollen durch Gegenveranstaltungen zu rechten Demonstrationen Aktionen der Begegnung oder praktische Unterstützung geflüchteter Menschen Zeichen gegen Rassismus und für Solidarität setzen.

Sie haben die Zusammenarbeit des Vereins Miteinander mit der Burger Antifa dargestellt. Das wurde jetzt mittlerweile auch so protokolliert.

(Zurufe von der AfD)

Sie sehen selbst an Ihrem Zitat aus dem Newsletter 51, dass das nicht stimmt.

(Zurufe von der AfD - Silke Schindler, SPD: Deutsche Sprache, schwere Sprache! - Unruhe)

Ulrich Siegmund (AfD):

Eine Nachfrage?

Vizepräsident Wulf Gallert:

Warten Sie einmal, Herr Siegmund. Ich gestatte eine ganz kurze Nachfrage. Ansonsten streiche ich den nächsten Redner von Ihrer Fraktionsliste. Bitte.

Ulrich Siegmund (AfD):

Eine direkte Nachfrage. Kooperation bzw. Zusammenarbeit stand in der Antwort auf die Große Anfrage. Das ist in unseren Augen eine Kooperation, weil man durch die Reichweite die Reputation steigert. Meine Frage bezieht sich auf das Zentrum „Kim Hubert“.

(Zurufe von Dr. Falko Grube, SPD, und von Cornelia Lüddemann, GRÜNE)

- Lassen Sie mich einmal ausreden, Herr Grube. - Wir können beweisen, dass es einen Opferfonds seitens des Vereins „Miteinander e. V.“ gibt, der sogar steuerlich begünstigt ist und mit dem ein autonomes Zentrum gefördert wird, das vom Verfassungsschutz offiziell als linksextrem und als Kontaktstelle für linksextreme Strukturen bekannt ist.

Mein Frage lautet: Wie erklären Sie das denn? Ist das in Ihren Augen keine Kooperation, keine Zusammenarbeit?

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Sollen wir jetzt die einzelnen Punkte durchgehen?
- Ich hatte ja einen Faktencheck angeboten.

(Heiterkeit bei der SPD, bei der CDU, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Zurufe von der AfD: Ja!)

- Den können wir jetzt gern machen. - Der Spendenaufruf für „Kim Hubert“ über den Opferfonds der mobilen Opferberatung, der Spendenaufruf der Opferberatung dient der Unterstützung von Betroffenen rechter Gewalt - dafür ist er auch dabei der auch finanziellen Bewältigung der Folgeschäden von rechten Angriffen, im vorliegenden Fall im Umfeld des alternativen Wohnprojektes „Kim Hubert“ in Salzwedel. Dabei geht es um die Unterstützung von Personen als Betroffene und nicht um die Unterstützung von Personen in ihren politischen Ansichten oder Aktivitäten.

Sie verschieben das immer automatisch ein wenig nach rechts, um Ihre Auffassung darzustellen, was der Verein Miteinander macht.

(Zurufe von der AfD)

Sieht man sich das genau an, dann stellt man fest, das ist nicht der Fall.

(Zuruf von der AfD)

- Dem möchte ich ausdrücklich widersprechen. Also es ist nicht der Fall.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Danke. - Dann können wir fortfahren. Als Nächster hat sich Herr Gebhardt gemeldet.

Stefan Gebhardt (DIE LINKE):

Frau Ministerin, ich habe die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage intensiv gelesen und Sie haben es eben noch einmal zusammenfassend klar dargestellt. So ging es mir auch: Ich habe in der Antwort nichts gefunden, für das die Landesregierung dem Verein irgendein Fehlverhalten vorwerfen kann, schon gar nicht ein Fehlverhalten finanzieller Art, was die Fördermittel betrifft.

Ich gehe davon aus, dass das hier

(Stefan Gebhardt, DIE LINKE, hält ein Schriftstück hoch)

die Position der gesamten Landesregierung und nicht nur die Ihres Hauses ist. Sie haben auch erwähnt, welche Ministerien an der Beantwortung mitgewirkt haben. Ich möchte daher von Ihnen wissen, ob man deshalb davon ausgehen kann, dass die hier und da von Ministern des Kabinetts über den Verein Miteinander geäußerten Meinun-

gen Einzelmeinungen sind und keine abgesprochene Position der Landesregierung. Ist das so?

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Die Antworten auf Große Anfragen werden zu allen Themen zum Teil durch die entsprechenden Ressorts mitgezeichnet sowie im Kabinett endabgestimmt und beschlossen, bevor sie dem Landtag zugeleitet werden. Das ist auch in diesem Fall so gehandhabt worden.

Wenn ich die Äußerungen meiner Ministerkollegen richtig verstanden habe, haben sie sich als stellvertretende Landesvorsitzende gemeldet.

(Stefan Gebhardt, DIE LINKE: Also auch der zwei?)

- Ja.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Dann fahren wir fort. Es hat sich der Abg. Herr Meister gemeldet. Bitte.

Olaf Meister (GRÜNE):

Ich bin einmal neugierig. Der Haushaltsplanentwurf soll im Kabinett am Dienstag beschlossen werden. Wir als Parlament kennen ihn noch nicht, zumindest nicht hinsichtlich der Vertitelung. Welche Haushaltsvorsorge hat die Landesregierung für den Verein Miteinander im nächsten Haushaltsjahr und darüber hinaus vorgesehen?

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Wir haben für den Verein Miteinander wie für alle institutionell geförderten Vereine, also etwa die Verbraucherzentrale oder die AIDS-Hilfe, den Haushaltsansatz 2018 angesetzt. Dieser lag, glaube ich, für den Verein Miteinander bei ungefähr 200 000 €. Um die tariflichen Steigerungen bewältigen zu können - wir haben heute Morgen darüber geredet, dass wir auch in unseren Bereichen Tarifsteigerungen berücksichtigen wollen -

(Zurufe von der AfD)

haben wir uns - das war auch ein Mittun des Finanzministeriums - darauf geeinigt, alle institutionell geförderten Vereine einer Stellenbewertung zu unterziehen. Wir haben eine unabhängige Stellenbewertungskommission eingerichtet und bestimmte Stellen neu bewertet.

(Zuruf von der AfD: Also noch mehr Geld!)

Ich meine, insgesamt hätten wir für das Jahr 2019 eine institutionelle Förderung in Höhe von 223 000 € vorgesehen.

(Zurufe von der AfD)

Außerdem haben wir, weil es eine institutionelle Förderung ist - das machen wir bei allen Verbänden so -, eine Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2020 ausgebracht, damit sozusagen nahtlos weitergearbeitet werden kann und es keine Unterbrechung der Förderung gibt, wenn wir in den Haushaltsberatungen sind. Das ist noch einmal der gleiche Betrag wie der, den ich jetzt genannt habe.

Das ist aber ein übliches Verfahren. Das haben wir bei allen Verbänden und Vereinen, die wir institutionell fördern, auch getan. Ich will deutlich machen: Dazu gehören die Verbraucherzentrale und der Kinderschutzbund. Ich denke, die Financer wissen das. Das betrifft alles das, zu dem wir sagen, damit fördern wir die Institution. Da sticht der Verein Miteinander nicht besonders heraus.

(Beifall bei der AfD)

Ich habe mir gesagt, dass ich gern alle Verbände in der Hinsicht gleichbehandeln möchte.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf von der AfD: Jaja!)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Danke. Frau Ministerin, es gibt noch eine Reihe von Fragen. Ich würde darum bitten, dass auch für die Antworten eine Redezeit von etwa zwei Minuten gilt.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Ja.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ansonsten platzen wir zeitmäßig aus allen Nähten. - Herr Kirchner hat als Nächster das Wort.

Oliver Kirchner (AfD):

Herr Präsident, ich ziehe zurück, weil ich dieselbe Frage wie Herr Siegmund hatte und den Faktencheck bis jetzt vermisste.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Dann ist jetzt Herr Raue an der Reihe.

Alexander Raue (AfD):

Frau Ministerin, Herr Siegmund hat eindrücklich dargestellt, welche Verflechtung zwischen Miteinander e. V. und Antifa besteht.

(Unruhe bei der LINKEN - Eva von Angern, DIE LINKE: Nein, hat er eben nicht!)

Meine erste Frage an Sie jetzt: Sind Sie der Ansicht, dass die Antifa mehrheitlich extremistische Positionen bezieht, militant rechtsstaatsablehnend auftritt und die persönliche Freiheit von Andersdenkenden einschränkt?

Die zweite Frage: Ist die Antifa über Miteinander e. V. indirekt Partner der Landesregierung und steht für Sie die gegenseitige Unterstützung von Antifa und Miteinander e. V. im Einklang mit den demokratischen Grundwerten unserer Landesverfassung?

Vizepräsident Wulf Gallert:

Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Ich habe nur auf die Fakten hinsichtlich der Frage oder der Beweisführung von Herrn Siegmund hinsichtlich der Antifa geantwortet. Ich verstehe Ihre Frage hinsichtlich des Vereins Miteinander nicht, weil ich gerade die Verbindung zwischen Antifa und dem Verein Miteinander nicht sehe und nicht gesehen habe. Ich verstehe nicht, welche weiteren Äußerungen ich in Bezug auf den Verein Miteinander hier jetzt treffen soll.

(Alexander Raue, AfD: Also eine Unterstützung!)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Danke. - Als Nächster - -

(Zurufe von Alexander Raue, AfD)

- Nein, Herr Raue. Wenn es eine Nachfrage gibt, dann am Mikrofon. Aber jetzt ist es wirklich zu spät. - Als Nächster ist Herr Grube an der Reihe. Bitte.

Dr. Falko Grube (SPD):

Frau Ministerin, ich muss den Faktencheck ein bisschen überstrapazieren. Herr Siegmund hat hier große Zahlen aufgerufen und durch diese 25 Stunden geteilt. Würden Sie mir darin zustimmen, dass das, was im Haushalt steht, nicht das ist, was an den Arbeitnehmer bei diesem Träger ausgezahlt wird, sondern dass es ausdrücklich auch den Arbeitgeberanteil mit beinhaltet?

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Ja, darin sind nicht nur der Arbeitgeberanteil, sondern auch sämtliche Projektkosten enthalten.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN - Oh! bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Dann sind wir hier am Ende angelangt. Ich habe drei Fragesteller pro Fraktion zugelassen. Das ist bei der AfD jetzt erschöpft. Herzlichen Dank für Ihren Redebeitrag.

(Zurufe von der AfD)

- Wir hatten drei pro Fraktion.

(Lydia Funke, AfD: Nein! - Weitere Zurufe von der AfD: Nein!)

- Gut, wenn Sie meinen, dass Herr Kirchner zurückgezogen hat und Herr Siegmund zwei Nachfragen hat, dann wollen wir um des lieben Friedens willen Herrn Wenzel Schmidt auch die Gelegenheit geben, eine Frage zu stellen - Frau Ministerin, bleiben Sie vorn -, bevor wir in eine Geschäftsordnungsdebatte kommen.

(Unruhe bei der AfD)

Bitte.

Jan Wenzel Schmidt (AfD):

Vielen Dank. - Frau Ministerin, Sie haben gerade gesagt, dass Miteinander e. V. im kommenden Jahr 23 000 € zusätzlich bekommt. Jetzt interessiert mich: Warum bekommt er denn wirklich mehr? Immerhin haben wir keine Inflation, die das - -

(Unruhe - Eva von Angern, DIE LINKE: Das hat sie doch erklärt! - Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Das hat sie erklärt!)

- Darf ich aussprechen?

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Das kann er im Protokoll nachlesen! - Verstehendes Lesen! - Unruhe)

Die Inflation war nun nicht so hoch, dass man die Personalkosten so steigern muss. Auch die Preissteigerung ist nicht so hoch. Wie rechtfertigen Sie das? Wollen Sie jetzt einen Stundenlohn von 40 € haben? Oder was ist der Grund?

(Thomas Lippmann, DIE LINKE: Sie sollen Stellen haben! - Unruhe)

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Ich bin vorhin von dem Finanz-

(Unruhe)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Lassen Sie jetzt bitte einmal die Ministerin antworten. - So, jetzt.

Petra Grimm-Benne (Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration):

Ich bin von dem Vorsitzenden des Finanzausschusses vorhin gebeten worden, zu sagen, welche Position wir zum Haushalt angemeldet haben. Der Haushalt wird erst am nächsten Dienstag verabschiedet und wir haben das angemeldet. Ich habe mich bemüht, Ihnen deutlich zu machen, dass wir den Verein Miteinander finanziell nicht

besser und auch nicht schlechter als andere institutionell geförderte Verbände stellen.

(Jan Wenzel Schmidt, AfD: Also 10 % mehr!)

- Ja, auch die anderen Verbände werden, wenn wir - - Wir haben heute Morgen über gute Arbeit und über gute Löhne geredet und dass die Landesregierung hier vorangehen soll.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Also haben wir auch gesagt, dass wir neben Erzieherinnen und Erziehern auch die soziale Arbeit tarifgerecht entlohnen. Wenn wir nach dem Schema vorgehen, gibt es sogar bei der Verbraucherzentrale einen noch viel größeren Aufwuchs. Ich halte das aber für gerechtfertigt, weil sie eine vernünftige Beratungstätigkeit machen.

(Zurufe von der AfD - Unruhe)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Danke, Frau Ministerin. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will eines sagen: Wenn ich von drei Interventionen oder Fragestellungen rede und jemand kommt an die Reihe und sagt, dass er seine Frage zurückzieht, weil er dies und jenes schon von einem anderen Fragensteller gehört hat und er dies damit zum Ausdruck bringen wollte, dann ist das natürlich auch eine Intervention oder Fragestellung.

(Lydia Funke, AfD: Was? - Lachen bei der AfD)

Wir wollen es jetzt um des lieben Friedens hierbei belassen. Aber für die Zukunft sage ich: Wenn wir jede Fraktion gleichbehandeln wollen, dann kann man sagen, ich ziehe zurück, und das war es. Dann braucht man dazu auch keine weiteren Ausführungen zu machen.

Jetzt treten wir in die Debatte der Fraktionen ein. Für die CDU-Fraktion spricht der Abg. Herr Szarata.

Daniel Szarata (CDU):

Sehr geehrter Herr Vizepräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man zwölf Minuten für ein Thema zur Verfügung hat,

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Ich habe nur zwei!)

sollte genügend Zeit sein, an einen der größten Demokraten unseres Landes mit einem Zitat zu erinnern:

„In dem demokratisch-parlamentarisch regierten Staat, in dem dieses System der Demokratie bis in die letzte Gemeinde hinein verwirklicht wird, trägt ein jeder von

uns Verantwortung, der eine mehr, der andere weniger. Aber jeder hat Verantwortung. Wir tragen sie alle und diese Verantwortung kann uns niemand abnehmen. Wenn wir dieser Verantwortung nicht gerecht werden, dann kommen die Folgen und diese Folgen können furchtbar sein für unsere Kinder und Kindeskinde.

- Diese Zeilen, meine Damen und Herren, stammen vom ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland Konrad Adenauer - eine Rede, die er am 20. Juli 1952 gehalten hat. Auch wenn fast 70 Jahre vergangen sind, haben die Worte keineswegs an Aktualität verloren.

(Zuruf von der AfD)

Im Gegenteil: Angesichts der aktuellen Ereignisse, wie beispielsweise der Hetzjagd in Chemnitz oder anderer radikaler Ausschreitungen in Teilen Deutschlands, sehen wir uns als christlich-demokratische Partei - als wahrscheinlich die letzte Partei in der Mitte der Gesellschaft - mehr denn je in der Pflicht, die Demokratie zu fördern, zu stärken und vor allem zu verteidigen.

(Zustimmung von Bernhard Daldrup, CDU - Oh! bei der AfD)

In der Tradition Konrad Adenauers sind wir uns der Verantwortung gegenüber unseren Kindern und Kindeskindern bewusst. Bei der aktuellen Diskussion stellt sich mir aber ab und zu die Frage, ob wir dabei nicht die Einzigen sind; denn abgesehen davon, dass die extreme politische Rechte die Demokratie bedroht, wird die Demokratie - und mit ihr auch der Rechtsstaat - auch immer wieder von Linksaußen bedroht, was leider in diesem Parlament viel zu oft vergessen oder schönegeredet wird.

(Zustimmung bei der CDU und bei der AfD)

Ich erinnere nur an Aussprüche wie „Danke, Antifa!“ oder die zumindest missverständlichen Äußerungen zur angeblichen Rechtmäßigkeit des Besetzens von Häusern. Ich möchte Sie noch einmal daran erinnern, werte Kollegen und Kolleginnen - das Thema hatten wir gestern -: Ohne demokratische Grundordnung säße niemand von uns hier.

(Zustimmung von Gabriele Brakebusch, CDU)

Umso wichtiger ist es, sich gemeinsam dafür einzusetzen. Die Koalition hat das erkannt; denn nicht umsonst haben wir Folgendes im Koalitionsvertrag vereinbart:

„Demokratie ist kein festes Produkt. Kein einmal erreichter Zustand. Sie muss verteidigt und beständig erneuert werden. Sie lebt nicht durch Beschwörung, sondern durch permanente Befragung ihrer selbst, Kritik an Prozessen, Institutionen und Personen.“

Und heute werden eben kritische Fragen zum Verein Miteinander gestellt. Positiv betrachtet kann man also sagen: Das ist kein Angriff auf die Demokratie, sondern laut unserem Koalitionsvertrag sogar deren inhärenter Bestandteil.

(Zustimmung bei der CDU und bei der AfD)

Wer weiß, vielleicht kommt am Ende ein noch viel besserer Verein heraus, der in der Lage ist, die demokratiefeindlichen Kräfte von links und von rechts durch Prävention so kleinzuhalten, dass wir uns eben nicht in jeder parlamentarischen Debatte damit beschäftigen müssen.

Denn machen wir uns nichts vor: Die aktuelle gesellschaftspolitische Stimmung im Land, die dazu führt, dass der eine oder andere nach mehr Geld für den Verein schreit, um die Arbeit weiter auszubauen, könnte auch als Versagen der bisherigen Arbeit aufgefasst werden und erlaubt somit durchaus die Frage nach Veränderungen.

Unserer Meinung nach, liebe SPD, GRÜNE und LINKE, gehört zur Veränderung, dass der Verein zukünftig Extremismus gleichermaßen bekämpft, egal ob von rechts, von links oder religiös motiviert.

(Beifall bei der CDU und bei der AfD)

Es darf auf keinen Fall der Eindruck entstehen, dass alles, was links von der Mitte ist - ganz egal wie weit links -, erlaubt ist und alles, was etwas rechts von der Mitte ist - egal wie viel Zustimmung es gegebenenfalls in der Bevölkerung gibt -, verboten wird.

(Zuruf von der AfD)

Auch bedeutet „links sein“ nicht automatisch demokratisch und rechtsstaatlich; das sollte spätestens nach dem letzten G-20-Gipfel wohl allen klar sein. Da wir gerade bei G 20, bei den führenden Köpfen der Weltpolitik sind, möchte ich auch einem führenden Kopf in unserem Land gleich die Sorge um die CDU nehmen; denn Frau Ministerin Grimm-Benne äußerte in dieser Woche gegenüber der „Volksstimme“, dass sie sich um die Wahlergebnisse der CDU sorgt und daher empfiehlt, der AfD nicht immer ähnlicher zu werden, da am Ende das Original gewählt wird.

(Zuruf von der AfD: Ja!)

Diese Sorge möchte ich Ihnen heute gleich nehmen; denn was passiert, wenn sich eine Partei der Mitte dem äußeren Rand zu sehr annähert, hat die SPD eindrucksvoll vorgeführt.

(Beifall bei der CDU und bei der AfD - Heiterkeit bei der AfD)

Der linke Wähler wählt in Sachsen-Anhalt - übrigens sehr zu unserem Bedauern - auch lieber das Original als die SPD.

Bei aller koalitionsfreundlichen Frotzelei - Sie werden es mir nachsehen - wird an dieser Stelle das Problem sehr gut deutlich, das das Blut bei mir und meinen Parteikollegen beim Thema Miteinander e. V. ab und zu in Wallung bringt; denn nicht wir nähern uns immer mehr inhaltlich der AfD an, sondern die politische Linke und eben auch der Verein Miteinander versuchen, uns verbal in diese Ecke zu drängen, da ihnen wahrscheinlich - das ist meine einzige Erklärung dafür - die Fähigkeit zu differenzieren vollkommen abhandengekommen ist.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der AfD)

Wer die CDU in einem Atemzug mit Neonazis, der AfD und Klerikalfaschisten nennt, Inhalte seiner Arbeit vorsichtshalber von der eigenen Webseite löscht, das Gebot der parteipolitischen Neutralität auch nach den ersten Debatten hier im Plenum immer noch mit Füßen tritt, dann noch ein antifaschistisches Zentrum in Salzwedel mit einer Spendenaktion unterstützt, bei dem laut Aussage der Landesregierung - es stimmt ja leider, was die AfD gesagt hat - Linksextreme ein- und ausgehen,

(Zuruf von Monika Hohmann, DIE LINKE)

der braucht sich über kritische Nachfragen nicht zu wundern,

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der AfD - Zurufe von der AfD: Ja! Richtig!)

denn wir als CDU treten entschieden sowohl gegen Rechts- als auch Linksextremismus auf.

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich betonen - anscheinend ist es den Koalitionspartnern nicht immer so bewusst, wenn man sich die Pressemitteilungen der letzten Tage anschaut -: Natürlich steht es für die CDU außer Frage, dass es Vereine geben muss, die sich für Demokratie einsetzen. Dennoch muss die Arbeit von öffentlich finanzierten Vereinen im Hinblick auf das politische Neutralitätsgebot kritisch betrachtet und genau kontrolliert werden.

Folgt man den Ausführungen des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages - ich gehe davon aus, dass Sie sie alle gelesen haben -, kommt man unweigerlich zu der Schlussfolgerung, dass die Fördermittel für Miteinander - ich formuliere es einmal koalitionsneutral - zumindest bedenklich sind.

(Zustimmung bei der CDU)

Damit will ich sagen, dass wir den Verein als solchen nicht als problematisch erachten, jedoch die aktuelle Umsetzung der Arbeit durchaus kritisch betrachten. Um der Frage vorzugreifen, ob man den Verein Miteinander auflösen und neu gründen sollte, so wie es unser Generalsekretär Sven Schulze angeregt hat, möchte ich noch einmal an

die Worte unseres Innenministers erinnern, der in einem „MZ“-Interview sagte, dass sich der Verein inhaltlich neu aufstellen und Extremismus in seiner Gesamtheit betrachten muss. Wenn das aber mit der aktuellen Struktur und/oder den handelnden Personen nicht möglich ist, dann muss es auch gestattet sein, über andere Möglichkeiten nachzudenken.

(Beifall bei der CDU und bei der AfD - André Poggenburg, AfD: So ist es!)

Miteinander erhält jährlich mehr als 200 000 € aus dem Landeshaushalt - das haben wir eben gehört - und insgesamt sogar mehr als 1,7 Millionen € aus öffentlichen Geldern. Dabei dürfte es meiner Meinung nach nicht zu viel verlangt sein, dass der Verein seine Zielstellungen überdenkt und gegebenenfalls erweitert. Natürlich soll er sich weiterhin kritisch mit Rechtsextremismus befassen, aber eben nicht ausschließlich. Der Aufgabenbereich muss erweitert werden; denn die Welt ist komplexer geworden.

In der Satzung des Vereins Miteinander steht, dass er parteipolitisch unabhängig wirkt und demokratisch politisch neutral, überkonfessionell und unabhängig ist. Ob der heutigen Diskussion möchte man dem Verein zurufen: Haltet euch daran! Denn von den hehren Zielen der Satzung ist leider ab und zu nicht mehr allzu viel übrig geblieben.

(Beifall bei der CDU und bei der AfD)

Sollte der Verein seine Arbeitsweise nicht überdenken und ändern, muss man überlegen, ob ein Neustart mit neuen Personen in einem neuen Verein nicht sinnvoller wäre. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Szarata, warten Sie einmal. Zwei Wortmeldungen habe ich bis jetzt gesehen, von Frau von Angern und Herrn Gebhardt. Von Herr Siegmund ebenfalls, in Ordnung. Dann beginnen wir mit Frau von Angern.

Eva von Angern (DIE LINKE):

Danke, Herr Präsident. - Ich beginne mit einer Bemerkung und habe danach zwei Fragen an Sie, Herr Szarata. Zunächst möchte ich feststellen, dass ich Ihre Ausführungen zum Thema Vereinsautonomie für ein Mitglied einer Partei, die sich selbst Sachsen-Anhalt-Partei nennt, erschreckend und rechtsstaatlich zumindest bedenklich finde.

(Beifall bei der LINKEN)

Es gibt in diesem Land Vereinsautonomie. Sie können hier nicht darüber schwadronieren, ob Sie einen Verein auflösen oder neu gründen wollen.

Nun zu meinen Fragen. Zum einen: Sind Sie tatsächlich der Auffassung, dass ein Dankeschön an die Antifa, eine Positionierung zum Thema Hausbesetzung, unsere Demokratie in Gefahr bringt?

(Zurufe von der AfD: Ja! - Zuruf von Frank Bommersbach, CDU - Unruhe)

- Die Frage ging an Herrn Szarata.

Zum anderen: Wir haben jetzt Ihre Rede und Ihre Ausführungen zur Verteidigung der Demokratie und vorab die Rede der Ministerin gehört, die von einem Konsens in der Landesregierung hinsichtlich der Unterstützung des Vereins Miteinander in seiner Arbeit gesprochen und sogar Sie als CDU-Fraktion gelobt hat. Nun konnten wir allerdings hier im Raum auch wahrnehmen, dass Sie an keiner Stelle der Rede der Ministerin Beifall gezollt haben. Können Sie mir das erklären?

(Tobias Rausch, AfD: Weil die Rede schlecht war! - Robert Farle, AfD: Das muss er doch gar nicht!)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Szarata.

Daniel Szarata (CDU):

Zum ersten Punkt muss ich sagen: Wenn sich jemand im Parlament hinstellt und „Danke, Antifa!“ sagt oder über die Besetzung von Häusern schwadroniert, dann gefährdet das nicht unsere Demokratie.

(Eva von Angern, DIE LINKE: Das haben Sie aber gesagt! Das gefährdet Ihre Position!)

- Nein. Das habe ich auch nicht gesagt. Ich habe nur gesagt, dass gefährliche linke Positionen hier im Haus im Zusammenhang mit Linksextremismus usw. das eine oder andere Mal gern totgeschwiegen oder toleriert werden.

(Zuruf von der AfD: Ja!)

Wenn man etwas Ähnliches - ich habe jetzt keinen Vergleich - auf dem rechten Flügel sagen würde, dann wäre aber die Empörung ganz groß. Bei den linken Reden würde ich mir manchmal mehr Empörung wünschen, und zwar nicht nur von der Seite, sondern vielleicht auch mal hier, wenn wir es mit der Demokratie ernst meinen.

Die Frage, warum wir der Ministerin keinen Beifall gezollt haben, müssen Sie wahrscheinlich all meinen Kollegen stellen. Für mich steht fest, dass im Verein Miteinander - - Oder ich formuliere es einmal anders: Die Gründung des Vereins Miteinander war eine Superidee. Die Ziele, die in den Satzungen stehen, sind gut, sind zu vertreten, muss man weiterführen; das ist überhaupt keine Frage. Das hat, nebenbei gesagt, die Ministerin tatsäch-

lich auch gesagt. Aber letzten Endes ist sie überhaupt nicht darauf eingegangen, dass zumindest der begründete Verdacht besteht, dass beim Verein Miteinander das eine oder andere schief läuft. Wenn das so ist, dann gebe ich dafür keinen Applaus.

(Beifall bei der CDU und bei der AfD - Eva von Angern, DIE LINKE: Wo ist der begründete Verdacht? Wo ist er denn?)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Als Nächster hat der Abg. Herr Gebhardt das Wort.

Stefan Gebhardt (DIE LINKE):

Ich habe zwei Fragen. Die eine ist: Können Sie mir erklären - nicht im Vergleich zur Rede der Ministerin, sondern im Vergleich zur Drucksache, zur Antwort der Landesregierung -, wieso Ihre Fraktion offenbar - Sie haben jetzt für Ihre Fraktion gesprochen - zu einer gänzlich anderen Bewertung kommt als Ihre Landesregierung? Es ist doch noch Ihre Landesregierung, davon gehe ich einmal aus.

(Zuruf von der AfD: Unsere!)

Wieso widersprechen Sie sich in diesem Punkt so radikal? - Das ist die erste Frage.

Die zweite Frage ist: Sie machten mehrfach den Vorschlag, wir sollten den Verein auflösen. Sind Sie sich dessen bewusst, dass Vereinsauflösungen durch eine Staatspartei nur vor 1989 möglich waren

(Zurufe von der AfD)

und dass Sie jetzt Vereine selbst gründen und auch selbst auflösen und die CDU, auch wenn sie sich als Sachsen-Anhalt-Partei bezeichnet, kein Instrumentarium hat, Vereine, die ihr nicht gehören, aufzulösen?

(Markus Kurze, CDU: Aber unser Geld wollen sie haben! - Zuruf von der AfD: Das war der richtige Satz, Herr Kurze!)

Daniel Szarata (CDU):

Also, Herr Gebhardt, normalerweise hören Sie mir doch gut zu bei meinen Reden. Das haben Sie anscheinend eben nicht so richtig getan; denn ich habe mit keinem Wort gesagt, dass der Verein aufzulösen ist. Ich habe gesagt, wir müssen ihn vielleicht umstrukturieren.

(Eva von Angern, DIE LINKE: Auflösen haben Sie gesagt!)

- Nein, ich habe nicht von Auflösen gesprochen.

(Eva von Angern, DIE LINKE: Wir müssen den Verein auflösen, haben Sie gesagt! Sie haben es gesagt!)

- Nein. Es hat niemand gesagt, dass wir den Verein auflösen. Punkt. Dass wir das nicht können, ist uns auch bewusst. Unabhängig davon muss man darüber nachdenken, wie weiter mit dem Verein umgegangen wird. Punkt.

(Frank Bommersbach, CDU: Einschließlich der Finanzierung!)

Wie war die erste Frage?

(Stefan Gebhardt, DIE LINKE: Warum die Bewertung anders ist!)

- Ach ja. - Schauen Sie einmal; das ist eben der Unterschied zwischen Ihnen und uns: Wenn Sie eine Regierung stellen würden, dann hätten wir eine Einheitsfront und alle wären sich einig.

(Beifall bei der CDU und bei der AfD)

Wenn wir eine Regierung stellen, dann kann es durchaus mal sein, dass Regierung und Fraktion zu unterschiedlichen Meinungen kommen. Das ist eben der Unterschied.

(Thomas Lippmann, DIE LINKE: Wozu gibt es Koalitionsverträge? Dann hätten Sie es auch sein lassen können!)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Gut, dann hätten wir die Frage beantwortet. - Als Nächster ist Herr Siegmund an der Reihe.

Ulrich Siegmund (AfD):

Lieber Kollege Herr Szarata, ich verstehe, dass Sie sich in einer Koalition befinden, wo Sie auch Kompromisse machen müssen. Das ist ganz normal. Sie sind allerdings mit deutlichem Abstand Koalitionsführer, Regierungsführer. Deswegen meine Frage an Sie: Wie wird sich die CDU bei den Haushaltsverhandlungen in wenigen Monaten zum Thema Miteinander e. V. verhalten? Welche konkreten Lösungen streben Sie denn jetzt als Regierungsführer wirklich an?

Bisher höre ich immer nur von Ideen und Vorschlägen. Einer sagt dies und ein anderer sagt jenes, ein weiterer sagt wieder etwas anderes. Wie ist der genaue Fahrplan der CDU im Bereich Miteinander und wie verhalten Sie sich bei den Haushaltsverhandlungen?

(Zustimmung von Matthias Lieschke, AfD)

Daniel Szarata (CDU):

Bei den Haushaltsverhandlungen würde ich abwarten, was letzten Endes im Haushaltstitel steht. Der Entwurf eines Haushaltsplans wird am Dienstag beschlossen. Wenn wir das dann ganz genau wissen, dann werden sicherlich die Gespräche mit unseren Koalitionspartnern auf fruchtbaren Boden fallen.

In welche Richtung das geht, kann man in der Koalition leider nicht immer voraussagen, aber Sie

wissen auch, wir müssen uns am Ende einig werden, Herr Siegmund. Was unseren Fahrplan angeht und was unsere Meinung zum Verein angeht, das habe ich, denke ich, in meiner Rede sehr deutlich gemacht. Jetzt gilt es, wie übrigens bei allen Sachen, zu denen wir uns innerhalb der Koalition streiten, jeweils den eigenen Standpunkt so gut wie möglich durchzusetzen. Das wird man aber dann in den Verhandlungen sehen.

Ich werde mich jetzt nicht darauf versteigen zu sagen, wir werden dieses oder jenes tun. Dann stehen wir im nächsten Plenum hier und Sie sagen: „Sie konnten sich ja schon wieder nicht durchsetzen!“ usw. usf. Das gilt es erst einmal abzuwarten und die Bewertung der Ergebnisse nehmen wir dann vor.

(Zustimmung von Markus Kurze, CDU, und von Siegfried Borgwardt, CDU)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Dann haben wir als Nächste Frau Heiß. - Sie zieht zurück. Es folgt Herr Raue.

Alexander Raue (AfD):

Herr Szarata, sind Sie denn der Ansicht, dass eine parteipolitische Neutralität überhaupt einhaltbar ist, wenn, wie dies bei Miteinander der Fall ist, eine so deutliche Dominanz bei der Stellenbesetzung durch linke Parteien, in diesem Fall vor allen Dingen von den GRÜNEN und der SPD, vorhanden ist?

Daniel Szarata (CDU):

Um ehrlich zu sein: Darauf hat Ihnen Frau Lüdemann eben schon fast geantwortet. Ich werde nicht anfangen, die Kompetenz eines Menschen, der irgendwo, wie auch immer geartet, arbeitet, an seinem Parteibuch festzumachen. Sonst müsste man das bei Ihnen tun, sonst müsste man das bei uns tun, im Zweifel auch bei der LINKEN.

(Zuruf von Hannes Loth, AfD)

Davon würde ich Abstand nehmen. Deswegen gehe ich davon aus, dass parteipolitische Neutralität bei allen demokratischen Parteien, die hier im Parlament sitzen, und ihren Mitgliedern natürlich auch gegeben ist, auch wenn man ein anderes Parteibuch hat. Denn sonst funktioniert Demokratie nicht.

(Tobias Rausch, AfD: Okay!)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Dann haben wir als Nächsten Herrn Poggenburg.

André Poggenburg (AfD):

Sehr geehrter Herr Szarata, ich bin jetzt ein bisschen durcheinandergelassen bei dem Thema Vereinsauflösung. Ich möchte Sie nur richtig ver-

standen haben. War es so zu verstehen, dass Sie die Auflösung des Vereins einfach nur als einen konstruktiven Vorschlag gesehen haben, den natürlich nicht irgendeine Behörde ausführen kann oder soll, sondern den natürlich der Verein selbst dann beschließen muss, durchführen muss? Habe ich Sie damit richtig verstanden?

Daniel Szarata (CDU):

Ich sage es noch einmal: Ich habe mit keinem Wort von Vereinsauflösung gesprochen. Ich habe von Umstrukturierung gesprochen.

(Eva von Angern, DIE LINKE: Doch! Sie werden es in Ihrer Rede lesen!)

Und ich habe darüber gesprochen, dass man sich überlegen muss, wie man in Zukunft mit dem Verein umgeht. Ob sich der Verein irgendwann einmal von allein auflösen möchte? - Ich persönlich kann mir gar nicht vorstellen, dass er das überhaupt machen würde. Aber wir als Landesregierung, die auch Geldgeber ist, müssen natürlich schauen, in welche Richtung das geht. Mehr kann ich zu dem Thema nicht sagen.

(Zustimmung von Guido Heuer, CDU, und von André Poggenburg, AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Dann wären wir mit den Fragen durch und können in der Debatte fortfahren. - Für die Fraktion DIE LINKE spricht jetzt die Abg. Frau Quade.

Henriette Quade (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Um es unumwunden zuzugeben: Ich habe nicht vor, mich jetzt en détail mit den Fragen und Antworten der Großen Anfrage auseinanderzusetzen.

(Daniel Roi, AfD: Das ist schade!)

Ich tue dies nicht, weil es für die politische Debatte - das hat die Rede von Herrn Szarata mehr als deutlich gemacht -, die hier zu führen ist, völlig nebensächlich ist, was in den Antworten steht.

Das ist die Parallele zu der Debatte, die wir vor der Sommerpause erlebten. Die AfD beruft sich auf ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages, ignoriert aber, dass dieses eben nicht belegt, dass Vereine, die öffentliche Förderungen erhalten, sich nicht mit dem Rechtsradikalismus der AfD beschäftigen dürfen.

Genauso machen Sie es mit der Großen Anfrage und den Antworten. Die Antworten sind eindeutig; dennoch behauptet die AfD verleumderisch das Gegenteil. Die Wahrheit ist doch: Es gibt schlichtweg keinen Hinweis auf eine falsche Verwendung von Fördermitteln. Es gibt keinen Fördermittelmissbrauch durch Miteinander e. V.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie ziehen aus allen Gutachten, Aufstellungen und Antworten, die Sie bekommen, sowieso nur das, was Sie wollen, was in Ihre politische Agenda passt. Und diese politische Agenda ist kreuzgefährlich.

(Zuruf von Alexander Raue, AfD)

Das sehen wir bei Ihren Demonstrationen. Wir sehen es daran, wen Sie als politische Verbündete begreifen.

(Zuruf von Volker Olenicak, AfD)

Wir sehen es, wenn AfD-Abgeordnete Lynchjustiz fordern und die Jagd von Hooligans und Neonazis auf Migrantinnen in Chemnitz als Protest verkaufen wollen. Es zeigt sich an Ihrem Vokabular. Es zeigt sich, wo immer Sie auftreten. Diese AfD will ein radikal anderes Deutschland, und zwar eines, das am Ende keine freiheitliche Republik wäre.

(Beifall bei der LINKEN - Zurufe von der AfD)

Mehr als deutlich wurde dies auch bei der Pressekonferenz, die die AfD zu der Großen Anfrage durchführte.

(Zuruf von der AfD: Sie waren gar nicht da!)

- Sie haben Sie ins Netz gestellt. Sie ist öffentlich nachvollziehbar.

(Eva von Angern, DIE LINKE, lacht)

Ich bitte Sie.

(Beifall bei der LINKEN - Eva von Angern, DIE LINKE: O Gott!)

Die Kampagne gegen Miteinander soll nur der Auftakt sein, der Auftakt für eine ganze Reihe von Angriffen auf alle, die die von Björn Höcke geforderte 180-Grad-Wende nicht mitmachen wollen. Unverhohlen machte die Fraktion deutlich: Das geht hin bis zu den Gewerkschaften. Und genau diese unverhohlene Klarheit in den Angriffen müsste es doch eigentlich für die Landesregierung in Gänze leicht machen zu bestimmen, welchen Standpunkt und welche Aufgabe sie in einer solchen Situation hat.

Frau Ministerin, ich habe Ihnen Dank und Anerkennung für Ihre Rede gezollt; daran ändert sich nichts.

Doch wir erleben einen Innenminister, der nicht nur offenbar keine Ahnung von den eigenen Förderrichtlinien seiner Landesregierung hat und sich in Widerspruch zu den Antworten, die sie auf die Große Anfrage gegeben hat, begibt. Wir erleben einen Innenminister, der sich, auf die Rechtsausleger seiner eigenen Partei schiehend, in den fraktionsinternen Wahlkampf begibt.

Wenn Sie, Herr Minister, sich öffentlich hinstellen und einen seit Jahren von der Landesregierung

geförderten Fachträger der Demokratiearbeit als „Marschkolonnen der Linken“ bezeichnen, dann zeigt das eben nicht nur, dass der Sprachgebrauch nicht gerade zivil ist, es zeigt: Sie haben sich politisch entschieden. Sie können hier noch so oft konziliante Regierungserklärungen halten und angesichts offenkundiger Dummheiten der AfD den Demokratielehrer geben - Ihr Verhalten in Bezug auf Miteinander e. V. lässt den Unterschied zwischen Pose und Haltung erkennen.

(Beifall bei der LINKEN)

Sich in einer solchen politischen Situation angesichts der Ankündigungen der AfD zu entscheiden, die Kampagne der AfD verstärken zu wollen, zeigt, mit wem Sie künftig tatsächlich Politik machen wollen.

(Gabriele Brakebusch, CDU: Das ist doch wohl ...! - Zuruf von der AfD)

Wir erleben einen Innenminister und eine CDU-Fraktion, die die Stichworte der AfD gern aufgreifen, sei es, wenn es gegen die „Hasi“ geht, sei es, wenn es gegen das Kirchenasyl geht oder jetzt gegen Miteinander. Es stellt sich die Frage - und ich stelle sie mit Sorge -: Welche Angriffe auf eine pluralistische Gesellschaft wollen Sie eigentlich noch mitmachen?

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf von Siegfried Borgwardt, CDU)

Sie sind es, die Fördermittel als Drohkulisse benutzen, um einem freien Träger Ihren politischen Willen aufzuzwingen und ihn zur Neuaufstellung zu zwingen.

(Zuruf von Ulrich Thomas, CDU)

Das ist der einzige Missbrauch, den ich hier erkennen kann.

(Beifall bei der LINKEN - Oh! bei der CDU - Zurufe von der AfD)

Das Agieren des Innenministers und der CDU in diesem Land ist verantwortungslos. Es ist verantwortungslos gegenüber den von Ihnen selbst geförderten Trägern essenziell notwendiger Arbeit. Es ist verantwortungslos gegenüber den Betroffenen rechter Gewalt. Es ist verheerend mit Blick auf die Entwicklung dieser Gesellschaft.

Ich erwähnte es eingangs: Bei der letzten Sitzung vor der Sommerpause führten wir im Grunde dieselbe Debatte. Ich endete damals: Wer sich von der AfD etwas über Demokratie erzählen lässt, ist selbst schuld. Wir brauchen eine Landesregierung, die unmissverständlich an der Seite ihrer Träger steht. Diese Forderung ist aktueller denn je. Wir erwarten vom Innenminister eine Entschuldigung beim Verein Miteinander, und zwar umgehend.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf von der CDU: Buh! - Zurufe von der AfD und von Gabriele Brakebusch, CDU)

Und zu der Frage: Rechts, links - was ist das? Was ist die Mitte und wodurch wird etwas eigentlich links?

(Daniel Roi, AfD: Das entscheiden Sie doch nicht!)

Es ist nicht zwangsläufig links, gegen Rechtsextremismus zu sein. Aber ich sage Ihnen eines: Wenn es nur noch die gesellschaftliche Linke ist, die die Träger der Demokratiearbeit gegen die Angriffe von Rechtsextremen verteidigt,

(Widerspruch bei der CDU - André Poggenburg, AfD: Das hat Unterhaltungswert!)

dann sagt das viel aus über den politischen Kompass von Konservativen in diesem Land.

(Beifall bei der LINKEN)

Und das ist der eigentliche politische Skandal in dieser Debatte.

(Lebhafter Beifall bei der LINKEN - Siegfried Borgwardt, CDU: Sie haben doch eine Vollmeise!)

- Herr Präsident, ich bitte Sie nachdrücklich, zur Kenntnis zu nehmen, dass der Vorsitzende der CDU-Fraktion hier im Hause mir eben zugerufen hat, ich habe eine Vollmeise.

(Zuruf von der AfD: Recht hat er! - Lachen bei der AfD)

Ich bin mir nicht sicher, dass das die Stenografinnen und Stenografen hier richtig erfasst haben. Mir ist daran gelegen, Herr Borgwardt, dass das im Protokoll steht.

(Swen Knöchel, DIE LINKE: Das lässt tief blicken, Herr Borgwardt! - André Poggenburg, AfD: Sie sollen auf Reisen gehen, hat er gesagt! - Lachen bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

So, jetzt kommen wir mal alle runter.

(Zuruf von Markus Kurze, CDU - Zuruf von der AfD: Da liegen wohl die Nerven blank!)

Jetzt kommen wir mal alle runter. Ich habe am Anfang der Debatte etwas gesagt, das bezieht sich auch auf die Kommunikation untereinander. Ich möchte noch einmal daran erinnern: Wir alle haben in dieser politischen Debatte eine Verantwortung, und zwar gegenüber der Situation dort draußen. Ich versuche jetzt noch einmal - mehr kann ich nicht tun -, daran zu erinnern, dass diese Verantwortung heute wahrgenommen werden muss. - Dabei will ich es jetzt belassen.

Ich habe Wortmeldungen von Herrn Poggenburg, von Herrn Farle und von Herrn Borgwardt. Gut, dann gebe ich Herrn Poggenburg das Wort.

(Markus Kurze, CDU: Herr Präsident! Zur Geschäftsordnung! Er hat sich gemeldet zu der Äußerung, dann müssen Sie ihn vorher drannehmen!)

- Na ja, Herr Kurze, wen ich wann drannehmen muss, darüber können wir im Ältestenrat gern noch einmal reden. Er kann sich zu dieser Äußerung gemeldet haben, das betrifft aber nicht die Rednerreihenfolge. Er kann sich als Fraktionsvorsitzender melden, dann würde es die Rednerreihenfolge betreffen. Das habe ich jetzt aber nicht erkennen können. Deswegen würde ich erst einmal Herrn Poggenburg das Wort geben und Herrn Borgwardt, wenn es denn so dringend ist, gleich danach. - Bitte, Herr Poggenburg, Sie haben das Wort.

André Poggenburg (AfD):

Erst einmal eine Frage zum Verlauf. Kann ich jetzt eine Frage an Frau Quade stellen oder muss es eine Kurzintervention werden?

Vizepräsident Wulf Gallert:

Es müsste eine Kurzintervention werden, weil ich die Körperhaltung von Frau Quade so verstehe, dass sie sich hingesetzt hat, weil sie Ihnen keine Antwort geben möchte.

(Heiterkeit bei der LINKEN)

André Poggenburg (AfD):

Gut, okay. Angekommen so weit. - Also eine Kurzintervention. Frau Abg. Quade, Sie haben festgestellt - korrigieren Sie mich, wenn ich das falsch verstanden habe -, dass Sie keine Zweckentfremdung der Fördermittel bei Miteinander e. V. feststellen können, in den Projekten, die dort betrieben werden. Wir haben vorhin auch gehört, dass es, wenn ein solcher Fall vorläge, tatsächlich keine Fördermittel mehr geben dürfte. Das hat unsere Ministerin vorhin auch gesagt. Sie hatte das Beispiel Rechts- und Linksextremismus genannt.

Jetzt frage ich Sie: Wenn aber Miteinander e. V. gegen Rechtsextremismus vorgeht - dabei liegt die Betonung auf „Extremismus“, weil das die Gefahr für die Gesellschaft ist - und jetzt aber sehr, sehr viele Projekte angestoßen hat - wir haben sie schon in der Pressekonferenz aufgezählt -, die sich gegen rechts richten - rechts, eine völlig legitime politische Richtung in diesem Land, wie links auch -, dann ist doch der Zweck verfehlt. Dann dürfte es doch keine Fördermittel mehr geben. Das stelle ich jetzt fest und füge den Aussagen

der Ministerin hinzu: Zweck verfehlt, Klassenziel verfehlt - keine Fördermittel mehr. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Borgwardt, Sie haben das Wort.

Siegfried Borgwardt (CDU):

Danke, Herr Präsident. - Es geht um meine Äußerung, wo mir offensichtlich, was selten ist, die Wortwahl etwas entglitten ist. Aber es kann einfach nicht hingenommen werden - und das war die Ursache -, dass hier behauptet wird - das ist abstrus -, dass die LINKEN, wenn das so wäre, die Einzigen wären, die für Demokratie eintreten. Ich halte das für eine freche Formulierung.

(Starker Beifall bei der CDU - Zustimmung von Minister Holger Stahlknecht - Beifall bei der AfD)

Und aus dem Grunde habe ich das gesagt. Meines Wissens ist das zumindest bei der Wortwahl, die unter Parlamentariern üblich ist, nicht einmal rügenswert.

(Eva von Angern, DIE LINKE: Sie sollten aber trotzdem miteinander reden!)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Wie Ihnen aufgefallen ist, habe ich auch keinen Ordnungsruf erteilt. Ich habe lediglich darum gebeten, dass die Art und Weise der Auseinandersetzung in einer Form stattfindet, die die Probleme in der Gesellschaft nicht noch verschärft. Ich sage jetzt: Ob das Wort „Vollmeise“ dazugehört oder nicht, überlasse ich jetzt mal jedem selbst.

Jetzt hat Herr Farle das Wort.

Robert Farle (AfD):

Das ist nur eine Kurzintervention - aufgrund der Körperhaltung, wie Sie es gerade gesagt haben. - Erstens. Die AfD hat nichts mit Rechtsradikalismus zu tun.

(Oh! und Lachen bei der LINKEN)

Dagegen verwahren wir uns in aller Form, auf das Schärfste.

(Oliver Kirchner, AfD: Richtig!)

Denn wir predigen nicht Gewalt - im Gegensatz zu vielen Leuten, die hinter dem Schild der Antifa herlaufen.

(Beifall bei der AfD - Oliver Kirchner, AfD: Richtig! - Zuruf von der AfD: Jawohl!)

Zweitens. Ihr ganzes Gerede von Vielfalt, Buntheit und Weltoffenheit - -

(Dr. Falko Grube, SPD: Sie haben das in Chemnitz begrüßt, dass dort Rechtsextreme, Rechtsradikale aufgeschlagen sind!)

- Übrigens: Dass Sie immer so laut dazwischenkrakeelen und -schreien, zeigt ja, welches Geistes Kind Sie sind.

(Beifall bei der AfD - Zurufe von Dr. Falko Grube, SPD, und von Thomas Lippmann, DIE LINKE - Zuruf von der AfD: Sei doch ruhig da drüben!)

- Ja, auch Sie, Herr Lippmann, genau Sie. - Ihre Rede zeigt, dass davon - Vielfalt, Buntheit und Weltoffenheit - gar nichts stimmt, dass das reine Heuchelei ist, weil Sie in Wirklichkeit für die Einschränkung der Meinungsfreiheit und der Demokratie in unserem Land eintreten. Das haben Sie, Frau Quade, sehr deutlich gemacht.

Drittens. Wenn Sie so viel Hass in die Gesellschaft tragen

(Oh! und Lachen bei der LINKEN - Dr. Falko Grube, SPD: Das ist der Hass auf den Missbrauch dieses Parlaments!)

und den immer auf die AfD konzentrieren, dann können Sie doch nicht davon ablenken, dass unter Ihrem Schutzschild ein Verein ist, der nicht nur gegen die AfD hetzt, sondern der mittlerweile leider auch auf die CDU losgeht und auch vor der Mitte der Gesellschaft nicht haltmacht.

Wir wollen Meinungsfreiheit und Demokratie und Rechtsstaat in diesem Land, aber nicht das, was Sie darunter verstehen, nämlich die Abschaffung.

(Beifall bei der AfD - Oliver Kirchner, AfD: Richtig!)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Dann sind wir mit den Wortmeldungen durch. Wir können in der Debatte der Fraktionen fortfahren. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Frau Lüddemann. Frau Lüddemann, Sie haben das Wort.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Werte Abgeordnete! Der Mob von Chemnitz hat uns sehr drastisch vor Augen geführt, was passiert, wenn Politik auf dem rechten Auge blind ist,

(Oliver Kirchner, AfD: Der Mord? - Ulrich Siegmund, AfD: Der Mob!)

wenn verharmlost und nicht offen benannt wird, wenn nicht klare Kante gegen rechts gezeigt wird.

Miteinander ist ein Verein, der explizit für Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus gefördert wird. Neben Arbeit gegen Diskriminierung und Ausgrenzung im Allgemeinen ist es sogar im Haushaltsplan dieses Landes, den die Regie-

rungskoalition in Einigkeit miteinander beschlossen hat, die klar beschriebene Aufgabe von Miteinander, ein Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus aufzubauen und zu begleiten und Opfer rechtsextremer Gewalt zu unterstützen.

Dass sich ein solcher Verein offen und kritisch mit der AfD auseinandersetzt, das darf doch niemanden verwundern.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Zustimmung von Dr. Falko Grube, SPD)

Es ist vom Land gewollt, den Finger in die Wunde zu legen. Es ist gewollt, rechtsextremistische Tendenzen, Äußerungen und Aktivitäten zu erkennen, zu benennen und Strategien dagegen zu entwickeln.

In einer offenen und demokratischen Gesellschaft hat keine Form von Rechtsextremismus Platz.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Es ist klar: Der als Kampagne geführte Angriff der AfD meint nicht nur Miteinander, sondern die demokratische Gesellschaft in Gänze.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Tobias Rausch, AfD: So ein Käse!)

Ich sage hier ebenso klar: Wir GRÜNE stehen hinter Miteinander und seiner Arbeit. Wir verstehen uns als Teil der Zivilgesellschaft und üben als solcher Solidarität. Wir werden die demokratische Gesellschaft und Zivilgesellschaft mit freier Meinungsäußerung, Weltoffenheit und Antirassismus immer und überall verteidigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kollegen von der CDU, es ist schade, dass Sie sich hier vor den Karren der AfD spannen lassen und den Generalangriff auf die Demokratie

(Ulrich Thomas, CDU: Das ist doch kein Angriff auf die Demokratie! Geht es noch?)

- erklärtermaßen soll sich das über Vereine der Gleichstellungsarbeit bis hin zu den Gewerkschaften erstrecken - mitmachen.

(Ulrich Thomas, CDU: Das ist doch nicht zu glauben!)

Hierbei geht es doch nicht um einzelne Bildungsprojekte. Hierbei geht es nicht um einzelne Haushaltsstellen oder um irgendwelche Kleinteiligkeiten. Der AfD geht es im Generalangriff um die Beendigung all dessen, was sich Deutschland nach 1945 an demokratischer Kultur erarbeitet hat

(Tobias Rausch, AfD: Ach, so ein - -)

und was uns weltweit zu einem geachteten und anerkannten Land gemacht hat.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dagegen werden wir GRÜNE immer und überall aufstehen. Wir werden uns immer für ein demokratisches Sachsen-Anhalt einsetzen. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Zustimmung von Ministerin Prof. Dr. Claudia Dalbert - André Poggenburg, AfD: Wir auch!)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Es gibt eine Wortmeldung von Herrn Kirchner. - Bitte.

Oliver Kirchner (AfD):

Es ist eine Kurzintervention. - Frau Lüddemann, wenn Sie sagen, die CDU lässt sich vor den Karren der AfD spannen, dann sind Sie erst einmal grundlegend falsch in diesem Haus;

(Zustimmung bei der AfD)

denn die CDU war nämlich selbst von diesem Verein betroffen, von den Äußerungen, die dieser Verein getroffen hat, und hat ihre eigene Meinung. Das hat sie immer schon gehabt und das hat sie auch heute.

(Zuruf von Stefan Gebhardt, DIE LINKE)

Wenn ein Verein wie Miteinander e. V. die Neutralität verletzt, wenn er eine staatliche Förderung bekommt, die einen Anteil von 95 % an seinen Mitteln ausmacht, und nur 4 % selbst beisteuern kann, wenn dieser Verein die Datenschutzrichtlinie missachtet, wenn dieser Verein mangelhaft überprüft wird, wenn dieser Verein keiner Überprüfung der Tätigkeit und der Wirksamkeit der Vereinsarbeit oder der Einhaltung der Förderrichtlinien oder der fachlichen Eignung der Mitarbeiter unterzogen wird, dann muss diesem Verein das Geld entzogen werden. Punkt.

(Beifall bei der AfD - Zuruf von der LINKEN: Ja, eben: wenn!)

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Herr Kirchner, Sie machen schon wieder Unterstellungen; Sie behaupten Dinge, die ganz gewiss nicht so sind.

(Tobias Rausch, AfD: Das machen Sie doch genauso!)

Die Ministerin hat sehr klar ausgeführt, wie der Verein regelmäßig geprüft wird. Wenn Sie eine solche Prüfung - ich selbst bin auch ehrenamtlich tätig - einmal erlebt haben, dann wissen Sie, dass da bis auf den Cent geprüft wird.

Der Landesrechnungshof ist eine anerkannte Institution. Die Bundesrepublik in Gestalt des Bundesministeriums hat den Verein mehrfach geprüft. Es ist nie irgendetwas beanstandet worden. Wenn

Sie jetzt also unterstellen, der Verein würde einfach vor sich hin wursteln und würde nicht geprüft, dann ist das falsch.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Zustimmung von Dr. Falko Grube, SPD, von Dr. Verena Späthe, SPD, und von Ministerin Prof. Dr. Claudia Dalbert)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Schmidt hat sich noch zu Wort gemeldet.

Jan Wenzel Schmidt (AfD):

Frau Lüddemann, vielleicht können Sie mir erklären, warum der Verein „Miteinander e. V.“ keine Neumitglieder aufnimmt und auch gegen seine eigene Satzung verstößt und eine Ablehnung dementsprechend auch nicht begründet. Vielleicht haben Sie dazu ja mehr Kenntnisse.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Ach, haben Sie sich beworben und sind nicht aufgenommen worden? Das ist aber traurig.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN, bei der LINKEN und bei der SPD - Lars-Jörn Zimmer, CDU: Ich finde das jetzt gar nicht witzig! - Jan Wenzel Schmidt, AfD, meldet sich zu Wort)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Wenn Sie noch einmal wollen, dann kurz, Herr Schmidt.

Jan Wenzel Schmidt (AfD):

Ich würde gern wissen, warum der Verein keine Mitglieder aufnimmt und gegen seine eigene Satzung verstößt.

(Zuruf: Sie hat doch geantwortet!)

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Das gibt mir die Gelegenheit, auf den anderen Punkt zurückzukommen, den auch Ihr Redner hatte, von wegen 95 % und wenig Eigenmittel. Auch dazu hat die Ministerin ausgeführt, aber das würde ich hier gern noch einmal hervorholen.

Es ist das Wesen der institutionellen Förderung, dass das vom Land gewollte Aufgaben sind, wie zum Beispiel bei der Verbraucherzentrale, wie beim Tourismusverband, wie zum Beispiel bei Miteinander, bei denen klar ist, dass man das nicht aus Gebühren oder irgendwelchen anderen Einnahmen selbst generieren kann. Und das Land sagt, wir machen eine institutionelle Förderung und fördern die Institution für diesen Zweck. Es kann nicht anders sein, als dass der Hauptteil eben aus Steuergeldern, vom Land gewollt, investiert wird.

(Zuruf von der AfD: Warum werden dann keine Neumitglieder aufgenommen?)

Über die Strukturen des Vereins, wer Mitglied ist, dazu kann ich - um ehrlich zu sein: ich bin nicht Mitglied in dem Verein - keine Aussage treffen.

(Robert Farle, AfD: Dann muss nämlich die Gemeinnützigkeit entzogen werden!)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Gut. Dann sind wir mit diesem Debattenbeitrag durch und kommen zu dem nächsten. Für die Fraktion der SPD spricht die Abg. Frau Dr. Pähle. Frau Dr. Pähle, Sie haben das Wort.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu Beginn dieser Woche haben in Chemnitz 6 000 Menschen demonstriert, davon mehrere Tausend Rechtsextreme.

(Lachen bei der AfD)

Zitat:

„Wir haben Videoaufnahmen darüber, dass es Hetzjagden gab, dass es Zusammenrottungen gab, dass es Hass auf der Straße gab.“

(André Poggenburg, AfD: Genau! Alte Aufnahmen!)

„Und das hat mit unserem Rechtsstaat nichts zu tun.“

(Daniel Roi, AfD: Wie in Frankfurt (Oder) im „Frosch“!)

Das sind die Worte von Bundeskanzlerin Merkel. Sie fügt hinzu:

„Es darf auf keinem Platz und keiner Straße zu solchen Ausschreitungen kommen.“

(Beifall bei der SPD - André Poggenburg, AfD: Sie meinen damit die Messerstechereien!)

Dass es diese Ausschreitungen aber eben doch gab und dass sich die Situation in Chemnitz wie auch in anderen Orten in Sachsen überhaupt so zuspitzen konnte, hat sicherlich viele Ursachen. Aber eine Ursache ist ganz gewiss eine zu schwache Zivilgesellschaft, die sich den Feinden der Demokratie entgegensetzt,

(Tobias Rausch, AfD: Ach so!)

an jedem Ort, zu jeder Zeit. Eine solche engagierte Zivilgesellschaft fällt nicht vom Himmel. Sie braucht nicht nur Einsatzbereitschaft, sie braucht heutzutage eine ganze Menge Mut.

Damit die Menschen diesen Mut aufbringen können, brauchen sie Rückhalt, aus der Politik, aus den demokratischen Parteien, von staatlichen

Behörden, von Bürgermeisterin und Bürgermeistern.

Unser großer Vorteil in Sachsen-Anhalt ist, dass wir seit Jahren ein gutes Zusammenspiel von Staat, Kommunen und Zivilgesellschaft haben. Ausdruck dieser Zusammenarbeit ist das Netzwerk für Demokratie und Toleranz, das auf Initiative dieses Landtages und nicht zuletzt auch mit der Rückendeckung des damaligen Ministerpräsidenten Prof. Böhmer im Jahr 2005 ins Leben gerufen wurde.

(Zuruf von Mario Lehmann, AfD)

Diese Zusammenarbeit wird intensiv unterstützt durch das Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit, das wir gemeinsam im Jahr 2011 auf den Weg gebracht haben und das Menschen, die sich für Demokratie engagieren wollen, eine Fülle von Möglichkeiten bietet.

Wegbereiter und unverzichtbares Rückgrat dieses Engagements gegen Rechtsextremismus und Rassismus war und ist der Verein Miteinander. Was er leistet, das zeigt die Antwort auf die Große Anfrage detailliert auf.

(Mario Lehmann, AfD: Was er sich leistet!)

Die Ministerin hat es hier noch einmal eindrucksvoll umrissen.

Ich sage es deshalb ganz deutlich: Wir wollen den Standortvorteil einer tatkräftigen Zivilgesellschaft für Sachsen-Anhalt erhalten.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Zustimmung von Ministerin Petra Grimm-Benne und von Ministerin Prof. Dr. Claudia Dalbert)

Die SPD-Fraktion steht zu dem Verein Miteinander, zu seiner Arbeit, zu seiner Ausrichtung und zu seiner öffentlichen Förderung. Die Antwort auf die Große Anfrage bekräftigt uns in dieser Haltung und der Koalitionsvertrag sowieso.

Deutschland ist in einer schwierigen innenpolitischen Lage. Wir können es uns nicht leisten, falsche Signale zu setzen. Wir dürfen nichts tun, was Nazi-Hooligans von Chemnitz und anderswo ermutigt und die Verteidiger der Demokratie entmutigen würde.

Die Vorwürfe der AfD-Fraktion gegen den Verein Miteinander, für die es in der Antwort auf die Große Anfrage nicht den allergeringsten Ansatzpunkt gibt, haben nur einen Zweck, nämlich die Demokratie zu schwächen und Demokraten zu entmutigen. Und das hat System.

(André Poggenburg, AfD: Glauben Sie das selber?)

Das haben wir bei den Attacken auf christliche Kirchen gesehen. Das sehen wir an der Ankündi-

gung bei der AfD-Presskonferenz, als Nächstes seien die Gewerkschaften dran.

(Robert Farle, AfD: Ver.di!)

Das sehen wir vor allem auch in den skrupellosen Angriffen auf die Pressefreiheit.

Sie haben sicher alle den Post der AfD-Fraktion Hochtaunus gelesen, der den Deutschen Journalistenverband veranlasst hat, die Beobachtung der AfD durch den Verfassungsschutz zu fordern.

(André Poggenburg, AfD: Fordern kann man alles!)

Ich sage: zu Recht; der Schritt ist überfällig.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Verein Miteinander ist für die AfD und ihre rechtsextremen Verbündeten nur ein Mosaikstein.

(Oh! bei der AfD - Zuruf von Tobias Rausch, AfD)

In Wahrheit richten sich Ihre Attacken gegen alle Andersdenkenden, gegen alle Demokratinnen und Demokraten.

(Robert Farle, AfD: Bei Ihnen ist das genau so! Genau so! Wer Ihren Müll nicht glaubt, der wird angegriffen!)

Dagegen müssen wir als wehrhafte Demokraten zusammenstehen und müssen zusammenhalten. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Es gibt mehrere Wortmeldungen. Zuerst Herr Poggenburg.

André Poggenburg (AfD):

Eine Kurzintervention, bitte. - Sehr geehrte Frau Abg. Pähle, Sie haben mehrmals die Zivilgesellschaft angesprochen, was ich gut finde. Abgesehen von dem einen oder anderen Chaoten war es eben die Zivilgesellschaft, die in Chemnitz auf der Straße war, ob Ihnen das passt oder nicht. Das war die Zivilgesellschaft. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Katja Pähle (SPD):

Herr Poggenburg, wenn Menschen über den gewaltsamen Tod eines Menschen trauern

(André Poggenburg, AfD: Protestieren!)

- trauern! -

(André Poggenburg, AfD: Protestieren! - Dr. Falko Grube, SPD: Das ergibt doch überhaupt keinen Sinn, was Sie da rufen, Herr Poggenburg!)

dann finde ich das nachvollziehbar.

(André Poggenburg, AfD: Protestieren!)

Aber wenn nicht nur ein paar Chaoten, sondern große Gruppen durch eine Stadt ziehen mit Aufrufen wie „Tötet sie!“, „Ausländer raus!“ und den Hitlergruß zeigen, dann hat das weder

(Zuruf von André Poggenburg, AfD)

mit Zivilgesellschaft noch mit Trauer oder mit irgendetwas zu tun. Das ist Provokation und der Versuch, die Muskeln spielen zu lassen, um zu sehen, ob der Staat noch in der Lage ist, dem etwas entgegenzusetzen.

(André Poggenburg, AfD: Der Messerstecherei!)

Ich finde es gut, dass sich die Polizei an dieser Stelle jetzt auch Unterstützung aus den anderen Bundesländern geholt hat, um zu zeigen, dass für eine solche Hetze auf der Straße kein Platz ist.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Zustimmung von Ministerin Petra Grimm-Benne und von Ministerin Prof. Dr. Claudia Dalbert)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Jetzt Frau von Angern.

Eva von Angern (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Frau Dr. Pähle, erst noch einmal Danke dafür, dass Sie sich eben auch noch einmal ganz klar gegen diese rechte Hetze und vor allem auch gegen diese provozierte Selbstjustiz ausgesprochen haben.

(Unruhe bei der AfD)

Ich habe eine Frage: Habe ich Ihre Rede richtig verstanden, wenn ich zu dem Schluss komme, dass Sie als SPD-Fraktion Ihre Ministerin und damit auch Ihre Landesregierung dahingehend unterstützen, dass der im Haushaltsentwurf stehende Ansatz für den Verein „Miteinander e. V.“ in dieser Höhe nicht herabgesetzt wird? Und werden Sie sich als Fraktion dafür auch entsprechend stark positionieren?

Vizepräsident Wulf Gallert:

Bitte.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Wie Herr Szarata schon sagte, ist der Haushalt noch nicht beschlossen. Das wird am Dienstag im Kabinett passieren. Danach werden wir, wie alle Abgeordneten auch, diesen Haushalt zugeleitet bekommen. Wir werden Augenmerk haben auf diesen Bereich, aber auch auf den gesamten Bereich der Demokratieförderung. Der Verein „Miteinander e. V.“ ist für uns an dieser Stelle besonders wichtig, ohne Frage.

Wir wollen auch, dass die Arbeit des Vereins in gleicher Weise, in gleicher Qualität fortgeführt werden kann.

(André Poggenburg, AfD: Das ist keine Qualität! - Unruhe bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Dann sind wir bei dem nächsten Fragesteller. Das ist der Abg. Herr Farle.

Robert Farle (AfD):

Das ist eine Intervention.

Erstens. In Chemnitz ist auf bestialische Art und Weise ein junger Mann mit zwei Dutzend Messerstichen in den Rücken ermordet worden, wie man jemanden nur abschlachten kann. Das war ein bestialischer und brutaler Mord! Und dagegen sind 10 000 Menschen und mehr auf die Straße gegangen. Das war kein rechter Mob. Das waren Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, auch wenn unsere Medien völlig falsch berichtet haben.

(Beifall bei der AfD - Zuruf von Andreas Steppuhn, SPD)

Zweitens. Die AfD hat nicht dazu aufgerufen, an dieser Veranstaltung am Montag teilzunehmen, weil wir genau wussten - -

(Ministerin Petra Grimm-Benne: Doch! Die NRW-AfD hat aufgerufen, daran teilzunehmen! - Unruhe bei der LINKEN)

- Nein, die AfD hat nicht dazu aufgerufen. Dann machen Sie sich schlau.

(Zurufe von der LINKEN und von der SPD - Unruhe bei der AfD)

Die AfD hat am Montag nicht dazu aufgerufen, daran teilzunehmen, weil wir wussten, dass aus dem linken Spektrum wieder Leute dorthin kommen, die einen Hitlergruß provozieren und - -

(Beifall bei der AfD - Lachen bei der LINKEN - Zuruf von Cornelia Lüddemann, GRÜNE)

Ich habe es gesehen. Es gibt ein Video,

(Lachen bei der und Zuruf von der LINKEN - Unruhe bei der AfD)

das dies exakt nachweist. Derselbe Mann, der diesen Hitlergruß mehrfach vor Fernsehkameras gemacht hat, war hinterher in dem linken Antifablock verschwunden.

(Zuruf von Dr. Falko Grube, SPD - Unruhe bei der LINKEN)

Drittens; das ist das Entscheidende.

(Unruhe bei der AfD und bei der LINKEN - Zurufe von der SPD)

Sie tragen mit Ihrer falschen Berichterstattung und Darstellung immer nur dazu bei, Vorurteile, Hass und Hetze gegen die AfD zu schüren. Damit treiben Sie aber die Wählerstimmen genau in unsere Richtung, weil die Menschen in diesem Land es satt haben, an der Nase herumgeführt zu werden.

(Beifall bei der AfD - Zurufe von der AfD: Jawohl! - Unruhe bei der LINKEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Sie können reagieren, aber Sie müssen nicht.

Dr. Katja Pähle (SPD):

Herr Farle, ich weiß, dass es in der Aufregung immer schwer fällt, genau zuzuhören.

(Robert Farle, AfD: Ich habe zugehört!)

Ich habe am Anfang meiner Rede explizit gesagt, dass 6 000 Menschen in Chemnitz auf der Straße waren und davon - nicht einschließlich, sondern davon - waren mehrere Tausend Rechtsextremisten.

(Unruhe bei der AfD)

Dies ist übrigens nicht meine Einschätzung, sondern das ist die offizielle Einschätzung, die man an verschiedenen Stellen nachlesen kann.

(Zuruf von der AfD: Waren Sie da? - Unruhe bei der AfD)

Übrigens, soweit ich mich erinnere, habe ich einen Facebook-Post der AfD Chemnitz gesehen mit dem Foto der Blutlache und dem Aufruf, zu dieser Demo zu gehen. Dass das pietätvoller Umgang mit dem gewaltsamen Tod eines Menschen ist, wage ich zu bezweifeln. Das sage ich Ihnen eindeutig.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN - Zustimmung bei den GRÜNEN)

Ich hätte mir gewünscht - eigentlich, Herr Farle, bitte ich schon vorab um Verzeihung für diesen Vergleich -, dass Sie beim Tod von Yangjie Li die gleichen Schleifen getragen hätten, wenn genauso viele Menschen auf die Straße gegangen wären.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der LINKEN)

Bei Ihnen geht es an dieser Stelle um die Nutzung eines wirklich, wirklich schlimmen Verbrechens. Es gibt zwei Tatverdächtige. Es wird ermittelt. Der Rechtsstaat geht seinen Weg.

(Unruhe bei der AfD)

Aber Sie instrumentalisieren das.

(Unruhe bei der AfD)

Und Sie behaupten auch noch, dass Sie genau das nicht tun.

(Unruhe bei der AfD)

So viel Unreflektiertheit - für das andere Wort bekäme ich einen Ordnungsruf - kann man doch gar nicht in Ihrem Alter an den Tag legen. Das erschreckt mich wirklich jedes Mal.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN - Robert Farle, AfD: Sie wissen doch noch nicht einmal, dass dort eine Schweigeminute war!)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Gut. Dann haben wir als Nächstes die Wortmeldung von Herrn Gebhardt und danach noch eine von Herrn Raue.

Stefan Gebhardt (DIE LINKE):

Zwei kurze Fragen, Frau Pähle. Die erste Frage: Haben Sie irgendeine Idee, wie es einem Menschen gelingen kann, bei einem anderen Menschen so ohne Weiteres einen Hitlergruß zu provozieren?

(Lachen bei der LINKEN - Matthias Büttner, AfD: Provokateure sind das! - Mario Lehmann, AfD: Sie provozieren das selbst für Ihre Statistik!)

Und die zweite Frage, die ich habe, ist diese: Nachdem Herr Farle erneut versucht hat, hier darzustellen, dass die Vorwürfe gegen die AfD, was Gewaltaufrufe usw. betrifft, an den Haaren herbeigezogen sind - Sie erwähnten ja den Post der AfD Taunus -, könnten Sie vielleicht für uns im Plenum das Zitat des Facebook-Posts der AfD Hochtaunus vollständig nennen?

(Unruhe bei der AfD)

Dr. Katja Pähle (SPD):

Dafür, wie man bei anderen, die nicht bereit sind, den Hitlergruß zu zeigen, einen solchen provozieren kann, Herr Gebhardt, fehlt auch mir die Fantasie. Das kann ich Ihnen leider nicht beantworten.

Zu dem Zitat: Die AfD Hochtaunuskreis - ganz konkret will ich an der Stelle sein -, hat folgenden Post ins Internet gestellt. Und das passt tatsächlich in das System der Aufforderung zu Gewalt. Ich zitiere:

„Zu Beginn einer Revolution haben die Staatsberichterstatter noch die Chance, sich vom System abzuwenden und die Wahrheit zu berichten. Bei uns bekannten Revolutionen wurden irgendwann die Funkhäuser sowie die Presseverlage gestürmt und die Mitarbeiter auf die Straße gezerrt. Darüber sollten die Medienvertreter hierzulande einmal nachdenken, denn wenn die Stimmung endgültig kippt, ist es zu spät.“

Ich finde, das reiht sich eins zu eins in die veröffentlichten Chat-Protokolle der AfD Sachsen-Anhalt ein.

(Starker Beifall bei der SPD und bei der LINKEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Jetzt habe ich noch eine Frage aus der AfD-Fraktion. Jetzt weiß ich nicht, ob Herr Siegmund oder Herr Raue sprechen möchte. - Herr Siegmund, bitte.

Ulrich Siegmund (AfD):

Sehr geehrte Frau Kollegin Pähle, ich bedanke mich für die schönen Geschichten, die Sie wieder erzählt haben, die aber überhaupt nichts mit dem eigentlichen Thema zu tun haben, nämlich unserer Großen Anfrage zum Verein „Miteinander e. V.“.

(Beifall bei der AfD)

Was ich eigentlich noch viel schlimmer finde, ist dieses: Ich habe explizit darauf hingewiesen, dass ich von jedem Redner doch bitte auch eine Stellungnahme zu den Fakten haben möchte, die ich geliefert habe. Das war auch bei Ihnen überhaupt nicht der Fall.

(Eva von Angern, DIE LINKE: Wir leben doch in einem freien Land!)

Deswegen noch einmal meine Frage an Sie. Ich möchte mir ein Beispiel herausuchen. Die anderen wurden schon mit Blick auf Kleine Anfragen als ins Nirwana führend bezeichnet. Wie stehen Sie denn zu einer Schulung zum Thema „Critical Whiteness“. Bewerten Sie denn eine kritische Weißseinsforschung als zielführend für unsere Gesellschaft? Und haben Sie sich selbst auch schon kritisch mit ihrer eigenen Hauptfarbe auseinandergesetzt?

(Beifall bei der AfD - Zuruf von Eva von Angern, DIE LINKE)

Dr. Katja Pähle (SPD):

Das habe ich nicht. Das halte ich das für mich persönlich auch nicht für notwendig,

(Matthias Büttner, AfD: Huch!)

weil ich Toleranz auch gegenüber anderen Menschen an den Tag lege, die keine weiße Hautfarbe haben. Von der Warte her glaube ich, dass ich mit meiner Hautfarbe im Respekt gegenüber den anderen ganz gut angekommen bin.

(Zurufe von der AfD)

Weil Sie gesagt haben, ich sei nicht zum Inhalt der Debatte gekommen, zitiere ich noch ganz kurz aus meiner eigenen Rede: Nach meiner Meinung

gibt die Antwort auf die Große Anfrage nicht den allergeringsten Ansatzpunkt, die Förderung für den Verein einzustellen. - Das sage ich an dieser Stelle noch einmal ganz deutlich.

(Stefan Gebhardt, DIE LINKE: Mehr ist dazu nicht zu sagen! - Zuruf von Oliver Kirchner, AfD - Weitere Zurufe von der AfD)

Was Theorien insbesondere anbetrifft, Herr Siegmund, da kann Ihnen vielleicht Herr Dr. Tillschneider, wenn er nicht alles aus der Wissenschaft vergessen hat, berichten, wie man mit Theorieansätzen unterschiedlich umgeht und dass man sie erst einmal diskutieren muss in der Wissenschaft. Ich glaube nicht, dass hier der richtige Ort ist, darüber zu entscheiden, welche Theorien im Umgang miteinander die richtigen sind und welche nicht. Das hatten wir schon an anderer Stelle.

(Beifall bei der SPD, bei der LINKEN und bei den GRÜNEN - Zurufe von der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Danke. Ich sehe keine weiteren Fragen mehr. Dann können wir in der Debatte fortfahren. - Bevor wir das allerdings tun, begrüßen wir ganz herzlich Damen und Herren des Vereins Weißenfelder Stadtmusikanten auf unserer Besuchertribüne.

(Beifall im ganzen Hause)

Für die Fraktion der AfD spricht nun Herr Poggenburg. Herr Poggenburg, Sie haben das Wort.

André Poggenburg (AfD):

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Verehrte Abgeordnete! Ich habe den Ausführungen und Er widerungen der Fraktionen bei diesem grundlegenden Thema sehr genau zugehört. Und ich kann zumindest den drei linken Fraktionen hier den fadenscheinigen, leicht durchschaubaren Versuch bescheinigen, irgendwie solche linksradikalen Propagandavereine wie den Verein „Miteinander e. V.“ am Leben erhalten zu wollen, natürlich mit Steuerfinanzierung. Denn solche Vereine würden ohne Steuerfinanzierung überhaupt nicht bestehen können. Die Gesellschaft möchte und braucht solche Vereine nicht. Da können Sie drei Mal e. V. dahinter schreiben. Die sind überflüssig wie ein Kropf!

(Beifall bei der AfD)

Dass Sie dabei das Neutralitätsgebot völlig außer Acht lassen, wissen wir alle. Die Parlamentarischen Dienste in Brandenburg und im Bundestag haben deutlich gesagt, dass die Einhaltung des Neutralitätsgebots Voraussetzung für den Erhalt von Steuermitteln ist. Dass Sie das außer Acht lassen, dass Sie das gar nicht interessiert, zeigt ganz klar: Sie sind keine Demokraten. Sie sind höchstens Scheindemokraten.

(Beifall bei der AfD)

Aber wir haben schon verstanden, warum Sie so an diesen Vereinen hängen. Sie brauchen solche Vereine. Das sind nämlich genau die linken Hilfstuppen außerhalb des Plenums, außerhalb des Landtages, die Ihre linke Politik machen sollen, die Sie jetzt aufgrund erdrutschartiger Einbußen an Stimmen, an Wahlergebnis, an Macht nicht mehr ausführen können. Sie sind angewiesen auf diese Agitationen dort draußen, weil Sie hier nicht mehr so viel zu sagen haben. Nichts anderes steht dahinter.

(Beifall bei der AfD)

Dass Sie dabei den Parlamentarismus in Deutschland hintergehen, dass Sie den Parlamentarismus damit aushebeln, dass Sie damit übrigens auch den Wähler in Sachsen-Anhalt um sein Wahlergebnis betrügen,

(Oh! bei der SPD - Lachen bei der LINKEN)

dass Sie den Steuerzahler um sein Geld betrügen,

(Och! bei der SPD)

auch das interessiert Sie dabei nicht, wie das bei Scheindemokraten eben der Fall ist.

(Beifall bei der AfD)

Ich kann Ihnen versprechen, uns interessiert das sehr wohl. Die AfD als urdemokratische Partei

(Lachen bei der LINKEN)

wird nicht eher ruhen, ehe dieser linke Spuk und dieser linke Betrug ein jähes Ende finden. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Borgwardt, Sie haben das Wort.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Ich möchte als Fraktionsvorsitzender reden!)

- Okay. Dann kommen Sie nach vorn.

Siegfried Borgwardt (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich sage das mit der vollen Verantwortung, die jeder in diesem Hause für seine Wortmeldung übernehmen sollte. Es ärgert mich, dass ich mich vorhin habe hinreißen lassen, gleichwohl habe ich davon nichts zurücknehmen,

(Beifall bei der CDU)

weil es ungeheuerlich war, welche Partei sich hier dargestellt hat als der einzige Retter der Demokratie. Das ist ein Teil des Problems, das wir auch mit dem Verein „Miteinander e. V.“ haben.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage Ihnen aber auch gleich zu Anfang: Wir sind nicht für die Zerschlagung - wie das manche wollen - von jemandem, mit dem man möglicherweise einen Dissens in bestimmten Formulierungen und Aussagen hat. Ich halte das als Demokrat für den falschen Weg. Das sage ich ganz klar.

(Beifall bei der CDU)

Es kann aber nicht so bleiben, wie es jetzt ist. Auch das sage ich Ihnen ganz klar.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie in eine Reihe mit denen gestellt werden - meine Kollegen sind schon darauf eingegangen -, die eindeutig zumindest Verfassungsgegner sind, die Demokratiefeinde sind, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden und die auch verboten sind - in diese chronologischen Folge stellte man die CDU -, dann ist eine Grenze überschritten worden.

(Beifall bei der CDU)

Und wenn Demokraten in diesem Hause - wir konservativ-Mitte-rechts, Sie weiter rechts und Sie dort links - nicht zusammenstehen und sagen: Freunde, es geht um den einfachsten Anstand und da ist eine Grenze durchbrochen, wenn wir das so machen - -

(Zuruf von Henriette Quade, DIE LINKE)

- Nein, das liegt völlig offen, Frau Quade. Ich muss Ihnen sagen, auch Sie haben die Worte des Vizepräsidenten Wulf Gallert, die ich anfangs sehr gut fand, nicht verinnerlicht, da Sie hier diese Stigmata bedienen - Sie genauso, Herr Kirchner, Sie müssen jetzt nicht nicken -, um genau das zu produzieren, was ein Problem dieser Gesellschaft ist. Darauf gibt es keine leichten Antworten; das sage ich Ihnen klar.

Wenn mir jemand erzählt, dass die CDU nicht für die Demokratie ist, dann halte ich das für einen Aberwitz. Wenn das auch noch mit den Reihen gleichgesetzt wird, die ich eben genannt habe, nämlich mit den Verbänden, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden, dann ist das eine nicht hinzunehmende Verallgemeinerung, die auch sachlich falsch ist.

(Beifall bei der CDU)

Anstatt sich dafür einfach nur zu entschuldigen - das wäre es doch gewesen -,

(Zuruf von Dagmar Zoschke, DIE LINKE)

heißt es, wir hätten das falsch verstanden und ähnliche Dinge. Ich sage Ihnen aber auch, dass wir in einer Demokratie auch gesprächsbereit sind und uns weiter gesprächsbereit halten. Deswegen ist mit uns nicht zu machen, wenn einfach gesagt wird, wir zerschlagen das. Wir werden den Vorschlag machen - wir sind ja in der Endabstim-

mung - und machen das mit dem geschäftsführenden Landesvorstand. Da ich Vertreter des Vereins auf der Tribüne sehe, kann ich sagen: Am 11. September wird das Gespräch bei uns in der Landesgeschäftsstelle stattfinden. Wir fassen das ins Auge. Das Angebot machen wir gern. Dann müssen wir uns noch einmal darüber austauschen, wie wir das gemeinsam sehen.

Nun zu den Fragen, die Sie vorhin gestellt haben. Es gibt innerhalb unserer Koalition, so glaube ich, eine große Verantwortung. Sie können mir persönlich glauben, dass ich diese Verantwortung in meiner Fraktion und mit meiner Fraktion sowie in dieser Koalition insgesamt bisher getragen habe. Das kann ich Ihnen deutlich sagen. Ich werde auch weiterhin alles dafür tun; aber es gibt Grenzen, die man nicht überschreiten sollte.

(Zustimmung bei der CDU - Frank Bommersbach, CDU: Richtig!)

Ansonsten kann man mit uns über alles reden. Genauso ist das bei den Kabinettsmitgliedern. Die bilden nämlich genau dieses Spektrum ab.

Herr Meister, ich schätze Sie. Ob das nun eine bestellte Frage war oder nicht, eines ist doch völlig klar: Der Haushalt wird am nächsten Dienstag von der Landesregierung beschlossen werden.

(Olaf Meister, GRÜNE: So ist es!)

Welche Ideen und Gedanken jemand hat, werden wir dann schwarz auf weiß sehen. So ist das, Herr Meister.

(Zuruf von Olaf Meister, GRÜNE)

Wir werden nicht vorher über etwas reden - in diese Falle werde ich nicht tappen - und irgendwelche Zwischenprozesse aufmachen, nicht bevor Dienstag ist. Es gehört übrigens auch, Herr Meister, zu der von mir vorhin beschriebenen Verantwortung für dieses Land und zu der Verantwortung für die Koalition und zu der Verantwortung für diese Demokratie in diesem Lande, dass wir eben nicht versuchen, einen Keil hineinzutreiben, sondern dass wir gemeinsam versuchen

(Zuruf von Olaf Meister, GRÜNE)

- ja, ja, ja -, daraus das Beste zu machen.

Ich sage es noch einmal: Wir sind nicht für die Zerschlagung eines Vereins, der nach meiner Ansicht einen Fehler gemacht hat, mindestens den einen; der ist für uns aber gravierend.

(Zustimmung von Frank Bommersbach, CDU)

Da hier eine entsprechende Frage gestellt worden ist, möchte ich noch klarstellen, dass eine Partei oder eine Landesregierung natürlich nicht einen Verein auflösen können; das ist doch völlig klar, das hat auch niemand gesagt. Man kann ihn allerdings durch Mittelentzug austrocknen. Das aber

ist ausdrücklich - das sage ich noch einmal - nicht unser Hauptbestreben. Aber wir müssen uns natürlich darüber unterhalten, was Fakt ist. Für mich und meine Fraktion ist eine Konsequenz - das werden wir in dem anberaumten Gespräch noch besprechen -, dass sich die Ausrichtung des Vereins, auch die Veranstaltungsreihen und vor allem die veröffentlichten Unterlagen und Schriften dem Gebot anpassen müssen, dass man Rechtsextremismus bekämpft. Das finden wir völlig legitim, gar keine Frage, aber nicht rechts.

(André Poggenburg, AfD: Rechtsextremismus!)

Und rechts ist auch die CDU in diesem Koordinatensystem. Das ist die Überschreitung der Grenze und dafür hat der Verein keine Berechtigung.

(Beifall bei der CDU)

Dafür hat der Verein auch in der Satzung keine Berechtigung. Solange es an dieser Stelle kein Umdenken gibt, wird es mit uns keinerlei Erhöhung der Finanzmittel für diesen Verein geben.

(Zustimmung bei der CDU - Zustimmung von Robert Farle, AfD)

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Da ich keine weiteren Wortmeldungen sehe, sind wir am Ende der Debatte angelangt. Beschlüsse in der Sache werden naturgemäß nicht gefasst.

Wir kommen jetzt zu den irdischen Dingen des Lebens. Es ist jetzt 14:20 Uhr. Möglicherweise hat der eine oder andere wirklich noch nicht Mittag gegessen, dazu zähle ich. Deswegen machen wir trotzdem genau eine Stunde Mittagspause, nämlich bis um 15:20 Uhr. Dann sehen wir uns hier wieder.

Unterbrechung: 14:20 Uhr.

Wiederbeginn: 15:22 Uhr.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist 15:22 Uhr. Wir liegen ohnehin schon etwas hinter dem Zeitplan zurück. Deshalb würde ich jetzt darum bitten, dass wir - zumindest diejenigen, die im Raum sind - uns auf die Tagesordnung konzentrieren, die vor uns liegt.

Wir kommen zum

Tagesordnungspunkt 11

a) Beratung

Bibliotheken in Sachsen-Anhalt

Große Anfrage Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/2446**

Antwort Landesregierung - **Drs. 7/3064 neu**

b) Erste Beratung

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bibliotheksgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt

Gesetzentwurf Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/3271**

Für die Aussprache zur Großen Anfrage wurde die Debattenstruktur D, also eine Redezeit von 45 Minuten, vereinbart. Eine gesonderte Einbringung des Gesetzentwurfes ist nicht vorgesehen. Die Reihenfolge der Fraktionen ist wie folgt: SPD vier Minuten, AfD zehn Minuten, GRÜNE zwei Minuten, CDU zwölf Minuten und DIE LINKE sechs Minuten.

Gemäß § 43 Abs. 6 der Geschäftsordnung des Landtages erteile ich zuerst der Fraktion DIE LINKE das Wort. Für DIE LINKE ergreift der Abg. Herr Gebhardt das Wort. Herr Gebhardt, Sie haben das Wort.

Stefan Gebhardt (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine Damen und Herren! Aus der Antwort auf die Große Anfrage zu den öffentlichen Bibliotheken zeigt sich eine für uns deutliche Tendenz, nämlich die, dass die Anzahl der öffentlichen Bibliotheken in den vergangenen Jahren dramatisch abgenommen hat. Waren es im Jahr 1991 noch 689 in Sachsen-Anhalt, so sind es im Jahr 2017 nur noch 182 kommunale Bibliotheken. Das entspricht einem Rückgang um ca. 75 %. Diese Zahl klingt auf den ersten Blick schon dramatisch.

An dieser Stelle ist es notwendig, zwischen den hauptamtlich geleiteten und den neben- bzw. ehrenamtlich geführten Bibliotheken zu unterscheiden. Von 182 Bibliotheken, die es noch gibt, bestehen noch 73 hauptamtlich geführte Bibliothekseinrichtungen. Betrachtet man nur die Anzahl der öffentlich und hauptamtlich geführten Bibliotheken, ist der Rückgang bzw. das Schrumpfen des Bibliotheksnetzes in Sachsen-Anhalt besorgniserregend. Wir als LINKE denken, dass es jetzt an der Zeit ist, dem entgegenzusteuern.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber, meine Damen und Herren, es gibt auch erfreuliche Zahlen. Erfreulich ist, dass die Nutzerzahlen proportional zum Schwinden der Bibliotheken keinen so starken Rückgang erfahren haben. In den letzten Jahren blieb die Zahl der Nutzerinnen und Nutzer der Bibliotheken weitgehend sogar stabil. In einigen Bevölkerungsgruppen wurde gar ein Anstieg der Zahl an Bibliotheksnutzern verzeichnet. Das wiederum zeigt, dass es nach wie vor einen großen Bedarf am Vorhalten öffentlicher Bibliotheken zu geben scheint. Und das ist auch gut so.

Das Interesse an Bibliotheken hängt allerdings auch von anderen Parametern ab. Die Antwort der Landesregierung auf unsere Große Anfrage zeigt, dass es immer wichtiger wird, regelmäßige und nutzerfreundliche Öffnungszeiten vorzuhalten, aber auch fachliche Beratung in den Bibliotheken anzubieten. Genauso essenziell ist das Vorhalten wichtiger Angebote, wie zum Beispiel die virtuelle Nutzung des Bücher- und Medienbestandes, das heißt Fernleihe oder auch die Onleihe.

Bedenkt man aber, dass insbesondere für Kinder ab zwölf Jahren die physische Präsenz von Bibliotheken von größter Bedeutung ist, sind die dramatische Abnahme der Anzahl an Bibliotheken und auch die Tatsache, dass nur noch vier Fahrbibliotheken im Land Sachsen-Anhalt unterwegs sind, alarmierend.

(Beifall bei der LINKEN)

Hinzu kommt, dass die Öffnungszeiten im Land sehr unterschiedlich sind. Durchschnittlich haben die kommunalen Bibliotheken im Land 22,4 Stunden geöffnet. Aber was sagt uns denn hier der Durchschnitt? - Die Öffnungszeiten sind von Ort zu Ort sehr unterschiedlich. Während zum Beispiel in Weferlingen die Bibliotheksöffnungszeiten bei 7 Stunden pro Woche liegen, können in Magdeburg die Nutzerinnen und Nutzer 48 Stunden pro Woche ihre Bibliotheksangebote vor Ort nutzen.

Hinzu kommt, dass sich die hauptamtlich geleiteten kommunalen Bibliotheken mehr und mehr zu Ein- und Zwei-Personen-Einrichtungen entwickeln. Dieser Trend ist alles andere als positiv; denn bei Ein- bis Zwei-Personen-Betrieben lassen sich regelmäßige und nutzerfreundliche Öffnungszeiten wohl kaum realisieren.

Aber die Zugänglichkeit ist nun einmal ein zentraler Qualitätsindikator für Bibliotheken in Städten und Gemeinden. Somit gewinnt die Ausleihe virtueller Medien per Internet unabhängig von den Öffnungszeiten der Bibliothek immer mehr an Bedeutung. Der Onleihe-Verband, ein Projekt des Landesverbandes im Deutschen Bibliotheksverband, macht sich in dieser Hinsicht sehr verdient. Dessen Ausbau und die landesseitige Förderung sind weiterhin zu unterstützen.

(Beifall bei der LINKEN)

Klar ist: In einem Flächenland mit schwindender Anzahl öffentlicher Bibliotheken sind die Vernetzung von Bibliotheksangeboten sowie die Beratung und Qualitätsentwicklung der vorhandenen Häuser von größter Bedeutung. Neben dem Onleihe-Verband übernimmt der ehrenamtlich geführte Landesverband der Bibliotheken im Sinne der Vernetzung kommunaler Bibliotheksangebote in Sachsen-Anhalt seit Jahren besondere Aufgaben, die von größtem Landesinteresse sind. Seit

2011 erreicht das Kooperationsprojekt des Landesverbandes zur Zusammenarbeit zwischen Bibliotheken und Schulen landesweit jährlich etwa 33 000 Kinder und Jugendliche - eine stolze Zahl.

(Beifall bei der LINKEN)

Um aber den aktuellen Anforderungen und Themen gerecht zu werden, bedarf es einer Bündelung der Interessen der öffentlichen Bibliotheken. Die einzelne Bibliothek ist oft nicht in der Lage, besondere Themenfelder zusätzlich zum alltäglichen Betrieb zu bearbeiten. Beispielhaft sei hier das Thema Digitalisierung zu nennen.

Aus der Antwort auf die Große Anfrage geht hervor, dass hierfür zwar seit drei Jahren Landesmittel bereitstehen, diese aber nicht abfließen. Deshalb ist es unser Anliegen, Koordinierung und Beratung unbedingt auszubauen und dies auch von Landesseite stärker zu befördern.

Apropos Beratung und Koordinierung: Hierfür gibt es eigentlich die Landesfachstelle für Bibliotheken. Deren Aufgabe soll eigentlich genau das sein, was andere institutionell geförderte Vereine im Kulturbereich leisten, nämlich Beratung der Bibliotheken bzw. der Träger, Durchführung von Fortbildungsmaßnahmen und Durchführung von Modellprojekten.

Bedenkt man aber, dass die Landesfachstelle bis 2004 noch zwölf Personalstellen hatte und aktuell nur noch über drei Mitarbeiterinnen verfügt, stellt man schnell fest, dass diese Aufgaben so gar nicht mehr wahrgenommen werden können. Mir kann jedenfalls niemand erzählen, dass mit drei Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern die gleichen Aufgaben bewältigt werden können wie mit zwölf Mitarbeitern.

Unser Anliegen ist es nun, hier zu korrigieren; denn bei den aktuellen Anforderungen an die Bibliotheksarbeit muss es eine Koordinierungsstelle geben, die berät, die vernetzt und das Bibliothekswesen mit den Trägern gemeinsam weiterentwickelt.

Wir schlagen daher in unserem Gesetzentwurf vor, die Aufgaben der Landesfachstelle für Bibliotheken klarer zu definieren. Außerdem wollen wir die Rolle des Bibliotheksverbandes gesetzlich festschreiben und somit den Verband und seine Arbeit stärken und vor allen Dingen die dort geleistete Arbeit langfristig absichern.

Das Hauptanliegen unseres Gesetzentwurfs ist aber ein anderes und hat viel mit dem Dauerthema Kinderarmut in unserem Land zu tun. Wir wollen, dass es gesetzlich geregelt ist, dass Kinder, Schülerinnen und Schüler, Studierende und Auszubildende von Nutzungsgebühren in Bibliotheken vollständig befreit sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Laut Deutschem Kinderschutzbund sind 4,4 Millionen Kinder in Deutschland von Kinderarmut betroffen. Das sind 1,4 Millionen mehr als bislang angenommen. Die Heinrich-Böll-Stiftung erklärte, dass 15 % bis 20 % der Kinder jedes Jahrgangs schlechtere Teilhabechancen haben als ihre Altersgenossen. Dabei ist hinlänglich bekannt: Je länger Kinder in Armut aufwachsen und unter Teilhabeverlusten leiden, umso weitreichender sind die Langzeitfolgen für deren persönliche Entwicklung.

Das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes, das vor 25 Jahren von Deutschland mit ratifiziert wurde, ist in der Bundesrepublik damit geltendes Recht. Dieses Übereinkommen bindet Deutschland an vier Grundprinzipien: ein Recht auf Gleichbehandlung und Schutz vor Diskriminierung für Kinder, die Vorrangigkeit des Kindeswohls, also das Recht, alle Kinder betreffende Maßnahmen zum Wohle des Kindes in den Vordergrund zu stellen, das Recht auf bestmögliche Entwicklungschancen und das Recht auf freie Meinungsäußerung und Berücksichtigung des Kindeswillens.

Man muss sich vergegenwärtigen, dass 15 % bis 20 % der Kinder und Jugendlichen der Zugang zu diesen Rechten noch immer erschwert bleibt. Die Förderung dieser Kinder und Jugendlichen ist aber eine öffentliche Aufgabe. Die Rahmenbedingungen für Teilhabe müssen aus unserer Sicht deshalb gesetzlich festgeschrieben werden.

Genau hier wollen wir ansetzen. Wir wollen Kindern soziale Teilhabechancen ermöglichen. Neben dem familiären und sozialen Umfeld geht es hierbei um die Veränderung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen und damit um einen diskriminierungsfreien Zugang zu Bildungs- und Kulturinstitutionen.

(Beifall bei der LINKEN)

Bibliotheken sind die mit Abstand am stärksten genutzten Bildungs- und Kultureinrichtungen. Sie garantieren den freien Zugang zu Bildung und Wissen. Die Frage jedoch ist: Wie wollen wir Teilhabeverluste minimieren, wenn in den vergangenen Jahren öffentliche Bibliotheken vermehrt Nutzungsgebühren erhoben haben?

So auch in Sachsen-Anhalt. Von den im Jahr 1990 erfassten 127 hauptamtlich geleiteten Bibliotheken haben laut Antwort der Landesregierung nur sechs Bibliotheken Nutzungsgebühren für die Ausleihe ihres Medien- und Bücherbestandes erhoben. Im Jahr 2017 erheben von den 73 erfassten hauptamtlich geleiteten kommunalen Bibliotheken bereits 55 Bibliotheken Nutzungsgebühren. Das ist schon ein enormer Anstieg.

Aber, meine Damen und Herren, wenn wir wollen, dass Bibliotheken vor allem für unsere Kinder und

Jugendlichen offenstehen, darf es einfach keine finanziellen Hürden geben.

(Beifall bei der LINKEN)

Der dritte Schwerpunkt unseres Gesetzentwurfs liegt in der Qualitätsentwicklung. In § 1 des aktuell gültigen Bibliotheksgesetzes haben wir die Bibliotheken seinerzeit klar als Bildungseinrichtung definiert. Wörtlich heißt es im Gesetz dazu:

„Die Bibliotheken sind Bildungseinrichtungen und dienen der Förderung der kulturellen Betätigung aller Einwohnerinnen und Einwohner. Sie sind Informations-, Kommunikations- und Lernorte und entsprechend ihren Aufgaben wichtige Kooperationspartner für andere Einrichtungen in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Kultur.“

Wenn wir also Bibliotheken klar als Bildungseinrichtungen betrachten und das so im Gesetz festgeschrieben haben, müssen wir als Land auch ein Interesse daran haben, dass entsprechende Qualitätskriterien eingehalten werden. Um es zuspitzt zu formulieren: Wir wollen nicht, dass in irgendeiner Stadtverwaltung ein Bücherregal steht und man das als Bibliothek bezeichnet. Wir wollen Kriterien gesetzlich verankern, die eingehalten werden müssen, wenn das Land Bibliothekseinrichtungen fördern soll.

Als gutes Beispiel hierfür dient für uns das Musikschulgesetz des Landes. Auch hier haben wir gesetzlich festgeschrieben, welche Qualitätsstandards erfüllt werden müssen, um die entsprechende Landesförderung zu erhalten.

Auch bei den Musikschulen handelt es sich um kommunale Einrichtungen, die vom Land gefördert werden. Insofern lassen sich beide Sachen ganz gut miteinander vergleichen.

Mit dem Musikschulgesetz haben wir insgesamt seit seinem Inkrafttreten recht gute Erfahrungen gemacht. Also warum dieses Modell nicht auch bei anderen Kultursparten anwenden?

Als Land sollten wir immer die Bereitschaft signalisieren, Bibliotheken auch finanziell zu unterstützen und zu fördern, aber nur dann, wenn die Qualität stimmt. Als Kriterien haben wir formuliert: regelmäßige Öffnungszeiten, aktueller Bestand, angemessene Personalausstattung auch hinsichtlich der fachlichen Qualifikation, geeignete Räumlichkeiten und Ausstattung. Das sind quasi Grundbedingungen; diese sollten eigentlich von allen öffentlichen Bibliotheken erfüllt und eingehalten werden. Im Übrigen sind dies auch die Forderungen des Bundesbibliotheksverbands.

Meine Damen und Herren! Mit der Antwort der Landesregierung auf unsere Große Anfrage liegt

ein gut verwertbares Datenmaterial vor. Hiermit lässt es sich auch für uns als Fraktion gut arbeiten.

Einen herzlichen Dank an dieser Stelle an die Staatskanzlei, an deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die uns mit dem Zusammentragen des umfangreichen Zahlenmaterials sehr geholfen und dies zusammengestellt haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Unser Gesetzentwurf ist quasi das Resultat auf die Antworten, die Sie uns gegeben haben.

Ich bitte deshalb um Überweisung des Gesetzentwurfes zur federführenden Beratung in den Ausschuss für Bildung und Kultur sowie zur Mitberatung in den Finanzausschuss. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Warten Sie, Herr Gebhardt, es gibt eine Frage von Herrn Loth. Sie können danach entscheiden, ob Sie antworten möchten.

Stefan Gebhardt (DIE LINKE):

Na klar.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Loth, Sie haben das Wort.

Hannes Loth (AfD):

Sehr geehrter Herr Gebhardt, Sie sagten, es gebe in Deutschland 4,4 Millionen Kinder, die in Armut leben; das sei schlimm genug. Wie viele Kinder sind es in Sachsen-Anhalt? Das wäre meine erste Frage. Denn wir sind ja in Sachsen-Anhalt. Wir wollen uns mit der Bibliothek in Sachsen-Anhalt beschäftigen.

Des Weiteren haben Sie gesagt, die Beitragsfreiheit für die Nutzung dieser Bibliotheken soll dazu dienen, dass die Kinder an den Angeboten teilhaben können. Ich frage mich: Ist dieses Angebot vom Teilhabegesetz ausgeschlossen? Oder können die Mittel, die nach dem Bundesteilhabegesetz gewährt werden, für die Teilhabe an Bibliotheken und nicht nur an Sportvereinen verwendet werden?

(Zuruf von Eva von Angern, DIE LINKE)

Stefan Gebhardt (DIE LINKE):

Zur ersten Frage. Die Zahlen, die ich zur Kinderarmut präsentiert habe, sind relativ neu; diese entsprachen dem kürzlichen Bericht des Kinderschutzbundes. Auf diese Quelle habe ich mich gestützt.

Ob der Kinderschutzbund die Zahlen auf Sachsen-Anhalt heruntergebrochen hat, entzieht sich

meiner Kenntnis. Ich kenne sie nicht. Ich kenne nur die Gesamtzahl in der Bundesrepublik; diese habe ich hier gebracht. Ich konnte keine Zahlen für Sachsen-Anhalt nennen, weil sie uns nicht vorlagen. Aber es wäre mit Sicherheit interessant, das zu recherchieren.

Zur zweiten Frage. Das beruht auf Erfahrungswerten. Ich will ein Beispiel nennen. Aus der Stadtbibliothek Magdeburg wurde uns das so klar so berichtet. Kinder bis zwölf Jahre sind Dauerkunden in einer Bibliothek. Ab dem Moment, in dem - wie in Magdeburg ab einem Alter von zwölf Jahren - Nutzungsgebühren erhoben werden, bleibt ca. die Hälfte der Kinder weg, auch wenn es nur 5 € sind. Denn sie sind darauf angewiesen, dass ihre Eltern ihnen die 5 € mitgeben. Die Kinder verdienen noch nichts.

Daher sagen wir: Kinder, die logischerweise noch nichts verdienen, dürfen nicht in Abhängigkeit vom Geldbeutel ihrer Eltern Bildungseinrichtungen besuchen oder nicht. Das ist der Grundsatz. Wir wollen versuchen, den hier zu verankern.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Dann können wir in die Debatte einsteigen. Für die Landesregierung spricht Staatsminister Robra.

Rainer Robra (Staatsminister und Minister für Kultur):

Schönen Dank, Herr Präsident. - Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, welchen Standard und welche Ausgestaltung die 698 Bibliotheken damals gehabt haben, die auf der Grundlage der Verordnung des Ministerrats über die Aufgaben des Bibliothekssystems bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR eingerichtet worden waren. Ich weiß aber, dass die 73 hauptamtlich geleiteten und 109 neben- und ehrenamtlich geleiteten Bibliotheken, die wir heute haben, bereits hohen Ansprüchen genügen.

Das liegt daran - das will ich ausdrücklich mit einem Dank an die kommunalen Träger des Museumswesens bei uns und mit einem Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort sagen -: Die Bibliotheken, die wir jetzt haben, entsprechen den höchsten Standards. Ich kann deswegen nicht wirklich nachvollziehen, warum wir mit staatlich gesetzten Qualitätsstandards die Kommunen unter Druck setzen sollen, hier noch mehr oder anderes, vermeintlich Besseres zu tun, als die Bibliotheken schon tun.

Ich habe einige dieser Bibliotheken besucht und war wirklich sehr positiv überrascht von dem, was ich dort sehen und erleben durfte. 116 000 registrierte Nutzer, die wir haben, haben - auch das ist eine große Leistung des Gesamtsystems ein-

schließlich des Bibliotheksverbandes, den ich gern in meinen Dank einbeziehen will, und der Landesfachstelle, der auch Dank gebührt - alle Zugang zum Onleihe-Verbund. Dieser Onleihe-Verbund ist Tag und Nacht geöffnet. Ich kann Tag und Nacht Bücher ausleihen.

Das gibt es wahrscheinlich nicht in allen Bundesländern. Insgesamt sind 5,8 Millionen Medien aus unseren Bibliotheken ausgeliehen worden. Fast 8 900 Veranstaltungen wurden für alle Bevölkerungsschichten durchgeführt, 60 % dieser Veranstaltungen für Kinder. Diese Veranstaltungen werden in nicht seltenen Fällen auch vom Land aus der Kulturförderrichtlinie gefördert. Wir haben ein breites Spektrum an Initiativen, aber auch ein breites Spektrum an Unterstützung.

Herr Gebhardt, ich will mit dem Eindruck aufräumen, den Sie hier - vielleicht auch ungewollt - erweckt haben. Wir haben ein sehr gutes Bibliotheksgesetz. In § 10 Abs. 3 dieses Bibliotheksgesetzes heißt es:

„In Bibliotheken ist die Nutzung des Bücher- und Medienbestandes ohne Ausleihe kostenfrei.“

Also all das, was die Kinder, die Jugendlichen, im Übrigen auch die Erwachsenen, in der Bibliothek lesen und beispielsweise an Tageszeitungen aus aller Welt, wenn sie bereitstehen, nutzen können, kostet nichts.

Für die Ausleihe dürfen - mit Ausnahme der Schulbibliotheken, die kostenlos sind; die haben wir auch noch - sozial ausgewogene Nutzungsentgelte und -gebühren erhoben werden. Das heißt, die Kommunen haben es in ihrer eigenen Verantwortung, das zu tun oder zu lassen und dabei alle Gesichtspunkte, die überhaupt nur berücksichtigt werden können, einzubeziehen.

Das ist, glaube ich, der wesentliche Unterschied zwischen den Christdemokraten und der LINKEN. Wir wollen nicht alles von oben, nicht alles vom Staat, nicht überall staatliche Vorgaben und nicht alles umsonst. Das mag von denjenigen abgewogen werden, die vor Ort verantwortlich sind, die auch ihrer Verantwortung in sozialer Hinsicht sehr gut gerecht werden.

Und auch das noch: Staatliche Standards zu setzen, heißt immer auch Bürokratie, heißt Rechenschaftslegung, heißt Überprüfung, heißt am Ende möglicherweise Sanktionierung mit allen Rattenschwänzen gerichtlicher Verfahren, die es geben kann. Das würde ich mir, dem Bibliothekswesen und den Kommunen wirklich gern ersparen wollen.

Ein wichtiger Unterschied zwischen dem Bibliothekswesen und dem Musikschulwesen besteht darin, dass es auch private Musikschulen gibt, die

sich nach dem Musikschulgesetz zertifizieren lassen können.

Im Bibliothekswesen haben wir ausschließlich kommunale Bibliotheken. Es ist gut und richtig, dass das Land diese unterstützt. Aber die Verantwortung sollte weiterhin bei den Kommunen liegen.

Spannend wäre für mich gewesen, Herr Gebhardt - darauf hatte ich mich, ehrlich gesagt, ein bisschen gefreut -, dass wir in dieser Diskussion zu der Großen Anfrage auch über die zeitgemäßen, die aktuellen Herausforderungen an Bibliotheken diskutieren.

Das Bibliothekswesen steht vor der allergrößten Herausforderung wegen der Digitalisierung, weil es all das, was es dort gibt, im Prinzip auch im Internet gibt.

Für mich ist die spannende Frage, wie wir die Smartphone-Generation der jungen Menschen wieder zum Lesen des - sprichwörtlich - guten alten Buches motivieren,

(Zustimmung bei der CDU und bei der SPD)

damit sie nicht immer nur am Smartphone kleben. Das ist die eigentliche Herausforderung.

Ich weiß, dass das für diejenigen, die sich hauptamtlich mit dem Bibliothekswesen im Landesbibliotheksverband, aber auch auf der Bundesebene beschäftigen, die aktuelle Frage ist.

Wo kommen wir mit unseren Büchern noch vor? Lohnt es sich überhaupt noch, Bücher zu kaufen? Oder kaufen wir nur noch digitale Medien? Eines Tages fragt man sich: Kaufen wir noch digitale Medien? Oder eröffnen wir nur Download-Stationen, weil das alles in irgendeiner Cloud verfügbar ist?

Wie wir darauf reagieren, wie wir unsere kommunalen Bibliotheken, aber auch die Schulbibliotheken und nicht zuletzt die wissenschaftlichen Bibliotheken an unseren Hochschulen, die das Gesamtspektrum ergänzen, auf diese digitale Herausforderung einstellen, ist die Frage der Zeit.

Wir haben deswegen - das haben Sie mit Recht angesprochen - aus der sogenannten digitalen Rendite Mittel für die Förderung von digitalen Projekten im Kulturbereich zur Verfügung gestellt. Der Bibliotheksverband und die Landesfachstelle arbeiten noch daran, das umzusetzen.

Vielleicht müssen wir doch noch einmal über die Landesgrenzen hinausschauen. Auch der Bundesverband bietet Weiterbildungsangebote in großer Zahl an, die von unseren Bibliotheksmitarbeitern gern erfolgreich und auch für ihre praktische Arbeit relevant genutzt werden. Sie sind in ihren Bibliotheken also nicht alleingelassen, son-

dem sind eingebunden in ein großes Netzwerk fachlicher Unterstützung in Bund und Ländern, in dem alle miteinander arbeiten, in dem Fachliteratur, die es dazu gibt, zur Verfügung gestellt wird und Fachzeitschriften existieren, die für Bibliotheksleute geschrieben werden.

Deshalb ist es nicht die sozusagen exklusive und abschließende Aufgabe unserer Landesfachstellen, die „unwissenden“ Bibliotheksmitarbeiter, die überwiegend studierte Bibliothekare sind, sozusagen tagaus, tagein anleiten zu müssen. Das ist schon etwas komplexer und sicherlich in dem Maße nicht erforderlich.

Ich denke, wir werden all das, was mit dem Gesetz zu tun hat, im Ausschuss intensiver beraten müssen. Darauf freue ich mich. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Danke, Herr Staatsminister. - Bevor ich eine Fragestellung zulasse, will ich ganz herzlich Damen und Herren des CDU-Stadtverbandes Zerbst auf unserer Besuchertribüne begrüßen. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Jetzt hat Frau Bahlmann eine Frage an den Minister.

Katja Bahlmann (DIE LINKE):

Herr Minister, ich habe eine Frage. Sie führten aus, dass die Nutzung der Bibliotheken kostenlos ist. Meines Erachtens verzerrt dies ein bisschen das Bild. Zum Beispiel in der Martin-Luther-Bibliothek in Zeitz fallen außer den Ausleihgebühren noch Anmeldegebühren und Jahresgebühren an. Das zählt auch zu den Kosten. Wie erklären Sie sich das? Es verzerrt sonst das Bild, wenn Sie sagen, das ist in der Bibliothek kostenlos.

Rainer Robra (Staatsminister und Minister für Kultur):

Für die Mitgliedschaft in einer Bibliothek, die letzten Endes auch der Überwachung dient, Gebühren zu erheben oder nicht, ist wirklich Sache der Kommunen. Die Materialien in den Bibliotheken werden zur Verfügung gestellt. Das ist aus meiner Sicht einer Regelung durch Landesgesetz nur dann zugänglich, wenn wir die Folgen der Konnektivität zu tragen bereit sind und den Kommunen die Einnahmeausfälle, die damit verbunden sind, erstatten.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Es gibt keine weiteren Fragen.

(Stefan Gebhardt, DIE LINKE, meldet sich zu Wort)

- Doch, von Kollege Gebhardt. - Entschuldigung, wie konnte ich Sie übersehen. Bitte, Sie haben das Wort.

Stefan Gebhardt (DIE LINKE):

Herr Robra, ich wollte auf eines hinweisen, weil Sie hinterfragt haben, ob man die Qualitätskriterien einfügen oder dabei so administrativ herangehen muss, und weil Sie gesagt haben, unsere Bibliotheken sind - ich sage das lax - alle chic und gut ausgestattet.

Die Bibliothek in Hettstedt, über die ich als Stadtrat mitentschieden habe, hatte drei Beschäftigte, unter anderem eine Leiterin, die ausgebildete Bibliothekarin war. Diese ging in Ruhestand; die Stelle ist nicht neu besetzt worden. Seitdem hat die Bibliothek keine Leiterin mehr. Sie verfügt auch über keine Mitarbeiterin mehr, die Bibliothekswesen gelernt oder studiert hat. Dort sitzen zwei Sekretärinnen, die sich große Mühe geben. Wenn die eine krank und die andere im Urlaub ist, hängt ein Zettel mit dem Hinweis „Vorübergehend geschlossen!“ aus.

Das sind genau die Beispiele, die ich meine, die ich gern ausgeschlossen hätte. Wenn sich eine Stadt eine Bibliothek leistet und Landesmittel für den Ausbau, die Vernetzung, die Bestandserneuerung und Ähnliches haben möchte, dann hat aus meiner Sicht das Land einfach die Pflicht, zu sagen, dann sollen hier bestimmte Qualitätskriterien eingehalten werden. Solche Sachen mögen Einzelbeispiele sein. Aber die kommen aus unserer Sicht - so steht es in der Antwort - immer häufiger vor.

Es gibt immer mehr Zwei- oder Drei-Mann-Betriebe, in denen regelmäßige Öffnungszeiten nicht gesichert werden können und vor allen Dingen qualifiziertes Personal fehlt.

Rainer Robra (Staatsminister und Minister für Kultur):

Ich will dazu gern etwas sagen. Nach meiner Erfahrung ist das Thema schon deshalb sensibel, weil wir unter den 109 ehrenamtlich geleiteten Bibliotheken wirklich ein extrem großes Spektrum qualitativer Art haben.

Es gibt kleine Bibliotheken in ländlichen Räumen. Die sind in den Kulturhäusern. Die werden im Dorf geschätzt. Man will sie nicht missen.

Aber man muss deswegen noch lange nicht das ganze Spektrum der Literatur, das aktuell auf den Bestsellerlisten steht, vorhalten, sondern man macht dann das, was man glaubt, machen zu müssen, um der Bevölkerung, wie sie konkret an

dem Ort ist, ein Angebot zu machen, das dort nachgefragt wird.

Dort kann ich nicht dieselben Standards wie für die Bibliothek in Magdeburg setzen. Das muss man bei allem Respekt sagen. Das ist ein Riesens Laden mit einem großen Etat. Wenn ich das von den Dörfern fordern würde, wäre von den 109 Bibliotheken schlagartig die Hälfte platt. Das kann es am Ende nicht sein.

Man muss sich das genauer ansehen. Im Fall von Hettstedt würde ich das - wenn es so ist, wie Sie es sagen - auch beklagen, dass in so einer Stadt niemand ist, der auch vom Bibliothekswesen mehr versteht.

Aber auch dort setze ich zunächst auf die Autonomie der Räte und der städtischen Verwaltung, die viel besser einschätzen können, ob das unter Umständen reicht oder ob sie vielleicht auch mit externer Hilfe von der Landesfachstelle oder vom Verband, den wir mittlerweile auch mit einer halben Personalstelle fördern, klarkommen.

Dieses Prokrustesbett eines einheitlichen Qualitätsstandards über alle Bibliotheken im Land zu legen, will diskutiert sein. Unter Umständen muss man differenzieren. Dann stellt sich aber zu Recht wieder die Frage: „Wo bleibt der Standard?“, wenn wir für die kleineren Bibliotheken einen anderen Standard setzen als für die großen. Aber ich denke, das sollten wir dann im Ausschuss vertiefen.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Es gibt eine weitere Frage. Die nächste Frage kommt von Frau Heiß.

Kristin Heiß (DIE LINKE):

Es ist eher eine Kurzintervention. - Es geht um etwas Ähnliches wie das, was Frau Bahlmann fragte. Herr Robra, Sie sagten, vieles sei kostenlos; wenn man in der Bibliothek sei, könne man sich Zeitschriften und Bücher ja dort ansehen.

Ich möchte Ihnen, was die Bildungslimitierung angeht, einmal ein Beispiel nennen. Angenommen, wir schaffen es, wie Sie es vorhin sagten, junge Menschen dafür zu gewinnen, Bücher zu lesen und sich länger mit Büchern zu beschäftigen. Ich nenne jetzt einmal die Reihe Harry Potter. Ich setze mich als junger Mensch dorthin, fange an, dieses Buch zu lesen, und finde es gut. Meine Eltern haben aber nicht genug Geld, damit ich mir dieses Buch ausleihen kann. Dann gehe ich so oft ich kann dorthin und lese alle sieben Bände durch.

Ich will nur versuchen zu erreichen, dass Sie verstehen, wie beschränkend und auch herabwürdigend es für einen jungen Menschen ist, jedes Mal dorthin gehen zu müssen, weil er ein bestimmtes

Buch gut findet, sich dort hinzusetzen, über Tage, Monate, Wochen, um das alles durchlesen zu können.

Deshalb auch unser Ansatz: Es wäre gut, wenn wir junge Menschen für Bücher begeistern wollen, ihnen dann auch die Möglichkeit zu geben, diese Bücher kostenlos mit nach Hause zu nehmen. - Danke.

Rainer Robra (Staatsminister und Minister für Kultur):

Darüber wird sicherlich zu reden sein. Man muss sich dann allerdings noch einmal sehr genau ansehen, welche Ausleihgebühren die Bibliotheken tatsächlich erheben und in welchem Verhältnis sie zu dem Buchpreis stehen, der jeweils dahinter steht.

Ich habe mir gerade noch einmal Ihren Gesetzentwurf angesehen. Das aufgeworfene Problem der Mitgliedsbeiträge löst das auch nicht. Sie wollen ja anfügen:

„In Bibliotheken ist die Nutzung [...] ohne Ausleihe kostenfrei;“

- das ist geltendes Recht -

„die darüber hinausgehende Nutzung des Bücher- und Medienbestandes ist für Kinder, Schüler, Studenten und Auszubildende ebenfalls kostenfrei.“

Das würde sozusagen das Zugangsproblem auch nicht lösen, sondern nur das Problem - wenn es denn eines ist - der Ausleihe.

Ich wiederhole: Das sind Fragen, die man wirklich mit Blick auf die konkrete Situation hier im Land im Ausschuss vertieft erörtern sollte und die man möglichst von abstrakten Fragen befreien sollte, und das bitte schön auch vor dem Hintergrund dessen, was ich in den Mittelpunkt meiner Betrachtungen gestellt habe: Was sind die Herausforderungen der Digitalisierung und wie bereiten wir die Bibliotheken wirklich darauf vor?

Vizepräsident Wulf Gallert:

Danke. - Ich habe keine weiteren Fragen registriert. Demzufolge können wir nun in die Debatte der Fraktionen eintreten. Für die SPD-Fraktion spricht die Abg. Frau Prof. Dr. Kolb-Janssen.

Prof. Dr. Angela Kolb-Janssen (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ich glaube, wir alle erinnern uns an die besondere Situation in den Bibliotheken, an die Stille, die dort herrscht, und manchmal an den Geruch von Staub.

Bibliotheken sind so etwas wie die unscheinbaren Mauerblümchen unter den Kultur- und Bildungs-

einrichtungen. Auch wenn die Nutzerzahlen durchaus mit den Zahlen der Besucher von Fußballspielen, Museen, Theatern und Orchestern mithalten können, feiern sie eben nicht die großen, rauschenden Premieren. Sie sind aber dennoch Anziehungspunkte für viele Menschen, die dort nicht nur lesen und Bücher ausleihen, sondern die dort auch eine Vielzahl von Veranstaltungen besuchen.

Deshalb muss man der LINKEN schon dankbar sein für die Große Anfrage und dafür, dass sie dieses Thema, das keine ganz so große Lobby hat, durch die Debatte und durch die, wie ich denke, folgende Diskussion in den Ausschüssen stärker in den Blickpunkt der Öffentlichkeit rückt.

Die umfangreichen Daten zeigen: Das Umfeld der Bibliotheken hat sich verändert. Wenn wir uns aber einmal die allgemeine Entwicklung seit Beginn der 90er-Jahre anschauen, dann stellen wir fest, dass sich das Medienverhalten allgemein, das Angebot und die Zurverfügungstellung von Medien, so dramatisch verändert hat, dass es eben auch nicht verwundert, dass sich das Nutzerverhalten ändert. Wir haben heute eine andere, eine ausdifferenziertere kulturelle Infrastruktur. Medien sind eben auch durch Streaming-Dienste zu erreichen und müssen nicht persönlich vor Ort ausgeliehen werden.

Wir haben jetzt zwei Möglichkeiten: Wir können den Verlust beklagen oder wir können, wie es Herr Minister Robra angeregt hat, überlegen, welche Möglichkeiten der künftigen Entwicklung Bibliotheken haben. Das hat eben auch etwas mit Teilhabe, mit Wissensorten in der digitalen Gesellschaft zu tun.

Es gibt im Rahmen des Vorschlags der LINKEN zur Änderung des Bibliotheksgesetzes eine Vielzahl von Forderungen, die auf der einen Seite mit der Ausweitung des Bibliotheksnetzes zu tun haben, die damit zu tun haben, dass wir mehr Personal brauchen, und die darauf hinauslaufen, dass die Benutzung für Kinder und Studierende kostenfrei sein sollte. Das sollten wir uns im Ausschuss genau ansehen. Sicherlich kann man immer fordern, für Schüler und Studenten eine kostenfreie Nutzung vorzusehen. Aber wir müssen uns eben auch der Konsequenz bewusst sein. Das ist eine kommunale Aufgabe, und die Kommunen werden dann natürlich beim Land anknüpfen und fragen, ob wir das entsprechend ausgleichen können.

Mir persönlich ist wichtig, dass wir bei den Bibliotheken insbesondere den ländlichen Raum im Auge haben. Denn es ist tatsächlich so, dass die Erreichbarkeit nicht immer gegeben ist, jedenfalls nicht für diejenigen, die nicht mobil sind. Insoweit finde ich die Idee eines Bibliotheksentwicklungsplans gar nicht schlecht; denn damit kann man

einmal aufzeigen, wo es weiße Flecken gibt, und man kann vielleicht überlegen, wie man durch eine Stärkung der mobilen Angebote insbesondere im ländlichen Raum - wir haben gehört, es gibt vier Fahrbibliotheken in Sachsen-Anhalt - den Zugang zu Bibliotheken und die Teilhabe daran weiter verbessern kann. Ich bin gespannt auf die Diskussion im Ausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Es gibt keine Fragen. Damit können wir in der Debatte fortfahren. Für die AfD-Fraktion spricht der Abg. Herr Tillschneider.

Dr. Hans-Thomas Tillschneider (AfD):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! DIE LINKE gibt vor, mit ihrem Gesetzentwurf die Situation der Bibliotheken in Sachsen-Anhalt verbessern zu wollen. In Wahrheit aber würde das, was Sie fordern, wie so oft, nur auf eine Vermehrung der Bürokratie und auf eine sinnlose Belastung des Bibliotheksbetriebs hinauslaufen. Ich bezweifle sogar, dass wir überhaupt ein Bibliotheksgesetz brauchen.

Wie der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage zu entnehmen ist, haben bislang lediglich fünf Bundesländer ein Bibliotheksgesetz. Elf Länder haben keines und fahren damit anscheinend auch ganz gut. Die Situation der Bibliotheken in Bayern und in Baden-Württemberg, die kein Bibliotheksgesetz haben, ist bestimmt nicht wesentlich schlechter als die Lage der Bibliotheken in Sachsen-Anhalt oder in Hessen, wo es Bibliotheksgesetze gibt.

Es wäre also erst einmal zu prüfen, ob ein Bibliotheksgesetz überhaupt etwas bringt. Wir leiden an einer Fülle von Gesetzen und Verordnungen, die kein Mensch mehr durchschaut und die wohl in den meisten Fällen auch kein Mensch braucht. Wir sollten nicht mit leichter Hand Gesetz um Gesetz machen, als hätten wir, wenn wir ein neues Gesetz gemacht haben, schon irgendetwas für die Bürger erreicht. Anstatt das bestehende Bibliotheksgesetz zu ändern, wie es DIE LINKE begehrt, sollten wir vielleicht besser darüber nachdenken, den Paragrafenschwanz ein wenig zu lichten.

Aber gut, Sie wollen es nicht abschaffen, sondern in Ihrem Furor technocraticus weiter aufblähen. Ich befasse mich jetzt also mit Ihren Änderungsvorschlägen.

Sie wollen der Landesfachstelle für öffentliche Bibliotheken die Erstellung eines Entwicklungsplans in regelmäßigen Abständen aufbürden, in den auch die Kommunen einbezogen werden

sollen. Die Kommunalverwaltungen werden natürlich entzückt sein, wenn sie, sobald der Bericht ansteht, eine Arbeitskraft abstellen dürfen, die dann die Daten erhebt und meldet. Das Ganze würde wertvolle Arbeitsstunden verschlingen und am Ende nichts bringen.

Bibliotheken brauchen eine auskömmliche Finanzierung. Wie sie damit wirtschaften und welche Akzente sie setzen, sollte dezentral den einzelnen Bibliotheken überlassen bleiben.

(Zustimmung bei der AfD)

So viel zum Landesentwicklungsbibliotheksplan, den kein Mensch braucht.

Außerdem soll die Landesförderung der Bibliotheken nach dem Willen der LINKEN künftig an fünf gesetzlich festgeschriebene Kriterien gebunden werden. Diese sind: erstens regelmäßige Öffnungszeiten, zweitens eine angemessene Finanzausstattung, drittens eine angemessene Anzahl von fachlich qualifizierten Beschäftigten, viertens eine geeignete Räumlichkeit inklusive Mobiliar etc. und fünftens die Katalogisierung des Bestandes. - Ich will das differenziert beurteilen.

Die regelmäßigen Öffnungszeiten sind als Voraussetzung für die Landesförderung durchaus sinnvoll. Wenn das Land Geld gibt, sollen auch die Bürger etwas davon haben. Eine geschlossene Bibliothek muss niemand fördern; denn sie erfüllt ihren Zweck nicht. - Das ist scharfsinnig bemerkt. Für mehr aber hat der Scharfsinn nicht gereicht; denn die übrigen vier Fördervoraussetzungen sind absurd. Voraussetzung, um in den Genuss der Förderung zu kommen, scheint zu sein, dass die Bibliothek keine Förderung braucht, weil sie schon über eine angemessene Finanzausstattung, eine angemessene Anzahl von Beschäftigten und geeignete Räumlichkeiten verfügt.

Dass für jede Förderung auch Eigenmittel aufzuwenden sind, versteht sich von selbst und das schreibt auch schon die Richtlinie vor, an der sich die Förderung aktuell orientiert. Dafür braucht es kein Gesetz. In der Richtlinie der Staatskanzlei vom 27. Juli 2017 steht dazu - ich zitiere -:

„Zu den Zuwendungsvoraussetzungen gehört, dass der Einsatz von Eigen- oder Drittmitteln und die Organisation und Durchführung der beantragten Maßnahmen zu einer sparsamen und wirtschaftlichen Verwendung der Landesmittel führen sowie eine dem Charakter der Maßnahmen entsprechende Öffentlichkeitsarbeit erfolgt.“

Das reicht völlig aus, weil so eine gewisse Flexibilität der Förderung erhalten bleibt. Eine Förderung, die von zu vielen Kriterien abhängt, wird schnell schwerfällig und damit ineffizient.

Was nun die Katalogisierung des Bestandes als Förderungsvoraussetzung angeht, so mag sie bei überregional bedeutsamen Beständen sinnvoll sein. Weshalb aber eine durchschnittliche Stadtbibliothek erst dann in den Genuss der Landesförderung kommen soll, wenn sie ihre zerlesenen Karl-May-Ausgaben digital katalogisiert hat, müssen Sie noch etwas ausführlicher erklären.

In dem Gesetzentwurf werden die großen wissenschaftlichen Bibliotheken, bei denen schon lange der gesamte Bestand digital katalogisiert ist, bevorzugt. Die kleinen Stadtbibliotheken werden gezwungen, Ressourcen zu verschwenden, die dann an anderer Stelle fehlen. Das ist mit der AfD-Fraktion nicht zu machen.

(Beifall bei der AfD)

Fragwürdig ist auch die direkte Förderung des Landesverbandes Sachsen-Anhalt im Deutschen Bibliotheksverband. Derartige Verbände sollten allein von ihren Mitgliedern getragen und finanziert werden. Nur so ist sichergestellt, dass sie allein im Interesse der Mitglieder agieren. Deshalb sagen wir: Das Geld, das staatlicherseits zur Förderung eines Verbandes ausgegeben werden soll, wäre direkt bei den Bibliotheken in jedem Fall besser angelegt.

Fazit: Die Bibliotheken im Land brauchen nicht mehr Geld für eine Struktur, die ihnen vorschreibt, wie sie ihr Geld ausgeben sollen; sie brauchen mehr Geld. Wofür? - Das wissen die Verantwortlichen vor Ort schon am besten. In Stadt A mag eine Sanierungsarbeit am Gebäude höchste Priorität haben; in Stadt B muss vielleicht das Mobiliar ausgetauscht werden, und in Stadt C ist das Geld am besten investiert, indem man die Neuerwerbungsünsche der Nutzer erfüllt.

Vollends abzulehnen ist schließlich, dass die Integration von Ausländern als Aufgabe der Bibliotheken in das Gesetz geschrieben werden soll. Integration ist und bleibt eine Bringschuld der Einwanderer - und nur der Einwanderer. Die Bibliotheken tragen schon genug zur Integration bei, indem sie auch Einwanderern offenstehen.

Sich nun aber, in welcher Weise auch immer, besonders um die Einwanderer zu kümmern - auf sie zuzugehen, um sie zu werben, sie gezielt anzusprechen etc. -, ist kontraproduktiv, weil es den zur Integration notwendigen Assimilationsdruck herabsetzt. Integration ist nichts anderes als das Überwinden von Schwellen. Das müssen die Einwanderer schon selbst tun, und auch nur diejenigen, die tatsächlich ein unbefristetes Aufenthaltsrecht haben. Kurz gesagt: Wer den Weg zum Sozialamt findet, der findet auch den Weg in die Stadtbibliothek, wenn er nur will.

(Beifall bei der AfD)

Der einzig sinnvolle Punkt in dem Gesetzentwurf ist die Gebührenbefreiung für Kinder, Schüler, Studenten und Auszubildende, besser gesagt Lehrlinge. Die Gebühreneinnahmen öffentlicher Leihbibliotheken sind so lächerlich niedrig, dass sie zum Haushalt der Kommunen buchstäblich nichts beitragen. Für den Nutzer aber ist die Gebühr dennoch eine Hürde, die wir uns nicht leisten können. Wir haben in dieser Sitzungsperiode auch einen Antrag zur Alphabetisierung behandelt. Im Sinne der Leseförderung ist die Gebührenfreiheit das richtige Signal. Sie wiegt mehr als die wenigen 100 €, die eine durchschnittliche kommunale Leihbibliothek im Jahr einnimmt.

Das Hauptproblem aber, auf das Sie in Ihrer Einbringungsrede eingegangen sind, auf das der Gesetzentwurf aber gar nicht eingeht, ist das Sterben der kommunalen Bibliotheken.

Im Jahr 1991 gab es in Sachsen-Anhalt noch 689 kommunale Bibliotheken. Im Jahr 2017 sind davon noch 182 übriggeblieben. Wir haben heute in Sachsen-Anhalt noch ein Viertel der Bibliotheken, die es im Jahr 1991 gab. Drei Viertel der Bibliotheken sind verschwunden. Und das ist das eigentliche Problem. In diesen Zahlen spiegelt sich etwas. In diesen Zahlen spiegeln sich die Verödung des ländlichen Raumes, der Verfall der Lesekultur, eine nur noch geringe Wertschätzung für unsere Nationalliteratur, die Überforderung der Kommunen und der Rückgang des ehrenamtlichen Engagements.

Das Bibliothekensterben ist Ausdruck einer umfassenden kulturell-ökonomischen Krise, der Sie mit Ihrer technokratischen Anfrage, Ihrer Tabellenhuberei und Ihrem lächerlichen Gesetzentwurf garantiert nicht entgegenwirken.

(Zustimmung bei der AfD)

Das Tragische daran ist, Sie versuchen es nicht einmal, Sie können die Krise nicht einmal erkennen, weil Sie selbst Ausdruck dieser Krise sind. Hierzu bedarf es einer Kraft, die an die Wurzeln der Probleme geht und die den Mut hat, etwas tiefer anzusetzen. Wir brauchen eine neue kulturelle Sinnstiftung. Da jede Kultur auf dieser Welt nur als Nationalkultur zu haben ist, muss es sich dabei um eine neue nationalkulturelle Sinnstiftung handeln. Diese neue Sinnstiftung, die zu einer Renaissance unserer Nationalliteratur führt und das Bibliothekswesen wieder aufrichten wird, ist in vollem Gange. Ihr parteipolitischer Ausdruck ist die Alternative für Deutschland. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich sehe keine Fragen. Dann können wir in der Debatte fortfahren. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht der Abg. Herr Aldag.

Wolfgang Aldag (GRÜNE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine Damen und Herren! Die Fraktion DIE LINKE hat als Schlussfolgerung aus der Antwort auf ihre Große Anfrage zu den Bibliotheken in Sachsen-Anhalt einige Vorschläge zur Änderung unseres Bibliotheksgesetzes eingebracht. Diese betreffen mitunter Zuständigkeitsbereiche und Aufgaben der Landesfachstelle und die Idee, die Ausleihe für Kinder, Schüler, Azubis und Studierende in ganz Sachsen-Anhalt einheitlich und kostenlos zu gestalten.

Ich kann für mich und meine Fraktion sagen, dass ich diesen Vorstoß durchaus für gut halte. Ich freue mich darauf, dass wir nun in einen Austausch darüber kommen, wie wir gute Bedingungen für die Weiterentwicklung unserer Bibliotheken schaffen können. Denn eines ist klar: Unsere Bibliotheken sind wichtige Orte, die einen niedrigschwelligen Zugang zu kultureller, sozialer und digitaler Teilhabe bieten oder - besser gesagt - bieten sollten.

Wie passt dieses Bild mit den Ergebnissen der Großen Anfrage zusammen? - Nicht einmal die Hälfte unserer öffentlichen Bibliotheken hat einen WLAN-Zugang für ihre Besucherinnen und Besucher. Nur wenige Bibliotheken haben auch am Wochenende geöffnet. Ich finde, das sollten wir ändern. Wer schafft es denn an einem normalen Wochentag mit Berufstätigkeit, Wäsche, Abendbrot und Hausaufgaben, sich auf einen entspannten Besuch in der Bibliothek einzulassen? Ich denke deshalb, wir sollten es ermöglichen, auch samstags in die Bibliothek zu gehen, und zwar zu einer Zeit, zu der man nicht gemütlich frühstücken und zwanglos in den Tag starten will. - Meine Redezeit ist schon vorbei.

Meine Damen und Herren! Gern will ich in einem Fachgespräch über den Gesetzentwurf sprechen und dabei erfahren, ob und welche Änderungen im Bibliotheksgesetz für notwendig erachtet werden. Ich plädiere daher für eine Überweisung in den Ausschuss für Bildung und Kultur sowie in weitere Ausschüsse, die schon genannt worden sind. Ich freue mich auf die Diskussion dort. - Vielen Dank.

(Zustimmung von Olaf Meister, GRÜNE, und bei der LINKEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Für die Fraktion der CDU spricht nunmehr der Abg. Herr Schumann.

Andreas Schumann (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! In den vergangenen Jahrhunderten waren Bibliotheken der einzige Ort, an dem man Zugang zu bedeutenden Quellen für

Forschung, Bildung und Wissenschaft hatte. Schon in der Antike hat man Wissen in Bibliotheken gesammelt. So entstand Anfang des dritten Jahrhunderts vor Christus in der kurz zuvor gegründeten makedonisch-griechischen Stadt Alexandria eine der angesehensten Bibliotheken der damaligen Zeit. Diese antike Bibliothek verfügte über einen für die damaligen Verhältnisse enormen, aber heute unbekanntem Bestand an Schriftrollen. Vermutlich ist sie im dritten Jahrhundert der Zerstörung des gesamten Palastviertels zum Opfer gefallen.

Auch im digitalen Zeitalter verlieren Bibliotheken nichts von ihrer Anziehungskraft für ihre Nutzer. Sie sind in der Regel ein angenehmer, inspirierender und kommunikativer Ort zum Lernen und Forschen. Sie sind ein Ort der Kulturerfahrung und des Kulturaustauschs.

Obgleich Forscher und Studenten von zu Hause aus, am eigenen Schreibtisch sitzend, auf das Wissen über das Internet zugreifen können, sind die wissenschaftlichen Bibliotheken voller als je zuvor. Ich persönlich - vielleicht geht es manchem von Ihnen ähnlich - liebe den Geruch von altem Papier in Bibliotheken, Archiven und Antiquariaten.

Das Goethe-Institut berichtet, die Arbeitsplätze der neuen Bibliothek des Jacob- und Wilhelm-Grimm-Zentrums der Humboldt-Universität zu Berlin sind so begehrt, dass man dort Parkscheiben für belegte Plätze ausgeben muss. Wenn der Nutzer dann nicht innerhalb einer bestimmten Zeit an seinen Arbeitsplatz zurückkehrt, dann räumen die Bibliotheksmitarbeiter seine Sachen weg, um Platz für andere Nutzer zu schaffen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Im Zeitalter der Digitalisierung bleibt der Ort Bibliothek attraktiv, auch als inspirierende Umgebung, als Rückzugsort zum kreativen Lernen und Arbeiten. Nicht nur der Raum inspiriert die Bibliotheksbesucher, sondern auch die Nähe zu anderen Gleichgesinnten, die konzentriert arbeiten und sich austauschen möchten.

Der Bedarf an Begegnungen wird umso größer, je mehr die Menschen vereinzelt an ihren Computern sitzen. Die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE kommt zur rechten Zeit. Warum sage ich das? - Gemäß Artikel 36 Abs. 3 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt fördern das Land und die Kommunen im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten die kulturelle Betätigung aller Bürger insbesondere dadurch, dass sie öffentlich zugängliche Museen, Büchereien, Gedenkstätten, Theater, Sportstätten und weitere Einrichtungen unterhalten. Übersetzt heißt das: Dies alles sind freiwillige Aufgaben.

Nun weiß jeder, wie über freiwillige Aufgaben in Zeiten knapper kommunaler Kassen diskutiert

wird. Dazu ein paar Zahlen. Es wurde schon mehrmals erwähnt: Im Jahr 1992 gab es in Sachsen-Anhalt 164 hauptamtlich geleitete Bibliotheken; danach begann leider ein Bibliothekensterben. Zehn Jahre später, im Jahr 2002 waren es noch 119 und im Jahr 2017 noch 73 Bibliotheken. Jedoch muss man darauf hinweisen, dass es Zusammenschlüsse gegeben hat und dass Außenstellen geschaffen wurden.

Dennoch müssen wir darauf achten, dass das Angebot in Zukunft auf dem Lande nicht ausschließlich durch den Bücherbus gesichert wird. An dieser Stelle besteht aus meiner Sicht dringender Gesprächs- und Beratungsbedarf. Aus diesem Grunde bitte ich schon an dieser Stelle meiner Rede darum, den Gesetzentwurf in den Ausschuss für Bildung und Kultur zu überweisen. In diesem Ausschuss werden wir ein Fachgespräch anregen, Gründe für das Bibliothekensterben erörtern und Möglichkeiten prüfen, dieser Entwicklung eine andere Richtung zu geben.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Digitalisierung stellt auch unsere Bibliotheken vor enorme Herausforderungen. Virtuelle Medien werden in 50 % aller hauptamtlich geleiteten Bibliotheken zur Nutzung angeboten. Freies WLAN sollte in unseren Bibliotheken selbstverständlich sein.

Das Land hat Bibliotheken seit dem Jahr 2011 dabei unterstützt, virtuelle Medien anzukaufen. Wurden im Jahr 2011 dafür noch 70 300 € bereitgestellt, so waren es im Jahr 2017 bereits 115 867 €. Die Anzahl der E-Medien hat sich in diesem Zeitraum von 12 684 auf 57 218 erhöht. Am häufigsten wurden dabei Belletristik und Unterhaltung, Sachmedien und Ratgeber sowie E-Books und Audiomedien ausgeliehen.

Als viel zu gering schätzt die Landesregierung die bisher erreichte Entwicklung der Digitalisierung wertvoller historischer Bestände an den öffentlichen und wissenschaftlichen Bibliotheken ein. Hierfür fehlt es an den erforderlichen finanziellen Mitteln. Seitens des Landes besteht bereits seit einigen Jahren die Möglichkeit, Digitalisierungsprojekte von kommunalen öffentlichen Bibliotheken im Rahmen der Bibliotheksförderung finanziell zu unterstützen, was von den Kommunen bis dato nicht genutzt wird.

In der Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt besteht erheblicher Bedarf, welcher sich insbesondere in der zeitgemäßen Erstellung, Speicherung und Präsentation von Objekten ausdrückt - so die Landesregierung. Aufgrund von Personalmangel und Unterfinanzierung mussten viele Projekte aus Drittmitteln finanziert werden. Dies geht zulasten der Nachhaltigkeit und der Kontinuität in den Einrichtungen - so die Einschätzung der Landesregierung.

Nirgendwo schlummern so viel Wissen und Kultur wie in Bibliotheken. Für viele ist das Wälzen von Büchern das liebste Hobby. Doch in Zeiten von E-Books und Digitalisierung muss sich die Bibliothek neu erfinden.

Rund 10 000 Bibliotheken gibt es in Deutschland. Sie werden als Kultur- und Bildungsort immer wichtiger, wie es die Zahlen des aktuellen Berichts zur Lage der Bibliotheken des Deutschen Bibliothekenverbandes belegen. Demnach zählen die Einrichtungen deutschlandweit jährlich 218 Millionen Besucher. 200 000 Arbeitsplätze gibt es dort.

Für Sachsen-Anhalt besteht die große Herausforderung darin, das Angebot in der Fläche zu erhalten und den Erlebnisort Bibliothek zu fördern. Dabei sollen die Kommunen und Gemeinden weiter unterstützt werden.

Meine Damen und Herren! Es gibt genügend Gründe, im Ausschuss darüber zu diskutieren, ein Fachgespräch mit Experten zu führen und die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Ich bitte um eine Überweisung des Gesetzentwurfes in den Ausschuss für Bildung und Kultur. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich sehe keine Fragen. - Für die Fraktion DIE LINKE spricht abschließend noch einmal der Kollege Gebhardt. - Nein. Er sagt, so viel Einigkeit will er nicht gefährden, und verzichtet auf seinen Redebeitrag.

(Heiterkeit)

Dann können wir gleich in das Abstimmungsverfahren eintreten. Beantragt wurde die Überweisung des Gesetzentwurfs in der Drs. 7/3271. Ich habe auf jeden Fall den Wunsch gehört, den Gesetzentwurf in den Bildungsausschuss zu überweisen.

(Zuruf von der SPD: Finanzen!)

- Finanzen ist noch gesagt worden. - Der kann zwar ohnehin selbst darüber entscheiden, aber meinerwegen. Das heißt, wir überweisen zur Mitberatung in den Ausschuss für Finanzen und zur federführenden Beratung in den Bildungsausschuss. Darüber dürfte es Einigkeit geben.

Dann stimmen wir jetzt über die Überweisung ab. Wer für eine Überweisung des Gesetzentwurfs in die genannten Ausschüsse ist, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Das sind alle Fraktionen in diesem Haus. Ich frage trotzdem nach Gegenstimmen. - Stimmenthaltungen? - Die gibt es nicht. Dann ist der Gesetzentwurf einstimmig in die beiden genannten Ausschüsse überwiesen worden. Damit können wir den Tagesordnungspunkt 11 schließen und zu den Feuerwehren kommen.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 12

Beratung

a) Situation der Feuerwehren in Sachsen-Anhalt

Große Anfrage Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/2793**

Antwort Landesregierung - **Drs. 7/3111**

b) Leistungsfähigkeit der Feuerwehren in Sachsen-Anhalt dauerhaft sichern

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/3272**

Alternativantrag Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/3309**

c) Feuerwehren ehren und mit messbaren Taten unterstützen

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 7/3276**

Alternativantrag Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/3310**

Für die Aussprache zur Großen Anfrage wurde die Debattenstruktur „D“, also eine 45-Minutendebatte, vereinbart. Eine gesonderte Einbringung der Anträge ist nicht vorgesehen. Die Reihenfolge der Fraktionen und ihre Redezeiten: SPD vier, AfD zehn, GRÜNE zwei, CDU zwölf und DIE LINKE sechs Minuten.

Gemäß § 43 Abs. 6 GO.LT erteile ich zuerst der Fraktion DIE LINKE das Wort. Für diese ergreift es jetzt die Abg. Frau Bahlmann. Frau Bahlmann, legen Sie los.

Katja Bahlmann (DIE LINKE):

Vielen Dank. - Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Zu Beginn meiner Rede möchte ich die wichtigsten Personen unseres Anliegens in den Vordergrund stellen: die Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmänner in unserem Land. Einfach einmal Danke sagen; das möchte ich hier zuallererst tun.

(Zustimmung bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich danke ganz persönlich und im Namen meiner Fraktion allen Einsatzkräften der Feuerwehren in unserem Land recht herzlich für ihr ungebrochenes Engagement und ihre Einsatzbereitschaft in den letzten Wochen und Monaten. Mein Dank gilt ihren Familien, die auf das Zusammensein mit ihren Lieben verzichten mussten. Mein Dank gilt allen Arbeitgebern, die in dieser Zeit ihre Arbeitskräfte für den aktiven Einsatzdienst entbehrt haben, und den vielen Menschen im Hintergrund:

den Verwaltungen und Rettungsleitstellen, die diese hohe Einsatzzahl zu koordinieren hatten.

Dieser Sommer 2018 hat sehr viel von unseren Einsatzkräften abverlangt und sie teilweise an den Rand ihrer Kräfte gebracht. Dafür kann man nicht genug Danke sagen.

(Zustimmung bei der LINKEN und von Holger Hövelmann, SPD)

Warum hat die Fraktion DIE LINKE die Große Anfrage zur Situation der Feuerwehren in Sachsen-Anhalt gestellt? - Unser Grundverständnis ist es, etwas in der Gesellschaft zu verändern und dort zu verbessern, wo Verbesserung notwendig ist. Dies darf nicht wahllos geschehen. Um Ideen für Veränderungen zu entwickeln, muss man den Istzustand dessen betrachten, was vermeintlicher Veränderung bedarf. Und genau eine solche Analyse des Istzustandes sollte die Beantwortung der Großen Anfrage sein. Aber ist sie das auch?

- Ich meine, nur zum Teil. Denn von den 111 Fragen wurden 13,5 % nicht beantwortet. Das Land entzieht sich klarer Positionierungen meist mit der Aussage, dass das vorliegende statistische Datenmaterial nicht aussagekräftig genug sei. Die Ausführungen zu den dann doch beantworteten Fragen waren zum Großteil platt und oberflächlich. Dies zeigt sich in widersprüchlich ausgewiesenen Zahlen der Statistiken und Begründungen.

Alles in allem muss ich sagen: Die Antwort der Landesregierung lässt den Schluss zu, dass sie wahrscheinlich gar keine Lust hatte, sich näher mit der Situation unserer Feuerwehren zu befassen. Und das ist keine Wertschätzung gegenüber dem Ehrenamt.

(Zustimmung bei der LINKEN und bei der AfD)

Wir Politiker werden nicht nur an unseren Worten, sondern an konkreten Aktionen gemessen. Für mich ist Wertschätzung etwas anderes als nur hohle Worte auf Podien und an Rednerpulten.

Aber anerkennend will ich an dieser Stelle nochmals meinen ausdrücklichen Dank denjenigen Wehrleitern, Bürgermeistern und Verwaltungsmitarbeitern in den Städten und Gemeinden übermitteln, die diese Aufgabe sehr ernst genommen haben und weitaus ausführlichere Antworten auf die Fragen, die uns bewegten, an die Landesregierung geschickt haben. Einige davon liegen mir vor, und wiederum stellt sich für mich die Frage, warum die Landesregierung dieses Wissen nicht an die Abgeordneten dieses Hohen Hauses weitergereicht hat. Denn in den Antworten des Innenministeriums habe ich davon leider nur marginal etwas lesen können.

Die Antworten auf die Große Anfrage decken die Missstände, die mir gegenüber beim Besuch der

Feuerwehren im Land oft klar und deutlich geäußert wurden, nun einmal mehr klarer und als landesweites Manko auf.

Magdeburg, wir haben ein Problem, ein Problem bei den Feuerwehren in diesem Land. Und wir haben nicht nur ein Problem, sondern ganz viele Baustellen, durch die ein Szenario erzeugt wird, welches das Sicherheitsgefühl bei den Menschen in diesem Land schmälert.

Auf einige Problemfelder möchte ich mich heute beschränken. Erstens die Personalsituation bei den Feuerwehren: Seit 2008 ist ein Rückgang der Mitgliederzahlen bei den Feuerwehren um ca. 15 % zu verzeichnen. Jede sechste Einsatzkraft quittierte den Dienst. Dass diese Entwicklung besonders in der angespannten Einsatzlage wie in diesem Sommer negative Auswirkungen hat, kann sich wohl jeder selbst ausmalen.

Nicht nur die Dürre hatte ihren Anteil daran; nein, die Einsatzzahlen sind bereits in den letzten zehn Jahren massiv angestiegen. Dies liegt zum Teil in den überproportional angestiegenen Hilfeleistungseinsätzen der freiwilligen Feuerwehren begründet. Die freiwilligen Feuerwehren sind es, die 75 % der Einsätze in diesem Land bewerkstelligen müssen, die freiwilligen Feuerwehren mit ihren ehrenamtlichen Einsatzkräften, die durch diese Mehrbelastungen sprichwörtlich „auf dem Zahnfleisch kriechen“. Überbelastungen und erhöhte Unfallgefahren sind dadurch wahrscheinlich vorprogrammiert. Diese Entwicklung wird sich tendenziell weiter fortsetzen, wenn das Land nicht konsequent gegensteuert. Und dies geht meines Erachtens nicht mit der im Mai begonnenen Kampagne zur Mitgliedergewinnung. Meine Meinung dazu kennen Sie bereits.

Das Land bietet darüber hinaus keinerlei Unterstützung an. Es verweist beim Brandschutz auf die Zuständigkeit der Kommune, was im Prinzip gesetzlich auch deren Pflichtaufgabe darstellt; doch haben die Kommunen aufgrund des hohen Sparzwangs der Landesregierung kaum noch die finanzielle Ausstattung, um dem Personalproblem bei den Feuerwehren zu begegnen.

Eigene Einnahmen stehen für diese Pflichtaufgabe kaum zur Verfügung. Es hat halt nicht jede Kommune „Lützen-Millionen“ zu verteilen. Daher sehen wir das Land in der Pflicht, den Finanzrahmen der Kommunen für die Pflichtaufgabe Brandschutz zweckgebunden zu erweitern.

Ich habe Ihrer Regierungserklärung gestern sehr genau zugehört, in der Sie fordern, die Kernaufgaben des Staates - wozu ich den Brandschutz zähle - ausfinanziert zu gestalten.

(Zustimmung von Thomas Lippmann, DIE LINKE)

Es stellt sich weiterhin die Frage, wie neue Mitglieder für die freiwilligen Feuerwehren gewonnen werden sollen. Mitgliedergewinnung könnte meines Erachtens auch über Anerkennung funktionieren. Eine Anerkennung monetärer Art eignet sich dazu sehr gut, muss aber nicht immer sein. Schon der bloße Gedanke daran, abgesichert zu sein, wenn ein Einsatz einmal nicht unfallfrei ausgeht - was niemals wünschenswert ist -, kann hilfreich sein. Auch der bloße Gedanke daran, dass ein Unfall nicht den Entzug der Lebensgrundlage bedeutet, kann helfen, Menschen dazu zu bewegen, sich ehrenamtlich zu engagieren.

In der Antwort auf die entsprechende Fragestellung der Großen Anfrage habe ich Folgendes gelesen - Zitat -:

„Noch in diesem Jahr soll eine Möglichkeit zur besseren gesundheitlichen Absicherung von Feuerwehrangehörigen eingeführt werden, wenn in Folge des Einsatz- und Ausbildungsdienstes festgestellte Gesundheitsschäden nicht den Kausalitätsanforderungen eines Arbeitsunfalles entsprechen.“

Was das konkret bedeutet, wollte uns die Landesregierung nicht sagen. Ich bin gespannt, was das wohl sein wird, und würde mich freuen, wenn dies heute bereits in der Debatte Beantwortung findet.

Was könnte noch ein Weg zur Gewinnung von mehr Mitgliedern in den freiwilligen Feuerwehren sein? - Selbstverständlich die Nachwuchsarbeit. Liest man in der Antwort der Landesregierung nach, stellt man schnell fest, dass auch diese Chance liegen gelassen wird. Es wird keine Unterstützung für die Neugründung von Kinder- und Jugendfeuerwehren geben, obwohl nachgewiesen ist, dass es in den Wehren, die eine gut aufgestellte Kinder- und Jugendfeuerwehr haben, weniger Nachwuchsprobleme gibt.

Die Neugründung von Kinder- und Jugendfeuerwehren ist mit sehr viel persönlichem Engagement und finanziellem Aufwand verbunden. Die mangelnde Unterstützung des Landes gerade bei der Neugründung schreckt Wehren ab, dieses Mittel der Mitgliedergewinnung für sich zu nutzen. Dieses Potential müssen wir aber nutzen. Sonst ist das Verschwendung von Ressourcen allerfeinster Güte.

(Zustimmung von Thomas Lippmann, DIE LINKE)

Zweitens nenne ich die Aus- und Weiterbildung von Einsatzkräften. Ich war verwundert und erfreut zugleich, dass das Land erkannt hat, dass der Bedarf an Lehrgängen am Institut für Brand- und Katastrophenschutz in Heyrothsberge deutlich höher ist als das Angebot. - Siehe Frage 52, falls jemand nachlesen will.

Das war mir nicht neu; denn die Kritik der Feuerwehren, dass die Plätze am IBK nicht ausreichen, besteht zu Recht schon länger. Es kann zum Beispiel nicht sein, dass für einen bestimmten Kurs am IBK für einen Landkreis mit mehr als 4 000 freiwilligen Feuerwehrleuten nur zwei Plätze zur Verfügung stehen. Wie lange wollen wir uns denn für die Ausbildung unserer Einsatzkräfte in nur einem Landkreis Zeit nehmen? In den letzten fünf Jahren wurde zum Beispiel der Kurs Höhenrettung in den Kurszahlen von 22 auf zehn reduziert. Wie kann das sein? Ich kann mir nicht vorstellen, dass dies an der Auslastung der Kurse gelegen hat.

Es kann nicht sein, dass Einsatzkapazitäten aufgrund mangelnder Ausbildungskapazitäten brach liegen bleiben. Und hier haben wir Glück; denn für die Ausbildungsstätte ist das Land zuständig und muss sich der Verantwortung stellen. Wir alle in diesem Hohen Hause dürfen entscheiden, was am IBK passiert, und es muss etwas passieren. Denn das Angebot muss die Nachfrage weitestgehend abdecken. Es darf nicht sein, dass an den Grundlagen für unsere Einsatzkräfte gespart wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich komme zum Thema Öffentlichkeitsarbeit. Durch eine gut konzipierte Öffentlichkeitsarbeit ist es durchaus manchmal möglich, die Mitgliedergewinnung voranzutreiben. Der Antwort auf die Große Anfrage konnte ich entnehmen, dass das Land hierbei durchaus einen Ideenreichtum entwickelt hat. Ein Brandschutzerziehungstag soll im Jahr 2019 eingeführt werden. Prinzipiell ist das gut. Das Problem ist nur: Wer soll das machen? Die personelle Ausstattung der Feuerwehren im ländlichen Raum ist für die Umsetzung dieser Idee nicht gegeben. Was nützt eine gute Idee, wenn niemand da ist, um diese zu realisieren, jedenfalls nicht aus den Feuerwehren vor Ort? Multiplikatoren könnten hier die Lehrkräfte an den Schulen sein. Aber haben wir davon genug? - Nein.

Aber die, die da sind, müssen dafür auch ausgebildet sein oder werden. Dafür wäre auch das IBK zuständig, doch noch sind keine entsprechenden Kursangebote für Lehrerinnen und Lehrer im Sinne eines Brandschutztags auskömmlich vorhanden. Wenn sich das Land dazu durchringen könnte, die finanzielle Ausstattung der Kommunen für diese Aufgabe zu verbessern, dann könnten mit Sicherheit auch Schnittstellen zwischen den Feuerwehren vor Ort und den Schulen geschaffen werden. Ich glaube aber, auch in diesem Punkt lässt das Land die Feuerwehren, Schulen und Kommunen im Regen stehen.

Zusammen mit der mangelhaften Mitgliedergewinnungskampagne wurde ein „Tag der Feuerwehren“ eingeführt; jedes Jahr, zur gleichen Zeit,

bei allen Feuerwehren. Doch wer soll das bezahlen? - Das Land jedenfalls nicht, wie uns in der Antwort auf die Große Anfrage erklärt wurde. Es wird keine finanzielle Unterstützung der Kommunen zur Absicherung dieses Tages der Feuerwehren im Rahmen der Mitgliedergewinnungskampagne geben. Es läuft getreu nach dem Motto: Ich habe eine Idee und du darfst sie bezahlen. Was soll das?

Die Finanzausstattung der Kommunen lässt oftmals diese Zusatzausgabe nicht zu, da dies keine Pflichtaufgabe des Brandschutzes ist, liebe Damen und Herren der Landesregierung. Die Feuerwehren oder die Feuerwehrvereine, wenn es diese denn gibt, haben zu wenig Geld und Personal, um eine jährliche Umsetzung zu gewährleisten. Unsere Forderung vom Mai bleibt bestehen: Stoppen Sie die verfehlte Mitgliedergewinnungskampagne und verwenden Sie die verbleibenden Mittel für konkrete Projektarbeit bei den Feuerwehren! Die fängt mit der Jugendarbeit vor Ort an.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Ein weiteres Problem ist die Ausstattung der Feuerwehren. Ich zitiere: „Die Feuerwehren sind gut mit Grundausrüstung ausgestattet.“ Was heißt das denn? Gut bedeutet immer, dass es noch Luft nach oben gibt. Die Grundausrüstung ist laut Wörterbuch eine „Ausstattung mit den in einem bestimmten Zusammenhang unbedingt notwendigen Dingen“. Genau das haben mir die Feuerwehren bestätigt. Grundsätzlich kann man die Brandbekämpfung mit der vorhandenen Ausstattung durchführen, aber es ist ein schlechtes Zeichen, wenn die technische Ausrüstung noch aus einer Zeit stammt, mit der die heutige Landesregierung nichts mehr zu tun haben möchte, nämlich ca. 30 Jahre alt ist. Doch auch hier zieht sich das Land auf die Aussage zurück, die Finanzierungspflicht des Brandschutzes liege bei den Gemeinden. Damit sind wir wieder beim Thema: Die Kommunen leiden unter dem Sparzwang des Finanzministers. Das geht so nicht.

Wir müssen aber gar nicht Jahrzehnte zurückblicken, um veraltete oder unbrauchbare Technik bei den Feuerwehren und anderswo im Land zu entdecken. Ich erinnere nur an die 15 660 Endgeräte des BOS-Digitalfunks, die bis zum 31. Dezember 2020 allein bei den Feuerwehren ausgetauscht werden müssen.

Ich freue mich; denn für diesen Bereich hat der Innenminister den Kommunen bereits Unterstützung zugesagt. Bis zu 50 % könnten Sie sich vorstellen, Herr Minister Stahlknecht. Das konnte ich so der Presse und der Antwort auf die Kleine Anfrage der GRÜNEN gestern in der Fragestunde entnehmen. Sie bieten die Unterstützung bei Sammelbeschaffungen an, um bessere Preise bei

den Anbietern zu erzielen. Das ist ein guter Anfang.

Ich habe Sie beim Wort genommen und in unserem Antrag bereits in der letzten Woche die entsprechende Forderung aufgenommen, die Sie dabei unterstützen wird, das auch umzusetzen. Ich denke, dass Sie und die CDU-Fraktion unserem Antrag deshalb auch zustimmen werden; denn es ist ja Ihr Vorschlag, den ich hier noch einmal schriftlich und nachlesbar aufgegriffen habe. Ich nehme Sie beim Wort und die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land sowie der Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalts tun dies sicherlich ebenso.

Die Fraktion DIE LINKE fordert die Erhöhung der Zuweisungen des Landes zur Förderung kommunaler Investitionen in den Brandschutz, vor allem für die Anschaffung moderner Funkgeräte.

Die Kommunen sollen in ihrer Pflichtaufgabe Brandschutz finanziell stärker und zweckgebunden unterstützt werden. Wir fordern vom Land eine finanzielle Förderung von hauptamtlichen Kräften in Vollzeit für die freiwilligen Feuerwehren in den Mittelzentren als ersten Schritt in die richtige Richtung sowie die Aufstockung des Personals am IBK.

Wir fordern die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für Regelungen stark zu machen, welche die Jahre der aktiven Einsatzfähigkeit bei den freiwilligen Feuerwehren rentenrechtlich berücksichtigen. Das sehen wir als eine echte Anerkennung von Lebensleistungen im Ehrenamt und als eine Wertschätzung der Einsatzkräfte an. Mehr finanzielle Mittel für die Kinder- und Jugendarbeit in den Feuerwehren müssen bereitgestellt werden.

Wir fordern eine Evaluierung der Frage, ob der an die Gemeinden ausgereichte Anteil aus der Feuerschutzsteuer angesichts der Erhöhung der Einsatzzahlen überhaupt noch angemessen ist. Daraus resultiert die Anpassung des ausreichenden Anteils aus der Feuerschutzsteuer nach oben.

Ich denke, diese Forderungen sind nur ein kleiner Schritt, um den Feuerwehrmännern und -frauen für ihre tagtägliche Einsatzfähigkeit und die Gewährleistung von Sicherheit in Sachen Brandschutz in unserem Land etwas Anerkennung zu zollen. Nun liegt es an Ihnen, diesen Antrag zu unterstützen.

Ich will mit einem Zitat enden: Wir sind, was wir denken. Alles, was wir sind, entsteht aus unseren Gedanken. Mit unseren Gedanken formen wir die Welt.

Lassen Sie uns alle an eine demokratische und positive Entwicklung dieses Landes denken und

unser Handeln an diesen Gedanken ausrichten. Sie haben nun die Gelegenheit, mit der Zustimmung zu unserem Antrag den ersten Schritt dahin zu gehen, der Politikverdrossenheit gegenüber den regierenden Parteien in diesem Land etwas entgegenzusetzen. Es liegt in Ihrer Hand, meine Damen und Herren Abgeordneten!

Wenn es zu einer Abstimmung über unseren Antrag kommt, beantrage ich namens der Fraktion DIE LINKE eine namentliche Abstimmung.

(Beifall bei der LINKEN - Oh! bei der CDU)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Danke, Frau Bahlmann. - Sie haben den Kollegen Erben zu einer Frage verleitet. Diese kann er jetzt stellen.

Rüdiger Erben (SPD):

Da ich nachher nur vier Minuten Redezeit habe, ist die Frage jetzt taktischer Natur. Das gebe ich gern zu.

Frau Kollegin Bahlmann, Sie haben davon gesprochen - ich nehme an, es geht um den Punkt 3.2 im Antrag -, dass Sie eine hauptamtliche Kraft in Vollzeit der Entgeltgruppe 9c TVöD bei den freiwilligen Feuerwehren fördern wollen. Was soll derjenige oder diejenige denn machen? Soll er im feuerwehrtechnischen Einsatzdienst arbeiten? Ein Gerätewart wird es bei der Vergütung nach 9c TVöD ja wohl kaum sein. Was soll er machen?

Katja Bahlmann (DIE LINKE):

Wir haben daran gedacht, dass die Wehrleiter in den Gemeinden sehr in die Arbeit bei den Feuerwehren eingebunden sind und viel statistische und Dokumentationsarbeiten erledigen müssen. Das ist eine Arbeit, die oft sehr anspruchsvoll ist. Wir denken, dass es gut wäre, in den Mittelzentren gerade die Wehrleiter hauptamtlich einstellen zu können und die Gemeinden dazu zu befähigen, solche hauptamtlichen Stellen zu schaffen.

Rüdiger Erben (SPD):

Verstehe ich es richtig, dass Sie den jeweils gewählten Wehrleiter als Tarifbeschäftigten einstellen wollen? Was machen Sie mit ihm, wenn er nach Ablauf seiner Amtszeit - er ist ja Ehrenbeamter auf Zeit - von den Kameraden nicht wieder vorgeschlagen wird?

Katja Bahlmann (DIE LINKE):

Dafür müsste man dann eine Lösung finden.

(Heiterkeit bei der CDU)

Darüber müsste man nachdenken.

Rüdiger Erben (SPD):

Ich stelle also fest: Sie haben auch keinen Plan.

Katja Bahlmann (DIE LINKE):

Wir könnten ja gemeinsam darüber nachdenken, wie wir es hinkriegen, dass eine solche Stelle geschaffen wird.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich sehe keine weiteren Nachfragen, Frau Bahlmann. Danke. - Wir können in der Debatte fortfahren. Für die Landesregierung spricht der Minister Herr Stahlknecht. Herr Minister, Sie haben das Wort.

Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke zunächst der Fraktion DIE LINKE für die Große Anfrage, weil sie die Gelegenheit bietet, darzulegen, was wir seit dem Jahr 2011 für die Feuerwehren getan haben.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir haben von 2011 bis 2016 zusätzlich zu den Mitteln aus dem Finanzausgleichsgesetz Millionenbeträge über Fördermittel für neue Fahrzeuge investiert. Im Jahr 2011 ist eingeführt worden, dass die Fahrzeugbeschaffung zentral erfolgt und der generierte Nachlass unmittelbar an die Gemeinden weitergegeben wird. Wir haben Drehleiterprogramme aufgelegt. Wir haben Löschfahrzeuge angeschafft. Wir haben in dieser Zeit Gerätehäuser in Millionenhöhe finanziert, zusätzlich zu den Mitteln aus dem FAG.

Wir haben im Jahr 2011 die Wiedereinführung der Feuerschutzsteuer herbeigeführt, wobei deren damalige Abschaffung überhaupt kein Vorwurf ist, weil mit den Mitteln aus der Feuerschutzsteuer dringend notwendige Investitionen, beispielsweise im Digitalfunk, durchgeführt wurden. Das war eine strategische und zwischen Rüdiger Erben und mir abgestimmte Vorgehensweise. Damals hatten wir noch eine andere Funktion. Das ist keine Kritik, aber wir haben es eingeführt.

Wir haben jetzt veranlasst, dass im Haushaltsplan für das Jahr 2019 - so wird es das Kabinett voraussichtlich am Dienstag beschließen - der auszureichende Anteil aus der Feuerschutzsteuer auf 5 Millionen € anwächst. Und er wird weiter anwachsen.

Wir haben gemeinsam ein 100-Millionen-€-Programm für Feuerwehrfahrzeuge und Gerätehäuser auf den Weg gebracht und werden allein im Haushaltsjahr 2019 zusätzlich zu den Mitteln aus dem Finanzausgleich 10 Millionen € Fördergelder für Feuerwehren zur Verfügung stellen.

Wir haben - sie hört gar nicht zu, weil sie die Tarifgruppe 9c haben möchte, aber ich trage das trotzdem vor - das Brandschutzgesetz insoweit geändert, als dass wir gesagt haben, wenn sich in einer Gemeinde jemand bewirbt, der bei der Feuerwehr tätig ist, wird er bevorzugt eingestellt. In einer Vielzahl von Gemeinden sind bereits Feuerwehrkameradinnen und -kameraden in unterschiedlichen Tätigkeiten eingestellt worden, die dann im Falle einer Alarmierung in der Lage sind, eine solche Feuerwehr zu führen und sie nach dem Rendezvous-Prinzip zusammenzubringen. All das haben wir getan.

(Zustimmung von Guido Heuer, CDU)

Wir haben einen Fonds auf den Weg gebracht - die Feuerunfallkasse hat dem zugestimmt; das war Ihre Frage -, der es ermöglicht, bei Verletzungen, die auf Vorschäden zurückzuführen sind, eine Entschädigung zu zahlen. Wenn man sich nämlich im Dienst verletzt, dann zahlt das normalerweise die Krankenkasse mit allem Drum und Dran.

Es geht hier darum: Wenn es im Dienst zu einem Unfall kommt, der möglicherweise kausal mit einer Vorverletzung zusammenhängt, dann wurde dafür bisher nicht gezahlt. Diesbezüglich sind die Gespräche nahezu vor dem Abschluss. Es gibt einen Beschluss der Feuerunfallkasse, der mit dem Landesfeuerwehrverband abgestimmt worden ist. Auch das haben wir gemacht.

(Zustimmung bei der CDU)

Die Feuerwehrekampagne ist - so sieht es der Landesfeuerwehrverband - mittlerweile ein Erfolg. Die zentrale Veranstaltung wird vom Land ausgerichtet und bezahlt. Diese Veranstaltung am Institut für Brand- und Katastrophenschutz - auf der Tribüne sitzt Herr M. - ist vom Land mitgetragen worden.

Wir werden im nächsten Jahr wieder eine zentrale Veranstaltung in Eisleben durchführen, weil wir in die Fläche gehen wollen und weil wir der Oberbürgermeisterin Frau Fischer und ihren Feuerwehrkameraden in dieser Ecke danken möchten, weil sie sich dort sehr für die Feuerwehren engagieren.

Aber das Ziel ist es nicht, wiederkehrend einmal im Jahr eine zentrale Veranstaltung durchzuführen, die wir natürlich auch durchführen, sondern dezentral in die Feuerwehren zu gehen, damit diese für sich werben können.

Sie können - das haben Sie damals schon getan - trefflich mit mir darüber streiten, welches die beste Kampagne ist. Die beste Kampagne ist die, wenn eine erfahrene Feuerwehrfrau oder ein erfahrener Feuerwehrmann ein Mitglied der Gemeinde unter den Arm nimmt und sagt: Wir sind eine tolle Truppe, wir helfen anderen in Not und darüber hinaus sind wir eine unzertrennliche Kameradschaft.

Menschen wirbt man über Menschen und nicht allein über Wahlplakate oder Plakate. Auch das habe ich mit den Kameraden besprochen.

(Zustimmung von Guido Heuer, CDU)

Insofern haben wir eine Vielzahl von Maßnahmen ergriffen, die eng mit dem Landesfeuerwehrverband und mit den Feuerwehren abgestimmt sind. Es vergeht nahezu keine Woche, in der nicht irgendwo ein Fahrzeug übergeben wird.

Ich war gerade in der letzten Woche in Röblingen am See und habe dort ein HLF 20 übergeben. Ich habe heute einen Brief in meiner Post gehabt, der von einem Bürgermeister handgeschrieben war, in dem er sich dafür bedankt - das muss er gar nicht tun, weil die Vergabe nach objektiven Kriterien erfolgt -, dass die Gemeinde eine Förderung erhält.

Wir werden im nächsten Jahr erstmalig eine Reihe von Fahrzeugen fördern, nämlich das LF 10. Das hat es noch nie gegeben, weil bisher nur das HLF 20 gefördert worden ist. All das ist bereits abgestimmt.

Insofern sind die Feuerwehren in unserem Lande gut aufgestellt. Dass man Gutes immer noch besser machen kann, ist richtig und das werden wir auch tun.

Am Institut für Brand- und Katastrophenschutz hatten wir eine Zeit lang aus ganz unterschiedlichen Gründen einen Personalengpass. Wir hatten einen Todesfall und zwei Mitarbeiter waren aufgrund einer beruflichen Veränderung in Süddeutschland gelandet. Solche Stellen müssen dann nachbesetzt werden.

Wir hatten die Situation, dass die Schule den Lehrgangsbetrieb aufgrund der Flüchtlingssituation - ich bin der Schule dankbar dafür gewesen, dass wir dort im Jahre 2017 Flüchtlinge unterbringen konnten - nur partiell durchführen konnte.

Wir brauchen natürlich auch Personal. Dazu sage ich Ihnen aus meiner Sicht, dass das, was im neu geregelten Beamtengesetz verankert wurde, nicht sonderlich hilfreich war, um Nachwuchskräfte für das IBK zu finden, weil die Leute dann lieber zu einer Berufsfeuerwehr gehen als an das Institut für Brand- und Katastrophenschutz. Das haben Sie hier mehrheitlich beschlossen. Das Parlament hat es beschlossen und ein Minister hat dies mit Demut zur Kenntnis zu nehmen, aber es hat uns eben nicht geholfen.

Sie wollten von mir etwas über die Funksprengeräte wissen. Ein Mensch, ein Wort. Ein Mann, ein Wort - ich weiß nicht, ob man das in der Genderzeit noch sagen darf. Also sage ich: ein Mensch, ein Wort. Es gibt die klare Zusage, dass wir diese Geräte zentral beschaffen werden. Dadurch generieren wir einen Preisnachlass von ungefähr 300

bis 400 € pro Gerät, sodass ein Gerät im Endeffekt ca. 800 € kostet.

Ich habe angeboten - jetzt aber bitte letztmalig, ich sage Ihnen auch warum -, dass wir uns an der Ersatzbeschaffung dieser Geräte noch einmal mit 40 % bis 50 % beteiligen werden. Über die 10 % können wir gern noch verhandeln.

Ich will dies mit dem Geschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes Herrn Leindecker abschließend bereden. Ich glaube nicht, dass er etwas dagegen hat, wenn seine Gemeinden Geld bekommen, aber ich will ihn zumindest fragen. Insofern warten wir das einmal ab. Auch das werden wir tun.

Eines aber sage ich Ihnen auch: Nutzen Sie Ihr Smartphone oder Ihr Handy noch, das Sie vor zehn Jahren gekauft haben?

(Katja Bahlmann, DIE LINKE: Ja! - Dorothea Frederking, GRÜNE: Ja! - Zurufe von der AfD)

- Die LINKEN sind an dieser Stelle sparsam.

(Katja Bahlmann, DIE LINKE: Das stimmt!)

Mit diesem Telefon können Sie aber nicht mehr das machen, was heute möglich ist. Die technische Entwicklung schreitet voran und auch die Technik bei Handfunksprechgeräten entwickelt sich weiter. Deshalb muss jeder Bürgermeister in seiner Verantwortung wissen, dass das Geräte sind, die nach vier, fünf oder sechs Jahren ausgetauscht werden.

Wenn wir im Finanzausgleichsgesetz Gelder für die Gemeinden einpreisen und wenn wir den ausreichenden Anteil aus der Feuerschutzsteuer auf 6, 7 oder 8 Millionen € erhöhen werden, dann habe ich die Erwartungshaltung, dass ein Bürgermeister irgendwann aus seinem eigenen finanziellen Budget der Gemeinde diese Geräte nachbeschafft. Sonst müssen wir sagen, es ist nicht mehr Pflichtaufgabe; dann zoomen wir das Ganze auf das Land hoch. Dann haben wir eine völlig andere Voraussetzung. Aber ob es dann besser wird, das weiß ich nicht. Wir helfen jetzt also noch einmal.

Ich würde alles gern so lassen, wie es ist. Die Feuerwehren sind gut aufgestellt. Mein Dank gilt allen Kameradinnen und Kameraden im Land. Es gibt, glaube ich - ich bin jetzt seit sieben Jahren Minister -, kaum eine Feuerwehr in diesem Land, in der ich nicht persönlich gewesen bin und den Kameraden vor Ort Danke für das gesagt habe, was sie leisten.

Am Sonntag bin ich wieder auf einer Veranstaltung, auf der wir denen danken werden, die bei dem großen Waldbrand in der Nähe von Wittenberg im Einsatz gewesen sind.

Wir machen durchaus Dankesveranstaltungen. Wir zeichnen mit dem Ehren- und Brandschutzkreuz aus. Wir fahren zu den Veranstaltungen. Das tun wir alles.

Mit Blick auf die Renten, die Sie angesprochen haben, kann ich verstehen, dass Sie das hier vortragen, weil Ihnen wahrscheinlich in fast jeder zweiten Feuerwehr gesagt wird, dass sie gern Rentenpunkte in Berlin möchten.

(Zustimmung von Daniel Roi, AfD)

- Dass Sie klatschen, verstehe ich auch, weil Sie in der Feuerwehr sind. Das ist eine gute Idee.

Nun können Sie die Diskussion in Berlin führen. Aber was sagt dann das THW dazu, was sagt die DLRG dazu, was sagt das Deutsche Rote Kreuz dazu, und was sagen andere, die ehrenamtlich tätig sind, vielleicht auch soziale Verbände?

(Zuruf von der AfD: Miteinander! - Guido Heuer, CDU: Um Gottes willen! - Hannes Loth, AfD: Die haben schon hohe Stundenlöhne!)

- Den Verein „Miteinander e. V.“ meinte ich jetzt nicht. Ich möchte keine Schärfe in die Debatte bringen. Ich will nur sagen, dass es auch an anderen Stellen ehrenamtlich Tätige gibt, die rund um die Uhr tätig sind. Man müsste es dann eventuell auf Blaulicht reduzieren, und dann müssen Sie sich die Frage stellen, ob diese politische Entscheidung in Berlin hinzubekommen ist. Ich sage Ihnen, das wird schwierig.

Wenn man als Regierung eine entsprechende Bundesratsinitiative startet, dann muss man wissen, dass das zumindest einen marginalen Anfangserfolg hat, weil es relativ ungeschickt ist, eine Bundesratsinitiative zu starten, nur damit man in der Zeitung steht, und am Ende wird sie ein Rohrkrepierer. Das muss man dann auch erklären. Das gehört auch dazu. Wie gesagt, ich verschließe mich dem nicht. Ich sage Ihnen nur, wo die Probleme liegen.

In Bezug auf die Bezahlung müssen wir denjenigen, die das tun, eine Aufwandspauschale zahlen, weil sie das schwierigste Ehrenamt bekleiden, das wir haben. Aber, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, es ist und bleibt ein Ehrenamt. Und wenn wir anfangen, es zu bezahlen, ist es nicht mehr der Ehre wegen, sondern des Geldes wegen.

Ich habe Ihnen gestern gesagt, ich möchte mehr eine Wir-Gesellschaft und weniger eine Ich-Gesellschaft. Zu dieser Wir-Gesellschaft gehört auch, dass man Dinge tut, ohne darüber nachzudenken, welchen finanziellen Vorteil dies bringt. - In diesem Sinne herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Stahlknecht, es gibt eine Frage oder eine Intervention von dem Kollegen Roi. Diese könnte er jetzt realisieren.

Daniel Roi (AfD):

Vielen Dank für die Ausführungen, Herr Minister. Ich habe noch eine Frage. Sie haben gesagt, die Anfrage gebe die Gelegenheit, sich einmal umfassend mit der Feuerwehr zu beschäftigen.

Meine Frage ist: Warum haben Sie die Frage nach dem Zustand der Feuerwehrgerätehäuser nicht beantwortet? Diese Frage ist für mich entscheidend. Auf die Frage, in welchen Kommunen die Mindeststärke nicht erreicht worden ist, ist ebenfalls keine Antwort erfolgt.

Die zweite Frage stelle ich auch gleich. Mit Blick auf die Projekte, die Sie aufgelegt haben - diese begrüßen wir -, gibt es Anträge von verschiedenen Kommunen und Ortsfeuerwehren. Daneben gibt es Anträge dieser Kommunen auf eine vorläufige Maßnahmebewilligung, so nennt sich das rein formell.

Diesbezüglich stellt sich mir die Frage - diese Frage stellt sich auch in vielen Feuerwehren -, was es mit diesem Antrag auf sich hat; denn es gibt oftmals einen ablehnenden Bescheid, was zur Folge hat, dass die Feuerwehren keine Fördermittel bekommen und nicht planmäßig zu bauen anfangen können. Die betreffende Feuerwehr hat dann das Problem, dass das Fahrzeug eher kommt, als die Gerätehalle fertig ist, weil der Antrag auf vorläufigen Maßnahmebeginn nicht bewilligt worden ist. Können Sie mir erklären, warum das erforderlich ist. Das habe ich wirklich nicht verstanden.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Versuchen Sie es mal.

Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):

Die Situation, die Sie schildern, dass jemand ein Fahrzeug beantragt und gefördert bekommt und gleichzeitig eine Förderung für ein Gerätehaus erhält, das nicht fertiggestellt ist, wenn das Fahrzeug kommt, ist mir so nicht erinnerlich.

Ich glaube, einer Gemeinde, die für beides Fördermittel erhält - ein Gerätehaus kostet mindestens 1 Million € -, wäre es, so glaube ich, relativ egal, ob es sich um einen vorzeitigen Maßnahmebeginn handelt oder nicht. Eine solche Gemeinde wäre erst einmal dankbar dafür, dass das so ist. Das vorausgeschickt.

Es werden durchaus auch vorläufige Maßnahmebeginne bewilligt. Es ist aber so, dass wir in der Regel aufgrund der zentralen Beschaffung, die

einer Planwirtschaft entspricht, und der Anzahl der Gerätehäuser den Haushaltstitel für das folgende Jahr immer ausgeplant haben.

Wenn Sie Ausgabenreste haben, dann können Sie diese entweder für eine weitere Anschaffung in der Höhe nutzen, die eins zu eins diesem Preis entspricht, oder Sie splitten die 100 000 €, die im Haushaltsplan für das Jahr 2019 durch eine Verpflichtungsermächtigung abgesichert sind, im Rahmen eines vorzeitigen Maßnahmebeginns in dreimal 30 000 €. So läuft das in der Regel.

Ihre erste Frage befasste sich mit dem Zustand der Gerätehäuser. Es gibt eine Reihe von Gerätehäusern in diesem Land, die nicht der DIN-Norm entsprechen. Diesbezüglich besteht ein erheblicher Investitionsbedarf. Deshalb haben wir das 100-Millionen-€-Programm aufgelegt. Wir werden je nach Kassenlage - auch 10 Millionen € sind irgendwann ausgegeben; diese stehen pro Jahr zur Verfügung, versteht sich; das klingt immer nach viel Geld, aber das ist alles relativ - und Bedarf das Erforderliche tun, damit diese Gerätehäuser neu gebaut werden. Wir haben einige bewilligt.

(Zustimmung bei der CDU - Siegfried Borgwardt, CDU: So ist es!)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Eine Nachfrage, Herr Roi? - Dann bitte.

Daniel Roi (AfD):

Die Frage war, warum die - - Jetzt haben Sie gesagt, es gibt diesbezüglich einen erheblichen Bedarf. Sie haben aber die Frage zur Zustandsbewertung in der Großen Anfrage nicht beantwortet. Wenn klar ist, dass es erheblichen Bedarf gibt, hätte ich mir gewünscht, dass Sie dort auch dem Parlament eine Übersicht geben, der zu entnehmen ist, wie der Zustand ist.

Die andere Frage befasst sich mit dem Thema Mindeststärke. Das ist ebenfalls eine wichtige Frage, die etwas darüber aussagt, wie wir denn in der Breite aufgestellt sind. Die Frage ist leider auch nicht beantwortet worden.

Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):

Wir können das grundsätzlich immer nur so beantworten, wie die Gemeinden uns das jeweils zuarbeiten, und wir haben dann auch die Fristen einzuhalten. - Vielen Dank.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich sehe keine weiteren Fragen mehr. Danke, Herr Minister. - Dann können wir in die Debatte der Fraktionen eintreten. Für die SPD-Fraktion spricht der Abg. Herr Erben. Herr Erben, Sie haben das Wort.

Rüdiger Erben (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Bei einer Redezeit von vier Minuten zu einer Großen Anfrage plus zwei Anträge plus zwei Alternativanträge kann man die Dinge nur punktuell herausgreifen.

Aber, Herr Roi, für Sie vielleicht zur Ergänzung. Wenn es um den vorzeitigen Maßnahmebeginn geht, gibt es eine Regelung in diesem Land, die besagt, dass der vorzeitige Maßnahmebeginn nur genehmigt werden darf, wenn mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Förderung erfolgt.

(Minister Holger Stahlknecht: So ist es! - Siegfried Borgwardt, CDU: Ja!)

Das heißt, wenn Sie einen vorzeitigen Maßnahmebeginn genehmigt bekommen, werden Sie mit hoher Wahrscheinlichkeit auch das Geld bekommen und können das Risiko eingehen. Wenn Sie eine Ablehnung bekommen, ist die Frage offen. Das ist seit vielen Jahren in diesem Land eindeutig geregelt.

Ich will mich auf zwei Dinge beschränken, nämlich auf das zurzeit hoch aktuelle Thema der Waldbrandbekämpfung. Außerdem will ich einige Worte zum Thema BOS-Digitalfunk verlieren.

Ich war etwas verwundert. Es gibt Waldbrände und in Deutschland wird über Löschflugzeuge gesprochen. Die Bundesvorsitzende der GRÜNEN forderte Löschflugzeuge, Frau Weidel von der AfD fordert Löschflugzeuge und auch DIE LINKE in Sachsen-Anhalt. Folglich scheint es keine ideologische Frage zu sein.

Ich will sagen, warum wir so etwas nicht brauchen. Wer in Griechenland oder in Spanien schon einmal einen Waldbrand erlebt hat, der weiß, dass es dort eine ganze Weile brennt. Wenn bei uns der Wald brennt, rücken Hunderte von Feuerwehrleuten aus, und zwar innerhalb einer Hilfsfrist. Das heißt, Waldbrandszenarien, wie wir sie insbesondere aus Griechenland kennen, wo Tankflugzeuge losfliegen, haben wir zum Glück nicht und werden wir zum Glück auch nicht bekommen. Deswegen halte ich es für völlig ausreichend, wenn wir uns darum kümmern, dass es genügend Fluggerät gibt, das die Wasserbehälter trägt. Das ist, glaube ich, ein sehr effektives Mittel, mit dem die Waldbrandbekämpfung in Deutschland funktioniert.

Aber auch Folgendes halte ich für sehr wichtig: Wir haben in diesem Land immer noch weite Flächen, die kampfmittelverseucht sind. Ich kann, ehrlich gesagt, nicht mehr einsehen, dass wir im Jahr 2018 noch immer große Flächen zur Waldbrandbekämpfung nicht betreten können, weil dort noch irgendwelche Munition einer Heeresversuchsanstalt aus dem Jahr 1942 liegt.

(Minister Holger Stahlknecht: Tja!)

Ich glaube, das bedarf nach den Waldbrandszenarien in den letzten Wochen noch einmal einer Kraftanstrengung, insbesondere in Brandenburg, in Sachsen-Anhalt, in Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen, wo es diese großen Flächen gibt. Das ist auch eine Frage der Sicherheit in diesem Land. Wir können es nicht unter Umständen wochenlang brennen lassen, nur weil Weltkriegsmunition noch immer nicht beräumt ist. Das wäre zum Beispiel etwas Gutes für eine Bundesratsinitiative. Die ist vielleicht auch gar nicht so aussichtslos.

Schließlich brauchen wir die entsprechende Technik. Dazu gehören geländegängige Fahrzeuge mit dem entsprechenden Tankvolumen. Ich glaube, das 100-Millionen-€-Fahrzeugprogramm wäre eine gute Gelegenheit, um an der Stelle auch eine entsprechende Priorität zu setzen.

Und ich richte meinen Appell in Richtung des Forstministeriums. Wir brauchen in diesem Land natürlich auch befahrbare Waldwege;

(Zustimmung von Guido Heuer, CDU, und von Bernhard Daldrup, CDU)

denn nur wenn man sie hat, kann man die Brandstellen auch erreichen.

Schließlich zwei Sätze zum Thema Sepura-Handfunkgeräte. Nach meiner Kenntnis geht es in diesem Land um 7 800 Endgeräte, nicht um 15 000.

(Minister Holger Stahlknecht: Stimmt!)

Ich bin grundsätzlich der Auffassung, dass man nicht dem Glauben anhängen kann, dass dies Analogfunkgeräte wie früher sind, die aus einem Stück Metall geschnitzt worden sind und dann 50 Jahre lang halten; vielmehr sind letztlich das Sepura-Handfunkgerät oder überhaupt die Digitalfunkgeräte viel näher an einem Handy als an einem alten Bundeswehr- oder NVA-Funkgerät, wie das vielleicht der eine oder andere noch kennt.

Insofern wird es einen viel schnelleren Umschlag geben. Einmalig sollten wir das noch tun. Ich will an dieser Stelle noch einen kleinen Stein ins Wasser werfen. Vielleicht kann sich jemand daran erinnern, wie die Erstausrüstung bezahlt worden ist. Dafür haben wir in einer Bereinigungssitzung zum Haushalt den Landesausgleichsstock angezapft. Die Rechtslage hat sich nicht geändert. Das könnte vielleicht für eine gewisse Gerechtigkeit sorgen.

Ich werbe für die Annahme unserer Alternativanträge. - Herzlichen Dank.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Es gibt eine Wortmeldung von Herrn Roi. Er kann sie jetzt wahrnehmen.

Daniel Roi (AfD):

Vielen Dank, Herr Erben, dass Sie auf die vorzeitige Maßnahmebewilligung eingegangen sind. Es ist eben nicht so, wie es der Innenminister gesagt hat, dass die Investitionskosten auch für große HLF immer 1 Million € betragen müssen. Es gibt nämlich auch Stellplätze, die gebaut werden. Dann gibt es dazu logischerweise Stadtratsbeschlüsse, die beispielsweise aussagen, egal ob es Fördermittel gibt, die Halle wird gebaut, weil das Fahrzeug bestellt ist. - So.

Aus meiner Sicht macht es keinen Sinn - das ist die Kritik, die ich hier zum Ausdruck bringen möchte; ich frage Sie, ob Sie diese teilen -, dass, wenn es einen solchen Stadtratsbeschluss gibt, das Land dann sagt, wir bewilligen euch das nicht, auch wenn es am Ende keine Fördermittel gibt, weil das nämlich dazu führt, dass die Kommune nicht anfängt zu bauen, und schließlich die Situation eintritt, dass das Feuerwehrauto da ist, die Fahrzeughalle aber noch nicht fertig ist. Dafür gibt es ein konkretes Beispiel.

Rüdiger Erben (SPD):

Es geht nicht, dass man einen Stadtratsbeschluss fasst und festlegt, wir bauen jetzt einen neuen Stellplatz, und daraus den Anspruch ableitet, dass die Gemeinde ihr Fahrzeug in dem Jahr gefördert bekommt, in dem der Stellplatz fertig wird. Das geht natürlich nicht.

Sie meinen aber offensichtlich, warum es den vorzeitigen Maßnahmebeginn nicht gibt. Also ich will jetzt hier kein Haushaltsrechtsreferat halten. Aber es gibt natürlich verschiedene Gründe dafür, dass man einen vorzeitigen Maßnahmebeginn nicht genehmigen kann. Ein Grund ist beispielsweise die Tatsache, dass der Rahmen der Verpflichtungsermächtigung für die Folgejahre - wir reden hierbei immer über Folgejahre - kleiner ist als das, was in den Folgejahren im Haushalt an Barmitteln zur Verfügung steht. Wenn es den neuen Haushalt noch nicht gibt, dann können Sie natürlich nur bis zur Höhe der Verpflichtungsermächtigung Bescheide erteilen oder vorzeitige Maßnahmebeginne genehmigen.

Ich kenne Ihren Fall nicht. Aber es kann mannigfaltige Gründe dafür geben, dass das in Ihrem konkreten Fall nicht genehmigt worden ist. Einer davon ist möglicherweise der, dass es insgesamt nicht genug Geld gibt. Es kann auch sein, dass sie in dem Jahr gar nicht förderfähig sind, weil beispielsweise im Rahmen der zentralen Beschaffung ein Fahrzeug anderer Konfiguration angeschafft wird als das, was Sie gern in die neu gebaute Halle stellen wollen.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Frau Bahlmann hat auch noch eine Frage, Herr Erben.

Rüdiger Erben (SPD):

Gern.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Bitte.

Katja Bahlmann (DIE LINKE):

Herr Erben, Sie haben in Ihren Ausführungen die Löschflugzeuge angesprochen.

Rüdiger Erben (SPD):

Ja.

Katja Bahlmann (DIE LINKE):

Damit habe ich mich natürlich auch beschäftigt, weil wir in der Großen Anfrage danach gefragt haben und es in Sachsen-Anhalt keines gibt und in ganz Deutschland auch nicht. Wie erklären Sie sich dann aber den Umstand, dass es in Deutschland durchaus private Anbieter gibt, die so etwas beschafft haben und die diese, gesetzt den Fall, wir brauchen eines in Deutschland, an den Bund vermieten? Wir können uns doch, wenn wir die Miete ohnehin bezahlen, gleich ein eigenes anschaffen, das wir dann nutzen können. Andere Länder machen das auch. Ich kann mir nicht erklären, warum wir es mieten sollen, wenn wir das auch selbst anschaffen können.

Rüdiger Erben (SPD):

Ich weiß nicht, was Sie unter einem Löschflugzeug verstehen. Es wird immer behauptet, dass das Land Brandenburg bis vor wenigen Jahren Löschflugzeuge gehabt hätte und dass es diese seit dem Jahr 2015 nicht mehr gibt. Dieses Löschflugzeug, um das es dabei geht, ist - ich sage es einmal so - ein Spielzeuggerät gewesen;

(Oliver Kirchner, AfD, lacht)

denn das hat nichts mit dem zu tun, was wir heute als Löschflugzeug bezeichnen, wo nämlich mit großen Wassermengen gearbeitet wird. Ich sage es einmal so: Das war so etwas, wie Sie es vielleicht noch aus DDR-Zeiten kennen, als ein Agrarflugzeug auch zur Waldbrandbeschäftigung eingesetzt wurde. Also so ein Gerät nützt uns überhaupt nichts.

Dann ist es natürlich so: Wenn Sie ein Flugzeug haben, nützt Ihnen das auch nichts, weil es gewöhnlicherweise in Deutschland an verschiedenen Stellen gleichzeitig brennt.

Ich habe mich mit Leuten darüber unterhalten, die deutlich mehr Ahnung von dem Thema Waldbrandbekämpfung haben als Sie oder ich. Sie haben mir ganz klar gesagt, es entspricht nicht der Einsatztaktik in Deutschland, mit einem Flugzeug über die Brandflächen zu donnern und ein-

fach Wasser draufzuhauen; das ist nicht der Sinn der Übung. Ich sehe in Löschflugzeugen wirklich keinen Sinn, weil es eine ganze Flotte sein müsste. Sie würde wahnsinnig hohe Betriebskosten verursachen, weil die Flugzeuge vorgehalten werden müssen, und sie wären längst nicht überall einsetzbar.

Wenn wir endlich genügend Fluggerät bei Bundeswehr und Bundespolizei haben, dann ist das überhaupt kein Thema. Dann haben Sie Löschbehälter und damit können Sie hervorragend löschen.

(Minister Holger Stahlknecht: Hubschrauber können das auch!)

Das ist aus meiner Sicht der Punkt.

Wenn Sie sich einmal die Waldbrandfälle anschauen, die wir in der jüngeren Zeit zu verzeichnen hatten, dann ist feststellbar, dass die Bundeswehr die Geräte zu meiner positiven Überraschung wirklich in die Luft gekriegt hat. Also es ist nicht so gewesen, dass die Kommunen am Ende allein dagestanden haben, weder in der Annaburger Heide noch in Brandenburg. Die Geräte sind am Ende in die Luft gebracht worden. Ich glaube, das System, das wir mit Löschbehältern und Hubschraubern haben, ist deutlich besser, als wenn wir über Flugzeuge reden.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Jetzt gibt es aus der CDU-Fraktion noch eine Frage. Ich bitte jetzt darum, dass die verschiedenen Definitionsfragen und Fallkonstruktionen, bei denen es im Detail schwierig wird, im Ausschuss beraten werden. Aber jetzt hat erst einmal Herr Stahlknecht das Wort.

Holger Stahlknecht (CDU):

Das ist ganz einfach. Herr Erben, würden Sie mir in meiner Auffassung zustimmen, dass unser Polizeihubschrauber in der Lage ist, einen solchen Wassertank zu fliegen und auch im Brandeinsatz zu verwenden?

Rüdiger Erben (SPD):

Den kleinen, ja.

(Heiterkeit)

Holger Stahlknecht (CDU):

Danke.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ganz ohne Details ging es dann doch nicht. - Dann können wir jetzt in der Reihenfolge der Debattenredner der Fraktionen fortsetzen. Für die AfD-Fraktion spricht der Abg. Herr Roi. Bitte.

Daniel Roi (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gott zur Ehr, dem Nächsten zur Wehr. - So heißt ein Leitspruch der Feuerwehr. Doch damit dieser Leitspruch mit Leben erfüllt werden kann und unsere Kameraden auch wehrhaft sein können, bedarf es vernünftiger Rahmenbedingungen und für diese Rahmenbedingungen sind wir als Parlament verantwortlich. Das ist auch der Grund dafür, dass die AfD-Fraktion heute erneut die Initiative ergreift, nämlich um den Feuerwehrkameraden im Land den Rücken zu stärken.

Zuallererst - das möchte ich voranstellen - danken wir allen Frauen und Männern in den Feuerwehren für die geleistete und unermüdliche Einsatzbereitschaft im Hitzesommer 2018.

(Beifall bei der AfD)

Der Sommer 2018 war außergewöhnlich, nicht nur für die Landwirte, wie wir heute schon diskutiert haben, sondern auch für die Feuerwehren. Lang anhaltende Trockenheit und hohe Temperaturen führten vielerorts zu zahlreichen Bränden von Ödland und Feldern. Hinzu kamen Waldbrände, die gewaltige Ressourcen verbrauchten.

Zur Wertschätzung fordert die AfD-Fraktion eine breite öffentliche Ehrung für die geleistete Arbeit im Sommer 2018. Ja, wir freuen uns, dass dieser Vorschlag von der Koalition aufgenommen wird. Das steht dem Landtag gut zu Gesicht. AfD wirkt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Doch eines möchte ich hier auch deutlich machen. Es darf nicht nur bei Ehrungen bleiben. Das dient zwar der Anerkennung, aber es bedarf weiterer Maßnahmen, um die Einsatzkräfte bei der täglichen Arbeit zu unterstützen. Dazu werde ich gleich noch ausführen.

Meine Damen und Herren! Ein Blick auf die Situation in der Feuerwehr zeigt, dass 96 % der Feuerwehrleute ehrenamtliche Kräfte sind. Die freiwilligen Feuerwehren sind also das Rückgrat des Brand- und Katastrophenschutzes in unserem Land. Ohne sie wäre ein flächendeckender Schutz der Bevölkerung nicht vorstellbar. Insbesondere im ländlichen Raum sorgen die Feuerwehren mit ihren Vereinen durch kulturelle Angebote für Lebensqualität in den Orten.

Doch diese wertvolle Struktur kommt seit Jahren massiv unter Druck und droht uns in der Fläche massiv wegzubrechen. Im Jahr 2007 waren 37 924 Frauen und Männer in den Feuerwehren aktiv. Zehn Jahre später, also 2017, waren es nur noch 31 788. Das ist ein Rückgang um rund 16 % und wir verlieren in Mitteldeutschland jeden Tag fünf Feuerwehrleute. Jedem hier im Hohen Haus müsste also klar sein: Diese Zahlen sind alarmierend.

Schaut man auf die Entwicklung der Einsatzbelastung der Feuerwehren, so ist zu erkennen, dass diese im Laufe der Jahre immer höher wird. Die Kameraden in den Wehren stemmen das bisher noch; das wurde auch vom Innenminister gesagt. Doch die Feuerwehr darf nicht zum Mädchen für alles werden. Die Politik muss verhindern, dass unsere Kameraden verheizt werden. Sie muss dafür sorgen, dass eine weitere Belastung der aktiven Einsatzkräfte durch neue Aufgaben eingedämmt wird; denn immer weniger Feuerwehrleute müssen immer mehr leisten. Neben den Hochwasserjahren 2002 und 2013 ist dieses Jahr ein absolutes Rekordjahr, was die Einsatzbelastung betrifft. Auch 2017 war ein Jahr mit hoher Einsatzbelastung.

In vielen Feuerwehren ist bereits jetzt, Ende August, das ohnehin schon hohe Niveau des letzten Jahres erreicht. So liegt die Zahl bei der Ortsfeuerwehr Helfta, einer Ortsfeuerwehr von Eisleben, bei 182 Einsätzen, bei teilweise drei Einsätzen am Tag. Das Rekordjahr 2017 wird also demnächst schon übertroffen. Bei meiner eigenen Wehr ist es ähnlich: Mit 67 Einsätzen liegen wir beim absoluten Spitzenwert.

Doch es sind nicht nur die Naturkatastrophen, die ich ansprach, sondern es ist auch das normale Einsatzgeschehen, das den Feuerwehren immer mehr abverlangt. Die Wehren an den Bahnstrecken, Bundesstraßen und Autobahnen können davon ein Lied singen. Regelmäßig kommt es zu schweren Verkehrsunfällen, bei denen es oft auch darum geht, Menschen aus einer Notsituation zu retten, auch mit teilweise schwerwiegenden Bildern, wie letzte Woche auf der A 9.

Doch auch diese Belastungen können unsere Feuerwehren stemmen. Es gibt ein Förderprogramm, und es gibt Fahrzeugtechnik, die bereits jetzt zentral angeschafft wird. Dort sehen wir auch positive Effekte. Aber es kann nicht sein, dass durch immer mehr Aufgaben noch mehr Belastungen entstehen und das System der freiwilligen Feuerwehren damit gefährdet wird.

Die Belastung für die Kameraden ist in den letzten Jahren gestiegen, da sie Arbeiten übernehmen müssen, für die sie nicht zuständig sind. Der Kreisbrandmeister des Saalekreises erklärte am 5. Mai 2018 in der „MZ“, dass sich allein im vergangenen Jahr in der Einsatzstatistik die Hilfeleistungen nahezu verdoppelt hätten.

Ich nenne hierzu die vermehrte Tragehilfe bei Rettungseinsätzen oder von pflegebedürftigen Personen. Die steigende Zahl von Fehlalarmen durch Brandmeldeanlagen kommt hinzu. Des Weiteren kommen immer mehr Türöffnungen hinzu, die früher durch die Polizei durchgeführt wurden. Wenn man dann vor Ort fragt, warum die Polizei dies nicht mehr mache, und zur Antwort

bekommt, dort sei zu wenig Personal vorhanden, dann sitzt die Ursache für dieses Problem, für diese Mehrbelastung der Kameraden hier auf der Regierungsbank; denn der Polizeibau ist maßgeblich von der Landesregierung zu verantworten - von dieser und von der letzten.

(Zustimmung bei der AfD)

Das Beispiel zeigt, dass Ihre Fehlentscheidungen auf dem Rücken der Feuerwehren ausgetragen werden. Das Ehrenamt wird hierbei missbraucht und das darf nicht mehr sein, meine Damen und Herren.

In unserem Antrag fordern wir als AfD erneut, dass die Feuerwehrrente flächendeckend eingeführt wird und das Land einen Sockelbetrag für jede Einsatzkraft übernimmt; denn der Rahmenvertrag ist zwar gut und schön, jedoch fehlt vielen Kommunen einfach das Geld; das wurde bereits angesprochen.

Wir betrachten dies freilich als Sofortmaßnahme; denn mittelfristig muss unsere Gesellschaft dazu kommen, dass ehrenamtliche Engagements auch bei der gesetzlichen Rente angerechnet werden.

Darüber hinaus fordern wir, endlich zu regeln, dass die gesamte Summe der Einnahmen - das ist eben der Unterschied zur Koalition - aus der Feuerschutzsteuer vollständig wieder an die Kommunen zurückfließt.

Werte Damen und Herren von der LINKEN, zu Punkt 3.6 Ihres Antrags muss ich sagen: Wenn Sie jetzt noch eine Bestandsaufnahme der finanziellen Ausstattung und der Situation der Wehren brauchen, dann frage ich mich, was Sie all die Jahre hier im Parlament gemacht haben. Diese Frage müssen Sie mir einmal beantworten.

(Zustimmung von Oliver Kirchner, AfD)

Ich empfehle Ihnen, sich dazu die Risikoanalysen und die Brandschutzbedarfspläne in den Kommunen vorzunehmen. Darin wird deutlich, wie viel Geld die Kommunen für Investitionen brauchen.

Die AfD ist klar der Auffassung, dass unsere Kommunen für die Vorhaltung einer leistungsfähigen Feuerwehr eine gewisse Verlässlichkeit der Politik brauchen. Daher wollen wir auch die vollständige Rückgabe endlich durch das Parlament festschreiben. Dazu brauchen wir nicht dieses Geieie und vor allem nicht das Gekürze, das damals durch die SPD unter Herrn Hövelmann und Herrn Erben eingeleitet wurde.

Das Parlament muss ausreichend Geld für die Pflichtaufgabe Feuerwehr bereitstellen. Sonst ist das beste Konzept bloße Makulatur; das weiß jedes Kind. In den Feuerwehren ist Konsens: Man will nicht mit Einsatzmitteln arbeiten, die älter sind als man selbst. Aus diesem Grund braucht es auch die finanzielle Unterstützung.

Wir fordern des Weiteren, dass die Neugründungen von Kinder- und Jugendfeuerwehren mehr gefördert werden. Die Kosten - dies wurde ebenfalls bereits angesprochen - für die erforderliche Umrüstung des BOS-Digitalfunks sollten ebenso vom Land übernommen werden. Dazu möchte ich den Vorsitzenden des Innenausschusses Hagen Kohl zitieren; denn er hat es auf den Punkt gebracht. Er sagte:

„Wenn Funkgeräte aus Sicherheitsgründen neu beschafft werden müssen, kann dies keinesfalls auf Kosten oder zulasten der Kommunen oder Feuerwehren erfolgen.“

Ich denke, genau das bringt es auf den Punkt. Aus diesem Grund ist das Land hierbei in der Pflicht.

(Zustimmung bei der AfD)

Eine weitere Forderung, die wir in unserem Antrag formuliert haben, ist, das IBK Heyrothsberge personell so auszustatten, dass der Bedarf an Lehrgangspätzen gedeckt werden kann - und das nicht nur für die Berufsfeuerwehren, sondern auch für die freiwilligen Feuerwehren; dazu ist ebenfalls schon etwas gesagt worden.

Nun komme ich noch kurz zur Großen Anfrage. Ich habe mir die 111 Fragen und Antworten genau angeschaut und möchte einige wichtige Fragen herausgreifen. Die Frage, die sich die Politik stellen muss - ich habe es vorhin in meiner Kurzintervention angesprochen -, ist: Wie gewährleisten wir zukünftig im ländlichen Raum die Einhaltung der Zwölfminutenhilfsfrist?

Genau danach wird in Frage 97 gefragt. Die Landesregierung antwortet:

„Der Landesregierung wurden derartige Ausfälle nicht gemeldet.“

Es wurde gefragt, in welchen Gemeinden die Mindesteinsatzstärke nicht erreicht wurde, und die Landesregierung hat darauf nicht geantwortet. Dazu muss ich Ihnen sagen, dass ich mich damit nicht zufriedengebe. Für mich ist entscheidend, ob die Landesregierung einmal nachgehakt hat. Offensichtlich ist dies nicht der Fall. Deshalb stellt sich mir die Frage, ob die Situation vor Ort für Sie überhaupt von Interesse ist. - Offensichtlich nicht.

In Frage 84 geht es um den Zustand der Feuerwehrhäuser; das habe ich vorhin ebenfalls angesprochen. Darauf haben Sie geantwortet, dass die Zustandsbewertung der Feuerwehrhäuser innerhalb der Zeit zur Beantwortung der Großen Anfrage nicht möglich war.

Auch das ist eine zentrale Frage zur Bewertung der Leistungsfähigkeit und des Zustandes unserer Feuerwehren. Dies haben Sie ebenfalls nicht beantwortet und, wie eben schon gesagt, scheint es so, als ob Sie als Innenminister das nicht interessiert. Das finde ich sehr bedenklich.

In Frage 30 winden Sie sich ebenfalls um weitere Antworten herum; denn darin wird gefragt, welche Maßnahmen die Landesregierung ergreift, falls die neuen Regelungen im aktuell verabschiedeten Gesetz zu den dienstlichen Vorschriften zu einer vermehrten Abwanderung von Lehrkräften vom IBK Heyrothsberge führen werden. Dazu schreibt die Landesregierung:

„Es ist zunächst abzuwarten, ob die befürchteten Auswirkungen tatsächlich eintreten.“

- Das ist die Antwort.

Wie kann man das vor dem Hintergrund bewerten, dass es, bevor diese Richtlinie in Kraft trat bzw. das Gesetz verabschiedet wurde, sogar Schreiben aus der Feuerwehr zu diesem Problem gab, in denen genau darauf hingewiesen wurde und Bedenken geäußert wurden?

Ich kann nur feststellen, dass die Landesregierung diese Bedenken ignoriert, ein Gesetz durchboxt und dann auf die an sie gestellte Frage nach dem Motto antwortet: Warten wir einmal ab, bis das Kind in den Brunnen gefallen ist; dann werden wir vielleicht aktiv und schauen, was passiert.

Dazu kann ich nur sagen: So geht es nicht, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Herr Roi, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Daniel Roi (AfD):

Ich komme zum Schluss.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ein Satz noch.

Daniel Roi (AfD):

Wir sehen, es „brennt“ bei den Feuerwehren. In dieser Situation ist es wichtig, dass den vielen Worten des Dankes auch Taten folgen.

Unser Antrag ist ein politisches Bekenntnis zu unseren freiwilligen Feuerwehren und deshalb bitte ich um Zustimmung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht der Abg. Herr Meister.

Olaf Meister (GRÜNE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Meine Vorredner haben die Bedeutung und Wichtigkeit der Feuerwehren für unser Gemeinwesen bereits ausführlich gewürdigt. Dem schließe ich

mich vorbehaltlos an, sowohl hinsichtlich der Bedeutung für den Schutz und die Sicherheit der Bevölkerung als auch für den sozialen Zusammenhalt, insbesondere im ländlichen Bereich.

Sorge macht in Auswertung der Antwort der Landesregierung das weitere Sinken der Personalzahlen bei den freiwilligen Feuerwehren im ländlichen Raum.

Das Land Sachsen-Anhalt unternimmt erhebliche Anstrengungen, damit die Feuerwehren mit modernen Feuerwehrhäusern und Fahrzeugen sowie Ausrüstungen versorgt werden und auch die Ausbildung stimmt. Diese Unterstützung und Wertschätzung wird es auch in Zukunft geben, auch wenn dies haushaltstechnisch nicht ganz trivial ist. Wir werden es in Kürze auch von der finanztechnischen Seite her zu beleuchten haben.

Eine aktuelle Herausforderung ist der jetzt anstehende Austausch der alten Funkgeräte. Landesweit wird am Abschluss eines Rahmenvertrages mit günstigen Konditionen zum Abruf von Endgeräten gearbeitet und eine Landesförderung geprüft. Wünschenswert wäre sicherlich auch die Einigung auf einen einheitlichen Gerätetyp.

Neben der Sicherstellung der materiellen und technischen Basis für die Feuerwehren bedarf es auch einer besonderen Anerkennungskultur für dieses schwere und in besonderem Maße verantwortungsvolle Ehrenamt. Mit einer Feierstunde am Tag des Ehrenamtes ist es damit aus meiner Sicht nicht getan - das auch, aber das kann es nicht allein sein. Die Wertschätzung sollte in der Region spürbar sein, in der die Kameradinnen und Kameraden ihren Dienst versehen. Die Kommunen haben dazu unterschiedliche Möglichkeiten. Zum Teil geschieht dies schon heute durch Vergünstigungen oder freien Zugang zu kommunalen Freizeiteinrichtungen, aber zum Beispiel auch durch die Unterstützung bei Lehrstellen oder Arbeitsplätzen - der Minister ist darauf eingegangen -, um die Menschen in ihrer Region und gerade auch in ihrem Ort zu halten.

Das Ansehen der freiwilligen Feuerwehren ist zu Recht ungebrochen hoch. Diese Stärke der Feuerwehren müssen wir nutzen. Es ist unsere Aufgabe, dazu weiter beizutragen.

Ich bitte um Zustimmung zu den Alternativanträgen. - Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Für die Fraktion der CDU spricht der Abg. Herr Borchert.

Carsten Borchert (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu Beginn meiner Rede möchte auch ich

im Namen der CDU all den Feuerwehrkameradinnen und -kameraden für ihre unermüdlichen Einsätze danken.

(Beifall bei der CDU)

Sie sind ein unverzichtbarer Bestandteil des Brand- und Katastrophenschutzes in Sachsen-Anhalt und riskieren in so manchem Einsatz ihr eigenes Leben, um andere zu retten - und das ganz uneigennützig.

Werte Kameradinnen und Kameraden, Ihnen gebührt unsere höchste Anerkennung; das kann man nicht oft genug sagen. Aber vor lobenden Worten, glaube ich, können Sie sich kaum noch retten.

Zur Beratung liegen uns heute neben der Großen Anfrage der LINKEN zur Situation der Feuerwehren in Sachsen-Anhalt auch zwei Anträge der Oppositionsfraktionen vor. Legt man die beiden Anträge der AfD und der LINKEN nebeneinander, fällt auf, dass sie im Grunde identisch sind.

Um es kurz und knapp auf die wesentlichen Punkte herunterzubrechen: Es geht Ihnen um folgende Themen: die Unterstützung der Kinder- und Jugendfeuerwehren, die Personalsituation am IBK, die Höhe der Ausreichung aus der Feuerschutzsteuer an die Kommunen, die rentenrechtliche Berücksichtigung des Ehrenamtes, die aktuelle Situation im Bereich des BOS-Digitalfunks sowie die Anerkennung durch Festveranstaltungen und zentrale Ehrungen.

Lassen Sie mich diese wesentlichen Punkte Ihrer beiden Anträge kurz abarbeiten. Sie sind doch eigentlich unstrittig; denn sowohl unseren Alternativen als auch den Worten des Ministers sowie der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der LINKEN ist zu entnehmen, dass die Landesregierung und auch wir Ihre Einschätzung im Wesentlichen teilen und viele Ihrer Forderungen bereits umgesetzt werden.

Lassen Sie mich bei den Kinder- und Jugendfeuerwehren beginnen. Hier erfolgt eine jährliche Unterstützung der Gemeinden durch das Land mit zweckgebundenen Zuweisungen für die Kinder- und Jugendfeuerwehren in Höhe von 260 000 €.

Viel interessanter als die Höhe der Förderung durch das Land finde ich bei der Lektüre der Großen Anfrage jedoch den Teil, in dem es um die Brandschutzerziehung als Bestandteil des Unterrichts an Grundschulen geht.

Ein Lob an unseren Bildungsminister, der sofort reagiert hat. Ich finde es unglaublich wichtig, dass unsere Kinder schon früh über die Gefahren von Feuer aufgeklärt werden. Daher begrüße ich, dass ab März 2019 ein Brandschutzerziehungstag fester Bestandteil des Grundschulunterrichts bzw. Kindergartenalltags werden soll.

(Zustimmung bei der CDU)

Gleichzeitig sind meines Erachtens an dieser Stelle neben den Lehrern, die den Unterricht gestalten, vor allem die Eltern gefragt, die Angebote der Feuerwehren und Feuerwehrverbände zu nutzen, um unseren Kindern die Relevanz einer funktionierenden Feuerwehr nahezubringen und so für interessierten Nachwuchs in den Kinder- und Jugendfeuerwehren zu sorgen. Ein guter Anlass, sich die Feuerwehr im eigenen Ort anzuschauen, wäre beispielsweise der nunmehr jährlich stattfindende Tag der Feuerwehr.

Kinder- und Jugendfeuerwehren entstehen nicht durch uns im Landtag, sondern durch die Initiativen der Menschen vor Ort. DIE LINKE sieht da meiner Meinung nach viel zu schwarz.

(Zustimmung von Rüdiger Erben, CDU)

Die Personalsituation beim IBK in Heyrothsberge zu verbessern, fordern Sie weiterhin. Das liegt logischerweise auch uns am Herzen. Die freiwilligen Feuerwehren können nur so gut sein, wie ihre Ausbildung es erlaubt.

Wobei ich die hohe Professionalität am IBK ausdrücklich loben möchte. Das IBK ist - das konnten wir auch in den Antworten auf die Große Anfrage nachlesen - in seiner besonderen Kombination zwischen Brandschutz- und Katastrophenschutzschule mit einer Forschungseinrichtung für Brandschutz zumindest in Deutschland einmalig.

Die Personalsituation ist dabei vor allem durch den demografischen Wandel geprägt. Mit Interesse habe ich in der Antwort auf die Große Anfrage gelesen, dass darüber nachgedacht wird, das E-Learning unterstützend zum Präsenzunterricht einzuführen. Das begrüßen wir ausdrücklich; denn so könnten die ehrenamtlichen Kameradinnen und Kameraden die Schulungsinhalte besser in ihren Arbeitsalltag und in ihre Freizeit integrieren, wodurch wiederum eine Entlastung eintreten würde.

Sehr geehrte Damen und Herren! In Bezug auf die Ausweitung des auszureichenden Anteils aus der Feuerschutzsteuer an die Kommunen darf auch ich darauf hinweisen, dass wir mit der letzten Änderung des Brandschutzgesetzes bereits eine Verdopplung für die Kommunen erreicht haben und anstreben, den Anteil auch in den nächsten Jahren weiter zu erhöhen. Derzeit erhalten die Gemeinden und Landkreise für die Durchführung der ihnen nach dem Brandschutzgesetz obliegenden Aufgaben jährlich Mittel in Höhe von mindestens 3 Millionen €. Die genaue Verteilung zwischen Landkreisen und Gemeinden ist im § 23 des Brandschutzgesetzes nachzulesen.

Weiterhin fordern Sie in Ihren Anträgen, dass der ehrenamtliche Einsatz in freiwilligen Feuerwehren rentenrechtlich berücksichtigt wird. Es wurde von

allen gesagt: Grundsätzlich finden wir diese Forderung gut und wir unterstützen sie auch. Warum sollen Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, die sich ohne Bezahlung für eine bestimmte Sache einsetzen, die ihre Freizeit investieren, nicht wenigstens später bei der Rente davon profitieren? Unser Innenminister hat dazu klare Worte gesagt: Die Idee ist sehr, sehr gut, sie ist aber in der Praxis leider nicht so leicht umzusetzen, wie wir das gern möchten.

Wichtig finde ich die ÖSA-Feuerwehrrente, die es seit 2009 gibt. Hierbei handelt es sich um eine private Zusatzrente, mit der jede Kommune ihre aktiven Mitglieder unterstützen kann. Auch hierbei ist die Politik vor Ort stärker gefragt.

Der nächste der eingangs dozierten Punkte betrifft den BOS-Digitalfunk. Auch dazu wurde von meinen Vorrednern schon eine Menge gesagt. Die Problematik des Kaufs des britischen Funkgeräteherstellers Sepura durch das chinesische Unternehmen Hytera und der damit einhergehenden Sicherheitsbedenken bzw. Probleme mit der Kompatibilität der Herstellersoftware mit den Geräten, die unsere Feuerwehren haben, dürfte allen bekannt sein. Die Konsequenz dieses Dilemmas ist die Notwendigkeit der Anschaffung neuer Geräte, die natürlich mit erheblichen Kosten einhergeht.

Aber auch hier, werde Kollegen - da staune ich jetzt immer wieder bei den Anfragen -, hätten alle schon längst vernommen haben müssen, dass unser Innenminister schon mehrere Male öffentlichkeitswirksam Zuschüsse zur Beschaffung der Handfunkgeräte angekündigt hat. Es ist in der heutigen Zeit - auch das hat er vorhin gesagt - völlig normal, dass technische Geräte nach wenigen Jahren alt und überholt sind. Wir hoffen, dass diese Geräte dann länger halten. Aber auch da muss die Politik vor Ort wissen, dass sie Rücklagen bilden muss, um immer die nahezu aktuellste Kommunikationstechnik für die Kameraden zur Verfügung stellen zu können.

Der letzte Punkt ist die Anerkennung der Arbeit der Kameraden. Allen Menschen, in welchem ehrenamtlichen Bereich sie auch tätig sind, gilt unsere Anerkennung. Darin sind wir uns sicherlich alle einig. Das Wichtigste dabei ist für mich, für uns die Anerkennung vor Ort, und zwar nicht nur mit Worten.

Meine Feuerwehr feiert in wenigen Tagen ihr 95-jähriges Bestehen. Die Gemeinde, kein Träger der Feuerwehr mehr, hat es geschafft, eine vierstellige Summe für dieses Jubiläum zur Verfügung zu stellen. Mithilfe dieses Geldes werden die Kameraden für alle Menschen meiner Gemeinde ein Festwochenende organisieren, und sie werden dabei zu 100 % motiviert sein, weil die Politik vor Ort ihre Arbeit nicht nur mit Worten lobt. Zentrale

Ehrungen sind wichtig und notwendig, sie sind aber aufwendig, teuer und erreichen leider nur sehr wenige Menschen. Also noch einmal ein Dank an unsere Feuerwehrkameradinnen und -kameraden und unsere Anerkennung für ihre Arbeit.

Nunmehr möchte ich kurz Bezug auf die Alternativanträge der Koalitionsfraktionen nehmen. Daraus geht auch noch einmal hervor, was bereits alles unternommen wird, um die Feuerwehren in diesem Land zu unterstützen und das Ehrenamt attraktiver zu gestalten. Ich denke, wir sind auf einem sehr guten Weg. Daher bitte ich um Zustimmung zu unseren Alternativanträgen.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich sehe keine Nachfragen. Nun hat zum Ende der Debatte für die Fraktion DIE LINKE noch einmal Frau Bahlmann das Wort.

Katja Bahlmann (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Resümierend zur Debatte zu diesem wichtigen Thema möchte ich sagen, dass all das, was heute vorgetragen wurde, bei Weitem nicht ausreicht, um die Problemlagen zu bewältigen. Ich glaube, das wissen Sie alle selbst.

Die beiden Alternativanträge der Koalition bilden allenfalls den Istzustand ab und wollen diesen auch weiterhin festschreiben. Eine Verbesserung der Situation der Feuerwehren gelingt damit meines Erachtens nicht. Ich glaube, wir alle sollten uns ein Beispiel an unserem Nachbarland Thüringen nehmen. Dort sind nämlich ähnlich Problemlagen wie bei uns festzustellen. Was wird dort getan? - Das Finanzministerium in Thüringen hat finanzielle Mittel bereitgestellt; und in einem ersten Schritt werden in den nächsten zwei Jahren sieben neue Stellen am Institut für Brandschutz in Bad Köstritz geschaffen. Sieben Stellen! Wir schaffen es nicht einmal, eine Stelle für das IBK lockerzumachen. Nein, bei uns passiert das Gegenteil.

Wenn wir unser IBK weiterhin als einen Leuchtturm in der Ausbildungsstättenlandschaft für Feuerwehreinsatzkräfte in Deutschland sehen wollen, gilt es, eine andere Politik zu betreiben als bisher. Sie haben das Dienstrecht angesprochen; wir hatten dazu auch andere Vorstellungen.

Die Feuerwehr ist kein Selbstläufer. Wir müssen etwas dafür tun, dass Brandschutz auch im Ehrenamt noch zukunftsfähig bleibt. Und das fordere ich ein. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Wulf Gallert:

Ich sehe auch hierzu keine Fragen. Deswegen treten wir nun in das Abstimmungsprozedere ein. Wir haben zuerst den Antrag der Fraktion DIE LINKE mit dem Titel „Leistungsfähigkeit der Feuerwehr in Sachsen-Anhalt dauerhaft sichern“ in der Drs. 7/3272. Die antragstellende Fraktion hat dazu eine namentliche Abstimmung beantragt. Diese werden wir jetzt durchführen. - Frau Funke, es kann losgehen.

(Cornelia Lüddemann, GRÜNE: Worüber stimmen wir denn jetzt ab?)

Warten Sie kurz, Frau Funke. Offensichtlich ist die Aufmerksamkeit - -

(Zuruf von Cornelia Lüddemann, GRÜNE)

- Nein, Frau Lüddemann, meine Anweisungen waren schon eindeutig. Ich habe gesagt, wir stimmen jetzt über den Antrag der Fraktion DIE LINKE mit dem Titel „Leistungsfähigkeit der Feuerwehren in Sachsen-Anhalt dauerhaft sichern“ ab.

Um noch einmal allen Menschen hier im Raum zu erklären, wie das läuft: Dazu gibt es einen Alternativantrag der Koalition. Ein Alternativantrag ist aber kein Änderungsantrag und wird nach dem Ursprungsantrag und unabhängig von ihm abgestimmt. Deswegen beginnen wir jetzt mit dem Ursprungsantrag der Fraktion DIE LINKE. Das dürfte eigentlich jedem klar gewesen sein, aber gut, manchmal schlägt die Müdigkeit etwas zu. - Frau Funke, wir fangen an.

(Namentliche Abstimmung)

Abstimmungsverhalten der Abgeordneten:

Wolfgang Aldag	Nein
Eva von Angern	Ja
Gottfried Backhaus	-
Katja Bahlmann	Ja
Jürgen Barth	Nein
Frank Bommersbach	Nein
Bernhard Bönisch	Nein
Carsten Borchert	Nein
Siegfried Borgwardt	Nein
Gabriele Brakebusch	Nein
Christina Buchheim	Ja
Matthias Büttner	-
Bernhard Daldrup	Nein
Jens Diederichs	Nein
Kerstin Eisenreich	Ja
Rüdiger Erben	Nein
Robert Farle	Ja

Dorothea Frederking	Nein
Lydia Funke	Ja
Wulf Gallert	Ja
Stefan Gebhardt	Ja
Andreas Gehlmann	Ja
Angela Gorr	-
Dr. Falko Grube	Nein
Detlef Gürth	-
Hardy Peter Güssau	Nein
Uwe Harms	Nein
Dr. Reiner Haseloff	-
Kristin Heiß	Ja
Guido Henke	Ja
Guido Heuer	Nein
Doreen Hildebrandt	Ja
Monika Hohmann	Ja
Andreas Höppner	Ja
Thomas Höse	Ja
Holger Hövelmann	Nein
Eduard Jantos	-
Thomas Keindorf	Nein
Oliver Kirchner	Ja
Swen Knöchel	Ja
Hagen Kohl	Ja
Prof. Dr. Angela Kolb-Janssen	Nein
Jens Kolze	Nein
Dietmar Krause	Nein
Tobias Krull	Nein
Markus Kurze	Nein
Hendrik Lange	Ja
Mario Lehmann	Ja
Matthias Lieschke	Ja
Thomas Lippmann	Ja
Hannes Loth	Ja
Cornelia Lüddemann	Nein
Olaf Meister	Nein
Willi Mittelstädt	Ja
Ronald Mormann	Nein
Volker Olenicak	-
Dr. Katja Pähle	Nein
Florian Philipp	Nein
André Poggenburg	Ja
Henriette Quade	Ja
Detlef Radke	Nein
Alexander Raue	Ja

Daniel Rausch	-
Tobias Rausch	Ja
Daniel Roi	Ja
Sarah Sauermann	-
Frank Scheurell	Nein
Silke Schindler	Nein
Dr. Andreas Schmidt	Nein
Jan Wenzel Schmidt	Ja
André Schröder	Nein
Chris Schulenburg	Nein
Andreas Schumann	Nein
Ulrich Siegmund	Ja
Dr. Verena Späthe	Nein
Marcus Spiegelberg	Ja
Holger Stahlknecht	Nein
Andreas Steppuhn	Nein
Sebastian Striegel	-
Daniel Sturm	Nein
Daniel Szarata	Nein
Ulrich Thomas	Nein
Dr. Hans-Thomas Tillschneider	Ja
Marco Tullner	Nein
Daniel Wald	Ja
Lars-Jörn Zimmer	Nein
Dagmar Zoschke	Ja

Vizepräsident Wulf Gallert:

Gibt es jetzt jemanden im Raum, der seine Stimme noch nicht abgegeben hat? - Herr Diederichs?

Jens Diederichs (CDU):

Nein.

Vizepräsident Wulf Gallert:

Wir haben hier drei verschiedene Listen mit drei verschiedenen Ergebnissen.

(Heiterkeit und Beifall bei allen Fraktionen - Heiterkeit auf der Regierungsbank)

Aber es gibt eine Mehrheit; darin sind sich wiederum alle drei einig. Und die Mehrheit votiert für die Ablehnung. Demzufolge würde ich jetzt sagen, wir schauen noch einmal nach, vielleicht bekommen wir nachher zumindest eine Tendenz bei den Zahlen.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Aber ich weiß nicht, wie lange es dauert. Für den weiteren Fortgang ist wichtig, dass der Antrag abgelehnt worden ist. Deswegen machen wir jetzt

einmal weiter. Dann schauen wir einmal, wo wir uns möglicherweise am Ende des Tages finden.

Deswegen stelle ich jetzt den Alternativantrag der Koalitionsfraktionen in der Drs. 7/3309 zur Abstimmung. Wer diesem zustimmt, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Das sind die Koalitionsfraktionen und die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? - Das sind einige aus der Fraktion DIE LINKE. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das sind auch einige aus der Fraktion DIE LINKE.

(Heiterkeit bei der SPD und bei den GRÜNEN - Eva von Angern, DIE LINKE: Das ist jetzt offenkundig geworden! Wir sind ganz transparent! - Unruhe)

Demzufolge ist dieser Alternativantrag mehrheitlich angenommen worden.

Jetzt kommen wir zu dem Antrag der AfD-Fraktion mit dem Titel „Feuerwehren ehren und mit messbaren Taten unterstützen“ in der Drs. 7/3276. Wer diesem zustimmt, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion.

(André Poggenburg, AfD: Alle!)

Wer ist dagegen? - Die Koalitionsfraktionen und die Fraktion DIE LINKE. Damit ist der Antrag abgelehnt worden.

Jetzt kommen wir zu dem Alternativantrag der Koalitionsfraktionen in der Drs. 7/3310. Wer stimmt diesem zu? - Das sind wiederum die Koalitionsfraktionen und die AfD-Fraktion. Wer enthält sich der Stimme? - Es dauert noch eine bisschen bei der Fraktion DIE LINKE - jetzt ist es wohl eine Enthaltung.

(Eva von Angern, DIE LINKE: Wir haben eine La Ola gemacht!)

Dann frage ich noch: Gibt es Gegenstimmen? - Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann sind die jeweiligen Alternativanträge der Koalitionsfraktionen angenommen worden.

Ich frage jetzt noch einmal unsere Zähler: Gibt es sozusagen eine Tendenz? - Wir haben uns jetzt geeinigt, sagen wir einmal so. 35 Jastimmen, 42 Neinstimmen, zehn Abgeordnete sind nicht anwesend, keine Stimmenthaltung.

(Zustimmung bei der CDU und von Dr. Katja Pähle, SPD)

Damit haben wir den Tagesordnungspunkt 12 nunmehr beendet. Bevor es in den Tagesordnungspunkt 25 geht, vollführen wir hier vorn einen Wechsel.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Meine Damen und Herren! Wir kommen zum Endspurt. Es kommen noch vier Tagesordnungspunkte.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 25

Beratung

Sofort ist sofort - Auslobung einer Weidetierprämie

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 7/3254**

Alternativantrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/3308**

Alternativantrag Fraktionen CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/3312**

Einbringer für die AfD-Fraktion ist der Abg. Herr Loth. Herr Loth, Sie haben das Wort.

Hannes Loth (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In Vielfalt geeint - dieses Motto kennen die meisten von uns, ist es doch der Leitspruch der Europäischen Union. Allerdings ist nun in Sachsen-Anhalt beim Thema Weidetierprämie die Vielfalt der Einfach gewichen. Dass die EU sicherlich für alles andere steht, außer für Vielfalt, wird tagtäglich bewiesen, indem Politiker der Regierungsparteien nichts Besseres zu tun haben, als alles Mögliche anzugleichen, zu oft allerdings auf Kosten Deutschlands und vor allem zulasten unserer hohen Qualitätsstandards.

Wenn es dann allerdings doch einmal unbedingt notwendig sein sollte, eine Maßnahme überall in Europa einzuführen, dann sträuben sich unsere Regierungsparteien mit Händen und Füßen gegen diese Umsetzung. Genau so verläuft es bei der Weidetierprämie. Das, was sich in 22 EU-Ländern erfolgreich bewährt hat, scheint für uns in Deutschland, in Sachsen-Anhalt nicht zuzutreffen.

Wenden wir uns den Daten des Statistischen Landesamtes zu, um uns die Dimension des Problems vor Augen zu führen. In unserem schönen Bundesland wurden im Jahr 2018 68 000 Schafe und Ziegen registriert. Im langjährigen Vergleich zum Jahr 2013 sind die Bestände dramatisch eingebrochen. Damals hatten wir noch 80 000 Tiere.

Haben Sie sich schon einmal gefragt, warum die Schaf- und Ziegenhalter immer weniger werden? Ich mich schon. Aber Sie sind es doch, Sie von der CDU, von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN, die auf den Versammlungen der Schaf- und Ziegenzüchter sowie deren Zuchtverbände seit Jahren ein und aus gehen, Landeskonzerte aufstellen, elaboriert über den enormen Nutzen von Tritt und Verbiss der kleinen Wiederkäuer ausführen und den Berufsstand des Schäfers als Kulturgut proklamieren. Und was kriegen Sie auf die Reihe?

(Hendrik Lange, DIE LINKE: Och!)

Warum tun Sie nichts? Ist es so schwer? Es kann nicht nur am schnöden Mammon liegen, der immer zu fehlen scheint, wenn es nur um Schafe und Ziegen im deutschen Interesse geht; für andere Sachen ist er aber immer reichlich vorhanden.

Das Problem der Finanzierung, zum Beispiel der Deichbewirtschaftung, war für Sie lange Zeit unlösbar. Erst auf den großen Druck der Schäfer und nach der Diskussion mit der Ministerin am Rande einer Schäferversammlung wurde die Prämie von 270 € auf 425 € erhöht - ein kleiner Wurf; denn der geforderte Ausgleich auf 450 € ist den Schäfern noch nicht zugestanden worden.

(Gabriele Brakebusch, CDU: Das stimmt jetzt nicht!)

Warum wird zum Beispiel auch das Problem der Wollenutzung nicht angegangen? Wolle, ein hochwertiges Naturprodukt mit vielerlei Verwendungsmöglichkeiten, verkommt bei uns zum Entsorgungsobjekt. Importwolle ist ja auch viel, viel billiger. Lieber stimmen Ihre Parteigenossen und -kolleginnen in der EU für Freihandelsabkommen, statt sich um den eigenen Markt und schließlich um unsere Schäfer zu kümmern. Ihre - von CDU und SPD - Schalthebel in Brüssel und in den Berliner Machtzentralen verstauben in der Position „Demut“.

Ich muss hier einfach einmal die Frage nach den Ursachen der fehlenden Handlungsbereitschaft Ihrer Abgeordneten dort stellen. Ist es mangelnde Kompetenz oder überwiegt eher die lähmende Lethargie?

(Gabriele Brakebusch, CDU: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Herr Borchert hat einmal reißerisch in der Zeitung die Frage gestellt, wann der Wolf bei uns den Bus nimmt. Besser hieße es: Wann sitzt ein Problemwolf - natürlich hinter dem Wolfsschutzzaun - hier im Parlament?

Fasziniert haben Sie 18 Regierungsjahre lang das einmalige ökologische Freilandexperiment der Rückkehr des Wolfes in seinen angestammten Lebensraum gefeiert und dabei völlig vergessen zu erfassen, nach welchen Regularien das Ganze eigentlich vor sich gehen soll. Für Sie ist der Wolf noch immer das unbekannte Wesen, das Sie mit Zaunübersprünge in Erstaunen und mit Stadtparkdurchläufen in Panik versetzt.

Lieber erstellen Sie Erklärungsrichtlinien für Polizisten, die Ihre Regelung in der Leitlinie Wolf nicht ganz verstehen. Sie schaffen es nicht einmal, eine mathematisch klare Berechnungsgrundlage für die monetäre Bewertung des getöteten Nutztieres aufzustellen oder sich für eine Variante zu entscheiden.

Es grenzt stellenweise schon an Klamauk und Komik, was Sie hier für eine wunderbare vorge-schobene Ablenkungspolitik mit dem Wolf betrieben haben, vor allem wenn die Schäfer die Zeche zahlen dürfen, indem sie sich mit unpraktischen Zaununikaten plagen müssen, anfangs nur limitierte Herdenschutzhunderassen anschaffen dürfen und, wenn der Wolf als Rissverursacher nicht zweifelsfrei nachzuweisen ist, mit leeren Taschen und gebrochenen Herzen vor ihren toten Tieren stehen müssen.

Der Wolf hat das schwarze Schaf aber nicht verdient; Ihnen allein steht es zu. Diese ungelösten Probleme und Widersprüche haben nämlich dazu geführt, dass die traditionelle Schafhaltung und die damit verbundene umweltgerechte Landschaftspflege bei uns in Sachsen-Anhalt vor dem Aus stehen. Der Wolf ist nur der Indikator, der Ihre Versäumnisse schonungslos ans Tageslicht bringt - verständlich, liebe Kollegen von der CDU, dass er dafür aus Ihrer Sicht letal bestraft werden muss.

Die gebeutelten Schäfer haben davon verständlicherweise die Nase so voll, dass sie sich am 13. März 2018 vor dem Bundestag mit 40 Schafen versammelt haben, nicht um dort die Wiese zu pflegen, sondern um das EU-Motto umzusetzen: „In Vielfalt geeint“. Denn sie möchten, dass im EU-Haushalt endlich die Mittel für eine Weidetierprämie in Deutschland bereitstehen. Die GRÜNEN und die LINKEN bringen einen passenden Antrag in Berlin ein, der auch die Zustimmung der AfD erhält, aber eben nicht von der CDU und der SPD.

Doch bei uns im Landtag kommt die Petition an und wird durch unsere Landtagspräsidentin natürlich aufgrund ihrer persönlichen Beziehung zur Schafhaltung übergeben. Leider ist seitdem im Landtag nichts passiert. Ich hatte die Petition noch nicht auf dem Tisch.

Tatsächlich hat sich die Lage für die Schäfer, wie für alle anderen Landwirte auch, durch den heißen, trockenen und langen Sommer in diesem Jahr dramatisch verschlechtert. Die Zeit, den Schäfern zu helfen, ist überreif. Folgerichtig bringen wir als AfD-Fraktion den Antrag ein; denn in Europa und im Bundestag werden die berechtigten Bitten der Schäfer von der SPD und der CDU eiskalt weggestimmt. In Sachsen-Anhalt werden sie seit fast einem halben Jahr ignoriert.

Es nützt auch der hastig zusammengeschriebene Alternativantrag der Fraktion DIE LINKE nichts, der in meiner Bewertung aber noch weitaus besser abschneidet als der zeitfressende und doch nichts bewegende Alternativantrag der Fraktionen der CDU, der SPD und der GRÜNEN, wobei ich gespannt darauf bin, wie Sie dieses Antragsvehikel den Schäfern erklären wollen.

Ich fordere Sie alle auf: Stehen Sie zu Ihren Worten! Stehen Sie dazu, dass die Arbeit der Schäfer und ihr gesellschaftlicher Nutzen auch monetär anerkannt werden muss! Stimmen Sie mit uns für unseren Antrag, sodass es wieder mehr Schafe und Ziegen gibt, die von Schäfern und Tierhaltern so beschützt und durch unsere Kulturlandschaft navigiert werden, dass auch diese davon leben können.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Fragen. Dann danke ich Herrn Loth für die Einbringung. - Wir steigen jetzt in die Debatte ein. Es ist eine Redezeit von drei Minuten je Fraktion vorgesehen. Zuvor spricht für die Landesregierung Ministerin Frau Prof. Dr. Claudia Dalbert. Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist unstrittig, dass die Beweidung durch Schafe und Ziegen wichtig ist. Sie ist wichtig als Ertragsmöglichkeit auf Grenzertragsstandorten. Sie ist wichtig als Naturschutzmaßnahme zur Offenhaltung von Landschaftsräumen.

(Zustimmung von Guido Heuer, CDU)

Sie ist nicht zuletzt wichtig für die Deichpflege. Deswegen haben wir schon immer hier im Land die Schafhaltung als wichtig erachtet und gefördert. Der Landtag hat die Wichtigkeit der Schafhaltung bereits im Jahr 2014 mit der Verabschiedung der Gesamtkonzeption Schafhaltung unterstrichen.

Wie sieht es im Moment aus? - Thema Deichpflege. Wir haben in Sachsen-Anhalt Deichflächen von rund 2 800 ha. Davon werden 1 477 ha von Schafen gepflegt. Das entspricht einem Anteil von 53 %. Wir streben eine Steigerung auf 60 % an. Sie sehen also, die Beweidung durch Schafe ist gängige Praxis, weil das eine sehr gute Möglichkeit ist, Deiche zu pflegen.

Es gibt ein Gutachten vom Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft, in dem die ganzen Extraleistungen, die Schäfer und Schäferinnen erbringen und die sozusagen nicht in den Prämien enthalten sind, aufgeführt sind. Nicht zuletzt deswegen haben wir bei der Beweidung von Deichen die Entgelte erhöht. Die Pflegeentgelte betragen seit dem 1. Januar 2018 für einen Hektar 425 € jährlich. Das entspricht einer Steigerung um 57 %.

Und es gibt die Möglichkeit der Komplettpflege, dass also neben der Beweidung auch Maßnahmen der Nachmahd und der Gehölzbeseitigung

von den Schäfern und Schäferinnen durchgeführt werden. Dann bekommen sie 975 € pro Hektar.

Das entspricht einer Steigerung von 19 %, sodass wir insgesamt 60 Verträge mit Schäfern und Schäferinnen haben, 25 zur reinen Beweidung und 35 zur Komplettpflege.

Dann haben wir noch die Agrar-, Umwelt- und Klimamaßnahmen, mit denen wir die Beweidung der Schafe und Ziegen fördern können. Bei der extensiven Bewirtschaftung von Dauergrünlandflächen haben wir 6 796 ha in der Beweidung für 285 € pro Hektar. Und bei den freiwilligen Naturschutzleistungen zahlen wir 450 € pro Hektar und haben 4 944 ha in der Beweidung. Hier kann dann noch eine Erschwerniszulage für die Hüttehaltung von 225 € pro Hektar hinzukommen.

Diese Maßnahmen sind nicht kurzfristig zu erhöhen, weil es zum einen neue Berechnungen geben müsste und zum anderen müsste dann auch notifiziert werden. Das heißt, gegen Ende der Förderperiode wären wir dann soweit. Das sollten wir insofern lassen. Wir sollten uns vielmehr Gedanken machen, wie man die Beweidung mit Ziegen und Schafen in der nächsten Förderperiode so aufstellen kann, dass sie vernünftig funktionieren kann.

Dabei ist in der Tat die Weidetierprämie ein Thema, das debattiert wird. Wir haben auf der AMK in Lüneburg am 29. September 2017 einen Beschluss zur Stärkung der Schafhaltung gefasst. Leider war es dabei nicht möglich, eine Weidetierprämie durchzusetzen. Es gibt eine Protokollnotiz von fünf Ländern, wo Sachsen-Anhalt dabei ist, die sich für eine gekoppelte Prämie ausgesprochen haben.

Die Umweltministerkonferenz am 8. Juni dieses Jahres in Bremen hat einen einstimmigen Beschluss zur Einführung einer Weidetierprämie für Schafe und Ziegen gefasst. Insofern stimmt es, dass das ein schwieriges Thema ist, Mehrheiten für diese Kopfprämien bei der Beweidung der Schafe und Ziegen hinzubekommen.

Ich stimme auch zu, dass wir mehr für die Inwertsetzung tun müssen. Es gibt gute Beispiele. Zum Beispiel hat das Biosphärenreservat Karstlandschaft Südharz mit einem lokalen Metzger für die Schafe, die dort die Streuobstwiesen beweideten, ein gutes Projekt mit Würstchen von diesen Schafen auf den Weg gebracht, die diese vermarkten. Aber hier können wir noch mehr tun. Dabei sind wir auch mit der Agrarmarketinggesellschaft im Gespräch, um die Inwertsetzung stärker voranzutreiben.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe auch hierzu keine Fragen. Dann danke ich der Ministerin für die Ausführungen. - Für die

CDU-Fraktion spricht der Abg. Herr Heuer. Herr Heuer, Sie haben das Wort.

Guido Heuer (CDU):

Danke, Herr Präsident. - Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Landschaftspflege durch Schafe und Ziegen ist neben der Deichpflege eine wichtige Aufgabe, da sie einen bedeutenden Beitrag zum Landschafts- und Umwelt- bzw. Naturschutz leistet. Daher ist es aus unserer Sicht notwendig, dass diese Leistung entsprechend finanziell entlohnt wird.

Die CDU steht jedoch einer Weidetierprämie kritisch gegenüber, was nicht heißt, ablehnend, aber kritisch gegenüber, da wir jeden Euro nur einmal ausgeben können. Wenn ich mich nicht irre, ist das Geld in die Grünlandförderung geflossen.

Jedoch ergibt sich für Berufs- und Wanderschäfer ohne eigene Flächen durch die Entkoppelung der Direktzahlung von der Erzeugung im Rahmen der Agrarreform im Jahr 2013 ein Sonderregelungsbedarf.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir als CDU stehen ganz klar zum System der Direktzahlungen. Daher ist es aus unserer Sicht der falsche Weg, einfach eine Prämie von 38 € je Tier zu zahlen. Vielmehr bedarf es der Prüfung, inwieweit die Förderbeträge der Landschaftspflege durch Schafe und Ziegen in die Flächenprämie integriert und durch eine Neuausrichtung der GAK - Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“ - und der GAP verbessert werden können.

Des Weiteren ist es zwingend notwendig, die allgemeine Einkommenssituation der Schaf- und Ziegenhalter im Auge zu behalten. In Zeiten von Wolfsrissen und des rapiden Rückgangs der Zahl der Schaf- und Ziegenhalter nicht nur in Sachsen-Anhalt sowie angesichts deren gesellschaftlicher Bedeutung für Deich- und Landschaftspflege stehen wir in der Pflicht, unseren Beitrag zur Sicherung des Berufszweiges zu leisten.

(Gabriele Brakebusch, CDU: Das stimmt!)

Zu dem Thema hat die Ministerin schon einiges in Bezug auf die neue Förderperiode ausgeführt. Das sollten wir dann auch dementsprechend diskutieren. Dieser kann nicht nur in der Förderung von Wolfsschutzmaßnahmen und der Entschädigung von Wolfsrissen bestehen. Zur Sicherung der Attraktivität des Berufsstandes der Schaf- und Ziegenhalter gehört mehr.

Die Koalitionsfraktionen fordern daher die Landesregierung auf, die Gesamtkonzeption dahingehend zu überprüfen und zu ergänzen und den Ausschüssen für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie für Umwelt und Energie zu berichten.

Ich bitte um Zustimmung zum Alternativantrag der Koalitionsfraktionen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Fragen sehe ich nicht. Dann danke ich Herrn Heuer für die Ausführungen. - Für die Fraktion DIE LINKE spricht die Abg. Frau Eisenreich. Frau Eisenreich, Sie haben das Wort.

Kerstin Eisenreich (DIE LINKE):

Danke. - Meine Damen und Herren! Die Situation von Schäferinnen und Schäfern, aber auch Ziegenhalterinnen und Ziegenhaltern ist prekär und sie spitzt sich weiter zu. Niedrige Einkommen bei schwerer Arbeit sowie geringe Vergütung und Anerkennung der Leistungen für die Gesellschaft führen dazu, dass immer weniger junge Menschen bereit sind und es sich überhaupt leisten können, diesen spannenden und wichtigen Beruf zu erlernen oder auszuüben.

Eine ähnliche Situation durchleben die Halterinnen und Halter von Mutterkühen mit Weidehaltung. Hinzu kommen neue Herausforderungen des Herdenschutzes vor Wolfsangriffen. Gerade gegenwärtig leiden auch sie alle unter den Folgen der diesjährigen Dürreperiode.

Mit der Weidetierhaltung werden Kulturlandschaften gepflegt, Landschaftspflege und Grünlandhaltung betrieben, für Artenvielfalt und Klimaschutz gesorgt sowie Deiche erhalten. Dadurch bekämpfen sie auch invasive Arten und sie versorgen uns, die Verbraucherinnen und Verbraucher, mit hochwertigen Produkten.

Ihr Beitrag zur regionalen landwirtschaftlichen Wertschöpfung kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Um es auf den Punkt zu bringen: Es ist eine unverzichtbare Arbeit für die Gesellschaft.

Diese Wertschätzung muss sich für die Halterinnen und Halter auch finanziell niederschlagen. Wir sehen die Verantwortung dabei nicht nur beim Bund, sondern eben auch auf der Landesebene. Denn schließlich übernehmen die Weidetierhalterinnen und -halter Landesaufgaben. Daher ist die Forderung nach einer Weidetierprämie die logische Konsequenz. Es wäre ein Baustein, damit es der Weidetierhaltung besser gehen würde als jetzt.

Darüber hinaus muss hier im Land geprüft werden, welche weiteren Förderinstrumente möglich sind. Bestehende Programme, insbesondere zum Herdenschutz, müssen aufrechterhalten und nicht zurückgefahren werden.

(Beifall bei der LINKEN)

In diesem Sinne waren auch die Abschaffung der Mutterkuhprämie im Jahr 2005 und die Überführung in eine flächenbezogene Förderung ein Fehler. Deshalb muss sich die Landesregierung auf Bundesebene dafür einsetzen, dass auch die Bundesregierung, wie andere EU-Mitgliedstaaten, das Dogma aufgibt und endlich die Direktzahlung aus der Agrarförderung an die Produktion, das heißt in dem Fall die Beweidung, und nicht ausschließlich an Flächen koppelt.

(Beifall bei der LINKEN)

Weidehaltung ist eine besonders naturverträgliche und tiergerechte Art der Nutztierhaltung und für sie können aufgrund ihrer besonderen wirtschaftlichen, ökologischen und/oder sozialen Bedeutung gekoppelte Prämien gezahlt werden. Diesen Spielraum bietet die entsprechende EU-Verordnung. Der muss endlich durch die Bundesregierung ausgenutzt werden.

Stellen Sie sich vor: Tag für Tag, bei Wind und Wetter und dann von dieser Arbeit noch nicht einmal leben können? - Nein, Weidetierhalterinnen und -halter müssen von ihrer Arbeit leben können. Deshalb brauchen Sie unsere Unterstützung; denn wir als Land brauchen die Weidetierhaltung.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich bitte um Unterstützung unseres Alternativantrags. - Danke.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Fragen sehe ich nicht. Dann danke ich Frau Eisenreich für die Ausführungen. - Für die SPD spricht der Abg. Herr Barth. Herr Barth, Sie haben das Wort.

Jürgen Barth (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der AfD sieht vor, eine Weidetierprämie für Schafe und Ziegen einzuführen. Die AfD greift damit einen gemeinsamen Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE aus dem Deutschen Bundestag auf, welcher abgelehnt wurde. Sie haben schon darauf hingewiesen, Herr Loth.

In der Debatte im Bundestag wurde zwar betont, dass man für Wanderschäfer etwas tun muss. Die Gewährung einer Mutterschaf- und Ziegenprämie wurde mit dem Verweis auf die Entkoppelung jedoch abgelehnt. Hintergrund war, dass es offensichtlich in Deutschland auch eine ganze Reihe von Schäfern gibt, die hinreichend über landwirtschaftliche Flächen verfügen.

So wurde ins Feld geführt, dass sich für einige Schäfer die Beihilfen durch die Umstellung auf flächenbezogene Direktzahlung und die erhebliche Prämienaufwertung des Grünlandes mehr als verdoppelt hätten und bereits 60 % der Ein-

nahmen ausmachten. Außerdem ist es nachvollziehbar, dass hinsichtlich der entkoppelten Prämie die Büchse der Pandora nicht aufgemacht werden sollte.

Die Mutterkuhalter wären sicherlich die Nächsten, die eine Tierprämie fordern. Ich denke, diese Argumente sind wichtig, um nachzuvollziehen, warum der Bundestag den Antrag abgelehnt hat.

Die Fraktion DIE LINKE hat in ihrem Alternativantrag die Mutterkuhprämie schon einmal vorsichtig gefordert. Dass die Mutterkuhprämien über die Aufwertung des Grünlandes in die Direktzahlung eingeflossen sind, spielt offensichtlich keine Rolle mehr.

Im Gegensatz zu den Schäfern kann auch regelmäßig davon ausgegangen werden, dass Mutterkuhhaltung auf eigenen oder Pachtflächen stattfindet und somit die Unternehmen eine entsprechende Direktzahlung erhalten.

Meine Damen und Herren! Die Schäfer in Sachsen-Anhalt verfügen leider kaum über eine auskömmliche Flächenausstattung. Die Beweidung mit Schafen erfolgt weit überwiegend auf Flächen, die sich nicht im Eigentum oder der Pacht von Schäfern befinden. Nicht zuletzt aus diesem Grund haben wir uns im Landtag in den zurückliegenden Jahren mehrfach mit der Schafhaltung befasst und konnten sicherlich auch einiges erreichen.

Die Deichpflege mit Schafen funktioniert gut und offensichtlich auch zu auskömmlichen Bedingungen. Bei der Landschaftspflege gestaltet sich das hingegen schwieriger. Ebenfalls problematisch sind die notwendigen Präventionsmaßnahmen gegen den Wolf; denn selbst dann, wenn die Förderung hoch ist, verlangt sie dennoch den Schäfern einen Eigenanteil ab. Und diese finanziellen Mittel fehlen mitunter bei der Erzielung eines auskömmlichen Einkommens. Zu bedenken ist in diesem Zusammenhang zum Beispiel auch, dass ein Hütehund nicht unwesentliche Unterhaltskosten verursacht.

Meine Damen und Herren! Wir brauchen Schafhaltung in unserem Land und müssen bei der dafür erforderlichen Förderung dort ansetzen, wo auch der Nutzen entsteht. Bei der Deichpflege haben wir damit Erfolg.

Nun muss es darum gehen, auch im Rahmen der Landschaftspflege die Bedingungen so zu gestalten, dass damit ein angemessenes Einkommen erzielt werden kann. Es geht nicht um die Gewährung von Almosen gegenüber den Schäfern, sondern es geht um die Haltung der Artenvielfalt.

(Zustimmung von Hardy Peter Güssau, CDU)

Dafür brauchen wir Schafe und Ziegen, um die Landschaft offen zu halten. Derzeit erfolgt eine

Neuausrichtung der GAK. Ich denke, das muss mit berücksichtigt werden. Wir halten es für den richtigen Ansatz, hier zu schauen, welche Möglichkeiten es gibt.

Ich bitte Sie in diesem Zusammenhang um Zustimmung zu unserem Alternativantrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Fragen sehe ich nicht. Dann danke ich Herrn Barth für die Ausführungen. - Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht die Abg. Frau Frederking. Frau Frederking, Sie haben das Wort.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Sehr geehrte Abgeordnete! Eine sogenannte Kopfprämie für Schafe und Ziegen wäre für einige Schäferinnen und Schäfer ein Segen; denn dann hätten sie eine gesicherte Einnahme pro Tier. Es gibt leider heute Konstellationen, insbesondere bei Wanderschäfereien, in denen diese gar nichts von der Direktzahlung und auch nichts von der Flächenprämie für naturschutzfachliche Leistungen haben, da dieses Geld an die Flächeneigentümerinnen und Flächeneigentümer abfließt.

Die Beweidung wird dann nur als Dienstleistung bezahlt. Über die zweite Säule lassen sich zurzeit nur flächenbezogene Prämien finanzieren. Eine gekoppelte Zahlung, wie eine Weidetierprämie, ginge zwar über die erste Säule, müsste allerdings bundesweit verabredet werden. Doch leider gehen da nicht alle Bundesländer mit.

Unsere Landwirtschaftsministerin Dalbert hat sich bereits mehrmals bei der AMK für eine gekoppelte Zahlung für Schafe und Ziegen starkgemacht und wird es auch weiterhin im Rahmen der Verhandlungen zur nächsten GAP tun.

Weidehaltung im Allgemeinen und insbesondere eine naturnahe extensive Ganzjahresbeweidung mit großen Huftieren, wie Rindern, sind ein ganz zentraler Schlüssel für mehr Artenvielfalt und die Sicherung der Insektenbiomasse in der Agrarlandschaft.

An dieser Stelle möchte ich erwähnen, dass wir GRÜNEN uns generell für bessere Tierschutzstandards aussprechen. Und wir schlagen einen verpflichtenden Weidegang für alle Rinder von täglich mindestens vier Stunden an 100 Tagen im Jahr vor.

(Oliver Kirchner, AfD: Zwischen 9 und 15 Uhr!)

Weidehaltung ist Landschaftspflege. Weiden müssen nicht zwangsläufig nachgemäht werden und sind wertvoll, weil sich auf ihnen seltene Pflanzen entwickeln und sie Lebensräume für Insekten und

Vögel bieten. Weidegänge sind für Rinder und Kühe ein Beitrag zu ihrem Tierwohl.

Der mit der Weidehaltung verbundene Grünland-erhalt ist wichtig für den Klimaschutz. Wir meinen, dass die Landesregierung der Weidehaltung Priorität einräumen und diese auskömmlich finanziert werden muss.

Wir wünschen uns ein großes Engagement der Landesregierung, sodass in Zukunft gute Förderprogramme auf den Weg gebracht werden und es attraktive Förderungen gibt, die Anreize für Weidehaltung setzen.

Es ist auch wichtig, dass die Förderungen nicht erst mit der nächsten GAP-Förderperiode beginnen. Es sollte alles dafür getan werden, damit Neubeantragungen wieder ab dem Jahr 2020 möglich werden und es Anschlussförderungen für Flächen gibt, bei denen die fünfjährigen Verträge vor Beginn der nächsten GAP-Förderperiode auslaufen.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Fragen. Ich danke Frau Frederking für die Ausführungen. - Für die AfD hat noch einmal Herr Loth das Wort. Herr Loth, Sie haben das Wort.

Hannes Loth (AfD):

Sehr geehrte Frau Ministerin! Ich möchte mich bei Ihnen für Ihre Bemühungen bedanken, die Sie auch vorgestellt haben und die auch aller Ehren wert sind. Aber ich möchte auch mitteilen, dass durch die erhöhte Bedrohung der Schafe und Ziegen durch den aus Osteuropa eingewanderten Wolf auch - -

(Oh! bei der CDU - Zurufe von der LINKEN)

- Sie können nicht anders; immer wieder kommen Sie auf die Ausländer zurück. Was hat man Ihnen eigentlich angetan? Das ist doch schlimm mit Ihnen.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der AfD)

Wohin ich wollte: Frau Ministerin, aufgrund der Bedrohung durch die Wölfe wird sich die Arbeitsleistung des Landwirts und des Schafhalters auf dem Feld, auch wenn er eigene Flächen hat, erhöhen. Er muss den Zaun umstellen. Die Zäune werden höher. Die Bewirtschaftung des Zauns wird schwieriger usw.

Wir wissen auch, dass es Probleme gibt, gerade an der A 2, wo man gemeinsam mit dem Wolfskompetenzzentrum einen Zaun testet, bei dem man sich nicht einig darüber ist, wer die Kosten des Umstellens trägt.

Ferner wollte ich sagen, dass mir der Antrag der Fraktion DIE LINKE nicht schlecht gefällt. Unser

Antrag geht nicht, wie es Herr Barth sagte, auf einen Antrag im Bundestag zurück, sondern auf eine übergebene Petition, die im Vorfeld bekannt gemacht wurde. Wir haben uns dazu schon selbst Gedanken gemacht.

Zu Frau Frederking möchte ich Folgendes sagen: 100 Tage vier Stunden pro Woche auf die Weide, das ist interessant. Das ist in der Offenstallhaltung mit angrenzender Weidefläche bestimmt auch gut zu gestalten.

(Dorothea Frederking, GRÜNE: Vier Stunden am Tag!)

Das kann man nicht bezahlen. Ich sehe keinen Rinderhalter, der die Tiere kilometerweit zur nächsten Weide fährt, sie dort für vier Stunden hinstellt und dann wieder zurückholt. Wenn er das zweimal am Tag macht, ist der Tag vorbei.

(Dorothea Frederking, GRÜNE: Arrundierte Flächen! Die Flächen sind am Hof!)

- Es erschließt sich mir nicht, wie Sie sich das vorstellen. Das ist auch weltfremd. Wenn man immer dieses Klein-klein sieht und einen Hof mit drei Kühen irgendwo in der Schweiz sieht, dann ist das vollkommen okay. Bei uns geht das einfach nicht, Frau Frederking.

(Zustimmung bei der AfD)

Herr Heuer, Ihr Vorschlag ist natürlich typisch für die CDU.

(Chris Schulenburg, CDU: Richtig!)

Das geht nach dem Motto: Wir schauen erstmal, was passiert, wir machen vielleicht ein bisschen was, aber so richtig bewegen wir uns erst, wenn das irgendwann einmal neu verhandelt wird.

Sie haben es doch gesehen: Die Anzahl der Tiere nimmt ab. Jetzt sind es nur noch 68 000 Tiere. Im nächsten Jahr sind es vielleicht nur noch 65 000 Tiere und im übernächsten Jahr sind es vielleicht nur noch 60 000 Tiere. Wie wollen wir mit so wenigen Tieren alle unsere Neubürger versorgen? - Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Loth, es gibt noch eine Nachfrage. - Frau Buchheim.

Christina Buchheim (DIE LINKE):

Herr Loth, habe ich den Vorwurf richtig verstanden, dass wirkungsvoll eine Petition übergeben worden sei, von der Sie nichts wieder gehört hätten?

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Loth, Sie haben das Wort.

Hannes Loth (AfD):

Ich habe an der Übergabe der Petition teilgenommen, ja.

Christina Buchheim (DIE LINKE):

Sie hatten geäußert, Sie hätten von der Petition nichts mehr gehört.

Hannes Loth (AfD):

Ich habe nicht verfolgen können, ob wir die Petition noch weiter verhandelt haben.

Christina Buchheim (DIE LINKE):

Dann würde ich Ihnen gern auf die Sprünge helfen.

Hannes Loth (AfD):

Bitte.

Christina Buchheim (DIE LINKE):

Die Petition wurde am 14. Juni beraten. Es gab auch ein Votum Ihrer Fraktion, da ein Vertreter Ihrer Fraktion auch Berichterstatter dazu war. Vielleicht lesen Sie das noch einmal nach.

(Zustimmung von Dorothea Frederking, GRÜNE)

Hannes Loth (AfD):

Wunderbar, Frau Buchheim, ich danke Ihnen sehr. Aber Sie wissen selbst, dass man angesichts der Masse der Petitionen nicht immer hinterherkommt, um alles mitzukriegen. Und wenn das dann noch politisch verklemmt ist und schlecht berichtet wird von der Frau Vorsitzenden, dann rutscht es manchmal auch weg.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Dann kann man es aber nicht behaupten! - Zurufe von der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Weitere Fragen sehe ich nicht. Dann danke ich Herrn Loth für die Ausführungen.

Wir kommen jetzt zum Abstimmungsverfahren. Einen Antrag auf eine Überweisung in den Ausschuss konnte ich nicht wahrnehmen. Somit stimmen wir über die einzelnen Anträge ab. Als Erstes stimmen wir über den Antrag der Fraktion der AfD in der Drs. 7/3254 ab. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Koalitionsfraktionen und die Fraktion DIE LINKE. Damit hat der Antrag nicht die erforderliche Mehrheit erhalten.

Wir stimmen nun über den Antrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 7/3308 ab. Wer für diesen

Antrag ist, den bitte um das Kartenzeichen. - Das sind die Fraktion DIE LINKE und die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Koalitionsfraktionen.

(Zurufe von der AfD und von der LINKEN: Auszählen!)

- Dann bitte ich nochmals um das Handzeichen, wer für diesen Antrag stimmt. - Jetzt bitte ich um die Gegenstimmen. - Enthaltungen? - Sehe ich nicht. Die Auszählung hat 34 Ja- und 31 Neinstimmen ergeben.

(Beifall und Heiterkeit bei der AfD und bei der LINKEN)

Damit ist dem Antrag der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 7/3308 zugestimmt worden.

(Mario Lehmann, AfD: Dank der AfD haben die LINKEN eine Mehrheit bekommen. - Weitere Zurufe)

Die Abstimmung über den Alternativantrag der Koalitionsfraktionen in der Drs. 7/3312 hat sich damit erledigt. Der Tagesordnungspunkt 25 ist damit erledigt.

Wir kommen jetzt zu

Tagesordnungspunkt 26

Erste Beratung

Förderung der Wasserstofftechnologie - Ausrichtung der Mobilitätspolitik zum Vorteil der deutschen Wirtschaft

Antrag Fraktion AfD - Drs. 7/3256

Einbringer des Antrags ist der Abg. Herr Farle.

(Unruhe)

- Ich bitte um etwas mehr Ruhe.- Herr Farle, Sie haben das Wort.

Robert Farle (AfD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Ich halte mich an die alten Geschlechterbezeichnungen. Sehr geehrte Damen und Herren und was es sonst noch alles gibt!

Der Autosektor ist einer der wichtigsten Sektoren der deutschen Wirtschaft. Keine Branche beschäftigt mehr Arbeitnehmer, trägt mehr zur Wertschöpfung bei, betreibt höhere Anlageinvestitionen oder zeigt mehr Aktivitäten im Bereich der Forschung und Entwicklung.

Und genau dieser wichtige, wenn nicht sogar wichtigste Sektor unserer Wirtschaft soll nach dem Willen der EU und der Bundesregierung in den kommenden Jahren entscheidend geschwächt werden.

Diese Zielrichtung der aktuellen Mobilitätspolitik ist eindeutig. Als Vehikel dienen immer strengere Abgasgrenzwerte. Der aktuelle Vorschlag der EU-Kommission sieht vor, die CO₂-Emissionen der Fahrzeugflotte um 15 % bis 2025 und um 30 % bis 2030 im Vergleich zu 2021 zu reduzieren.

Was bedeutet das für die Automobilindustrie? - In einem Wort bedeutet das Arbeitsplatzverluste ohne Ende. Wieso? - Die deutschen Autobauer sind besonders stark nur bei Fahrzeugen der oberen Mittelklasse und der Oberklasse, die entsprechend stark motorisiert sind. Diese Modelle werden in Deutschland produziert, während die Kleinwagen überwiegend aus dem Ausland kommen. In den kleineren Fahrzeugklassen ist der Außenhandelsumsatz sogar negativ.

Noch gravierendere Folgen für unsere Arbeitnehmerschaft wird die Orientierung auf Elektrofahrzeuge haben. Laut einer Studie des Fraunhofer Instituts für Arbeitswirtschaft und Organisation könnten aufgrund der Orientierung auf Elektromobilität bis 2030 in Deutschland rund 100 000 Arbeitsplätze wegfallen. Das ist knapp die Hälfte der Jobs in der deutschen Produktion von Antriebssträngen. Dabei geht das Fraunhofer Institut davon aus, dass bis zum Jahr 2030 ein Anteil von 25 % der Neuzulassungen reine Elektroautos und ein Anteil von 15 % Plug-in-Hybride sind. Das entspricht den Zielsetzungen der EU-Kommission. Laut dieser Studie könne die Verringerung von Stückzahlen und Umsatz zur Schließung von Betriebsteilen, Standorten oder ganzen Betrieben führen oder einen Technologiebruch in monostrukturellen Industrieregionen nach sich ziehen.

Sollte der Verbrennungsmotor gänzlich von der Bildfläche verschwinden, werden sogar 600 000 gut bezahlte Arbeitsplätze im Kern unserer Industrie überflüssig. Dann werden ganze Regionen, vor allem auch in Süddeutschland, verarmen.

Diese Fakten muss man bedenken, wenn man über den künftigen Weg Deutschlands in der Mobilitätspolitik nachdenkt und eine tragfähige und zukunftsorientierte Konzeption entwickeln will.

Zunächst ist festzustellen, dass der Diesel im Fokus einer geradezu hysterischen Debatte um Stickoxide steht. Drei harte Fakten muss man zunächst zur Kenntnis nehmen:

Erstens. Die Stickoxidemissionsgrenzwerte für Dieselmotoren sind seit 1992 um 97 % gesenkt worden. Wegen des verbleibenden Anteils von 3 % Hunderttausende Jobs zu gefährden und die Dieselfahrer zu enteignen, ist schlichtweg Irrsinn.

(Beifall bei der AfD)

Zweitens. Moderne Dieselfahrzeuge sind mit erheblichem Abstand schadstoffärmer als Linien-

busse und Nahverkehrszüge pro Fahrgast und gefahrene Kilometer.

(Guido Henke, DIE LINKE: Das stimmt nicht! Das ist falsch!)

Sitzen zwei Personen im Auto, ist der Diesel auch noch sauberer als Straßen-, U- und S-Bahnen.

Drittens. Wenn Stickoxide auf der Straße so gefährlich sind, fragt man sich, wieso Leuten im Büro täglich acht Stunden lang deutliche höhere Grenzwert zugemutet werden - in einer Werkshalle sind es sogar bis zu 20-fach höhere Grenzwerte -, als bei den Messstationen auftreten, die man möglichst mitten auf eine Verkehrsinsel baut.

(Dorothea Frederking, GRÜNE: An Stickoxiden?)

- Dazu komme ich noch. - Bleibt nur die Schlussfolgerung: Die EU und auch die Bundesregierung forcieren die Grenzwertdebatte mit dem klaren Ziel, den Diesel zu beschädigen und unserer Großindustrie einen wesentlichen Schlag zu versetzen. Dagegen wird sich die AfD wehren. Wir fordern eine Dieselparantie bis 2050.

(Zustimmung bei der AfD - Heiterkeit und Zurufe bei der LINKEN)

Natürlich ist es richtig, langfristig gesehen den Verbrennungsmotor abzulösen. Rohöl ist zu schade, um es dauerhaft zu verfeuern. Wir müssten es im Ausland teuer einkaufen. Aber als Übergangstechnologie muss der Dieselp Verbrennungsmotor in den kommenden Jahrzehnten erhalten bleiben. Es handelt sich um eine ausgereifte Technik. Mit AdBlue spielen Stickoxide keine Rolle mehr. Mit Rußpartikelfiltern ist auch der Feinstaub kein Problem mehr. Auch der Gasantrieb stellt für diese Zeit eine sehr sinnvolle Zwischenlösung dar.

Auch sogenannte E-Fuels können Teil der Zwischenlösung sein. Dabei handelt es sich um Kraftstoffe für Verbrennungsmotoren, die aus überschüssiger Wind- und Sonnenenergie erzeugt werden.

Aber - das bleibt klar festzuhalten - ein vollständiger Irrweg ist der des Elektroautos als Ersatz für die Verbrennertechnologie.

Die Ökobilanz des Elektroautos offenbart einen ganz großen Schwindel, der in dem „Spiegel“-Artikel vom 20. August 2017 im Detail ausgeführt wurde. Für die Herstellung von Elektromotoren und Batterien werden erhebliche Mengen seltener Erden benötigt. Die Förderung ist extrem energieintensiv, produziert giftige und zum Teil radioaktive Nebenprodukte.

China hat sich mit seinem Staatsfonds die wichtigsten Schürfrechte in Afrika und Südamerika gesichert, verfügt selbst über große Vorkommen

seltener Erden und will ab 2019 auch seltene Erden auf dem Meeresgrund abbauen. Passend dazu kaufen sich chinesische Investoren deutsches Technologiewissen durch die Übernahme mittelständischer Unternehmen in Deutschland ein.

Im Endeffekt wird dabei Erdöl einfach durch seltene Erden ersetzt. Die Batterieproduktion macht rund 30 % der Klimabilanz eines Elektroautos aus. Die Batterien müssen im Schnitt alle sieben Jahre ausgetauscht werden. Die CO₂-Bilanz eines batteriebetriebenen Elektroautos beim aktuellen Strommix in Deutschland ist schlechter als die eines Dieselmotors.

(Zustimmung bei der AfD - Zurufe von der AfD: Richtig!)

Noch eines: Um 40 Millionen reine Elektroautos CO₂-neutral betreiben zu können, müssten nach Berechnungen der „FAZ“ zusätzlich 35 000 Windkraft- oder 27 Millionen Solaranlagen gebaut werden. Aktuell sind in Deutschland rund 29 000 Windkraftanlagen in Betrieb. Auf die ungelösten Probleme des Energietransports und der Energiespeicherung sei nur hingewiesen.

Fazit: Die massive Orientierung auf Elektroautos mit Batterieantrieb ist daher von vornherein sinnlos und zum Scheitern verurteilt.

(Zustimmung bei der AfD)

Sehr geehrte Damen und Herren!

(Hendrik Lange, DIE LINKE: Was ist denn jetzt mit der Wasserstofftechnologie, Herr Farle?)

- Das kommt jetzt.

(Heiterkeit bei der AfD - Matthias Büttner, AfD: Da passt ja einer auf!)

Genau das kommt jetzt. Gerade für Sachsen-Anhalt - - Ich mache erst noch einen Zwischenschritt, damit Sie gut folgen können.

Darum komme ich jetzt zu der entscheidenden Alternative, die wir mittel- und langfristig verfolgen müssen. Dies ist die Forcierung der Wasserstofftechnologie. Im Gegensatz zur Batterietechnik ist diese seit Jahren ausgereift. Sie passt sehr gut in die deutsche Industrielandschaft. Kaufhemmnisse wie beim Elektroauto gibt es nicht. Die Reichweite und Tankzeiten sind wie beim herkömmlichen Verbrennungsmotor.

(Ulrich Thomas, CDU: Na, na!)

Wasserstoff kann entweder direkt im Motor verfeuert oder für die Energiegewinnung über eine Brennstoffzelle genutzt werden, die dann einen Elektromotor antreibt.

(Hendrik Lange, DIE LINKE: Einen Elektromotor!)

- Wenn Sie mal die Klappe halten würden, würden Sie etwas mitkriegen.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der AfD)

Wegfallende Arbeitsplätze können nachhaltig durch neue ersetzt werden. Statt Öl teuer einzukaufen, könnte die starke deutsche chemische Industrie Wasserstoff aus überschüssigem Wind- oder Solarstrom erzeugen. Deutschland stellt heute bereits Wasserstoff als Nebenprodukt her, mit dem man 750 000 Autos betreiben könnte.

Jetzt passen Sie gut auf! - Gerade für Sachsen-Anhalt bietet die Wasserstofftechnologie immense Chancen. Die chemische Industrie ist hier außerordentlich stark vertreten. Beispielsweise entsteht bei uns bis 2023 das größte Wasserstofflager in ganz Deutschland. Auch eine Elektrolyseplattform wird in Leuna eingerichtet, um aus Wind- und Sonnenenergie grünen Wasserstoff zu erzeugen. Hier werden schon heute die künftigen Wasserstoffgroßanlagen geplant.

Ein weiterer Vorteil für unser Flächenland sind die geringen Kosten für die Infrastruktur. Anstatt sündhaft teure Starkstromleitungen quer durch das ganze Land zu verlegen, kann Wasserstoff durch bereits vorhandene Gasleitungen geleitet werden.

Meine Damen und Herren! Wenn wir in Sachsen-Anhalt in den nächsten fünf bis zehn Jahren die rote Laterne verlieren wollen, müssen wir auf die fortschrittliche Wasserstofftechnologie setzen und diese für Automobile sinnbringend weiterentwickeln. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD - Zuruf: Jawohl!)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Nachfragen. - Wir treten jetzt in die Debatte ein. Es ist eine Redezeit von drei Minuten je Fraktion vorgesehen. Für die Landesregierung spricht Minister Herr Prof. Dr. Armin Willingmann. Herr Minister, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir einige Anmerkungen zu dem Antrag der AfD. Im Sommer 2017 hat die Bundesregierung im Rahmen des „Nationalen Forums Diesel“ eine Expertengruppe zur Optimierung von Antriebstechnologien und alternativen Kraftstoffen einberufen.

Die Untersuchung der Zukunftsfähigkeit verschiedener Antriebe für Kfz und Nutzfahrzeuge wurde im Abschlussbericht Ende 2017 wie folgt beschrieben - ich zitiere:

„Beim Dieselmotor hält die Expertengruppe weitere Verbesserungen des Wirkungsgra-

des bis 2030 zwischen 10 und 20 % für vorstellbar. Beim Ottomotor werden Verbesserungen des Wirkungsgrades von bis zu 30 % prognostiziert. Der Marktanteil von Verbrennungsmotoren in Deutschland wird für das Jahr 2030 mit immerhin noch knapp 50 % angenommen.“

Kurzum: Verbrennungsmotoren können also noch sauberer werden. Nicht zu vergessen: Auch an ihnen hängen Hunderttausende Arbeitsplätze, mehr als 20 000 bei Zulieferern in Sachsen-Anhalt.

(Robert Farle, AfD: Genau!)

Richtig ist, dass die Brennstoffzelle über die höchsten Einsparpotenziale sowohl für Stickoxid als auch für CO₂ verfügt. Die Expertenkommission stellt aber auch fest - ich zitiere:

„Neben wirtschaftlichen Hürden, die für einen zügigen Markteintritt bestehen, ist der Einsatz von Brennstoffzellen in Fahrzeugen kurz- und mittelfristig rein angebotsseitig begrenzt.“

Die Prognose in dem Bericht für die Bundesregierung geht von einem Marktanteil von unter 1 % im Jahr 2030 und ca. 8 % im Jahr 2050 aus. Auch im Hinblick auf die verfügbaren Tankstellen und die Logistik wären kostspielige und zeitintensive Investitionen notwendig.

Trotzdem verschließen sich weder der Bund noch das Land Sachsen-Anhalt der Nutzung von Wasserstofftechnologie für die Mobilität. Es ist der Plan, bundesweit ca. 400 Wasserstofftankstellen zu errichten, davon zwei in Sachsen-Anhalt. Eine befindet sich in Magdeburg bereits in der Ausführungsphase und eine in Halle im Genehmigungsverfahren. Zudem stehen zahlreiche Wasserstoffprojekte auf der Agenda.

(Robert Farle, AfD: Richtig!)

Das ist beispielsweise das Projekt Hypos, ein von Bund und Land gefördertes Projekt, ein Netzwerk von Unternehmen und Forschungseinrichtungen mit Sitz in Halle an der Saale. Es untersucht die Nutzung von Strom aus erneuerbaren Energien für die Herstellung von Wasserstoff.

Gleiches gilt für das Projekt Reallabor. Gleiches gilt für die Richtlinie „Förderung von Fahrzeugen mit alternativen Antrieben für den ÖPNV“, in unserem Lande vertreten durch das Landesverkehrsministerium vom 1. Juli 2017, mit dem unter anderem die Beschaffung wasserstoffbetriebener Busse gefördert wird.

Ich könnte noch weitere Projekte aufzählen. Sie haben in der Zeitung gelesen, dass beispielsweise ein japanisches Unternehmen bei der Fuelcon AG in Barleben eingestiegen ist. Dort wird an einem Kompetenzzentrum für Brennstoffzellen- und

Batterietestsysteme gearbeitet. Wir haben die Chance, in Magdeburg und im Großraum ein globales Kompetenzzentrum für diesen Bereich zu entwickeln.

Mit anderen Worten: Wir sind bereits auf dem Weg, den die AfD fordert, und das wollte ich Ihnen dazu sagen.

(Heiterkeit)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Minister, es gibt eine Nachfrage von Herrn Büttner von der AfD-Fraktion. - Herr Büttner, Sie haben das Wort.

Matthias Büttner (AfD):

Herr Minister, nur eine kurze Frage: Da Sie gerade ausgeführt haben, dass Sie im Prinzip inhaltlich mit unserem Antrag übereinstimmen und sogar diesen Weg gehen wollen, würden Sie nicht dem Parlament empfehlen, unserem Antrag zuzustimmen?

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Minister, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung):

Nein. Ihr Antrag ist überflüssig; denn das, was Sie fordern, geschieht bereits.

(Matthias Büttner, AfD: Aber nicht so, wie wir es fordern!)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Minister, Herr Farle hat sich noch einmal zu Wort gemeldet. - Herr Farle, Sie haben das Wort.

Robert Farle (AfD):

Die Wasserstofftechnologie hätte von der Bundesebene schon längst weiter gefördert werden können; denn das Hauptproblem dafür, dass sie nicht weiterentwickelt wurde, besteht darin, dass man kein Tankstellennetz aufbaut. Deshalb ist die Aussage, dass das bereits alles schon läuft, absolut falsch.

Wir sind jetzt erst mit jahrelanger Verspätung auf den Trichter gekommen, dass uns die Wasserstofftechnologie am Ende wahrscheinlich weiter bringt, als dieser ganze Rummel um die Elektroautos, die umweltmäßig keinen Sinn machen, die viel zu teuer sind. Darauf läuft im Moment die gesamte praktische Politik hinaus.

Dieser Unsinn mit den Elektroautos muss ein Ende finden. Wir müssen unsere Dieselschifftechnologie weiterentwickeln, besser machen und parallel dazu die Wasserstofftechnologie entwickeln. Dazu

braucht es Fördermittel von der Bundesebene. Stimmen Sie mir darin zu?

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Minister, Sie haben noch einmal das Wort, wenn Sie antworten möchten.

Prof. Dr. Armin Willingmann (Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung):

Die haben eine interessante Retrospektive gewagt, Herr Farle. Gleichwohl: All das ist auf den Weg gebracht. Sie haben völlig recht, an dem Wasserstofftankstellennetz muss gearbeitet werden. Zugleich wollen wir bitte feststellen: Die deutsche Automobilindustrie setzt im Moment durchweg auf den Batterieantrieb.

(Robert Farle, AfD: Ja, und das ist der Irrsinn!)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine weiteren Fragen. Dann danke ich dem Minister für die Ausführungen. - Für die CDU spricht der Abg. Herr Thomas. Herr Thomas, Sie haben das Wort.

Ulrich Thomas (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine Damen und Herren! Ein durchaus wichtiges Thema, das uns alle beschäftigt, ist die Mobilität. Ich bin durchaus dankbar dafür, dass wir heute die Möglichkeit bekommen, über die Mobilität in Deutschland zu sprechen, wobei ich das etwas erweitern würde. Es geht nicht um die Mobilität zum Vorteil der deutschen Wirtschaft, sondern es geht um die Mobilität zum Vorteil der deutschen Gesellschaft; denn so wie wir Wirtschaftsverkehr brauchen, haben wir auch Individualverkehr. Die jüngsten Skandale oder Schummeleien bei den Abgaswerten haben gezeigt, wie sensibel wir darauf reagieren.

Deshalb ist es richtig, sich darüber zu unterhalten, wie die Zukunft aussieht. Wir als CDU haben immer gesagt, wir setzen auf Bewährtes, versuchen, Bewährtes besser zu machen, und bevor wir ganz neue Sachen probieren, bringen wir erst einmal die alten Sachen als Übergangstechnologie weiter.

(Zuruf von der AfD)

Das heißt, wir sind für alle Technologien offen, wenn es um die Antriebsweise von Fahrzeugen geht.

Die Brennstoffzelle, die es seit mehr als 20 Jahren in Pkws gibt, hat sich bisher nicht durchsetzen können. Sie setzt sich zunehmend in großen Fahrzeugen, in Lkws durch. Dort ist das eher möglich. Neuerdings fahren auch U-Boote mit

Brennstoffzellen. Aber es gibt, Kollegen von der AfD, auch Lkws, die bereits in Pilotprojekten mit einer Oberleitung auf der Autobahn fahren. Das heißt, es gibt auch andere Technologien, die man erprobt und bei denen man schaut, wie sie sich durchsetzen.

Genauso ist es beim Individualverkehr. Der Verbraucher kauft ein Auto, weil es ihm gefällt, er es bezahlen kann und kostengünstig betrieben wird.

Genau an der Stelle, Herr Farle, greift Ihr Antrag zu kurz. Wer gibt uns denn heute die Garantie, dass das die Wasserstofftechnologie ist? Vielleicht ist es in drei oder vier Jahren tatsächlich das Elektroauto mit einem leistungsstarken Akkumulator, mit einer starken Batterie, die es im Labor ja schon gibt.

Wir werden in den nächsten zwei bis drei Jahren hier einen Quantensprung erleben, und dann wird das Auto auch die Reichweite bekommen, die der Verbraucher erwartet. Dann ist die Wasserstofftechnologie im Vergleich zu einem reinen Elektroauto viel zu teuer, viel zu kompliziert.

(Tobias Rausch, AfD: Ja, aber wer kann das bezahlen?)

- Der nächste Grund, Herr Rausch, wenn ich Ihnen das sagen darf: Wir wollen unsere Autos auch international verkaufen. Was nützt das beste Auto mit einer Brennstoffzelle, wenn wir die Technologie und die Infrastruktur haben, wenn es diese aber in anderen Ländern auf der Welt nicht gibt? Dann werden diese Autos außerhalb des deutschen Marktes unverkäuflich. Wir haben doch ein Interesse daran, dass unsere Autos Exportschlager bleiben.

(Zuruf von der AfD)

Deshalb möchte ich davor warnen, jetzt eine Technologie herauszugreifen und die zu fördern. Dann passiert uns genau das - das haben wir heute Morgen erlebt -, was uns mit den Windrädern passiert ist. Wir subventionieren eine Technologie, die es irgendwann nicht mehr gibt, und dann beklagen wir hier in drei, vier, fünf Jahren die Folgen, warum wir das damals gemacht haben. Ich glaube, mit der Erfahrung sollten wir überlegen zu sagen: Wir lassen das technologieoffen. Wir lassen letztlich den Verbraucher entscheiden, welches Auto mit welchem Antrieb er später fahren möchte.

Allerdings - jetzt ist meine Redezeit gleich abgelaufen - ist das ein so komplexes Thema, dass wir das gern im Ausschuss intensiver diskutieren würden.

(Tobias Rausch, AfD: Das können wir gern machen!)

Deshalb würde ich den Antrag stellen, den Antrag zur Federführung in den Ausschuss für Wissenschaft und Wirtschaft sowie zur Mitberatung in

den Ausschuss für Landesentwicklung und Verkehr zu überweisen. Es ist ja auch ein Verkehrsthema. Dort, meine Damen und Herren, haben wir alle Möglichkeiten, das tiefgründig zu beraten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Thomas, Herr Büttner hat - - Es hat sich erledigt.

Ulrich Thomas (CDU):

Es hat sich erledigt? - Wunderbar.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Thomas, ich danke Ihnen für die Ausführungen. - Wir fahren in der Debatte fort. Für die Fraktion DIE LINKE spricht der Abg. Herr Henke. Herr Henke, Sie haben das Wort.

Guido Henke (DIE LINKE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Den AfD-Antrag wird die Fraktion DIE LINKE aus folgenden Gründen ablehnen:

(Zurufe von der AfD)

Erstens. Verkehrspolitisch hält der Antrag am Vorrang des motorisierten Individualverkehrs fest - zulasten der unverzichtbaren Verkehrswende. Das heißt, die AfD als Antragstellerin setzt weiter auf Staus und verstopfte Innenstädte, statt Verkehrsvermeidung,

(Beifall bei der LINKEN - Lachen bei der AfD)

Verkehrsverlagerung von der Straße auf die Schiene und die Wasserstraße sowie den ÖPNV zu fördern.

Sehr geehrte Damen und Herren! Mobilitätspolitik ist eben deutlich mehr als die Subventionierung von Pkw- und Lkw-Antrieben.

(Beifall bei der LINKEN)

Zweitens. Umwelt- und gesundheitspolitisch bleiben die Erkenntnisse aus unseren Landtagsdebatten vom 20. Dezember des vergangenen Jahres und vom 8. März dieses Jahres völlig unbeachtet. Es ist bedenklich, wenn sich die antragstellende AfD-Fraktion im Begründungstext zu der Behauptung versteigt, dass - ich zitiere - „... moderne Dieselfahrzeuge mit erheblichem Abstand schadstoffärmer als Linienbusse und Nahverkehrszüge pro Fahrgast und gefahrenen Kilometer sind“.

Herr Farle, so eine faustdicke Lüge in einer Parlamentsdrucksache kann man nur noch als skrupellos bezeichnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Selbst wenn Sie meinen, sich die Emissionen von Treibhausgasen, Kohlenmonoxiden, flüchtigen Kohlenwasserstoffen, Stickoxiden und Feinstaub je Personenkilometer schönrechnen zu können, wenn Sie unterstellen, im Pkw säßen zwei oder drei Insassen, selbst dann verlieren Sie diese Rechnung; denn nach den neuesten Erhebungen des Bundesumweltamtes ist das so; Sie können das gern nachlesen, wenn Sie mir nicht folgen möchten.

(Widerspruch bei der AfD - Zurufe)

Drittens. Wirtschaftspolitisch lässt Ihr Antrag die Globalisierung der Industrie, sei es die Eigentümerstruktur, die Standort- und Absatzmarktverteilung sowie internationale Zulieferketten, völlig außer Acht. Nationalstaatlich, wie vor 150 Jahren, funktioniert hier gar nichts mehr.

Erschreckend ist auch der Lobbyismus, der meint, „Mobilitätspolitik“ - ich zitiere wieder aus Ihrem Antrag - „zum Vorteil der deutschen Wirtschaft“ gestalten zu können. Das heißt im Klartext: auf Kosten der Steuerzahler. Sie haben doch gerade gesagt: Subventionen, Fördermittel verlangen Sie. Das meint also - im Klartext -: Deutsche Staatssubventionen zum Vorteil internationaler Großkonzerne.

Damit wird klar, die AfD ist eine neoliberale Partei des internationalen Großkapitals, also des Establishments und eben nicht die Partei der kleinen Leute.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN - Unruhe bei der AfD)

Sehr geehrte Damen und Herren! Vielleicht sollten sich die Bürger,

(Zuruf von Robert Farle, AfD)

die Begünstigten der von der AfD-Fraktion hartnäckig wiederkehrenden Lobbyanträge ansehen.

(Zuruf von Robert Farle, AfD)

Ist das eventuell Ihr Dank an Ihre verheimlichten Großspender aus der Schweiz?

(Beifall bei der LINKEN - Unruhe bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Henke, es gibt zwei Nachfragen. - Herr Rausch hat sich zuerst gemeldet, Herr Farle. - Herr Rausch, Sie haben das Wort.

Tobias Rausch (AfD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Sehr geehrter Herr Henke, wer der AfD Spenden zukommen lässt oder nicht, geht Sie erstens gar nichts an.

(Oh! bei der LINKEN - Zurufe von der LINKEN und von den GRÜNEN)

Zweitens. Zum Thema Individualverkehr haben Sie gesagt, das sehen Sie völlig konträr. Sehen Sie es wie Ihre Kollegin Frau Eisenreich, die den Individualverkehr abschaffen wollte? Oder wie wollen Sie gegen die aufgezeigten Sachen in Ihrer Rede, gegen den Individualverkehr vorgehen?

Guido Henke (DIE LINKE):

Zum ersten Teil Ihrer Frage. Ich denke, Parteienfinanzierung ist nicht nur eine Sache der Bundestagsverwaltung, sondern ist im Interesse der Öffentlichkeit. - So viel zum Thema Transparenz.

Zweitens. Ich zitiere mich zum wiederholten Male an dieser Stelle in Ihre Richtung: Meine Partei, unsere Fraktion, ich persönlich, wir sprechen von Verkehrsvermeidung und davon, dahin zu kommen, dass die Notwendigkeit, in den Verkehr zu gehen, verbessert wird.

Das, worauf Sie hinaus wollen, die Aussage von Kollegin Eisenreich von vor zwei Jahren, die Sie schwer getroffen haben muss, dürfen Sie auch nicht aus dem Zusammenhang reißen. Es geht um Verkehrsvermeidung.

Tobias Rausch (AfD):

Herr Kollege, dann bitte ich Sie, sich einfach den Redebeitrag von Frau Eisenreich noch einmal anzuschauen, weil auf eine Nachfrage der GRÜNEN-Abgeordneten Frau Lüddemann Frau Eisenreich gesagt hat, dass es das Ziel ist, den Individualverkehr abzuschaffen. Das war die Aussage.

(Zuruf von Robert Farle, AfD)

- Ja, das war das Ziel. So hat sie es gesagt.

Guido Henke (DIE LINKE):

Als Ziel im Sinne von Verkehrsvermeidung und Verkehrsverlagerung. Genauso ist es. Das wäre das Ideal. Aber dahin ist noch ein langer Weg.

(Zuruf von Robert Farle, AfD - Weitere Zurufe von der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Henke, ich lasse noch eine Frage von Herrn Farle zu, weil wir eine Dreiminutenrunde haben. - Herr Farle, haben Sie noch eine Frage? Dann lasse ich diese jetzt zu. - Herr Farle zieht seine Wortmeldung zurück. Herr Henke, bitte.

Guido Henke (DIE LINKE):

Da Herr Farle Zwecklosigkeit unterstellte, nur so viel: Ich gehöre diesem Hohen Hause seit neun Monaten wieder an und habe festgestellt, dass wir quartalsweise immer Anträge mit diesem Inhalt haben. Welchen Zweck es haben soll, das im Ausschuss mit immer wieder den gleichen Vorhaltungen zu diskutieren, verschließt sich mir.

(Unruhe bei der AfD - Zuruf von Robert Farle, AfD - Weitere Zurufe von der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Henke, einen Augenblick, bitte. - Da Herr Farle seine Wortmeldung zurückgezogen hat, würde ich Herrn Raue ausnahmsweise das Wort erteilen. Herr Raue, Sie haben das Wort.

(Unruhe)

Alexander Raue (AfD):

Ich habe eine interessante Frage zum Verständnis. Sie sagten gerade, wenn ich Sie jetzt richtig zitiere, wirtschaftspolitisch lässt Ihr Antrag die Globalisierung der Industrie völlig außer Acht. Nationalstaatlich war vor 100 Jahren.

Guido Henke (DIE LINKE):

50.

Alexander Raue (AfD):

Oder vor 50 Jahren.

Guido Henke (DIE LINKE):

150 Jahre habe ich gesagt.

Alexander Raue (AfD):

Oder so herum. - Jetzt frage ich Sie: Wie stehen Sie - ich vermute, Sie äußern sich jetzt pro Globalisierung -, DIE LINKE, jetzt wirklich zur Globalisierung? Ich war jetzt überrascht über Sie.

Guido Henke (DIE LINKE):

Noch einmal für Sie zum Verständnis. Ich habe schon in meinem Redebeitrag im März - damals haben wir das Thema schon erörtert - darauf hingewiesen: Erstens. Es gibt keine deutsche Automobilindustrie mehr. Eigentümerstruktur: international. Hauptabsatzmärkte Ausland: China, USA. Hauptproduktionsstätten nicht in Deutschland: China und USA. Da haben wir so furchtbare Angst vor dem Zollkrieg, vor dem Handelskrieg. Sie wollen hier eine deutsche Lösung mit deutschem Steuergeld für eine deutsche Entwicklung für eine deutsche Industrie?

(Alexander Raue, AfD: Nein, das war nicht meine Frage! - Zuruf von Robert Farle, AfD - Weitere Zurufe von der AfD)

Das ist eine Wirtschaftspolitik,

(Zuruf von Robert Farle, AfD - Weitere Zurufe von der AfD - Widerspruch bei der LINKEN)

die an den Gegebenheiten der Wirklichkeit einfach vorbeigeht.

(Zuruf von Robert Farle, AfD - Weitere Zurufe von der AfD)

Sie beachten nicht das, was tatsächlich ist. Ihr Wunschdenken ist das eine. Aber wie die Wirtschaft strukturiert ist, ist etwas anderes.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich danke Herrn Henke für die Ausführungen. - Wir fahren in der Debatte fort. Für die GRÜNEN spricht die Abg. Frau Frederking. Frau Frederking, Sie haben das Wort.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Im Antrag fordert die AfD eine Abkehr von der ideologiesteueren E-Mobilitätspolitik. Zugleich fordert sie den Ausbau von Wasserstofftechnologie im Verkehr.

An dieser Stelle mal wieder eine kleine Nachhilfestunde für die AfD,

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

die so gern andere beschimpft, um von der eigenen Ahnungslosigkeit und den Wissenslücken abzulenken:

(Unruhe bei der AfD)

Wasserstoff in Autos wird üblicherweise in Brennstoffzellen eingesetzt, in denen wiederum Strom für den Betrieb eines Elektromotors erzeugt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Oft ist es so, dass eine Traktionsbatterie die Energie noch speichern muss. Diese Art der Nutzung von Wasserstoff gehört also eindeutig zur Elektromobilität, und zwar sogar noch mit Batterie.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Das Verstörende am AfD-Antrag ist, dass dort in gewohnt rechtspopulistischer Manier

(Zurufe von der AfD)

ein vermeintlicher Feind konstruiert wird, nämlich batteriebetriebene Elektroautos.

(Zuruf von der AfD)

Aber der eigentliche Feind, der Verbrennungsmotor, der dem Klima und der Gesundheit der Menschen, ja, auch deutscher Menschen, richtig schadet, der soll erhalten bleiben.

(Unruhe bei der AfD)

18 % der Treibhausgasemissionen kommen aus dem Verkehr, seit 1990 sogar steigend. Wir brauchen eine Verkehrswende, und zwar jetzt. Wir brauchen gerade in motorisierten Individualverkehr rein batterieelektrische Antriebe.

Diese Autos lassen sich über Nacht oder während der Arbeitszeit mit sauberem Windstrom aufladen. Danach können Sie, liebe Kolleginnen und Kolle-

gen, ca. 200 km fahren, wenn es sein muss. Sie haben wirklich schon eine große Reichweite.

Die direkte Stromnutzung in Batterien ist energieeffizienter als die Produktion von Wasserstoff durch Elektrolyse mit Windstrom und die anschließende Rückverstromung in der Brennstoffzelle.

(Unruhe)

Aber auch wasserstoffbasierte Antriebsformen haben ihre Berechtigung. Aufgrund der Energiedichte haben Sie eine hohe Reichweite. Auch der Tankvorgang geht schnell. Für Lkws, aber auch für Flugzeuge und für Schiffe, alles beachtliche Emittenten, könnten wasserstoffbasierte Antriebe helfen, Emissionen zu senken und die Klimaschutzziele zu erreichen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Aber neben der Frage, welche Technologie sich durchsetzen wird, müssen alle das individuelle Mobilitätsverhalten hinterfragen. Diesbezüglich schließe ich mich den Ausführungen des Kollegen Henke an.

(Unruhe)

Auch wir Abgeordneten könnten vorbildlich vorangehen und uns fragen - -

(Unruhe)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich bitte um mehr Ruhe. Der Geräuschpegel stört erheblich, wenn man hier vorn redet. - Danke. Frau Frederking, Sie haben wieder das Wort.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Wir Abgeordnete müssen uns fragen: Muss es immer eine Flugreise sein, wenn ein Ausschuss unterwegs ist?

Spätestens die Dürre in diesem Jahr hat auch den letzten Zweifelnden am Klimawandel vor Augen geführt, dass der Klimawandel da ist. Ein „Weiter so!“ darf es nicht mehr geben, wenn wir als Menschheit weiterhin in einer zivilisierten Welt leben wollen. Es macht überhaupt keinen Sinn, gute Technologien, rein batterieelektrische Antriebe und elektrische Antriebe mit Brennstoffzellen gegeneinander auszuspielen.

Inwieweit das Land auch noch umweltfreundliche Technologien über das hinaus, was Professor Willingmann dargelegt hat, fördern muss,

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Frederking, die Redezeit.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

sollten wir im Ausschuss beraten. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Frederking, Herr Farle hat sich noch einmal zu Wort gemeldet. Wollen Sie eine Frage beantworten?

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Nur aus Neugierde.

(Oh! bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Farle, Sie haben das Wort.

Robert Farle (AfD):

Erstens. Verbrennungsmotoren sind nicht schädlich. Wenn sie mit Wasserstoff betrieben werden, haben sie eben keine schädlichen Emissionen mehr. Das ist Ihnen vielleicht nicht bekannt. Daher sage ich es noch einmal.

Zweitens. Wasserstoff ist nicht unbedingt Brennstoffzelle. Das muss man auch wissen. Das habe ich in meinem Beitrag ganz kurz am Ende erläutert. Leider konnte man aus Zeitgründen das nicht richtig erklären.

Der zweite Gedanke ist: Elektroenergie ist mit Sicherheit, wenn es batteriegestützte Autos sind, der Irrweg. Deswegen kauft diese niemand. Denn sie können nicht weit fahren. Das ist dann immer nur ein Zweitauto. Mit einem Zweitauto können Sie natürlich ein bisschen in der Stadt rumgurken, aber das war es dann auch. Deswegen kauft es auch niemand.

Drittens. Ich habe klar gesagt, für die mittelfristige Situation muss der Diesel bleiben. Auch Gas und andere Möglichkeiten sind vorhanden.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Was ist das für eine Frage?

Robert Farle (AfD):

Das ist eine Kurzintervention.

(Heiterkeit bei der AfD)

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Wie lang darf die sein?

Robert Farle (AfD):

Aber: In den nächsten 20, 30 Jahren zeigt sich immer mehr, dass sich der Wasserstoffantrieb durchsetzen wird, und zwar egal, ob als Verbrenner oder mit der Form, dass er einen Elektromotor antreibt. Das ist meine Meinung. Dafür habe ich ein paar Hundert Seiten in den letzten Monaten gelesen.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Farle, kommen Sie bitte zum Schluss.

Robert Farle (AfD):

Daher muss ich Ihnen wirklich sagen: Schauen Sie einmal in die Bücher!

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Frederking, wenn Sie darauf reagieren möchten, haben Sie das Wort.

Dorothea Frederking (GRÜNE):

Ich bin von dieser Kurzintervention überrascht. Sie halten hier erneut einen Vortrag, beziehen Ihr Wissen aus einem „FAZ“-Artikel, spielen sich hier als vermeintlicher Ingenieur auf, haben wirklich null Ahnung

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

und konstruieren einen Widerspruch, als hätte ich gegen die Wasserstofftechnologie argumentiert.

(Zustimmung bei den GRÜNEN - Zuruf von Cornelia Lüddemann, GRÜNE)

Sie müssen einfach mal zuhören. Ich habe sogar bewusst gesagt: Keine Technik gegeneinander ausspielen. - Das war das Erste.

Zweitens. Wasserstofftechnologie im Verkehr heute ist Elektromobilität. Das, was Sie dargelegt haben, dass darüber hinaus Wasserstoff in Verbrennungsmotoren eingesetzt wird, das gibt es gar nicht mehr. Die Autohersteller heutzutage nehmen von diesem Pfad schon Abstand. Warum? - Weil sich das nicht gelohnt hat und weil die Reichweiten auch nicht lang sind.

Das heißt, Sie müssen sich einfach mal erkundigen, wenn Sie hier einen technischen Vortrag halten, damit das technisch fundiert ist; das passiert bei Ihnen nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Frederking, ich danke Ihnen für die Ausführungen. - Für die SPD spricht der Abg. Herr Dr. Grube. Herr Dr. Grube, Sie haben das Wort.

Dr. Falko Grube (SPD):

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir erleben hier quartalsweise den erneuten Aufguss der Farle'schen Irrungen und Wirrungen,

(Widerspruch bei der AfD)

der ideologiegeleiteten, der irregeleiteten Angst vor der Energiewende, das Märchen vom Klimawandel und die Angst vor dem E-Antrieb.

Zu den Fakten. Tatsache ist, wir haben einen Klimawandel; der ist durch die Verbrennung von

fossilen Energieträgern und das Einbringen anderer Treibhausgase in die Atmosphäre induziert.

Tatsache 2. Die fossilen Energieträger sind ebenso endlich wie im Übrigen auch die atomaren. Bei Letzteren haben wir noch das Problem, dass die Fragen der Endlagerung nicht geklärt sind.

Drittens. Die Belastung der Bevölkerung, und zwar vor allen Dingen in den Ballungszentren, wächst durch Schadstoffausstoß induziert durch die Mobilität, auch durch die Industrie. Aber das, was Herr Farle leugnet, hatten wir schon diverse Male. Nein, Elektroantriebe sind nicht CO₂-intensiver als andere.

Ich erspare es mir, die Studie noch einmal vorzulesen. Schauen Sie einfach mal in die Protokolle hinein! Damals haben Sie genickt. Warum Sie das heute wieder leugnen, ist mir ein größeres Rätsel.

Das vierte Argument. Wir haben ein weltweites Anwachsen an Bedarf an Mobilität zu verzeichnen. Das werden wir auf keinen Fall in der Art und Weise decken, in der wir heute Mobilität durch die Verbrennung von fossilen Energieträgern betreiben.

Daraus ergibt sich eine einzige Schlussfolgerung: Wir brauchen eine Energiewende. Wir brauchen sie kurzfristig; wir brauchen sie mittelfristig, wir brauchen sie langfristig. Das Jahr 2050 ist keine kurze oder mittelfristige Perspektive. Wenn wir im Jahr 2050 damit anfangen, ist es viel zu spät.

(Beifall bei der AfD)

Diese Energiewende, meine Damen und Herren, hat eine große Herausforderung: Die Energiebereitstellung muss möglichst klimaneutral, möglichst treibhausneutral erfolgen.

Ich habe großes Vertrauen in die Innovationskraft der deutschen Wirtschaft. In dem neuen Klima- und Energiekonzept der Landesregierung muss ein Schlüsselsatz zu dem Thema stehen: Wir gestalten die Energiewende in Sachsen-Anhalt technologieoffen. Das ist der einzige Weg, wie wir die gesamte Innovationsbreite, die gesamte Innovationskraft der deutschen Wirtschaft tatsächlich zum Tragen bringen und wie wir es schaffen, die einzelnen Problembereiche, die wir in den verschiedenen Sektoren haben, tatsächlich passgenau zu bearbeiten.

Es gibt - so viel Lektüre sei empfohlen - eine Studie mit dem Titel „Status und Perspektiven flüssiger Energieträger in der Energiewende“. Diese ist vom Deutschen Biomasseforschungszentrum, von der Prognos AG und vom Fraunhofer-Institut. Das sind keine Institutionen, die irgendwelcher Umtriebe verdächtig sind. Sie erweitern das, was wir an Energieträgern haben, noch durch Power-to-Gas und Power-to-Liquids. Das ist heute überhaupt noch nicht erwähnt worden. Wenn das Technologien sind, die wir tatsächlich ausgereift

hinbekommen, schaffen wir es möglicherweise, durch das Einspeisen erneuerbarer Energien hinterher Bioflüssigkraftstoffe herauszubekommen, die man tatsächlich auch in - -

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Dr. Grube, kommen Sie bitte zum Schluss.

(Robert Farle, AfD: Das habe ich alles erwähnt! Das steht im Programm!)

Dr. Falko Grube (SPD):

Nein, das haben Sie nicht erwähnt. Sie haben Wasserstofftechnologie erwähnt.

(Robert Farle, AfD: Das habe ich erwähnt!)

- Ich weiß, Sie hören sich gern reden. Aber Sie hören selbst nicht zu; das ist Ihr Problem.

(Zuruf von der AfD: Doch, hat er erwähnt!)

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Fragen. Dann danke ich Herrn Grube für die Ausführungen. - Für die AfD-Fraktion spricht der Abg. Herr Büttner. Herr Büttner, Sie haben das Wort.

Matthias Büttner (AfD):

Danke, Herr Präsident. - Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hatte mir eigentlich etwas aufgeschrieben, aber ich muss vorher noch auf einige Dinge, die ich hier gehört habe, eingehen.

Man merkt deutlich, dass einige Mitglieder des Ausschusses für Landesentwicklung und Verkehr bei der Ausschussreise nach Estland leider gefehlt haben. Denn sonst hätten Sie hier heute nicht die einen oder anderen Dinge behauptet, die man so einfach nicht stehen lassen kann.

Aber bevor ich damit starte, möchte ich auf eine Aussage eingehen, die mich schon fast geschockt hat. Es hieß, Deutschland hätte keine Autoindustrie. Da muss ich doch fragen: Wo arbeiten dann die 120 000 Leute, die in Wolfsburg beschäftigt sind, wenn nicht bei der Autoindustrie, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der AfD)

Das würde mich doch wirklich einmal interessieren. Aber vielleicht kann uns Herr Henke diesbezüglich erleuchten.

Des Weiteren ist die Vorstellung der LINKEN, den kompletten Verkehr auf die Schiene oder auf öffentliche Verkehrsmittel umzuleiten, einfach Käse. Denn in Estland hat man gesehen, dass dort ein kostenfreier ÖPNV vorherrscht, der aber nur um

6 % stärker ausgelastet wird, seitdem der ÖPNV dort kostenfrei ist. Das heißt, die Menschen nehmen das trotzdem nicht an. Die Hauptstadt Tallinn ist nach wie vor voll mit Autos. Dasselbe gilt für die Elektromobilität.

Ich stelle jetzt einmal die Frage: Wer von Ihnen hat denn ein Elektroauto? Bitte einmal melden.

(Robert Farle, AfD: Gar keiner! - Zurufe von der LINKEN)

- Niemand. Das wundert mich nicht.

Dazu kann ich Ihnen sagen: In Estland gibt es dafür eine Förderung in Höhe von 20 000 €. Maximal 50 % des Neuanschaffungswertes eines E-Autos werden gefördert, wenn man sich eines zulegt. Trotzdem habe ich dort in einer Woche nur eine Handvoll E-Autos gesehen. Es wird trotzdem nicht angenommen. Das ist auch ganz logisch; denn die Menschen nehmen etwas an, wenn es wirklich besser ist. Wenn es nicht wirklich besser ist, dann setzt es sich auch nicht durch. Das war in der Geschichte schon immer so und das wir auch weiterhin so bleiben.

(Beifall bei der AfD - Dorothea Frederking, GRÜNE: Besser für wen?)

Nun möchte ich einmal darauf zu sprechen kommen, was unser Antrag eigentlich beinhaltet, nämlich die Förderung von Wasserstoff bzw. von Wasserstofftechnologie.

Ich erzähle Ihnen einmal eine kleine Geschichte. Ich war im letzten Jahr mit Willi Mittelstädt beim Verband kommunaler Unternehmen. Dort waren mehrere Aussteller, unter anderen die Autoindustrie sowie ein Experte für Energie- und Speichertechnik. Die beiden Experten fragte ich: Ist E-Mobilität - sie haben dort auch ein E-Auto ausgestellt - die Zukunft? - Darauf sagten mir beide unabhängig voneinander: Nein, das ist eine Übergangslösung, um die Politik zu befriedigen. - Das hat man mir dort so gesagt.

Dann sagte ich: Worin liegt denn dann die Zukunft? - Darauf sagten mir beide unabhängig voneinander: Die Wasserstofftechnologie und der Wasserstoffantrieb werden die Zukunft sein. Darum erwarten wir auch von der Politik, dass sie dort fördernd eingreift. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Fragen. Ich danke Herrn Büttner für die Ausführungen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Ich habe wahrgenommen, dass der Antrag zur federführenden Beratung in den Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung sowie zur Mitberatung in den Ausschuss für Landesentwicklung

und Verkehr überwiesen werden soll. Da es keine weiteren Wünsche gibt, stimmen wir jetzt darüber ab.

Wer der Überweisung in die genannten Ausschüsse zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Koalitionsfraktionen und die AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Stimmenthaltungen? - Gibt es nicht. Damit ist dieser Antrag überwiesen worden und der Tagesordnungspunkt 26 ist erledigt.

Wir kommen nunmehr zum

Tagesordnungspunkt 27

Beratung

Datenschutz für Wähler - Mehr Sicherheit für Kandidaten zu kommunalen Vertretungen

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 7/3275**

Alternativantrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/3317**

Einbringer für die AfD-Fraktion ist der Abg. Herr Kohl. Herr Kohl, Sie haben das Wort.

Hagen Kohl (AfD):

Vielen Dank, Herr Vizepräsident. - Sehr geehrte Damen und Herren! Mit dem hier vorliegenden Antrag wollen wir die Änderung der Kommunalwahlordnung und des Kommunalwahlgesetzes vornehmen. Ziel ist es erstens, dem Grundanliegen der Datenschutzgrundverordnung Rechnung zu tragen, und zweitens, die personenbezogenen Daten von Wahlberechtigten und Bewerbern vor unkontrolliertem Zugriff und Missbrauch zu schützen und somit einen Beitrag zum vorbeugenden Opferschutz zu leisten.

Die zu ändernden Regelungen im Kommunalwahlgesetz und in der Kommunalwahlordnung sehen wir kritisch, weil diese unserer Ansicht nach aktuell nicht mit der Datenschutzgrundverordnung vereinbar sind.

Nach Artikel 17 der Datenschutzgrundverordnung haben die Betroffenen das Recht, die Löschung ihrer Daten zu verlangen, wenn dem nicht ein überwiegendes öffentliches Interesse entgegensteht, welches nicht pauschal bejaht werden kann, sondern in jedem Fall zu begründen ist.

Worin soll aber das überwiegende öffentliche Interesse etwa an meiner vollständigen Adresse oder an meinem Beruf bestehen? Wohlgemerkt, es geht hierbei nicht um das Verstecken vor dem Wähler oder um die Verschleierung der Identität der Kandidaten; wir fordern nicht eine Wahl von anonymen Kandidaten. Für die Wahlentscheidung eines Bürgers ist meine Adresse aber mehr als

unerheblich; sie interessiert höchstens Leute, die diese Adresse irgendwie missbrauchen wollen, sei es kommerziell oder kriminell.

Wir gehen davon aus, dass die betreffenden Regelungen die Datenschutzgrundverordnung durch die Bekanntgabe und die Offenlegung von personenbezogenen Daten unterlaufen. Das passt nicht in das Bild einer sich wandelnden, allgemein restriktiveren Handhabung des Datenschutzes. Jedenfalls sind die jetzigen Regelungen im Kommunalwahlgesetz und in der Kommunalwahlordnung im Lichte der Datenschutzgrundverordnung kritischer zu betrachten.

Der restriktiven Regelung für Private steht eine laxer Handhabung der Behörden, in diesem Fall der Kommunen, gegenüber. Es besteht ein Missverhältnis in Bezug auf ein modernes Datenschutzrecht. Deswegen setzen wir uns für die Änderung der beiden Regelungen ein.

Wir halten es für ein Gebot der Stunde sicherzustellen, dass im Rahmen der Kommunalwahlen nicht jeder auf die personenbezogenen Daten zugreifen kann oder diese vielleicht noch durch Veröffentlichung frei Haus geliefert bekommt.

Ich muss gestehen, dass auch ich mit dem Datenschutz mitunter meine Probleme habe, gerade wenn es darum geht, dass der Datenschutz die Arbeit der Sicherheitsbehörden oder der Strafverfolgungsbehörden erschwert. Ich nenne nur einmal das Stichwort Vorratsdatenspeicherung. Aber mit der hier beantragten Änderung hätten wir die Möglichkeit dazu beizutragen, dass der Datenschutz dem Opferschutz dient.

Was passiert oder passieren kann, wenn personenbezogene Daten in falsche Hände geraten, möchte ich an einigen Beispielen skizzieren. So können die Daten für die Ausübung krimineller Handlungen missbraucht werden. Das kann zum Beispiel Stalking sein, also das willentliche und beharrliche Verfolgen und Belästigen von Menschen. Dies geschieht häufiger, als man glauben mag. Allein im Jahr 2017 wurden mehr als 18 000 solcher Fälle in Deutschland registriert. Ein pathologischer Stalker wird jede Möglichkeit nutzen, um seine Zielperson auszukundschaften. Dem gilt es vorzubeugen.

Das Wählerverzeichnis ist auch für die Enkeltrickbetrüger eine ergiebige Informationsquelle. Zwar kann der Wahlberechtigte schon jetzt verlangen, dass sein Geburtsdatum im Wählerverzeichnis unkenntlich gemacht wird, aber nach unserer Ansicht reicht das nicht aus. Die Vorgehensweise der Enkeltrickbetrüger ist sehr perfide: Der Täter stellt zunächst ein Vertrauensverhältnis zum Opfer her, um es dann gnadenlos auszunutzen. Darum sollte unserer Meinung nach der Wahlberechtigte die Möglichkeit haben, dass seine An-

schrift unkenntlich gemacht wird oder dass zumindest nur der Wohnort oder die Postleitzahl angegeben werden.

Diese Delikte seien nur beispielhaft genannt. Es gibt noch andere Dinge, mit denen man den Leuten das Leben erschweren oder zur Hölle machen kann, wenn man über die persönlichen Daten verfügt.

Daneben gibt es aber auch Leute, die persönliche Daten von Menschen sammeln, die sie für politisch verdächtig oder für verächtlich halten.

(Oliver Kirchner, AfD: Genau!)

Diese Datensammler aus dem links- und rechts-extremistischen Spektrum sammeln zu einem bestimmten Zweck. Man will den selbst erklärten Gegner einschüchtern, ihm zeigen: „Wir wissen, wo dein Auto steht, wo du wohnst“, ihn öffentlich oder im Internet denunzieren oder ihn direkt angreifen.

Rechtsextreme legen sogenannte Feindeslisten an, die mehr oder weniger im Verborgenen geführt werden. Es ist aber davon auszugehen, dass diese zumindest als Vorbereitungshandlung für Straftaten angelegt werden.

Das linke Spektrum geht mit diesen Daten sehr viel offensiver um. Es gab in der Vergangenheit schon Steckbriefe oder sogenannte Aufklärungsschreiben über mutmaßliche Rechtsextreme mit Namen und Adresse, die in Magdeburg über die Briefkästen an die Bürger verteilt wurden. Unlängst bekamen AfD-Referenten und Wahlkreismitarbeiter in Magdeburg gezielt Post von einem angeblichen Antifa-Ministerium. Ich habe das Schreiben hier, falls das jemand sehen möchte. Der Inhalt bezog sich auf den Datenschutz und war ansonsten belanglos. Aber die Botschaft ist klar: Wir wissen, wo du wohnst.

Vor wenigen Wochen - jetzt kommt mein absoluter Favorit; mit ist völlig unbegreiflich, wie man auf eine solche Idee kommen kann - wurden in Magdeburg-Stadtfeld an den Wohnhäusern von zwei AfD-Mitgliedern Plakate angebracht, überschrieben mit: „Hallo Nachbar! Keinen Bock auf Faschisten im Viertel!“ Darunter befanden sich der vollständige Name, eine Porträtaufnahme und die Aufforderung: Du hast drei Monate Zeit, um Stadtfeld zu verlassen!

Da fragt man sich natürlich, was das für gefährliche Wirrköpfe oder degenerierte Typen sein müssen, die Menschen aus ihren Wohnungen, aus ihrem Stadtteil vertreiben wollen, damit der Kiez schön ideologisch sortenrein ist.

(Beifall bei der AfD)

Diese Leute sind das, auf was sie vorgeblich keinen Bock haben, nämlich Faschisten.

(Beifall bei der AfD - Zuruf von der AfD: Ja-wohl!)

Dann gibt es noch die Denunzianten, die Hoffmann von Fallersleben zu Recht als die größten Lumpen im Land bezeichnete. Diese Leute sammeln personenbezogene Daten, um sie dann in sozialen Netzwerken oder auf Internetseiten zu verbreiten. Gern werden diese Veröffentlichungen auch mit dem Aufruf versehen, zum Beispiel das Umfeld der Personen auszukundschaften oder das Umfeld dieser Person über die vermeintlichen Schandtaten oder die politische Einstellung des Denunzierten zu informieren.

Warum sich Denunzianten mit Vorliebe auf linksradikalen Seiten zusammenfinden, wäre eigentlich ein schönes Thema für eine Sozialstudie.

(Beifall bei der AfD)

Dann gibt es noch die höchste Eskalationsform: Das sind politisch motivierte Angriffe auf Parteibüros, auf Wohnungen, auf das direkte Wohnumfeld oder auf dort aufhältige Personen bzw. erklärte Gegner. Diese Angriffe finden in unterschiedlicher Form statt. Das reicht vom Brandanschlag über Steinwürfe bis zu Farbanschlägen. Auch das kann jeden treffen, egal welcher Partei er angehört oder welcher politischen Richtung.

Ich könnte jetzt eine Vielzahl von Anschlägen auf AfD-Mitglieder nennen; ich möchte mich aber auf zwei beschränken, um das kurz darzustellen. Einer betraf unser ehemaliges Landtagsmitglied Andreas Mrosek, dessen Auto nun schon mehrfach angegriffen wurde bis hin zum Durchtrennen der Bremsschläuche.

Dann gab es einen Vorfall, den ich eigentlich als Impulsgeber für unseren Antrag sehe: Einem AfD-Stadtrat in Magdeburg wurde unmittelbar nach der letzten Kommunalwahl auf seinem eigenen Grundstück das Auto demoliert, so will ich es einmal sagen, und tiefergelegt. Tage später traf es seinen Nachbarn, der diesen Stellplatz nutzen wollte, damit sein Auto nicht auf der Straße steht. Diesem wurde das Auto ebenfalls plattgemacht. Unter diesem psychischen Druck gab der Gewählte dann sein Stadtratsmandat zurück.

Dass ein gewählter Kommunalvertreter, der sich ehrenamtlich für die Bürger vor Ort einsetzen möchte, sein Mandat abgibt, weil er von Undemokraten, von Leuten, die Wahlergebnisse nicht akzeptieren, schikaniert und terrorisiert wird, darf und soll es zukünftig nicht mehr geben.

(Beifall bei der AfD)

Daher halten wir den Schutz von personenbezogenen Daten und die beantragte Änderung im Kommunalwahlgesetz und in der Kommunalwahlordnung für dringend geboten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Fragen sehe ich nicht. Dann danke ich Herrn Kohl für die Ausführungen. - Wir steigen in die Dreiminutendebatte ein. Für die Landesregierung spricht Minister Herr Stahlknecht. Herr Minister, Sie haben das Wort.

Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das aktuelle Wahlrecht mit der in Kürze ergehenden Verordnung zur Änderung der Kommunalwahlordnung wird dem Datenschutz gerecht. Denn die Datenschutzgrundverordnung erlaubt, wie auch bisher, die Verarbeitung der personenbezogenen Daten, soweit es, wie im Wahlrecht, entsprechende rechtliche Verpflichtungen gibt.

Die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung personenbezogener Daten ist nicht von der Einwilligung der betroffenen Person abhängig. Ich kann Ihnen versichern, dass der Datenschutz seit jeher einen hohen Stellenwert im Wahlrecht hat. Das Wahlrecht muss jedoch nicht nur dem Schutz schützenswerter persönlicher Daten der Bewerber standhalten, sondern es muss auch eine ausreichende Information der Wähler über die Bewerber für die Wahlentscheidung gewährleisten. Es gilt also, widerstreitende Interessen sachgemäß abzuwägen und zu differenzieren. Aus meiner Sicht hat das Kommunalwahlrecht ausgewogene Lösungen gefunden.

Die Wahlvorschläge mit den Bewerbern müssen von den Wahlleitern bekannt gemacht werden. Zu den dabei zu veröffentlichenden Daten gehören nach dem geltenden Kommunalwahlrecht der Vorname, der Familienname, das Geburtsjahr, der Beruf und auch die Meldeanschrift der Hauptwohnung. Dies erfolgt zur Kommunalwahl vor Ort, also im Amtsblatt oder im Schaukasten der Gemeinde.

Sofern im Melderegister eine Auskunftssperre besteht, ist bei der Bekanntmachung anstelle der Meldeanschrift eine Erreichbarkeitsanschrift zu verwenden. Gleiches gilt für den Stimmzettel, wobei hier statt der Meldeanschrift die Angabe des Wohnortes ausreichend ist.

Diese Regelungen im Kommunalwahlrecht korrespondieren mit den Regelungen im Landes- und Bundeswahlrecht. Sie haben wichtige Funktionen und Zwecke: Die Wahlbewerberinnen und -bewerber sollen durch die Nennung von Namen, Geburtsjahr, Beruf und Anschrift eindeutig identifiziert werden können. - Das ist die erste Funktion.

Sie sollen - zweitens - dem Wahlberechtigten eine Kontaktaufnahme mit den Wahlbewerberinnen und Wahlbewerbern ermöglichen. Auch das ist ein ausdrücklicher Zweck dieser Regelung.

Des Weiteren sollen die Wahlberechtigten in die Lage versetzt werden, einen lokalen Bezug der Wahlbewerberinnen und -bewerber einzuschätzen. Also hat es durchaus seinen Sinn, dass auch die Meldeanschrift in der Bekanntmachung der Wahlvorschläge genannt wird.

Ebenso dient die Angabe des Geburtsjahres dem Ziel, jüngere und ältere Bewerber kenntlich zu machen, um den Wählern die Möglichkeit zu geben, sich für einen Generationenmix in der Vertretung der Kommune zu entscheiden.

Die Berufsangabe ermöglicht es dem Wähler zu erkennen, welche Tätigkeit derjenige ausübt oder ausgeübt hat, die ihn dann aus seiner Sicht für ein Mandat in der Vertretung qualifiziert.

Daher reicht, wie in Ihrem Antrag vorgesehen, die Angabe des Namens und Vornamens weder bei der Veröffentlichung des Wahlvorschlages noch als Angabe auf dem Stimmzettel aus. Der Wähler muss seine Wahlentscheidung in Kenntnis der Person und ihrer politischen Ziele überlegt treffen können.

In den Fällen, in denen sich Wahlbewerber tatsächlich unangemessenen persönlichen Anfeindungen ausgesetzt sehen, muss es meiner Ansicht nach eine andere Antwort geben als eine Änderung der wahlrechtlichen Bestimmungen. - Das soll es von meiner Seite zu später Stunde gewesen sein. Vielen Dank.

(Zustimmung von Siegfried Borgwardt, CDU)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Fragen. Dann danke ich Minister Stahlknecht für die Ausführungen. - Für die SPD-Fraktion spricht die Abg. Frau Schindler. Frau Schindler, Sie haben das Wort.

Silke Schindler (SPD):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Zu der Vereinbarkeit unserer Wahlgesetze mit der Datenschutzgrundverordnung hat der Minister gerade ausgeführt. Dem möchte ich nicht viel hinzufügen. Aber ich möchte doch den Aspekt verstärken, dass es gerade bei der Kommunalwahl - das wissen wir - in erster Linie um eine Persönlichkeitswahl geht, und in zweiter Linie natürlich auch um eine Parteien- und Politikwahl.

Aber wir wissen auch, dass Bürger vor Ort, in ihrer Kommune vor allen Dingen nach der Persönlichkeit entscheiden. Diese Persönlichkeit muss nicht nur mit dem Namen, sondern auch mit der entsprechenden weiteren Erkennbarkeit dargestellt werden. Das schließt das Alter und auch den Wohnort ein.

An dieser Stelle möchte ich auf den Alternativantrag der Fraktion DIE LINKE eingehen. Sie schla-

gen vor, das Kommunalwahlgesetz dahingehend zu ändern, dass ausschließlich der Wohnort genannt wird. Innerhalb der SPD-Fraktion gibt es dazu auch schon Überlegungen. Wir würden uns aber nicht allein auf den Wohnort beziehen. Denn nehmen wir zum Beispiel die flächenmäßig große Stadt Gardelegen; wenn dort als Wohnort nur „Gardelegen“ steht, wäre das einfach zu wenig. Wir regen an, auch den Ortsteil zu benennen - nicht die komplette Anschrift mit Straße und Hausnummer, aber zumindest der Ortsteil sollte genannt werden. Überlegungen in diese Richtung gibt es. Daher können wir diesem Antrag nicht zustimmen.

Zu der Frage des Wählerverzeichnisses muss ich sagen: Wahrscheinlich haben Sie unsere letzte Änderung, die wir im Juni 2018 hier beschlossen haben, nicht mitbekommen; denn genau an dieser Stelle haben wir in der Kommunalwahlordnung eine Änderung vorgenommen. Das Wählerverzeichnis kann von einer Person nämlich nur noch zu deren eigenen Eintragungen eingesehen werden.

Man kann also nicht auf das komplette Wählerverzeichnis und die Angaben anderer zugreifen, sondern ich kann nur überprüfen, ob meine eigenen Angaben, die im Wählerverzeichnis erfasst sind, vollständig sind. Das, was Sie hier konstruieren, kann also nicht stattfinden.

Deshalb lehnen wir beide Anträge, also den Antrag der Fraktion der AfD und mit der genannten Begründung auch den Alternativantrag der Fraktion DIE LINKE, ab. - Vielen Dank.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Schindler, es gibt zwei Fragen von der AfD-Fraktion. - Herr Kohl, Sie haben das Wort.

Hagen Kohl (AfD):

Vielen Dank, Herr Vizepräsident. - Frau Schindler, eine Frage. Meinen Sie nicht, dass man es demjenigen, der sich als Kandidat aufstellen lässt, überlassen sollte, wie viele Informationen, abgesehen vom Namen, der Wahlberechtigte über ihn erfährt?

Es ist doch völlig logisch: Je weniger der Wahlberechtigte über den Kandidaten weiß, desto geringer sind natürlich die Chancen. Deswegen wird jeder, der sich zur Wahl stellt, daran interessiert sein, möglichst viele Daten preiszugeben. Aber es gibt vielleicht auch gute Gründe dafür, zum Beispiel seinen Beruf nicht anzugeben. Niemand wird zum Beispiel als Beruf Polizist angeben. Er wird vielleicht sagen, er sei Diplomverwaltungswirt oder dergleichen. Aber im Grunde weiß jeder, was dahinter steht.

Es gibt vielleicht auch gute Gründe, die dafür sprechen, das passive Wahlrecht irgendwie zu

schützen. Wie würden Sie das beurteilen? Müssen diese Angaben unbedingt zwanghaft erfolgen? Oder sollte man das nicht ein Stück weit demjenigen überlassen, der sich zur Wahl stellt?

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Schindler, Sie haben das Wort.

Silke Schindler (SPD):

Das Wahlrecht ist eines der Herzstücke unserer Demokratie. Das betrifft nicht nur die sich zur Wahl stellenden Personen, sondern auch diejenigen, die wählen. Wir sind der Überzeugung, dass es schon notwendig ist zu wissen - wir sagen, das Parlament oder die Vertretung soll ein Abbild unserer Gesellschaft sein -, ob es junge Menschen, ob es ältere Menschen sind.

(André Poggenburg, AfD: Aber das Geschlecht muss er nicht angeben, nein? Da wird er dann sagen: Das macht nichts, wenn das fehlt! Stimmt's?)

- Vielleicht ist das heutzutage immer noch aus dem Namen erkennbar. - Also, ich sehe es hier im Interesse des Wählers, dass er wissen sollte, wer sich zur Wahl stellt und welche Person hinter dem Namen steht.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Herr Büttner, Sie haben jetzt die Möglichkeit, eine Frage zu stellen.

Matthias Büttner (AfD):

Frau Schindler, es ist keine Frage. Ich möchte nur kurz intervenieren und Ihre Ausführungen einfach als das bezeichnen, was sie sind: In meinen Augen ist das völliger Käse. Das beginnt schon am Anfang, wo Sie erzählt haben, dass es bei politischen Wahlen nur in zweiter Linie um Politik geht und in erster Linie um die Person. Das ist ja der größte Quatsch, den ich je gehört habe.

(Zurufe von der SPD)

- Ich habe gesagt, es ist eine Intervention und keine Frage. Zuhören, liebe Kollegen, zuhören! - Ich denke, wir sollten einfach dafür sorgen, dass nicht die vollständige Adresse für jeden ersichtlich ist. Dann dürften solche Vorfälle, wie sie Herr Kohl angeführt hat, auch nicht mehr passieren. Wir legen sonst großen Wert auf Datenschutz.

Und jetzt stelle ich doch noch eine Frage: Sind Sie nicht der Meinung, dass der Datenschutz höhergestellt sein sollte?

Silke Schindler (SPD):

Als was?

Matthias Büttner (AfD):

Sind Sie nicht der Meinung, dass der Datenschutz höhergestellt sein sollte?

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Frau Schindler, wenn Sie antworten möchten, haben Sie das Wort.

(Jürgen Barth, SPD: Silke, hör auf jetzt!)

Silke Schindler (SPD):

Zuhören wäre für Sie wahrscheinlich ratsam gewesen, dann hätten Sie diese ganzen Argumente in meiner Rede gehört.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich danke Frau Schindler für die Ausführungen. - Für die Fraktion DIE LINKE spricht die Abg. Frau Buchheim. Frau Buchheim, Sie haben das Wort.

Christina Buchheim (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Regelungen im Kommunalwahlgesetz und in der Kommunalwahlordnung verfolgen das Ziel, dass der Wahlbewerber eindeutig identifizierbar ist. Der vorliegende Antrag in der Drs. 7/3275 ist darauf gerichtet, dass zukünftig nur noch der Vor- und der Familienname des Wahlbewerbers bekannt gemacht werden sollen. Würde man diesem Ansinnen folgen, wäre der Wahlbewerber nicht mehr eindeutig identifizierbar. Dieses Ansinnen widerspricht dem Informationsbedürfnis der Wahlberechtigten.

(André Poggenburg, AfD: Ich kann doch Frau Merkel auch wählen, ohne zu wissen, wo sie wohnt!)

Das Kommunalwahlgesetz und die Kommunalwahlordnung des Landes Sachsen-Anhalt legen fest, dass die zu den Wahlen zugelassenen Bewerberinnen und Bewerber öffentlich bekannt gemacht werden. Neben Familiennamen, Vornamen, Beruf oder Stand und Geburtsjahr sind auch die Wohnanschrift, nämlich die Hauptwohnung, und der Name der einreichenden Partei anzugeben.

Für den Fall, dass der Bewerber bis zum Ablauf der Einreichungsfrist nachweisen kann, dass für ihn im Melderegister eine Auskunftssperre nach dem Meldegesetz eingetragen ist, ist anstelle einer Anschrift eine Erreichbarkeitsanschrift zu verwenden.

Um bei zukünftigen Wahlen die datenschutzrechtlichen Belange zu wahren, aber auch das Gebot der eindeutigen Identifizierung und den Verfassungsgrundsatz der Öffentlichkeit der Wahl zu beachten, soll eine eindeutige gesetzliche Regelung

sowohl auf kommunaler als auch auf Landesebene - das haben Sie hier nicht bedacht - geschaffen werden.

Anstelle der Wohnanschriften der Wahlbewerberinnen und Wahlbewerber sollen zukünftig lediglich die Wohnorte der Kandidatinnen und Kandidaten veröffentlicht werden. Weitere Einschränkungen bei der öffentlichen Bekanntgabe halten wir für nicht verfassungsgemäß.

Änderungsbedarf in § 18 Abs. 4 der Kommunalwahlordnung des Landes Sachsen-Anhalt sehen wir nicht. Nach § 18 Abs. 2 des Kommunalwahlgesetzes hat lediglich der Wahlberechtigte ein Recht auf Einsicht und Prüfung der zu seiner Person im Wählerverzeichnis eingetragenen Daten.

Unser Alternativantrag steht im Kontext zu dem Beschluss des Landtages mit dem Titel „Umsetzung der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) auf Landesebene“ in der Drs. 7/2936.

Angesichts der im nächsten Jahr anstehenden Kommunalwahlen soll auf schnelle und geeignete Weise gewährleistet werden, dass die Wohnanschriften der Wahlbewerberinnen und Wahlbewerber nicht mehr in Verkündungsblättern des Landes und in veröffentlichten amtlichen Bekanntmachungen der Kommunen einsehbar und damit auch nicht mehr im Internet verfügbar sind.

Ich würde allerdings an dieser Stelle das Ansinnen der SPD-Fraktion aufgreifen. Wir können uns damit einverstanden erklären, dass bei Wahlen auf der Ebene des Landtages und des Kreistages der Wohnort veröffentlicht wird und, soweit Wahlen zur Gemeindevertretung stattfinden, anstelle der Wohnanschrift der Ortsteil bzw. der Stadtteil veröffentlicht werden.

Dieses Ansinnen würden wir aufnehmen und unseren Antrag entsprechend korrigieren. Ich denke, damit würde Ihrem Anliegen auch Rechnung getragen. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Nachfragen. Dann danke ich Frau Buchheim für die Ausführungen. - Für die GRÜNEN spricht der Abg. Herr Meister. Herr Meister, Sie haben das Wort.

Olaf Meister (GRÜNE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Frage der Adressangabe im Wahlverfahren beruhte ursprünglich auf der Idee, dass die gewählten Kandidaten als Ansprechpartner für die Wählerinnen und Wähler zur Verfügung stehen. Auch ihre räumliche Zuordnung, also ob die Kandidaten in meinem Stadtteil oder in meinem Dorf wohnen, sollte erkennbar sein. Auch Alter und Beruf sind für eine grobe Einschätzung einer Person

interessant. Anonymisierte Kandidaturen sind dabei selbstverständlich eher hinderlich, und Sie gehen sehr weit in dem, was Sie alles weglassen wollen.

Bei uns Bündnisgrünen wurde diese Frage vor etwa zehn Jahren diskutiert, als mit einem zeitweiligen Erstarken der NPD in den kommunalen Vertretungen in Sachsen-Anhalt die Arbeit nicht nur bündnisgrüner, aber auch anderer Mandatsträgerinnen und -träger erschwert wurde.

Die jetzt auch gerade mit dem Aufkommen rechts-populistischer Strömungen einhergehende Entwicklung hin zu einer deutlich unsachlicheren politischen Auseinandersetzung - zumindest nehme ich das so wahr - lässt solche Überlegungen selbstverständlich tatsächlich wieder aktuell werden.

Wir sollten und können aber nicht von unseren Grundsätzen abweichen. Die Wahl ist geheim, nicht die Kandidaten. Trotzdem wird mit der aktuellen Rechtslage bestimmten Schutzbedürfnissen Rechnung getragen. Die Angabe einer von der Meldeanschrift abweichenden Erreichbarkeitsadresse ist möglich. Die Vorrednerinnen sind darauf eingegangen. Auf dem Stimmzettel wird auch jetzt gemäß entsprechenden Formalien der Wohnort angegeben.

Gegen die Möglichkeit, darüber hinaus bei bestimmten Veröffentlichungen noch die Straße und Hausnummer wegzulassen, würde ich mich generell gar nicht sperren. Das kann ich mir vorstellen. Aber lösen Sie sich einmal von der Vorstellung, dass dies - wenn Sie in der Kommunalpolitik tätig sind - den Menschen in dem Umfeld, in dem Sie wohnen, nicht bekannt ist. Das ist einfach so, das bleibt nicht aus.

Dass wir jetzt in der Lage wären, in einem Eilverfahren eine Gesetzesänderung zu bewirken, halte ich für ausgeschlossen. Die Kommunalwahl steht unmittelbar bevor. Die Regelungen, die Sie formuliert haben, wirken vor der Kommunalwahl. Das ist nicht mehr zu erreichen. Man kann allerdings, wie ich finde, über diesen einen Punkt diskutieren. Aber ich würde dem Antrag der LINKEN jetzt nicht zustimmen wollen. Wir brauchen kein Änderungsverfahren für diese Kommunalwahlen auf den Weg bringen; das ist nicht mehr umsetzbar.

Der zweite Änderungswunsch ist mir rätselhaft geblieben. Die Wählerverzeichnisse liegen ja nicht öffentlich aus. Jeder kann in der Regel nur seinen eigenen Eintrag einsehen. Meinen eigenen Eintrag brauche ich für mich nicht zu schwärzen, den kenne ich ja. Bei begründeten Zweifeln an der Richtigkeit des Verzeichnisses muss die Behörde selbstverständlich die Möglichkeit haben, einen Abgleich der Daten vorzunehmen. An dieser Stelle hilft eine Schwärzung nicht.

Der ordnungsgemäße Ablauf des Wahlverfahrens und das Vertrauen darauf sind die Grundlage unseres demokratischen Gemeinwesens. Dabei darf es keine Einschränkungen geben. Wir sollten sehr, sehr vorsichtig sein. Insofern lehnen wir das ab.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Fragen. Dann danke ich Herrn Meister für die Ausführungen. - Für die CDU spricht der Abg. Herr Krull. Herr Krull, Sie haben das Wort.

(Zustimmung von Daniel Szarata, CDU)

Tobias Krull (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Mitglieder des Hohen Hauses! Als ich diesen Antrag der AfD gelesen habe, kam mir ein Gedanken: Die AfD und die Kommunalgesetzgebung in unserem Land werden in dieser Wahlperiode keine Freunde mehr.

(Zustimmung bei der CDU - Olaf Meister, GRÜNE, lacht)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erst in der letzten Sitzung vor der Sommerpause, am 20. Juni 2018, haben wir uns mit dem Kommunalverfassungsgesetz und dem Kommunalwahlgesetz auseinandergesetzt. Sie hatten einen Änderungsantrag eingebracht, in dem die Vorschläge, die Sie heute hier einbringen, nicht enthalten waren. Also müssen Sie sich selbst die Frage stellen, warum Sie noch einmal nachsteuern müssen.

(André Poggenburg, AfD: Wir entwickeln uns weiter!)

Jetzt möchte ich mich inhaltlich mit Ihrem Antrag beschäftigen. Auf die Grundsätze zur Einhaltung der Regelungen zum Datenschutz ist Minister Holger Stahlknecht bereits eingegangen. Deswegen werde ich an dieser Stelle auf detaillierte Ausführungen verzichten. Ich möchte aber noch einmal ausdrücklich betonen, wie wichtig der Datenschutz auch für die CDU-Landtagsfraktion ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach dem Willen der AfD sollen also zukünftig die Bewerberin oder der Bewerber darüber entscheiden, ob nur noch ihr Vor- und Nachname auf den Wahlvorschlägen bzw. auf den Wahlzetteln erscheint.

Die Bürgerinnen und Bürger sollten aus meiner Sicht wissen, wer auf dem Wahlzettel steht, um ihre Wahlentscheidung zu treffen. Dazu gehören neben dem Geburtsdatum auch eine Anschrift und der Beruf. Damit wird ihnen ermöglicht, gezielt Menschen aus ihrem Stadtteil, ihrer Gemeinde, aus einer bestimmten Altersgruppe oder nach einer beruflichen Qualifikation auszuwählen.

(André Poggenburg, AfD: Zuhause anzugreifen!)

Auch deswegen gibt es übrigens in Sachsen-Anhalt bei Kommunalwahlen die Möglichkeit des Kumulierens und Panaschierens. Ich nenne Ihnen einmal ein ganz praktisches Beispiel: In Magdeburg kandidiert Elke Müller. Welche der drei Damen, die man im Magdeburger Telefonbuch unter diesem Namen findet, verbirgt sich denn dahinter? - Aber gut, das haben Sie sich wahrscheinlich nicht ganz so gut überlegt.

(André Poggenburg, AfD: Das weiß ich doch auch nicht, wenn ich die Straße weiß!)

Der Antragsteller führt als Ziel aus, die Bewerberinnen und Bewerber schützen zu wollen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist ein ehrenwertes Ziel. Aber Ihr Vorschlag ist nicht zielführend.

Um es noch einmal ganz deutlich zu sagen: Wir als CDU-Landtagsfraktion verurteilen jegliche Form von Straftaten im Zusammenhang mit der politischen Auseinandersetzung auf das Schärfste. Angefangen von der mutwilligen Zerstörung von Plakaten über Farb- und Wurfattacken auf Abgeordneten- und Parteibüros bis hin zu Brandanschlägen auf Kfz oder tätlichen Angriffen auf politisch Aktive.

Wenn sich aber jemand dankenswerterweise kommunalpolitisch engagiert, dann gehört es auch dazu, sich öffentlich entsprechend dazu zu bekennen. Sie sprechen immer von Öffentlichkeit. Wenn man Ihren Gedanken konsequent fortführt, müssten sämtliche Vertretungen in geheimer Sitzung tagen. Man könnte ja dafür angegriffen werden, wie man abstimmt. Sie müssten sich an dieser Stelle auch bitte einmal einig werden.

(Zurufe von André Poggenburg, AfD, und von Daniel Roi, AfD)

Bezüglich der Einsichtnahme in das Wählerverzeichnis wurde schon auf die Änderung des § 18 Abs. 2 des Kommunalwahlgesetzes hingewiesen, sodass Ihre Ideen an sich schon umgesetzt werden. So haben wir gesagt - mein Vorredner hat dies schon deutlich gemacht -, dass nur noch auf die eigenen Daten zugegriffen werden kann.

(Alexander Raue, AfD: Alles klar!)

Die notwendigen Änderungen der Kommunalverordnung werden wie erläutert bereits im September erfolgen. Mit meinen Ausführungen habe ich wohl recht deutlich gemacht, warum wir Ihrem Ursprungsantrag nicht zustimmen können.

Zum Alternativantrag der LINKEN. Wenn wir jetzt zustimmen würden, dann haben wir einfach ein Zeitproblem im Hinblick auf die Wahlvorschläge. Deswegen bitte ich um Verständnis. Wir verstehen das Anliegen, aber es gibt zeitliche Schwierigkeiten.

Aber der Minister wird anscheinend dazu noch einmal etwas ausführen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Oliver Kirchner, AfD: Das war eine der schlechtesten Redebeiträge, den ich gehört habe!)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Nachfragen sehe ich nicht. Dann danke ich Herrn Krull für die Ausführungen. Danke, Herr Krull. - Herr Minister Stahlknecht hat sich noch einmal zu Wort gemeldet. Herr Minister, Sie haben das Wort.

Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):

Das geht relativ zügig. Mir lag der Alternativantrag der LINKEN vor, er liegt mir auch jetzt vor. Das, was Sie vorhaben, kann man machen. Wir wären auch bereit, als Landesregierung einen solchen Entwurf vorzulegen, wobei Ortsteile aufgeführt werden müssen, das ist klar,

(Eva von Angern, DIE LINKE: Das war der Vorschlag!)

und auch Angaben zu Beruf und ähnlichen Dingen gemacht werden müssen.

Meine Sorge ist nur - weil Sie uns auffordern, das bis zur Kommunalwahl umzusetzen; bis März müssen die Vorschläge vorliegen -, dass wir eine Kabinettsbefassung zeitnah nicht mehr schaffen.

(Zuruf)

- Das ist so. Ich habe meine Mitarbeiter immer hinter mir sitzen. Ich will das nicht blockieren; ich sage Ihnen das nur.

Insofern wäre mein Vorschlag - wenn Sie das so machen wollen und das Konsens ist -, dass wir einen Formulierungsvorschlag dafür erarbeiten, wie das aussehen könnte. Wir geben Ihnen diesen. Sie gehen in die nächste Landtagssitzung, bringen das am Donnerstag ein, halten am Donnerstagabend eine Ausschusssitzung ab, am Freitag beschließen Sie das und dann ist das erledigt. Wir unterstützen Sie mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Das wäre mein Vorschlag zur Güte an diesem Freitagabend, damit die Fristen eingehalten werden können und wir uns am Ende nicht gegenseitig vorhalten, dass wir nicht schnell genug waren. Das möchte ich vermeiden. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der CDU, bei der LINKEN, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich danke Herrn Minister Stahlknecht für die nochmaligen Erläuterungen. - Meine Frage ist jetzt

allerdings - denn wir kommen zum Abstimmungsverfahren - -

(Zurufe)

- Bitte? - Entschuldigung, Herr Lehmann. Herr Lehmann von der AfD-Fraktion hat noch das Wort. Er steht auch auf der Liste. Herr Lehmann, Sie haben das Wort.

Mario Lehmann (AfD):

Vielen Dank. - Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kollegen des Hohen Hauses! Ich bin erstaunt, aber positiv erstaunt, über die Entwicklung und die Metamorphose in den letzten zwei, drei Minuten. Nach den Worten des Innenministers kamen vorhin wieder abfällige und hämische Bemerkungen von den anderen Fraktionen zum Antrag der AfD. Ich muss aber sagen, dass der Antrag ausschlaggebend für diesen Wandel ist. Die AfD wirkt. Hätten wir den Antrag nicht gestellt, der vorhin so belächelt worden ist, dann hätten wir hier am heutigen Tage den Schwenk in die richtige Richtung nicht erlebt.

(Beifall bei der AfD)

Das können wir so im Raume stehen lassen. Auch die Ausführungen von Herrn Krull über Einträge in Telefonbüchern spotten jeder Beschreibung. Ich bin zum Beispiel auch nicht in das Telefonbuch eingetragen. Es ist die Entscheidung jedes Einzelnen, ob er sich in ein Telefonbuch eintragen lässt oder nicht. Ich kann als Gegenargument auch nennen, dass es sich rechtlich widersprechen würde, wenn ein Polizeibeamter, der in der Kommunalpolitik tätig sein möchte, aber aufgrund seines Berufs eine Meldesperre beim Einwohnermeldeamt vermerkt hat, auf dem Wahlzettel erscheinen würde.

Jetzt kommen wir zurück zum Thema. Sie haben sicherlich Angehörige, deren Kinder im August eingeschult wurden. Jeder hat mitbekommen, dass es im August bei den Einschulungen wüste Entscheidungen von Schulleitern gab, mit denen den Eltern das Fotografieren ihrer Schützlinge mit der Zuckertüte in der Hand bei der Einschulung aufgrund des Datenschutzes nicht erlaubt worden ist. Dazu sage ich: Das geht zu weit! Jetzt haben Angehörige von der Einschulung keine Erinnerungsfotos, die sie sich in 20 oder 30 Jahren anschauen können.

In diesem Bereich funktioniert der Datenschutz. Auch wenn ein Bürger sich kommunalpolitisch bei der Gestaltung der Demokratie einbringen will, dann muss man ihn schützen und darf ihn nicht an den Pranger stellen. Denn wir kennen das alle aus der Vergangenheit. Wenn Leute sich politisch auf verschiedenen Ebenen einbringen, egal ob das kommunal-, landes- oder bundespolitisch der Fall ist, dann brennen schnell einmal Pkw, werden

Fassaden beschmiert, tauchen Stalker oder Schläger auf und machen Hausbesuche.

Aus meiner Zeit bei der Polizei kenne ich es noch, dass Polizeibeamten auf fieseste Art und Weise von der linken Klientel und deren Anhängern Radmuttern an den privaten Pkw gelockert worden sind und die Kollegen oder deren Familienangehörige sich fast den Kopf eingefahren hätten, als sie das Auto benutzt haben. Ich will nicht sehen, dass die Gesellschaft sich weiter in diese Richtung entwickelt.

(Beifall bei der AfD)

Deshalb kann man es sich aus der Sicht der Landesregierung auch leicht machen. Die Leute, die sich kommunalpolitisch engagieren, haben keinen Personenschutz. Auf sie wartet kein Kommando im Innenhof und fährt sie mit einer gepanzerten Limousine nach Wellen oder woandershin nach Hause. Da hat keiner eine Glock 17 im Holster unter der Jacke und keine Kameras zu Hause und keine Rund-um-die-Uhr-Betreuung. In den Kommunen muss jeder selbst sein Engagement durch die Welt bringen und dafür geradestehen. Das kann man nicht damit belohnen, dass man jemanden an den Pranger stellt.

(Zustimmung von Ulrich Siegmund, AfD)

Deshalb fordern wir von der AfD eine Anpassung des Kommunalwahlgesetzes und der Kommunalwahlordnung, um diese auf den Stand der Zeit zu bringen.

Dazu muss ich sagen, der Antrag der LINKEN geht auch in die richtige Richtung; nicht genauso entschlossen wie unserer, aber man kann diesen als Kompromiss mittragen.

Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag. Gegebenenfalls würden wir bei einer Ablehnung auch den Antrag der LINKEN unterstützen. Lassen Sie uns einen Schritt in die richtige Richtung gehen!

(Beifall bei der AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Ich sehe keine Wortmeldungen. Ich danke Herrn Lehmann für die Ausführungen. - Jetzt kommen wir zur Abstimmung. Eine Überweisung in einen Ausschuss ist sicherlich nicht vorgesehen, wie ich es mitbekommen habe.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Das geht doch gar nicht! - Zuruf: Macht es nicht so kompliziert! - Zurufe von der CDU)

- Nein. Die AfD hat ja ihren Antrag. Wir stimmen jetzt über den Antrag der AfD-Fraktion ab.

(Unruhe - Minister Holger Stahlknecht: Darf ich noch einmal das Wort haben?)

- Ja, bitte.

Holger Stahlknecht (Minister für Inneres und Sport):

Ich habe noch die herzliche Bitte - da es einen Konsens zu geben scheint -, dass Sie den Alternativantrag der LINKEN, dem jetzt ja höchstwahrscheinlich unisono zugestimmt werden dürfte, insoweit ändern, dass sinngemäß Folgendes darin steht: Die Fraktionen bitten die Landesregierung, einen Gesetzentwurf ohne Kabinettsbefassung vor der Sitzung des Ältestenrat vor der nächsten Landtagssitzung den Fraktionen vorzulegen.

(Rüdiger Erben, SPD: Genau! - Jawohl! bei der AfD)

Wenn Sie Ihren Antrag so ändern, wie ich es zu Protokoll gegeben habe, und wir uns über das Verfahren einig sind, dann fangen wir jetzt schon an zu arbeiten. Sie müssen es dann noch beschließen.

(Zustimmung von Oliver Kirchner, AfD)

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Alles klar. Ich glaube, das ist von der Linksfraktion verstanden worden. Dennoch müssen wir über die vorliegenden Anträge abstimmen. Wir müssen als Erstes über den Antrag der AfD-Fraktion abstimmen. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das ist AfD-Fraktion. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Koalition und die Fraktion DIE LINKE. Damit ist der Antrag abgelehnt worden.

Dann stimmen wir über den Alternativantrag - -

(Eva von Angern, DIE LINKE: Wir müssen es erstmal übernehmen!)

- Ja. Mit Ergänzung.

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Ich erkläre hiermit, dass wir unseren Antrag im Sinne des von Minister Stahlknecht mündlich vorgetragenen Vorschlags ändern und darum bitten, über den Antrag in dieser Fassung abzustimmen.

Vizepräsident Willi Mittelstädt:

Das hätte ich jetzt vorgeschlagen.

(Thomas Lippmann, DIE LINKE: Wir müssen es ja als Antragsteller wenigstens erklären! - Unruhe)

Wir stimmen somit über den Alternativantrag - wie es Herr Lippmann gesagt hat - mit den Ergänzungen von Herrn Stahlknecht ab. So machen wir das. Wer für diesen Antrag mit der durch den Minister vorgetragenen Ergänzung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das ist das ganze Haus. Gegenstimmen? - Sehe ich nicht. Stimmenthaltungen? - Sehe ich auch nicht. Damit ist dem Alternativantrag zugestimmt worden und der Tagesordnungspunkt 27 ist erledigt.

Wir kommen zum

Tagesordnungspunkt 28

Zweite Beratung

Begabtenförderung stärken - Korrespondenz-zirkel erhalten

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/2694**

Beschlussempfehlung Ausschuss für Bildung und Kultur - **Drs. 7/3267**

(Erste Beratung in der 47. Sitzung des Landtages am 20.04.2018)

Die Behandlung erfolgt im vereinfachten Verfahren gemäß § 38 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Landtages. Daher treten wir unmittelbar in das Abstimmungsverfahren ein.

Mit der Beschlussempfehlung soll der Antrag für erledigt erklärt werden. Dann stimmen wir über die Beschlussempfehlung ab. Wer für die Beschlussempfehlung ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das ist das ganze Haus. Wer stimmt dagegen? - Ich sehe niemanden. Stimmenthaltungen? - Auch nicht. Damit ist der letzte Tagesordnungspunkt abgearbeitet worden.

Schlussbemerkungen

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind damit am Ende der 25. Sitzungsperiode des Landtages angelangt. Ich berufe den Landtag zu seiner 26. Sitzungsperiode für den 27. und 28. September 2018 ein.

Ich wünsche allen ein gutes Wochenende. - Vielen Dank.

Schluss der Sitzung: 19:35 Uhr.